

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND**

**UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE**

SEDUTA

17

SITZUNG

26-5-1965

Presidente: BERTORELLE

Vicepresidente: PUPP

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Disegno di legge n. 4:

**« Stati di previsione dell'entrata e della
spesa della Regione Trentino - Alto Adige
per l'esercizio finanziario 1965 »**

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 4:

**« Haushaltseinnahmen- und Ausgaben-
voranschlag der Region Trentino - Tiroler
Etschland für das Rechnungsjahr 1965 »**

Seite 3

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 9,37.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 25-5-1965.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il verbale è approvato.

Prosegue la discussione sul *disegno di legge n. 4*: « **Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1965** ».

Sul cap. 75 la parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Obwohl in der gestrigen Sitzung bereits mehrere Regionalräte über das heurige Kap. 75 gesprochen haben, möchte ich auch noch einige kurze Ausführungen hinzufügen. Das heurige Kap. 75 und das vorigjährige Kap. 73 sind doch einige Überlegungen wert. Ich kann nicht voraussagen, wie man dieses Kap. 75 im Jahre 1965 verwalten und wie man die Gelder verteilen wird.

Aber die Verteilung, die ich in der Finanzkommission verlangt und für das Jahr 1964 auch erlangt habe, ist immerhin interessant. Sie muß aufgezeigt werden. Denn man spricht immer von einer gerechten Verteilung der Gelder zwischen der Provinz Bozen und Trient und dann in einem zweiten Augenblick — das füge ich hinzu — von einer angemessen gerechten Verteilung auch im Rahmen der Provinz Bozen zwischen den Südtirolern und den Italienern. Es sind hier 75 Millionen zu verteilen gewesen. Davon sind an die verschiedensten Vereine beinahe 25 Millionen, also rund 25 Millionen Lire an die Provinz Trient verteilt worden und rund 20 Millionen Lire an die Provinz Bozen. Nun, der Unterschied ist eigentlich nicht groß: es sind 5 Millionen Unterschied zwischen Trient und Bozen, es ist aber immerhin etwas. Ich werde mir erlauben, auch noch bei anderen Kapiteln darauf hinzuweisen, daß die Verteilung nicht, wie es doch die Regel sein sollte, fifty-fifty erfolgt ist. Wenn man alles zusammenzählt, so dürften es viele Dutzende von Millionen gewesen sein, die mehr in die Provinz Trient als in die Provinz Bozen geflossen sind. Ich möchte nicht von Hunderten von Millionen reden, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß es Hunderte von Millionen mehr sind, die zugunsten der Provinz Trient ausgeschüttet worden sind.

Doch bleiben wir bei den 5 Millionen Unterschied. Wenn man diese hernimmt, dann könnte man sich denken: Ach, 5 Millionen! Aber wie sind denn eigentlich die 20 Millionen Lire in der Provinz Bozen aufgeteilt worden? Da sind ja $\frac{2}{3}$ Südtiroler und $\frac{1}{3}$ Italiener. Ja, von diesen 20 Millionen sind 8 Millionen zugunsten der Südtiroler Vereine, Institutionen usw. ausbezahlt worden — 8 Millionen. Also das sind genau 40%!; über 9 Millionen sind zugunsten der italienischen Volksgruppe ausbezahlt worden und 3 Millionen zugunsten der Ladiner. Ich glaube, daß diese Verteilung absolut unangemessen ist und uns ein wenig bedenklich stimmen muß. Ich habe jetzt dieses Kapitel hervorgehoben und werde mir erlauben, später auch andere zu erwähnen, wo wir als Provinz Bozen und als Südtiroler nicht richtig behandelt worden sind. Meines Erachtens wäre es gut, wenn man einmal eine allgemeine Kontrolle vornähme. Der Regionalausschuß hat sicher nichts dagegen, nachdem wir als sogenannte Opposition auch eine wohlwollende Stellung eingenommen haben und nachdem auch der Ausschuß immer wieder erklärt hat, er möchte den Südtirolern entgegenkommen und die Südtiroler gerecht behandelt wissen. Aus diesen Gründen, glaube ich, hat der Ausschuß sicher nichts dagegen, wenn wir mal alle Kapitel der vergangenen Jahre durchnehmen, um festzustellen, wieviel an die Provinz Bozen ausgeteilt worden ist und wieviel an die Provinz Trient; so etwas Ähnliches, wie man es im letzten Jahr gemacht hat für die Vermögensinvestitionen. Nun aber wäre es interessant, auch die anderen Kapitel herzunehmen und einmal genauestens festzustellen, ob nicht die Provinz Bozen zugunsten der Provinz Trient benachteiligt wurde. Damit würde man jeden Zweifel, jede Klage aus der Welt schaffen. Also ich würde vorschlagen, daß man einmal die-

sen Beweis erbringt, denn es kann auch vorgekommen sein, daß vielleicht einmal auf einem Kapitel ein oder mehrere Millionen mehr zugunsten der Provinz Bozen ausbezahlt worden sind. Ich bin einverstanden, eine generelle Kontrolle vornehmen zu lassen. Ich bin überzeugt, daß wir als Provinz Bozen so manche Dutzende von Millionen weniger bekommen haben als die Provinz Trient. Dies ist nur ganz generell zu diesem Kap. 75.

Nachdem ich jedoch in diesem Kap. 75 einige Beiträge gesehen habe, der eine zugunsten des Roten Kreuzes von Trient und der andere zugunsten des Roten Kreuzes von Bozen, erlaube ich mir, eine Anfrage an den zuständigen Assessor zu richten. Was steckt denn eigentlich hinter diesen Zeitungsartikeln über das Rote Kreuz von Bozen? Was ist denn da Wahres an diesen Veröffentlichungen? Man hat seinerzeit von der plötzlichen Abberufung des damaligen Präsidenten des Roten Kreuzes von Bozen, Comm. Ziller, gelesen und von der unerwarteten Einsetzung des Staatsanwaltes Castellano anstelle von Ziller. Warum ist man da so geheimnisvoll vorgegangen? Warum hat niemand etwas davon gewußt? Wie ein Blitz aus heiterem Himmel ist diese Umbesetzung gekommen und dann hat man in Bozen und in Bozner Kreisen so herumgemunkelt, daß da etwas nicht stimmen soll, daß eine Menge Schulden vorhanden sein sollen usw. Man hat es als eine Tatsache hingenommen, daß die Angestellten des Roten Kreuzes von Bozen schon mehrere Monate lang ihr Gehalt nicht mehr ausbezahlt erhielten. Nun, es dürfte eine Lage vorhanden sein oder zumindest vorhanden gewesen sein, die auf irgendwelche Gründe zurückzuführen ist. Könnte man nicht einmal ein klares Wort von seiten des zuständigen Assessors hören, wie es bei diesem Roten Kreuz von Bozen aussieht? Ich möchte auch daran erinnern, daß es schon Beschwerden in der

Presse gegeben hat über das Funktionieren dieses Roten Kreuzes; auch in der italienischen Presse hat es Beschwerden darüber gegeben, daß man einen Wagen des Roten Kreuzes angefordert hätte und nicht hätte kommen können, angeblich weil er anderswo eingesetzt war. Zu diesem Thema der « disfunzioni », wie es damals geheißen hat, des Roten Kreuzes hat auch der Kommissar, der jetzige, Dr. Castellano, Stellung bezogen und hat versucht, sich auszureden, daß es nicht stimme, daß hier « disservizi » vorhanden wären, denn die Roten-Kreuz-Wagen waren irgendwo anders eingesetzt, wo es dringender notwendig ist usw. Könnte man nicht einmal ein klares Wort hören? In der Finanzkommission habe ich mich auch an den Assessor Nicolodi gewandt, der mir damals erklärt hat, daß der Wagenpark des Roten Kreuzes als Alteisen irgendwie noch verkauft werden könnte. Also wir sind demnach ziemlich tief gesunken, glaube ich. Deswegen, um solchen Polemiken vorzugreifen und um sie zu vermeiden, möchte ich nun präzise wissen: Warum wurde der seinerzeitige Präsident des Roten Kreuzes so plötzlich abberufen und durch einen Staatsanwalt ersetzt? Bitte, Staatsanwalt als Präsident des Roten Kreuzes, einer solchen Institution, ich bin nicht begeistert, obwohl ich gegen die Personen gar nichts habe, aber schon die Stellung eines Staatsanwaltes bei einer solch humanitären Organisation, das ist beinahe nicht vereinbar, glaube ich. Also warum wurde der Comm. Ziller seinerzeit abberufen? Wieviel Schulden sind da hinterlassen worden? Wie schaut es mit dem Wagenpark des Roten Kreuzes aus? Ist es möglich, daß dieser Rote-Kreuz-Dienst auch für die Zukunft gesichert sein wird? Nur auf diese Fragen möchte ich bei der heutigen Bilanzdebatte eine Antwort erhalten.

(Nonostante che nella seduta di ieri alcuni consiglieri regionali abbiano già parlato sull'attuale cap. 75 vorrei aggiungere alcune brevi dichiarazioni. L'attuale cap. 75 ed il cap. 73 del bilancio scorso meritano alcune considerazioni. Non sono in grado di prevedere quale sarà l'amministrazione di questo capitolo nel 1965 e come si distribuiranno i fondi ad esso assegnati: interessante è però la distribuzione che ho proposto nella commissione finanze e che sono riuscito ad ottenere per il 1964. Bisogna farne cenno poiché si parla sempre di una equa distribuzione dei fondi fra le Province di Trento e Bolzano ed in un secondo tempo, questo lo aggiungo io, anche di una distribuzione convenientemente equa fra i sudtirolesi e gli italiani nell'ambito della provincia di Bolzano. La somma da ripartire ammontava a 75 milioni: di questi sono stati distribuiti alle diverse società circa 25 milioni in provincia di Trento e circa 20 in provincia di Bolzano. La differenza non è poi tanto grande: si tratta comunque sempre di 5 milioni di differenza fra Trento e Bolzano. Mi permetterò di accennare anche per altri capitoli al fatto che la ripartizione non è stata fatta a metà e metà come dovrebbe essere la regola. Se si tirano le somme, i milioni in più che sono affluiti in provincia di Trento rispetto alla provincia di Bolzano dovrebbero essere parecchie dozzine. Non vorrei parlare di centinaia di milioni ma non è escluso che tanti siano i fondi in più andati a favore della provincia di Trento. Ma torniamo ai 5 milioni di differenza. Si potrebbe pensare: beh, cinque milioni! Ma come sono stati distribuiti i 20 milioni della provincia di Bolzano? Qui la popolazione è formata per 2/3 da sudtirolesi e per 1/3 da italiani: ora di questi 20 milioni 8 sono stati sborsati a favore di società, istituzioni ecc. sudtirolesi, dico 8 milioni. Esattamente il 40%: più di 9 milioni sono andati a favore del gruppo lingui-

stico italiano e 3 milioni a favore dei ladini. Mi sembra che tale ripartizione sia assolutamente inadeguata e che ci debba ispirare alcune riflessioni. Ho messo ora in rilievo questo capitolo e mi permetterò più tardi di citarne altri in cui noi, come provincia di Bolzano e come sudtirolesi, non siamo stati trattati con giustizia. A mio avviso sarebbe bene fare una verifica generale: la Giunta regionale non avrà senz'altro niente in contrario poiché noi, la cosiddetta opposizione, abbiamo assunto una posizione benevola e poiché anche la Giunta stessa ha dichiarato più volte di voler venire incontro ai sudtirolesi e di desiderare saperli trattati equamente. Per queste ragioni credo che la Giunta non abbia senz'altro niente in contrario a scorrere tutti i capitoli degli anni passati per verificare quanto sia stato assegnato alla provincia di Bolzano e quanto alla provincia di Trento; qualcosa insomma di simile a quanto si è fatto lo scorso anno per gli investimenti patrimoniali. Ora sarebbe però interessante esaminare anche gli altri capitoli ed accertare con esattezza se la provincia di Bolzano non sia stata torteggiata a favore della provincia di Trento. Ciò eliminerebbe ogni dubbio, ogni lagnanza. Io proporrei dunque di produrre le prove perché può anche essere successo che in un capitolo siano stati sborsati uno o alcuni milioni in più a favore della provincia di Bolzano. Sono d'accordo che si faccia un controllo generale e sono convinto che come provincia di Bolzano abbiamo ricevuto alcune dozzine di milioni in meno della provincia di Trento. Questo in via del tutto generale sul cap. 75.

Poiché in questo capitolo ho osservato anche alcuni contributi in favore della Croce Rossa di Trento ed altri in favore della Croce Rossa di Bolzano, mi permetto di chiedere all'Assessore competente che cosa nascondano gli articoli pubblicati nei giornali sulla Croce

Rossa di Bolzano. Che cosa c'è di vero in ciò che è stato pubblicato? A suo tempo abbiamo letto dell'improvvisa revoca dell'allora Presidente della CRI di Bolzano, comm. Ziller, e della sua inaspettata sostituzione con il Procuratore della Repubblica Castellano. Perché si è agito tanto misteriosamente? Perché nessuno ne ha saputo qualcosa? La sostituzione è venuta come un fulmine a ciel sereno ed a Bolzano e nei circoli bolzanini si mormorava che qualcosa non andava, che ci sarebbe stato un monte di debiti ecc. Si è accettato come un fatto che gli impiegati della CRI di Bolzano già da molti mesi non ricevessero lo stipendio. Ora senz'altro dovrebbe esistere, od almeno essere esistita, una situazione che si può attribuire a certe ragioni. Non si potrebbero avere dall'Assessore chiare informazioni sulla situazione della CRI di Bolzano? Vorrei ricordare ancora che la stampa ha già pubblicato reclami sul funzionamento della Croce Rossa; anche la stampa italiana ha riportato delle lamentele perché si era chiesta un'autoambulanza della Croce Rossa che non aveva potuto rispondere alla chiamata, sembra perché in servizio altrove. Sul tema delle « disfunzioni », come le si è chiamate allora, della CRI, ha preso posizione anche l'attuale commissario dott. Castellano, tentando di sostenere che non c'erano dei « disservizi » perché le autolettighe della CRI erano effettivamente in servizio dove era più urgente ecc. Non si potrebbe avere finalmente una risposta chiara? In commissione finanze mi sono rivolto anche all'Assessore Nicolodi, il quale mi ha spiegato allora che il parco macchine della Croce Rossa potrebbe esser venduto pressapoco come ferro vecchio. Credo dunque che siamo arrivati piuttosto in basso. Per prevenire ed evitare polemiche del genere vorrei sapere con precisione perché l'allora Presidente della Croce Rossa sia stato rimosso così improvvisamente e sostituito con il Procuratore della Re-

pubblica. Prego, un Procuratore della Repubblica come Presidente della Croce Rossa, di una istituzione del genere, non può entusiasmarci anche se non ho niente da opporre alla persona in sé; credo che già la posizione di Procuratore della Repubblica sia quasi incompatibile con una tale organizzazione umanitaria. Perché allora è stato revocato il comm. Ziller? A quanto ammontano i debiti lasciati? Quale è la situazione del parco macchine CRI? Sarà possibile assicurare anche per il futuro il servizio della Croce Rossa? Nell'attuale discussione sul bilancio vorrei avere una risposta soltanto a queste domande.)

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Fronza.

FRONZA (Assessore enti locali - D.C.): Credo sia opportuno e necessario, oltre che rispondere a determinate domande che mi sono state poste, su casi particolari o su determinate situazioni, di esporre anche delle linee di carattere generale per quanto riguarda l'Assistenza del mio assessorato, perché la mancanza di questa esposizione può portare a delle idee di ripartizione confusa e di confusione fra istituzioni di assistenza in genere e di assistenza sanitaria in particolare.

Vorrei subito specificare, per quanto riguarda istituzione di assistenza in genere, assistenza sanitaria in particolare, che anche recentemente con l'Assessore Nicolodi, titolare della previdenza e sanità, si è cercato di chiarire, si si è cercato di ripartire i fondi nel miglior modo possibile, in modo che gli interventi siano eventualmente integrativi per quei settori che possono riguardare i due assessorati con le diverse competenze.

Quindi non è vero che ci sia confusione. Io condivido pienamente l'idea che occorre un piano di intervento, che occorre conoscere be-

ne le situazioni. Per questo motivo, come è stato rilevato già ieri dall'Assessore Nicolodi, vorrei dire che l'Assessorato enti locali e l'Assessorato all'assistenza si preoccupano di avere le informazioni più dettagliate e massime possibili, attraverso il centro regionale di assistenza. Prima di intervenire, o per casi particolari, o per le istituzioni, o per altre cose, ma specialmente per le case di riposo, ci si riserva di interpellare il centro regionale di assistenza e le assistenti sociali fanno delle relazioni sulle varie situazioni, tenendo conto delle situazioni del paese, della zona, della vallata o magari provinciali.

Quindi non interventi discrezionali fatti così, perché li vuole l'Assessore o perché li vuole il tal funzionario, ma perché corrispondono ad una vera esigenza.

Si è parlato di necessità di legge. È un argomento che dovrà essere approfondito, non è previsto nel programma legislativo di quest'anno, comunque si raccoglieranno elementi per poter studiare questo argomento e approfondirlo.

Si è parlato di assistenza e di contributi alle istituzioni religiose. Qui l'Assessorato enti locali deve tener conto della realtà della situazione. Oggi nel campo assistenziale vi sono parecchie istituzioni religiose che fanno dell'assistenza specifica, che fanno dell'assistenza documentata nei vari settori: settore degli studenti, settore dei poveri, settore femminile, settore maschile, settore dei giovani, settore minore. Quindi l'Assessorato deve tener conto della realtà che esiste e documentatamente deve intervenire dove c'è necessità.

Vorrei subito precisare che l'assessorato non interviene per contributi inerenti a costruzioni, ma interviene solo per gestione o eventualmente per arredamento o impianti specifici igienico - sanitari.

Prima di esporre il piano generale vorrei

rispondere specificatamente al cons. Dalsass, dando qualche dato sulla ripartizione. Io ho qui la ripartizione nei vari capitoli e posso dimostrare che non è che ci sia stata eccessiva sperequazione fra la provincia di Trento e la provincia di Bolzano, e nella stessa provincia di Bolzano fra il gruppo etnico italiano e il gruppo etnico tedesco, anche se è difficile ripartire l'assistenza, anche se è necessario tener conto che nell'assistenza bisogna intervenire quando ce n'è bisogno.

Sul cap. 73, la ripartizione è questa: 45 milioni vengono stanziati; a Trento si son dati 24 milioni, a Bolzano 20.500.000, di cui, come già ha detto il cons. Dalsass, 12 milioni al gruppo etnico italiano, 8 milioni al gruppo etnico tedesco.

Invece vediamo il cap. 167, che è anche settore assistenza, di 44 milioni: la provincia di Bolzano ha potuto usufruire di contributi per 26.400.000, la provincia di Trento per 17.536.000; al gruppo etnico tedesco della provincia di Bolzano 20.314.000; al gruppo etnico italiano 6.100.000.

Cap. 168, riguarda sempre l'assistenza: 18 milioni più cinque variazioni di bilancio; abbiamo avuto 8.500.000 in provincia di Bolzano, 14 in provincia di Trento; così ripartiti in provincia di Bolzano: 3.600.000 e 4.800.000.

La ripartizione quindi di questi 3 capitoli, per un totale di stanziamento di 112 milioni è questa: provincia di Bolzano 55.478.000, provincia di Trento 56.540.000.

Quindi c'è una differenza di 1 milione di lire.

La ripartizione fra i due gruppi etnici in provincia di Bolzano è di 32.030.000 per il gruppo etnico tedesco, e di 23.000.000 per il gruppo etnico italiano.

La ripartizione per quanto riguarda gli ECA è di 51 milioni per la provincia di Bol-

zano, e di 52 milioni per la provincia di Trento. Qui c'è la differenza di circa 900.000.

Si cercherà naturalmente di tener conto di questa necessità di ripartizione, ma si terrà conto anche della necessità del bisogno. Vorrei prendere l'occasione anche per rispondere a quei tre consiglieri che sono intervenuti in discussione generale; particolarmente al dott. Mattivi, la signorina Gebert e la dott. Menapace, riferendomi principalmente alle case di riposo. Si è parlato di questo argomento, si è parlato di questo tema molto importante, che è allo studio dell'Assessorato, che è allo studio di organismi competenti e di libere istituzioni.

Le case di riposo. È opportuno prima parlare di impostazione e dire cosa si è fatto finora. In questi giorni, proprio sul giornale, in determinate zone, vedi Rovereto, vedi Arco, vedi provincia di Bolzano, si è chiesto che cosa ha fatto fino ad ora l'assessorato.

La realtà è questa: in provincia di Bolzano abbiamo 62 case di riposo, per 2.069 posti letto; con posti riservati a uomini 829, posti riservati a donne 1.240. Di queste case di riposo 51 sono amministrate dagli ECA, 6 da istituzioni pubbliche di assistenza, 3 da istituzioni religiose, 2 dal comune.

Dal 1949 al 1964 la Regione è intervenuta in provincia di Bolzano con 373.330.000 per case di riposo che riguardano 1.683 posti letto.

In provincia di Trento, dove abbiamo 41 case di riposo con 2.524 posti letto, le case di riposo sono così amministrate: 26 dagli ECA, 12 da istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza, 1 direttamente dal comune, 1 amministrata da istituzione religiosa e 1 da istituzione privata.

Dal 1949 al 1964 la Regione è intervenuta a favore delle case di riposo per 327 milioni.

Vediamo qui che la ripartizione dal 1949

ad oggi per le case di riposo: 373 milioni in provincia di Bolzano e 327 milioni in provincia di Trento.

Gli interventi che si sono resi necessari furono attuati principalmente per i servizi igienico-sanitari, per sostituire le vecchie stufe di riscaldamento, per riattare i vecchi edifici, per le riparazioni più urgenti, per rinnovo arredi, per impianti di cucine, lavanderie.

Molto c'è ancora da fare, ma, seguendo un piano di interventi sempre in aggiornamento, molto si potrà fare se vi sarà la massima collaborazione di tutti gli enti interessati: degli ECA, delle opere pie e delle Giunte provinciali, le quali nel proprio ambito territoriale possono e dovrebbero aiutare gli enti minori non solo a chiedere ma a bene amministrarsi per poter dare inizio a una collaborazione fra tutti gli enti pubblici interessati al problema.

Infatti non è pensabile e non è auspicabile che continui nel tempo un'azione isolata di pochi, per il solo raggiungimento di un miglioramento economico, ma è giunto da tempo il momento degli incontri e dei colloqui a tutti i livelli, perché il problema non rimanga una intenzione, una scoperta di singole persone, ma investa e coinvolga la responsabilità degli amministratori tutti.

Recentemente ho presentato al Presidente della Giunta un promemoria per un programma di studio sul problema delle case di riposo, al fine di arrivare ad un piano organico, possibilmente comprensoriale, anche per garantire una autosufficienza di gestione. In tale promemoria affermavo che il problema degli anziani nelle case di riposo assume sempre più importanza, per l'aumento del numero delle persone che nella vecchiaia sentono la necessità di questo tipo di assistenza, ed avendo constatato per esperienza diretta del Centro regionale di servizio sociale e dell'ufficio

IDAB dell'assessorato enti locali, come la situazione attuale delle istituzioni per anziani nella nostra Regione sia assolutamente inadeguata, come è stato rilevato dalla cons. Gebert, dalla signora Menapace anche in sede di discussione generale, ed avendo in particolare riscontrate gravi carenze nell'edilizia, nell'attrezzatura, nella qualificazione del personale, nelle prestazioni assistenziali all'anziano, sia fisiche che morali e psicologiche e come si manifesti la necessità di una adeguata sensibilizzazione dell'opinione pubblica, degli amministratori, degli anziani stessi, intorno ai problemi di questa categoria di persone. Abbiamo considerato che gli enti pubblici interessati ai diversi problemi sono: la Regione, per la competenza legislativa di ordinamento di controllo sugli organi; la Provincia per competenza di controllo amministrativo, e i comuni in adempimento di obblighi derivanti da leggi.

Oltre agli enti pubblici sopra citati vi sono anche delle istituzioni ed organizzazioni che si interessano; a Trento abbiamo la federazione diocesana enti di assistenza e beneficenza, che recentemente ha promosso anche dei convegni e delle iniziative intese a muovere l'opinione pubblica e l'ente pubblico, e ha già effettuato degli interventi diretti, ritenuti di carattere urgente, per il miglior funzionamento delle case di riposo.

Ritengo necessaria la costituzione di un comitato qualificato, con competenza regionale a cui affidare i seguenti compiti: raccolta di tutti gli elementi utili alla conoscenza della situazione di fatto nelle case di riposo esistenti nella Regione; studio preliminare di razionali e coordinate soluzioni del problema; programmazione degli interventi economici, sociali e giuridici rivolti alla propulsione e potenziamento delle istituzioni qualificate, nel rispetto delle finalità delle medesime e nell'ambito delle caratteristiche ambientali, avendo riguardo al-

le esigenze della popolazione interessata; attività amministrativa di consulenza in sede di attuazione del programma, anche ai fini del coordinamento dell'attività svolta dai vari enti interessati al problema.

Da quanto esposto risulta che vi sarà una sempre maggiore razionalizzazione degli interventi, in rapporto alle esigenze e soprattutto alla sempre migliore conoscenza dei problemi stessi, frutto questo di accurate indagini, di studio e di preparazione.

Non quindi interventi generici e discrezionali, ma fatti su di un piano di studio, sul contatto con gli amministratori degli enti competenti, sul coordinamento degli interventi tra la Regione e le due Province e le altre istituzioni, sulla realtà dei bisogni che ci aspettano. Intervenire quindi nelle situazioni di carenza, ma dove è necessario fare pure opera di propulsione, di coordinamento, di solidarietà per tutte le categorie che ne hanno bisogno.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Nicolodi.

NICOLODI (Assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.I.): Vorrei rispondere al cons. Dalsass sul problema della Croce Rossa Italiana, problema che conosco perché mi sono occupato a seguito di una richiesta che è stata fatta dalla stessa Croce Rossa al mio assessorato per avere un contributo per l'acquisto di autoambulanze.

Innanzitutto preciso che il dott. Paolo Castellano non è commissario, ma con ordinanza di data 14-1-1965 del commissario straordinario della Croce Rossa Italiana su conforme parere del vicecommissario del Governo e con il consenso del procuratore della Repubblica di Bolzano e del procuratore generale della Repubblica di Trento, è stato nominato presidente del comitato provinciale della Croce

Rossa Italiana di Bolzano il dott. Paolo Castellano, sostituto procuratore della Repubblica.

Quindi il problema non è che sia nato per irregolarità precedenti, è nato perché vi è stato un rinnovo delle cariche su tutto il territorio italiano, perché anche in campo nazionale il commissario che c'era prima è stato superato, è stato nominato un presidente, un comitato direttivo, un direttore; quindi sono state fatte delle nomine regolari.

Dice la relazione: « La situazione della Croce Rossa Italiana in provincia di Bolzano è così organizzata: 1 posto di pronto soccorso di Bolzano, tre ambulanze, due vetture Fiat 1.400 in pessimo stato d'uso, sei dipendenti (autisti e telefonisti); 1 posto di pronto soccorso di Merano, 2 ambulanze, 1 vettura Fiat 1.400 in pessimo stato d'uso, 5 dipendenti (autisti e telefonisti); 1 posto di pronto soccorso di Bressanone, 1 ambulanza, 1 autovettura Fiat 1.400 in pessimo stato d'uso, 4 dipendenti (autisti e telefonisti); Scuola assistenti sanitarie visitatrici, 9 allieve, 1 direttrice; Scuola infermiere volontarie: 10 allieve; Comitato provinciale sezione femminile: 4 dipendenti; Croce Rossa Italiana giovanile: 1 dipendente ».

La situazione degli automezzi è disperata, questo è detto nella relazione che io ho chiesto al neo presidente per poter intervenire come Regione. Egli scrive: « La situazione degli automezzi è disperata e fa gravemente temere per la continuazione di un servizio efficiente. Delle 6 autoambulanze una sola è in stato d'uso, da classificarsi *buono*, 3 sono in stato *mediocre*, 2 sono *scadenti*. Le 4 autovetture Fiat 1.400 sono in condizioni che è poco definire pessime. Il loro valore è di 40 - 60 mila se marcianti; di lire 15.000 se non più in grado di viaggiare, quindi rottame. Le spese di manutenzione per tali veri relitti si aggirano sulle 20.000 lire mensili. Una di tali macchine non è più utiliz-

zabile. Con tali mezzi si dovrebbe assicurare il servizio all'intero territorio della Provincia.

La situazione economica si presenta come segue: al 31-1-1965 con un passivo di lire 11.504.942; al 17-3-1965 — data della nostra richiesta della relazione — un passivo di lire 10.628.686, quindi era stato ridotto di lire 876.256. L'attivo sempre al 31-1-1965 è di 3.630.576 e al 17-3-1965 di 2.944.083. Un passivo ammontante a lire 7.684.603; questo alla data del 17-3-1965. Le entrate sono costituite dai pagamenti per trasporti ammalati, da sovvenzione di enti pubblici o privati, dal ricavo vendita carta da macero, dal ricavo di trattenimenti danzanti, dal ricavo quote associative (lire 1.000 ciascuna), dal ricavo fitti. Le spese sono costituite: stipendi ed oneri per il personale, carburanti, manutenzione, affitti garage e locali, assicurazione autoveicoli, cancelleria, assistenza diretta, varie (luce, riscaldamento ecc.). Fra le passività sono stati anche conteggiati i residui debiti in ragione di lire 1.453.025 per colonie organizzate gli anni scorsi.

Negli scorsi anni tale passivo non si è prodotto, perché non erano stati approvati gli aumenti di stipendi che da 26.855.372 sono passati col nuovo presidente a lire 35.154.712, quindi un aggravio per stipendi di lire 8.299.340.

Al fine di evitare il crearsi del rilevante deficit, per raggiungere il pareggio del bilancio sono state prese misure che si possono così sunteggiare: 1) unificazione della contabilità; 2) scelta unica dei fornitori; 3) impulso all'attività propagandistica per reperire maggior numero di soci; 4) contatti con il comune di Bolzano al fine di stipulare un contratto di appalto per il trasporto degli ammalati; 5) aumenti delle tariffe praticate per i trasporti, tanto per conto di privati, quanto per conto di enti pubblici. Tali aumenti però dovranno essere prudentemente operati, sia perché il ser-

vizio non può perdere il carattere di socialità, sia perché deve evitarsi di praticare prezzi superiori a quelli richiesti da altri enti di diverse regioni che, disponendo di più larghi mezzi, sono in condizioni di praticare tariffe bassissime; 6) richiesta di contributi ad enti privati; 7) severa riduzione delle spese di gestione; 8) soppressione, almeno per due anni, delle colonie e riduzione dell'assistenza diretta, aumentando invece quella sanitaria (forniture di medicinali, prestazioni mediche ecc.); 9) scelta dei locali per il ricovero di autoveicoli e per gli uffici. Tali misure però da sole non possono essere sufficienti a colmare il deficit prodottosi, ad evitare che esso si aggravi e soprattutto non sono sufficienti a rendere possibile l'acquisto di nuovi automezzi.

Nello scorso anno vennero concessi per il miglioramento dei servizi di pronto soccorso, lire 2.500.000 dalla Regione Trentino - Alto Adige, assessorato previdenza, assistenza sociale e sanità. Altro contributo di lire 1 milione venne concesso dall'assessorato regionale enti locali per le attività della CRI. Infine vennero riconosciuti alla Croce Rossa giovanile, che ha un bilancio a parte, lire 2 milioni per il miglioramento dei servizi di assistenza medico - scolastica. In totale lire 5.500.000, sono state erogate l'anno scorso dalla Regione alla CRI.

Tale somma, come si è visto, è stata del tutto insufficiente a sostenere le necessità nascenti, in parte dagli aumentati esborsi e dovuti anche al peggioramento degli automezzi dei posti di pronto soccorso.

Per poter consentire a questo Comitato di continuare a rispettare il servizio affidatogli è indispensabile che venga stanziato un contributo di almeno 10 milioni, non riducibile, per eliminare il passivo e per l'acquisto di una autoambulanza. Tale sovvenzione, assieme con le misure sopra indicate, varrà a rendere possi-

bile la continuazione del servizio, oggi solo precariamente assicurato.

Si è voluto esporre con tutta franchezza la situazione della CRI quale oggi si presenta: seppur pesante essa non è certamente fallimentare e merita ogni appoggio da parte dei pubblici uffici preposti ai servizi sanitari e sociali.

È da notare come solo una branca della attività della CRI sia deficitaria, quella cioè dei servizi di pronto soccorso. L'organizzazione quindi è sostanzialmente sana nel suo complesso ed il contributo che viene richiesto non verrebbe inutilmente disperso.

Nella scelta della preferenza che dovrà essere operata non potrà essere negata un'indiscutibile priorità alla CRI, associazione che opera con assoluta apoliticità, nell'ambito di convenzioni internazionali ed in ossequio a leggi dello Stato ».

Questa la relazione fatta dal presidente, dott. Castellano. Debbo osservare che effettivamente c'erano arretrati gli stipendi di tre mesi, e che anche qui il nuovo presidente ha dovuto fare dei salti mortali per reperire i fondi, credo che li abbia trovati presso la cassa di risparmio; i dipendenti avevano minacciato lo sciopero.

Per quanto riguarda il caso particolare a cui si riferiva il collega Dalsass, della polemica sulla stampa, io mi sono informato, ed effettivamente lì era stata fatta questa richiesta di prelevare un ammalato che stava per morire per portarlo, mi pare, a Auna di sotto, se non vado errato. Siccome purtroppo le autoambulanze a disposizione della CRI sono in uno stato veramente precario si era preoccupati che l'autoambulanza potesse arrivare fino ad Auna di sotto, questo è stato il motivo per cui la Croce Rossa non si è sentita di fare tale trasporto. Credo però che, non so se per interesse della Croce Rossa stessa, sia intervenuta una autoambulanza militare. Quindi la

Croce Rossa Italiana di Bolzano merita naturalmente di essere aiutata.

Per quanto riguarda il mio assessorado mi sono impegnato a dare un contributo per l'acquisto di almeno due, se non tre, autoambulanze che siano efficienti, anche per percorsi di montagna, per andare in qualsiasi maso. Per l'impressione che ho provato in quei due o tre colloqui che ho avuto con lui, credo che il nuovo Presidente abbia veramente buone intenzioni e voglia portare la Croce Rossa a quel livello di socialità e di efficienza che è necessario e indispensabile per le nostre popolazioni.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Ich danke dem Herrn Assessor Nicolodi für seine Auskunft über das Rote Kreuz. Mit derselben hat er bestätigt, daß im Roten Kreuz in der Vergangenheit nicht alles so gut gegangen ist, daß so manche Dinge irgendwie neu geregelt und neu organisiert werden müssen. Ursprünglich hat man immer von einem Kommissar gesprochen und zwar als man von der Ernennung dieses Dr. Castellano erfahren hat. Dann habe ich aber in der Zeitung gelesen, daß er als Präsident gezeichnet hat. Es ist doch interessant daß man gerade einen Staatsanwalt zum Präsidenten einer solchen Organisation auswählt. Wie gesagt, ich habe nichts gegen die Person, aber schon die Tatsache, daß man einen Staatsanwalt hernimmt, läßt ein wenig nachdenken.

Zweitens möchte ich noch etwas sagen: Wenn schon in der Provinz Bozen die Sparkasse, die Gemeinde Bozen und die Regionalverwaltung erhalten müssen, um das Defizit des Roten Kreuzes zu beseitigen, dann wäre es aber auch einmal billig und recht, daß man bei der Bestellung des Präsidenten auf diese Institutionen oder Körperschaften hören möch-

te und nicht gerade einen x-beliebigen hernimmt, ohne daß man etwas davon weiß. Die Ernennung ist damals gekommen wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Niemand hat etwas davon gewußt, bis die Ernennung nicht eine vollzogene Tatsache war. Was nun diesen besonderen Fall betrifft, über den die Beschwerden auch von der Presse gebracht wurden, hat jetzt der Assessor den Präsidenten gewissermaßen dementiert. In diesem Artikel hat der Präsident nämlich gesagt: « Der Beamte wußte nicht, daß diese Autos bereits anderweitig eingesetzt waren ». Sie hingegen, Herr Assessor, haben gesagt: « Die haben Angst gehabt, so ein Auto überhaupt auf den Ritten hinaufzuschicken, weil sie fürchteten, daß es gar nicht bis Unterinn hinauf käme ».

Und noch etwas möchte ich hinzufügen. Es ist doch heute allgemein bekannt, daß für einen weiteren Rot-Kreuz-Dienst, der Wagen von auswärts geholt werden muß; nicht in Bozen wird also ein Wagen gesucht, sondern — wenn der Bedarf vorhanden ist — fordert das Rote Kreuz Rettungswagen aus der Nachbarprovinz an. Das ist mir auch zuverlässig bekannt. Man kommt also mit dem heutigen Wagenpark nicht aus. Sie haben es selbst zugegeben. Wenn man die Situation ein wenig verbessert, ist mir das schon recht, denn es ist ein Dienst, der absolut garantiert werden muß.

Ich werde jetzt noch ganz kurz auf die Ausführungen von Assessor Fronza zurückkommen und ich habe hierzu eine konkreten Vorschlag gemacht. Er hat erklärt, daß es bei der Verteilung der Gelder unter den zwei Provinzen Trient und Bozen keine « sperequazione eccessiva » gegeben habe. Ich will wirklich nicht polemisieren und bin der Meinung, daß man die Gesamtkapitel hernehmen muß und das nicht jedes Kapitel genau Hälfte zur Hälfte aufgeteilt werden kann. Deshalb sollten alle

Kapitel geprüft werden, um festzustellen, wieviel der Provinz Bozen zugute gekommen ist und wieviel der Provinz Trient. Damit würde man jede Klage aus der Welt schaffen. Auf diesen Vorschlag ist aber der Assessor Fronza nicht eingegangen. Er hat nur gesagt, es stimme nicht, daß die Provinz Bozen benachteiligt worden sei. Wie man also im vergangenen Jahr einen Ausgleich geschaffen hat bei den Vermögensinvestitionen, so könnte man einmal auch die anderen Kapitel hernehmen und kontrollieren um festzustellen, wieviel der Provinz Bozen zugute gekommen ist und wieviel hingegen der Provinz Trient. Es ist ein konkreter Vorschlag. Ich glaube, daß doch niemand etwas dagegen einzuwenden haben wird, nachdem ja der Ausschuß selbst immer wieder behauptet, es würden die Gelder ungefähr Hälfte zur Hälfte auf die zwei Provinzen verteilt.

(Ringrazio l'Assessore Nicolodi per le sue informazioni sulla Croce Rossa, informazioni con cui egli ha confermato che in passato in quell'ente non tutto filava alla perfezione, che alcune cose hanno bisogno di nuova disciplina e nuova organizzazione. In principio si è sempre parlato di un commissario e cioè quando si è venuti a conoscenza della nomina del dott. Castellano: poi ho letto nei giornali che egli si firmava come Presidente. È però interessante che si sia scelto proprio un Procuratore della Repubblica a Presidente di un'organizzazione del genere. Come ho detto, non ho niente da eccepire alla persona, ma già il fatto che si sia scelto un Procuratore della Repubblica dà un po' da pensare.

Vorrei poi dire ancora qualcosa sull'argomento: se in provincia di Bolzano la Cassa di Risparmio, il Comune e l'amministrazione regionale devono contribuire a coprire il deficit della Croce Rossa, sarebbe anche giusto interpellare per la nomina del Presidente tali

enti od istituzioni invece di chiamare una persona qualunque senza che se ne sappia nulla. La nomina è venuta allora come un fulmine a ciel sereno; nessuno ne ha saputo nulla finché la nomina non fu un fatto compiuto. Per quanto riguarda il caso particolare, su cui anche la stampa ha reclamato, l'Assessore ha in un certo senso smentito il Presidente. In questo articolo il Presidente ha detto infatti: « L'impiegato non sapeva che le autolettighe erano già impegnate altrove », mentre lei, Signor Assessore, ha detto: « Hanno avuto paura a spedire un auto del genere sul Renon perché temevano che non sarebbe arrivato fino ad Auna di Sotto. »

C'è ancora qualcosa che vorrei aggiungere: oggi è ormai notorio che per un ulteriore servizio della CRI è necessario ordinare l'autolettiga da fuori; non è a Bolzano che si cerca il mezzo di cui si ha bisogno ma la CRI ne richiede uno nella vicina provincia. Questo lo so da fonte degna di fiducia. Ciò significa che l'attuale parco macchine è insufficiente ed anche lei lo ha ammesso. Se la situazione attuale si potesse un po' migliorare ne sarei molto contento poiché si tratta di un servizio che va assolutamente garantito.

Ritornero ora brevemente alle dichiarazioni dell'Assessore Fronza, dichiarazioni su cui ho avanzato una proposta concreta. L'Assessore ha affermato che nella ripartizione dei fondi fra le due province di Trento e Bolzano non c'è stata una « sperequazione eccessiva ». Assolutamente non è mia intenzione polemizzare e sono del parere che i capitoli vadano presi nel loro insieme e non che ogni capitolo sia diviso in due metà uguali: per questo bisognerebbe controllare tutti i capitoli e verificare quanto sia andato a favore della provincia di Trento e quanto alla provincia di Bolzano. In tal modo si eliminerebbe ogni lagnanza. L'Assessore Fronza non ha però accettato la mia

proposta affermando soltanto non esser vero che è stato fatto torto alla provincia di Bolzano.

Come dunque l'anno scorso si è introdotta una sanatoria per gli investimenti patrimoniali, si potrebbero ora prendere in esame anche gli altri capitoli per verificare quanto è andato in provincia di Bolzano e quanto in provincia di Trento. È una proposta concreta: credo che nessuno avrà qualcosa da eccepire poiché la Giunta stessa afferma sempre che i fondi sono stati ripartiti pressapoco a metà fra le due Province.)

PRESIDENTE: La parola alla dott. Menapace.

MENAPACE (D.C.): Brevemente sul cap. 75, avendo preso conoscenza con molta soddisfazione che questo discorso sul coordinamento prosegue. Vorrei domandare all'Assessore Fronza, nel momento in cui pensa di istituire delle forme di coordinamento, se non crede di prendere in considerazione questa proposta: invece di nominare o di prevedere dei comitati vari, di esercitare il coordinamento a livello di Giunte, preliminarmente. Perché questo consentirebbe appunto un lavoro più coordinato tra i tre enti autonomi, rispettando anche quella parità di dignità fra gli stessi che è caratteristica, mi pare, di questo nuovo corso.

In secondo luogo vorrei che si desse particolare sottolineatura a questo punto: che in tutti i problemi assistenziali il criterio del bisogno prevale in ogni caso sulla ripartizione etnica.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 75: approvato a maggioranza, con 13 astensioni.

Avevo dimenticato di comunicare una interpellanza del cons. Agostini al Presidente della Giunta regionale per avere a disposizione i pareri e le consulenze giuridiche.

Passiamo al cap. 85. La parola al consigliere Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Assessore, on. Presidente, innanzitutto una considerazione di carattere generale per la materia che concerne questo capitolo.

Esistono due gestioni nell'ambito della azienda speciale Levico - Vetriolo: la gestione dell'acqua e la gestione termale. La prima dobbiamo dire che va bene, la seconda dobbiamo dire che subisce il destino di tutte le aziende termali. La prima gestione dell'acqua va bene, possiamo considerare forse che andrebbe meglio se affidata ad iniziativa privata, in quanto il volume di denaro da investire in essa e i problemi che essa presenta possono meglio essere risolti dall'iniziativa privata, perchè le esperienze della SAOM ci stanno a significare che in questo settore non ci si può fermare soltanto all'acqua minerale, ma bisogna intervenire nel settore più vasto delle bibite. Per quello che riguarda invece la gestione vera e propria delle terme, dobbiamo senz'altro essere certi che il discorso va impostato chiaramente di fronte al Consiglio, per avvertirlo che anno dopo anno troverà un deficit. Il problema sta poi nel confortare da parte del Consiglio la on. Giunta, a ritenere che il deficit sia doveroso e che il denaro pubblico contribuisca al suo abbattimento. La nostra posizione di partenza in questo momento non è terrificante, è chiaro. Non è terrificante perché stiamo incominciando una attività nuova, ma non v'ha dubbio che anno dopo anno questa nostra posizione tenderà ad appesantirsi sempre più. E quali sono i motivi di questa perdita nella gestione? Innanzitutto vi è un motivo di tariffe, che non si possono evidentemente aumentare o portare al limite di rottura, perchè altrimenti la gente è costretta a rinunciare ad un servizio. Mi piace

chiamarlo servizio, altrimenti la gente è costretta a rinunciare ad un servizio.

Non dobbiamo poi dimenticare, on. Presidente, che la stragrande maggioranza degli uomini, è coperta ormai dagli enti di assicurazione, e sappiamo purtroppo quale sia il limite che l'ente di assicurazione pone alle tariffe che è disposto a versare agli enti termali per le cure dei propri assistiti. Non c'è quindi possibilità alcuna, penso, di intervento massiccio in questo settore delle tariffe, ed è ovvio allora che gli introiti che l'azienda termale si può garantire tramite la propria funzionalità, siano introiti necessariamente non bastevoli alle esigenze dell'ente. Non dobbiamo poi dimenticare i mutui che possono essere accessi presso gli istituti di credito, i quali contribuiscono anch'essi ad appesantire una situazione, fino a quando essi mutui non saranno assorbiti. Vi è poi da considerare che gli oneri sociali del personale saranno sempre e comunque in spinta ascensionistica, e non certo in fase di deflazione. L'appesantimento quindi della gestione, on. Assessore, è garantita e si farà sentire vieppiù come realtà imperante.

Nel nostro capitolo, l'85 di cui stiamo discutendo, abbiamo visto che c'è segnato un milione, ma evidentemente si tratta di cifra indicativa, tanto per poter istituire doverosamente un capitolo nel nostro bilancio regionale.

La realtà del 1964 è diversa, e lei meglio di me la conosce. Sa che il deficit effettivo ammonta a 54 milioni, dico in cifra tonda, di cui 10 milioni sono dovuti ad interessi passivi sul mutuo di 110 milioni che l'azienda ha acceso, per creare la sua stazione di imbottigliamento. Ci sono 22 milioni di quota annua di ammortamento, già autorizzati con delibera della Giunta regionale il 18-6-1963, che interverrà per cinque anni ad appesantire il bilancio della gestione. Ci sono poi 22 milioni di disavanzo effettivo. Ecco, questa sarebbe la vera

cifra che noi possiamo considerare nella vita dell'azienda, 22 milioni di disavanzo effettivo.

A che cosa è dovuto questo disavanzo dei 22 milioni, in massima parte, on. Assessore? Evidentemente all'appesantimento della manodopera, che con l'entrata in funzione del nuovo stabilimento termale ha richiesto nuovo carico di oneri, e anche per l'assunzione, essendo scaduto il contratto con il privato, della gestione dell'azienda di Roncegno, che non è certo attiva, ma che sarà deficitaria anch'essa inevitabilmente. E che siano aumentati gli oneri del personale, ce lo dice proprio le giornate, operaio, che abbiamo avuto nella azienda termale di Levico durante il corso del 1964; 17.282 contro le 12.384 del 1963. In più, ecco l'altra cifra, che ci spaventa da un lato, ma che ridimensiona inevitabilmente il discorso sulla deficienza della azienda di Levico, è quello che investe il carico per il mantenimento dei parchi ivi esistenti. Nel corso del 1964, 15 milioni si sono spesi per il mantenimento parchi.

Ora, non v'ha dubbio che è inconcepibile una azienda di Levico e Vetriolo priva dei suoi parchi; è una spesa doverosa che la azienda deve condurre, ma è quella che determina ad essa la parte massiccia, pesante, del proprio deficit.

Quindi non appena è enunziata questa realtà, è chiaro ed evidente, che si può anche impostare il discorso sul come sopperire a questa realtà.

I salari pagati agli operai nel corso del 1964, senza le contribuzioni, ammontano a lire 51 milioni. E dobbiamo dire sinceramente che se non ci fosse presente la stazione di imbottigliamento, per la azienda di Levico-Vetriolo sarebbero stati guai maggiori. La stazione di imbottigliamento ha presentato un fatturato di 76.800.000 lire. E' chiaro però che essa non può sopportare che il carico di imbottigliamento per il quale è stata costruita, mi pare siano 5

milioni di bottiglie. Quindi non è pensabile che in quel settore si possa addivenire ad un potenziamento degli introiti alla azienda termale, perchè questo comporterebbe nuovi impianti, questo comporterebbe la trasformazione in senso industriale vero e proprio di tutta la stazione di imbottigliamento. Penso che l'ente pubblico qui veramente non possa intervenire, e se ci fosse la possibilità, cui prima accennavo, d'una impostazione e di uno sviluppo industriale, credo sarebbe ottima cosa poterla attuare.

E anche la stazione di imbottigliamento ha dato un suo utile lordo di 50 milioni, è evidente, togliendo quelli che sono gli assegni agli operai. E anche la gestione delle terme ha dato un utile lordo di 48 milioni, se non consideriamo le spese di uscita. E la gestione degli alberghi ne ha presentato uno nel corso del 1964 di 9 milioni.

Ora, è evidente che una domanda si pone: possiamo noi giungere al pareggio, on. Assessore? Ci sarebbero due condizioni essenziali per poterlo tentare, e cioè quello che il lavoro fosse veramente stagionale e cessasse alla metà di ottobre, al massimo alla fine di ottobre, e ci sarebbe da considerare il problema del mantenimento dei parchi. Soltanto se poniamo la nostra attenzione su questi due settori penso si possa parlare di possibilità di pareggio nella azienda.

Non va dimenticato che il preventivo presentato per l'anno in corso, per il 1965, supera di 30 milioni la perdita accumulata nel 1964. E questo è ovvio. È ovvio perché le terme nel loro complesso entrano in funzione all'inizio della stagione e non certo a metà dell'anno, come è avvenuto per il 1964. In definitiva quindi noi abbiamo sulla nostra azienda di Levico-Vetriolo un carico destinato a salire di oneri ordinari, e abbiamo di fronte una clientela che raffinata non è, per quello che concerne le possibilità di spesa. È evidente che la clientela del

nostro stabilimento termale e di tutto il complesso di Levico in genere è il cittadino medio italiano; non è pensabile di porre un discorso o di impostare un colloquio come avviene per altri enti termali di ben più vasta rinomanza e di ben più vasto respiro. C'è da considerare poi, on. Assessore, che non certo la città ha mantenuto il passo nella attrezzatura con quello che è lo sviluppo della azienda termale. Non possiamo certo essere soddisfatti se dovessimo impostare un discorso circa la capacità ricettiva della città di Levico, circa la modernità degli alberghi. Non potremmo certo impostare un discorso a favore della città di Levico, se dovessimo parlare di quello che è l'insieme dei ritrovi offerti a chi si abbandona con gusto sadico a quell'omicidio colpevolissimo dell'uomo moderno, ad uccidere il tempo. Non possiamo certo ritenere che ci siano svaghi a sufficienza in quella città, nè possiamo pensare che la propaganda alla azienda termale sia svolta con quelle esigenze e con quella capacità di intervento che l'iniziativa richiede. Guardi che è la azienda termale stessa che ha investito lo scorso anno 5 milioni per fare la propaganda alla azienda, sul piano del turismo, e non è logico che sia l'azienda a sopportare questo peso. Potremmo veramente aiutarla se dessimo a ciascuno il suo. Perchè non deve essere la azienda locale di soggiorno e di turismo, Levico, a propagandare presso la clientela nazionale e internazionale, i benefici o la presenza di questa attrezzatura? Perchè non dobbiamo impostare noi, come assessorato regionale al turismo, tutto un programma di interventi nel settore della propaganda, in sostegno e in aiuto di una azienda che è regionale? Non possiamo quindi caricare l'azienda di ulteriori pesi in questo settore.

Snelliamo, sveltiamo, cerchiamo di assicurare manifestazioni. C'è stato il symposium dei laici lo scorso anno, io ne vorrei uno delle

laiche, credo che sia agli effetti della propaganda e del potenziamento turistico molto più importante del symposium dei laici. Anche in questo settore c'è molto da fare, ma non affidandolo alla azienda termale, ma dando il compito di questo intervento all'assessorato regionale al turismo, che lo può benissimo delegare agli EPT o a quegli organismi che riterrà meglio rispondenti per una simile propaganda, per una simile politica.

C'è poi da considerare, on. Assessore, che non solo al potenziamento del turismo estivo si tende in quel di Levico, ma anche al potenziamento del turismo invernale. E rientra in questo giustissimo concetto economico quella che è la costruzione della funivia che da Levico dovrebbe salire a Vetriolo e alla Panarotta. In questo modo, anche agli alberghi di Vetriolo verrebbe assicurata la possibilità di una stagione invernale, essendo troppo breve nel tempo la stagione estiva. Per di più, la provincia, penso, ha sistemato la strada che da Levico sale a Vetriolo, si impegnerà o si è già impegnata a tenerla sgombra da neve durante il periodo invernale, ed ecco che una attrezzatura sovviene l'altra, e l'una e l'altra possono veramente contribuire a quello sviluppo economico e sociale che nella conca di Levico tutti quanti ci auguriamo.

Non dobbiamo però dimenticare, on. Assessore, che la azienda nostra termale fa parte della società che costruisce la funivia, vi ha portato un proprio capitale di 20 milioni.

Orbene, quale sarà il destino, on. Assessore, della gestione per la funivia di Levico-Panarotta, se non un destino largamente deficitario? E' evidente che non potremmo mai avere nè il pareggio di quel bilancio nè tanto meno utili su quel bilancio. E non è logico allora che noi adesso si stia caricando di possibili perdite venture la nostra azienda termale. Dobbiamo trovare il modo e il sistema di sgra-

varla da queste responsabilità quando esse si dovessero presentare. Non è un problema che può essere dilazionato nel tempo, è un problema che va valutato ora.

Detto questo, io rapidamente concludo. Concludo con l'affermare un mio intimo convincimento: l'azienda termale va vista, secondo il mio modesto modo di pensare, come uno strumento per rendere un servizio alla collettività. Se in questo modo la vediamo, avremmo pronta, non dico la giustificazione, ch'è di giustificazione non c'è bisogno, ma avremmo pronta la convinzione che l'intervento del denaro pubblico è quindi un intervento doveroso e non è certo confinabile in quella gamma di interventi che gli enti pubblici sono soliti fare in netta perdita, allorchè si cimentano con cose che non sono di loro spettanza. E' tanto vero che si tratta di un servizio pubblico, on. Assessore, questo delle terme di Levico-Vetriolo, che la loro scomparsa porterebbe senz'altro alla distruzione economica dell'alta Val Sugana. Non è pensabile distruggere la massa degli stipendi o dei salari che corrono ai lavoratori del turismo; non è pensabile distruggere l'economia privata che sul turismo vive; non è pensabile fare questo, perché le conseguenze ancor più gravi chi le sopporterebbero se non le zone che vivono al confine di questa zona, che è alla ricerca di un suo sviluppo turistico nell'inserimento di una nuova economia nella striminzita economia agricola ivi presente, o nella economia industriale che si tenta di creare?

Quindi l'azienda termale con il denaro che essa investe va considerata come un servizio pubblico doveroso, che la Regione attua per lo sviluppo economico e sociale di quelle popolazioni.

Mi pare fosse il collega Corsini che disse, e mi corregga se sbaglio, citando la frase del Guicciardini: « il principe di Ferrara non ha

da fare il mercatante ». Orbene, in questo caso penso che la Regione il mercatante non lo faccia ma che possa avere indubbiamente la convinzione che il denaro che essa investirà a pareggio, inevitabile pareggio, delle perdite, inevitabili perdite, che l'azienda può accumulare nel corso dell'anno, è un denaro ben speso.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Avancini.

AVANCINI (Assessore finanze e patrimonio - P.S.D.I.): Io devo condividere le valutazioni che ha fatto il cons. Ceccon per quanto riguarda la nostra azienda termale di Levico, e vorrei sottolineare che proprio effettivamente di un servizio pubblico si tratta. Basta recarsi a Levico e dare uno sguardo al nostro stabilimento termale e dare uno sguardo alla zona per convincersene. Effettivamente però la nostra azienda termale di Levico ci costa dei soldi, ma se questo denaro deve essere speso per garantire l'economia della zona, io penso che si tratti di denaro ben speso. Il cons. Ceccon ha già dato dei dati, e sono dati esatti, perchè sono tolti evidentemente dalla relazione del consiglio d'amministrazione, dalla relazione sul rendiconto di gestione della azienda di Levico, che nell'anno 1964 chiude con un disavanzo di 54 milioni, dei quali però 22 milioni rappresentano la quota del 20% per l'ammortamento del prestito contratto per aumentare il patrimonio della gestione dell'imbottigliamento, e perciò i 110 milioni che sono stati prelevati con mutuo costituiscono un aumento del patrimonio regionale. Perciò io ritengo che questo mutuo che l'azienda termale ha contratto con la banca debba essere assunto direttamente dalla Regione, per scaricare dall'ente terme questi 22 milioni che gravano negativamente sul suo bilancio. Ed a questo proposito la Giunta regionale sta già studiando la possibilità di assumersi direttamente i 110 milioni di

mutuo che ha contratto l'azienda, i quali 110 milioni rappresentano un aumento del patrimonio della Regione. Ci sono inoltre 10 milioni di interessi passivi, per cui l'effettivo disavanzo è di soli 22 milioni, e tale disavanzo, come ha già detto il cons. Ceccon, è determinato principalmente dall'aumento delle paghe al personale e dalla manutenzione dei parchi. Ora noi abbiamo una superficie di parchi notevolissima; abbiamo circa 200.000 metri quadrati di parchi e giardini, la cui manutenzione grava esclusivamente sulla azienda termale, grava esclusivamente sul bilancio dell'azienda, anche se questi parchi servono per tutta la popolazione di Levico, anche se questi parchi sono aperti al pubblico. L'auspicio del cons. Ceccon di trovare una collaborazione fra tutti gli enti che operano nella zona, fra gli albergatori e la azienda del turismo, è senz'altro auspicabile. Io ritengo che tutti coloro che traggono beneficio dal nostro stabilimento termale, debbano concorrere a sopportarne l'onere, sia pure in misura ragionevole.

Noi abbiamo a Levico uno stabilimento termale di prim'ordine, e questo stabilimento termale dà vita a tutta la zona di Levico, a tutta l'alta Valsugana. E perciò ritengo che una collaborazione fra tutti gli enti che traggono beneficio da questa nostra azienda termale, debba senz'altro attuarsi per evitare che la Regione debba sopportare un onere così pesante e debba integrare il bilancio delle terme, che evidentemente ogni anno va diventando sempre più grave.

Il cons. Ceccon dice che nel 1965 ci saranno 30 milioni in più di deficit. Mi pare che le previsioni sono soltanto di 20 milioni in più di deficit. Comunque è intenzione del consiglio di amministrazione di cercare di ridurre il deficit rispetto al 1964. Ed a questo proposito, proprio in questi giorni, è stata raggiunta una convenzione fra il nostro ente termale e la cassa

mutua provinciale di malattia di Trento. Io ritengo che questa convenzione potrà portare un notevole beneficio o perlomeno potrà portare un beneficio nella riduzione del deficit del bilancio delle terme.

Naturalmente gli enti mutualistici possono fare delle convenzioni molto tirate sul prezzo, non possono pagare rette elevate, perchè si tratta di enti che si trovano in difficoltà di bilancio e i cui assistiti non possono pagare molto per le prestazioni che ricevono. Tuttavia si sta cercando, sia con l'ENPAS che con gli altri enti mutualistici, si sta cercando di migliorare le convenzioni. E malgrado la congiuntura sfavorevole non si è riscontrata una apprezzabile diminuzione della attività negli stabilimenti termali.

Nelle stazioni di Levico e Vetriolo sono state registrate 218.413 presenze con una diminuzione di 4.100 unità, pari all'1,89% rispetto al 1963. Quindi una diminuzione assolutamente trascurabile. A tale diminuzione di presenze ha corrisposto invece un aumento complessivo di arrivi pari a 627 unità, il che starebbe a dimostrare una diminuzione di disponibilità finanziaria della clientela. Analogo fenomeno si è verificato nei confronti della clientela di cura vera e propria. Anche qui si è accentuato il fenomeno già accertato negli anni scorsi, di una diminuzione della durata media delle cure che ha portato evidentemente a una diminuzione del ricavo medio per curante.

Per quanto riguarda la stazione di Roncigno si è riscontrato invece una diminuzione del numero delle cure particolarmente sensibile, dovuta in gran parte all'influenza negativa del provvedimento di unificazione delle tariffe con quelle di Levico.

L'entrata in funzione del nuovo palazzo delle terme di Levico, se da un lato ha risolto un grave problema per il centro di Levico, d'altro lato ha determinato un notevole appe-

santimento delle spese di amministrazione, come d'altronde già fatto ripetutamente presente dall'azienda in precedenza. Si sono infatti verificati notevoli aumenti nelle spese per il combustibile, energia elettrica, manutenzioni e personale, alle quali non ha fatto riscontro ovviamente un proporzionale aumento della clientela, in quanto ciò, se sarà possibile, si verificherà soltanto col tempo, mediante un notevole sforzo pubblicitario e con la collaborazione degli operatori economici locali, i quali dovranno parallelamente concorrere col miglioramento delle rispettive attrezzature ricettive e ricreative. E naturalmente anche l'aumento delle tariffe deve essere contenuto nei limiti nazionali; noi non possiamo aumentare di più le tariffe, altrimenti correremmo il rischio di perdere tutta la nostra clientela. Ed a proposito di pubblicità concordo anche pienamente con quanto ha detto il cons. Ceccon, che in questa spesa dovrebbero concorrere tutti gli enti interessati. Ed a questo proposito proprio lunedì ho avuto un incontro a Levico con i dirigenti dell'azienda termale e con un esperto di pubblicità, ed ho trovato una collaborazione formale da parte degli albergatori e da parte dell'azienda del turismo.

Io spero che si possa arrivare a una concreta collaborazione tra questi enti, in modo da poter impostare per l'anno prossimo un piano propagandistico razionale, un piano propagandistico che possa portare un reale giovamento alla nostra azienda termale.

Vorrei ancora aggiungere che la gestione di imbottigliamento è quella gestione che ci dà un certo margine di guadagno. Naturalmente anche lo stabilimento di imbottigliamento dovrebbe essere potenziato, dovrebbe essere ampliato, ed a questo proposito si sta anche studiando la possibilità di investire nuovi mezzi per potenziare lo stabilimento di imbottigliamento delle acque. La nostra acqua Cappuccio

è un'acqua di prim'ordine, però non è sufficiente la sola acqua minerale per poter giustificare un potenziamento dell'impianto di imbottigliamento. Noi dovremmo creare un impianto anche per l'imbottigliamento di altre acque, di aranciate o di chinotto o di altre specialità d'acqua minerale; la sola acqua minerale Cappuccio non è sufficiente per garantire la sicurezza futura di questo stabilimento di imbottigliamento.

Il consiglio di amministrazione e la direzione dello stabilimento sono impegnatissimi per ridurre il più possibile il disavanzo di gestione, per far funzionare il meglio possibile il nostro stabilimento termale; ed io vorrei cogliere questa occasione per dare atto pubblicamente, per fare un pubblico elogio al consiglio di amministrazione e alla direzione dello stabilimento per l'impegno con il quale amministrano il nostro stabilimento termale.

Per quanto riguarda l'altro problema toccato dal cons. Ceccon, che è quello della funivia della Panarotta, io gli debbo dire che lunedì ho avuto occasione di fare una visita al nostro stabilimento di Vetriolo e ho parlato con alcuni albergatori.

E' interessante notare come tutta la zona di Vetriolo sia un vero e proprio cantiere di lavoro; è stato sufficiente che gli albergatori venissero a conoscenza della nostra intenzione, dell'intenzione della società della funivia di fare un'impianto di risalita in quella zona, perchè tutti si siano messi al lavoro per ammodernare o per ampliare i loro alberghi. Veramente è molto interessante vedere come tutti gli albergatori sono oggi al lavoro per modernizzare e per ampliare i loro alberghi. Io ritengo veramente che dare la possibilità a questi albergatori di fare le due stagioni, costituisca una questione vitale per essi e per l'economia della zona di Vetriolo, perchè la stagione turistica estiva è troppo breve per poter dare la

possibilità a quelle persone che vivono lassù di portare avanti le loro aziende senza subirne un danno.

La costruzione della funivia ritengo che veramente sia stata una cosa saggia. Mentre prima di andare a vedere quasi quasi dubitavo della bontà di questa iniziativa, la mia visita di lunedì mi ha convinto che veramente è stata un'iniziativa ottima quella di costruire la funivia che da Vetriolo porta alla Panarotta. Non parliamo poi della strada che porta a Vetriolo che è veramente molto bella. Bisogna dare atto alla Provincia, come per tante altre strade che ha costruito, che ha costruito una strada bellissima, una strada panoramica che costituirà veramente una bellezza per la zona. La zona di Vetriolo poi è molto bella sotto tutti gli aspetti, e pur essendo ad una altitudine elevata, 1500 metri sul mare, presenta un clima molto buono, per cui anche la stagione invernale potrebbe avere notevole successo. Ripeto, gli albergatori con i quali ho parlato si sono dimostrati entusiasti, sia per il lavoro fatto dalla Provincia per la strada, sia per l'iniziativa della Regione per la costruzione della funivia della Panarotta.

Per concludere vorrei dire che è intenzione della Giunta regionale di seguire attentamente tutti i settori delle nostre partecipazioni, ma in particolare il settore che riguarda le terme di Levico, per cercare di potenziarlo nell'interesse della popolazione della Valsugana, particolarmente di Levico.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 85: approvato a maggioranza. Sul cap. 86 la parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Poche parole, signor Presidente, per completare forse il quadro che è stato fatto della azienda speciale per la gestione delle terme di Levico parlando del cap. 85, perchè questo cap. 86 è uno di quegli

articoli a sorpresa, come quelle scatole che si crede che aprendole abbiano un contenuto e poi ci si accorge invece che contengono qualche cosa di ben diverso. Sotto questa imponente dizione « spese e contributi per l'esecuzione di lavori concernenti miglioramenti patrimoniali; spese per l'acquisto e la costruzione di immobili e per la manutenzione straordinaria; spese per la manutenzione straordinaria e forniture varie occorrenti nell'interesse delle aziende patrimoniali », sta in sostanza che cosa? Un'altra sessantina di milioni - adesso non ho qui l'elenco, non son più riuscito a trovarlo - un'altra sessantina di milioni spesi per l'azienda speciale, per la gestione delle terme di Levico e Vetriolo. Per cui, al quadro che ha fatto il collega Ceccon di tutta la gestione, del costo di quella azienda speciale, bisogna aggiungere questi altri 60-62 milioni, non mi ricordo più quanti siano, che sono imputati su questo capitolo 86. Qui c'è da fare una osservazione: se fosse possibile evitare quello che è accaduto, e che ho rilevato anche per altri capitoli, evitare che in sostanza le stesse spese per le stesse voci fossero così disperse e camuffate - camuffate dal punto di vista della contabilità - in capitoli diversi, perchè questo può trarre in errore. La valutazione della situazione della azienda di Levico e Vetriolo, deve essere completata con questa ulteriore spesa, che non è una spesa indifferente, signor Assessore, quella che è compresa nel cap. 86. Se lei ha dinanzi l'elenco e lo vuole scorrere tutto quanto, si accorgerà che la cifra è rilevantissima, per lo scorso anno. Mi riferisco al modo in cui sono stati spesi, non so il modo in cui saranno spesi questi 75 milioni per quest'anno, quello lo vedremo quando ci distribuirete gli elenchi l'anno venturo.

Un carico di queste altre decine di milioni non è un carico indifferente, deve essere rilevato e deve forse indurre la Giunta a stringere

un poco i tempi e riassumere i suoi propositi di intervento. Ad un dato momento bisogna prendere atto di quella che è la situazione reale. Se ci sono questi stabilimenti e questa azienda, facciamo uno sforzo unitario, una volta per sempre, mettiamolo in condizione di poter corrispondere a quelle che sono le necessità moderne, e non consideriamo questa azienda come una specie di sanguisuga che, ogni anno, a titoli diversi finisce per assorbire del danaro dal bilancio della Regione. Parte di questo denaro va poi usato anche attraverso la propaganda, c'è un altro capitolo; parte per risanare il deficit, e quando vediamo: risanamento del deficit di 1 milione, e consideriamo che su un altro capitolo abbiamo una sessantina di milioni, sia pure camuffati con voce diversa, mi pare che allora il deficit non è quello che viene esposto, è un deficit enormemente maggiore. Direi che, al di là della critica, che mi pare però giusta e obiettiva, c'è qualche cosa che la Giunta può assumere di positivo e di incitamento anche da parte nostra; facciamola finita una volta per sempre, si faccia una constatazione effettiva di quelle che sono le necessità, mettiamo questi stabilimenti nella condizione di agire in un senso moderno e tale da poter dire poi: almeno la parte di risanamento patrimoniale è finita. Anche perchè io condivido con esattezza e con precisione quello che ha detto testè l'Assessore, che cioè può darsi che attraverso le iniziative prese dalla provincia con la strada, e attraverso la costruzione dei mezzi di risalita da Vetriolo alla Panarotta, tutto questo settore abbia a un certo senso a movimentarsi nel futuro dal punto di vista turistico e lasci comunque la speranza che per il futuro le cose possano andare meno male di come sono andate fino adesso.

A questo proposito credo che sia doveroso aggiungere che quella zona, dove viene fatto l'impianto di risalita, è una delle zone più in-

teressanti dal punto di vista dello sci primaverile, perchè sono zone di innevamento, in cui l'innevamento rimane tardivo anche dopo che su tutti gli altri campi di sci è finita in sostanza la stagione sciistica. Alcuni anni fa è stata potuta tenere una gara di sci sul finire di maggio, o mi pare addirittura all'inizio di giugno, ma sul finire di maggio sicuramente, anche dopo il trofeo del Tuket, che è una delle ultime manifestazioni sciistiche che si facciano in provincia di Trento.

Perciò le premesse per una ragionevole speranza ci sono, la Giunta si decida e non disperda, a mio avviso, questi interventi camuffandoli in capitoli diversi, prenda il toro per le corna, risolva una volta per sempre questo problema, perchè altrimenti ogni anno ci troveremo qui a dover contare due milioni per le argenterie, in quel capitolo ci sono anche queste spese, tanti milioni per le lenzuola, tanti milioni per le coperte ecc. e questo non deve gravare su quello che è il bilancio della Regione, ma deve entrare in quello che è il bilancio dell'azienda come tale.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Avancini.

AVANCINI (Assessore finanze e patrimonio - P.S.D.I.) : Signor Presidente, io vorrei ringraziare i sigg. cons. Ceccon e Corsini per i loro positivi interventi a proposito del capitolo riguardante le terme di Levico e del capitolo 86 ora in discussione.

Vorrei far osservare al cons. Corsini che la Giunta regionale ha già compiuto il massimo sforzo nella costruzione del nuovo stabilimento termale, che è veramente uno stabilimento di prim'ordine, è uno stabilimento funzionale, è uno stabilimento che può senz'altro rispondere alle moderne esigenze di uno stabilimento termale. Adesso naturalmente abbiamo delle frange, abbiamo delle questioni marginali da siste-

mare, abbiamo ancora qualche lampadario da mettere dentro, abbiamo ancora dei lavoretti da fare intorno. Questi lavori naturalmente bisogna farli un po' alla volta e gravano su questo capitolo. Lei dice di risolvere una volta per sempre il problema; l'idea è senz'altro ottima, d'altra parte però l'esecuzione di lavori concernenti i miglioramenti patrimoniali si impongono di anno in anno, perchè ci sono guasti, ci sono migliorie da fare e perciò noi dobbiamo intervenire in questo senso per migliorare i nostri beni patrimoniali.

Per quanto riguarda gli impegni per il futuro, per lo stabilimento termale non abbiamo particolari impegni ma abbiamo 22 milioni per l'acquisto di bottiglie e di casse per l'impianto di imbottigliamento, il che aumenterà ancora il patrimonio della Regione.

Per il resto io sono d'accordo su quello che lei ha detto, cioè di fare un ulteriore sforzo per consolidare questo nostro stabilimento e per non disperdere i fondi di questo capitolo.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 86: approvato con 13 astensioni.

Al cap. 88 la parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Im Art. 88 ist die Gewährung von außerordentlichen Beiträgen zugunsten der freiwilligen Feuerwehren vorgesehen. Schon seit einigen Jahren sind diese Beiträge konstant geblieben, d.h. man hat sie immer auf einem ziemlich niederen Stand belassen. Ich darf wohl bei dieser Gelegenheit wiederum den zuständigen Assessor daran erinnern, daß anlässlich der Bilanzdebatte von 1964 der Landesverband der freiwilligen Feuerwehren Südtirols ein Exposé vorgelegt hatte, aus dem der dringende Bedarf für die freiwilligen Feuerwehren hervorgegangen ist. Es war vor ungefähr einem Jahr. Damals habe ich auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, dieses Exposé zu überprüfen und es womög-

lich auch zu berücksichtigen. Wenn der Herr Assessor so gütig wäre diese Eingabe nochmals durchzulesen, dann könnte er sehen, daß allein für die Provinz Bozen für den Zeitraum einiger Jahre ein Bedarf von rund 1 Milliarde Lire vorgesehen ist. Es ist nichts dabei, was nicht unbedingt notwendig wäre. Es dreht sich um den Ankauf von Motorspritzen, von Feuerwehrfahrzeugen, um die im heutigen Augenblick dringende Ausrüstung für die Bekämpfung von Bränden bei Tankstellen und die für Kellerbrände, d.h. Atemschutzgeräte, ferner die Ausrüstung bei Großeinsätzen und Katastrophenfällen; außerdem ist noch auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, Leitern zur Verwendung bei Hochbauten anzukaufen. Es ist eine kostspielige Sache, wenn nur so eine mittlere Leiter ungefähr 18 bis 20 Millionen Lire zu kosten kommt und eine größere Leiter 35 Millionen Lire. Aber früher oder später muß man sich doch auch mit dem Gedanken abgeben, diese Ausrüstungsgegenstände unseren Feuerwehren zur Verfügung zu stellen oder wir laufen Gefahr, daß der Einsatz der freiwilligen Feuerwehren nicht so ausfällt, wie wir und die Bevölkerung es wünschen. Anlässlich einer Sitzung des Verwaltungsrates der Feuerwehrkasse hatte ich Gelegenheit den Vorschlag zu machen, diese Eingabe der Provinz Bozen zusammen mit einer allfälligen Eingabe von seiten des Landesverbandes der Provinz Trient einer unparteiischen Kommission zur Überprüfung unterbreiten, um objektiv feststellen zu können, was in den nächsten Jahren absolut dringend notwendig wäre. Der zuständige Assessor hat zugestimmt. Deswegen möchte ich auch heute diese Bitte wiederholen und ich hoffe nur, daß die Einsetzung dieser Kommission in allernächster Zeit erfolgen kann und nicht vielleicht bis zum Herbst gewartet wird, um dann wiederum eine Bilanzdebatte hinter sich zu haben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf die dringende Abänderung des bestehenden Regionalgesetzes über das Feuerwehrwesen hinweisen. Wie hier bereits von seiten des Ausschusses erklärt wurde, steht die Delegation der Funktionen auf diesem Sektor im Programm. Nun, wenn man dies durchführen muß, so ist es notwendig, jetzt bereits daran zu denken, den einschlägigen Gesetzentwurf dem Regionalrat vorzulegen. Ich möchte daran erinnern, daß von seiten des Kollegen Benedikter in Zusammenarbeit mit mir ein Gesetzentwurf bereits ausgearbeitet worden war. Ich glaube, er kann ohne weiteres als Grundlage für die Ausarbeitung des neuen Gesetzentwurfes dienen und dürfte auch dazu beitragen, daß dieser neue Gesetzentwurf ehebaldigst dem Regionalrat unterbreitet werden kann. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf einige Mängel hinweisen. Im Regionalgesetz vom Jänner 1954 Nr. 24 ist eine Bestimmung über die Waldbrände enthalten. Wenn ein Waldbrand entsteht, heißt es im Gesetz, müssen der Besitzer des betroffenen Waldstückes und die Angrenzer für die Kosten aufkommen, die bei der Waldbrandbekämpfung entstanden sind. Ich finde dies als eine diskriminierende Behandlung, wenn man bedenkt, daß alle übrigen Einsätze der freiwilligen Feuerwehren kostenlos erfolgen, also nicht zu Lasten des privaten Eigentümers gehen. Diesbezüglich ist es meines Erachtens deshalb notwendig vorzusehen, daß nicht die Privateigentümer für die Kosten aufkommen müssen. Außerdem ist es eine Prozedur, die unendlich lange dauert, bis man diese Beiträge von seiten der Privaten hereinbekommt. Es ist auch verständlich, daß sich die Privaten wehren diese Spesen zu übernehmen, nachdem sie vielleicht schon vorher durch den Brand selbst einen beträchtlichen Schaden erlitten haben. Nachdem ich vom Feuerwehrwesen spreche, möchte ich

bei dieser Gelegenheit den zuständigen Assessor ersuchen, auch zwei andere Gesetze dem Regionalrat vorzulegen und zwar dreht es sich hier um die Änderung des bereits bestehenden Gesetzes über die Finanzierung der ordentlichen Ausgaben der freiwilligen Feuerwehren. Dieses Gesetz wurde seinerzeit vom Regionalrat in Anlehnung an das Staatsgesetz 1014 verabschiedet, wo sämtliche Spesen, die den Feuerwehrdienst betreffen, vom Staate übernommen wurden. Nun, dieses Gesetz vom 21. Jänner 1963 Nr. 2 sieht fixe Beiträge zugunsten der freiwilligen Feuerwehren vor. Der fixe Beitrag von Lire 100.000 wird direkt von der Regionalen Feuerwehrrkasse an die freiwillige Feuerwehr ausbezahlt und diesbezüglich geht alles in Ordnung. Es ist dann aber noch eine Kopfquote vorgesehen, bemessen auf Grund des Einsatzbereiches der jeweiligen Feuerwehr. Diese Kopfquote wird jedoch nicht von der Feuerwehrrkasse direkt an die Feuerwehr ausbezahlt, sondern an die Gemeinde und die Gemeinde ist verpflichtet, sie an die Feuerwehr weiterzuleiten. Diesbezüglich hört man aber immer wieder Beschwerden darüber, daß die Gemeinden diese Kopfquote an die freiwilligen Feuerwehren nicht oder zumindest nicht sofort auszahlen, sondern sie eventuell auch für den eigenen dringenden Bedarf verwenden und somit sie erst nach vielen Monaten an die Feuerwehren auszahlen. Ich bin der Ansicht, daß es gut und notwendig wäre, diese Bestimmung so abzuändern, daß die Gemeinden den Wirkungsbereich der einzelnen freiwilligen Feuerwehren mit Beschluß festsetzen, damit man weiß, wieviel Kopfquoten einer einzelnen freiwilligen Feuerwehr zustehen und daß auf Grund dieser Gemeinderatsbeschlüsse die Kopfquoten von der Regionalen Feuerwehrrkasse direkt an die interessierten freiwilligen Feuerwehren zur Auszahlung gelangen sollen. Damit würde so manche Be-

schwerde aus der Welt geschafft. Die Gemeinden kämen nicht mehr in Versuchung, diesen Betrag zurückzubehalten und eventuell für den eigenen Bedarf zu verwenden. Dann ist in diesem einen Gesetz noch etwas genauer zu präzisieren. Für die Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern ist eine höhere Kopfquote festgesetzt worden. Darunter fallen die Gemeinden Brixen und Meran. Diese höhere Kopfquote sollte den Zweck erfüllen, daß die freiwillige Feuerwehr des Hauptortes eine ständige Feuerwache erhalten und besser ausgerüstet werden könnte. Somit müßte man die Bestimmung so umformulieren, daß die höhere Kopfquote zugunsten der freiwilligen Feuerwehr des Hauptortes gehen müsse und nicht zugunsten aller freiwilligen Feuerwehren, d.h. auch der Fraktionen. Denn damit würde sie ja ihren Zweck nicht erfüllen und es würde im Vergleich zu den Feuerwehren der angrenzenden Gemeinden nur eine Ungerechtigkeit sanktioniert. Wenn die Fraktionsfeuerwehr — nehmen wir an von Pfeffersberg — 300 Lire Kopfquote ausbezahlt bekommt, bekäme die Feuerwehr von Natz-Schabs, die doch größere Bedeutung hat, nur 100 Lire. Also dieses mit der Kopfquote muß auch noch genauer formuliert werden.

Und außerdem möchte ich bei dieser Gelegenheit noch den zuständigen Assessor ersuchen, er möge auch baldigst den Gesetzentwurf betreffend die Besetzung der Stelle des Landesfeuerwehrinspektors in der Provinz Bozen an den Regionalrat weiterleiten. Es wurde auch im Rahmen des Verwaltungsrates der Feuerwehrkasse besprochen und ich weiß nicht, ob der Entwurf jetzt auch vom Regionalauschuß schon verabschiedet wurde; ich möchte ihn nur ersuchen, diesen Gesetzentwurf dringend weiterzuleiten, weil ja die Stelle des Landesfeuerwehrinspektors ehebaldigst besetzt werden müßte. Es kann so nicht weitergehen,

denn der Dienst funktioniert nicht.

Dies wären ungefähr die Vorschläge, die ich mir erlaube, dem Regionalassessor in puncto Feuerwehrdienst zu unterbreiten. Also zusammenfassend: den Bedarf, sei es für die Provinz Bozen wie für die Provinz Trient genauer festzulegen, indem eine Kommission von Sachverständigen ernannt wird, die die Regionalverwaltung einsetzen kann; ferner, dementsprechende Berücksichtigung im Rahmen der Bilanz der Region, sowie Abänderung des bestehenden Gesetzes Nr. 24, indem man die Delegation vorsieht und außerdem noch einige Mängel behebt. Außerdem wäre das Gesetz Nr. 2 vom 21. Jänner 1963 abzuändern und schließlich ein Gesetzentwurf vorzulegen, um die durch den Tod des Inspektors Ferrari frei gewordene Stelle des Landesfeuerwehrinspektors besetzen zu können. Was die heurige Bilanz 1965 betrifft, muß ich nur sagen, daß der im Art. 87 vorgesehene Betrag keineswegs dem Bedarf nahekommt. Also müßte sich der Ausschuß auch diesbezüglich Gedanken machen, um zu sehen, ob es nicht möglich wäre, zugunsten des Feuerwehrdienstes einen höheren Betrag auszuschütten, — wenn nicht heute, so doch im Laufe des Jahres.

(Nell'art. 88 è prevista la concessione di contributi straordinari in favore dei vigili del fuoco volontari. Da alcuni anni i contributi sono rimasti allo stesso livello, cioè li si è tenuti ad un livello piuttosto basso.

Con l'occasione vorrei ricordare di nuovo all'Assessore competente che nel dibattito sul bilancio 1964, l'Unione provinciale dei vigili del fuoco volontari sudtirolesi ha presentato un esposto da cui risultano le urgenti necessità dei Corpi volontari. Questo è stato circa un anno fa.

Allora avevo anche accennato alla necessità di esaminare l'esposto e possibilmente di prenderlo in considerazione. Se l'Assessore fosse tanto gentile da scorrere ancora una volta

l'esposto in parola, vi troverebbe che per la sola provincia di Bolzano e per un periodo di alcuni anni si prevede un fabbisogno di circa un miliardo di lire. Non c'è niente che non sia strettamente necessario: si tratta dell'acquisto di autopompe, di automezzi antincendio, della attrezzatura oggi urgente per combattere incendi in distributori e dell'attrezzatura per gli incendi in locali sotterranei, cioè apparecchi respiratori, inoltre le attrezzature necessarie agli interventi su larga scala ed in caso di pubbliche calamità; si è accennato poi anche alla necessità di procurarsi scale da usare per edifici di grande altezza. Qui si tratta di una faccenda costosa se si pensa che una scala di dimensioni medie costa dai 18 ai 20 milioni ed una scala più grande 35 milioni. Prima o poi bisognerà però abituarsi all'idea di mettere tali attrezzature a disposizione dei nostri vigili del fuoco volontari, altrimenti correremmo il pericolo che i loro interventi non abbiano lo effetto che noi e la popolazione desidereremmo. In una seduta del consiglio di amministrazione della Cassa regionale antincendi ho avuto occasione di proporre che l'esposto della provincia di Bolzano insieme con l'eventuale esposto dell'Unione provinciale trentina siano sottoposti ad un controllo da parte di una commissione imparziale, in modo da verificare obiettivamente quanto sarebbe assolutamente necessario per i prossimi anni. L'Assessore competente ha accettato la proposta e perciò vorrei oggi ripetere la mia preghiera nella speranza che l'insediamento della commissione possa avvenire nel più breve tempo possibile senza aspettare forse l'autunno ed un altro dibattito sul bilancio.

Con l'occasione vorrei accennare anche all'urgenza di una modifica dell'attuale legge regionale sui servizi antincendio. Come già ha dichiarato la Giunta, si programma una delega delle funzioni in questo settore: se si deve dun-

que applicare tale programma bisognerà pensare già da ora a sottoporre al Consiglio regionale il disegno di legge relativo. Vorrei ricordare anche che il collega Benedikter aveva già elaborato con la mia collaborazione un disegno di legge che credo possa senz'altro servire di base per il nuovo disegno di legge contribuendo così ad accelerare la sua presentazione al Consiglio. In relazione a ciò vorrei accennare ad alcune carenze. Nella legge regionale n. 24 del gennaio 1954 è contenuta una disposizione sugli incendi boschivi. Quando si verifica un incendio, dice la legge, i proprietari del tratto di bosco incendiato ed i proprietari dei boschi confinanti devono addossarsi le spese dell'intervento antincendio. Tale trattamento mi sembra discriminatorio, se si pensa che ogni altro intervento dei vigili del fuoco volontari è gratuito, cioè non va a carico del privato proprietario: mi sembra così necessario prevedere anche in questo caso a che i privati non debbano sostenere le spese dell'intervento antincendio. Oltre a ciò la procedura per riuscire ad incassare i contributi da parte dei privati non finisce più ed è anche comprensibile che questi ultimi si rifiutino di assumersi le spese dell'intervento dopo che probabilmente già l'incendio ha causato loro notevoli danni. Poiché sto trattando l'argomento dei Servizi antincendio vorrei chiedere all'Assessore di sottoporre al Consiglio altre due leggi: si tratta qui di una modifica della legge esistente riguardante il finanziamento per le spese ordinarie dei Corpi di vigili del fuoco volontari. Tale legge è stata a suo tempo varata dal Consiglio regionale sul modello della legge statale n. 1014 con cui lo Stato si è assunto tutte le spese relative ai servizi antincendio. Ora questa legge n. 2 del 21 gennaio 1963 prevede contributi fissi in favore dei Corpi volontari di vigili del fuoco: il contributo fisso di lire 100.000 è pagato direttamente dalla Cassa regionale antincendi ai di-

versi Corpi e fin qui tutto è in ordine. Oltre a ciò è prevista una quota pro capite calcolata in base al raggio d'azione dei diversi Corpi: la Cassa antincendio non paga però tale quota direttamente ai Corpi volontari ma ai Comuni che a loro volta hanno l'obbligo di liquidarla ai Corpi. A questo riguardo si hanno sempre reclami perchè i Comuni non pagano, o non pagano subito, la quota ai Corpi di vigili volontari usandola invece eventualmente per le proprie necessità urgenti e passandola ai Corpi soltanto dopo parecchi mesi. Io sono dell' avviso che sarebbe bene e necessario modificare la disposizione in modo che i Comuni stabiliscano con una delibera il raggio d'azione dei diversi Corpi volontari per sapere quante quote pro capite spettino ad ognuno di essi. In base alle delibere le quote pro capite dovrebbero esser pagate poi direttamente dalla Cassa regionale antincendi ai Corpi interessati. Ciò eliminerebbe parecchi reclami, i Comuni non sarebbero più tentati di trattenere la somma ed eventualmente di usarla per le proprie necessità. Su questa legge c'è poi un'altra precisazione da fare. Per i Comuni con più di 10.000 abitanti si è stabilita una quota pro capite più alta: fra questi sono anche i comuni di Bressanone e Merano. Tale maggiore quota pro capite dovrebbe servire a garantire da parte dei Corpi volontari una guardia antincendio continua nei capoluoghi ed anche ad assicurare a tali Corpi una migliore attrezzatura. Bisognerebbe cioè dare alla disposizione una diversa formulazione in modo che le quote pro capite maggiorate vadano a favore dei Corpi di vigili del capoluogo e non a favore di tutti i Corpi volontari cioè anche di quelli delle frazioni. Con ciò tali quote non raggiungerebbero il loro scopo e sanzionerebbero soltanto un'ingiustizia in rapporto ai corpi dei comuni confinanti. Se il Corpo vigili di una frazione, mettiamo quello di MontepONENTE, riceve una quota pro capite di 300

lire, quello di Naz-Sciaves, che ha un'importanza molto maggiore, riceverebbe soltanto 100 lire. La faccenda della quota pro capite deve dunque trovare una formulazione più precisa.

Con l'occasione vorrei ancora chiedere all'Assessore competente di inoltrare al più presto al Consiglio il disegno di legge per l'assegnazione del posto di Ispettore provinciale di Bolzano. L'argomento è stato discusso anche nel consiglio di amministrazione della Cassa regionale antincendi e non so se la Giunta abbia ormai congedato il disegno di legge: vorrei soltanto chiederle di inoltrare urgentemente il disegno di legge perchè il posto di Ispettore provinciale dei servizi antincendio dovrebbe essere coperto al più presto. Così non si può andare avanti perchè il servizio non funziona.

Queste sarebbero all'incirca le proposte che mi permetto di sottoporre all'Assessore per quanto riguarda il servizio antincendi. Riassumendo: stabilire le necessità, sia per la provincia di Bolzano che per quella di Trento, nominando una commissione di esperti che può essere insediata anche dall'amministrazione regionale; tenere in adeguata considerazione tali necessità nel bilancio della Regione; modificare la legge esistente n. 24 prevedendo la delega ed eliminando alcune carenze. Bisognerebbe inoltre modificare la legge n. 2 del 21 gennaio 1963 ed infine presentare un disegno di legge che renda possibile coprire il posto, ora libero per il decesso dell'ispettore Ferrari, di Ispettore provinciale dei servizi antincendio. Per quanto riguarda l'attuale bilancio 1965 devo dire soltanto che la somma prevista all'art. 87 non risponde minimamente alle necessità. Anche su questo argomento la Giunta dovrebbe dunque preoccuparsi di vedere se non sia possibile assegnare se non oggi almeno nel corso dell'anno una somma maggiore ai servizi antincendio).

FRONZA (Assessore enti locali - D.C.): Per quanto riguarda il servizio antincendi vorrei prendere l'occasione dell'intervento del cons. Dalsass, per rispondere brevemente ai tre consiglieri intervenuti in discussione generale e cioè: Bernhard, Benedikter e Cecon premettendo alcune informazioni e cioè che è in corso di approvazione da parte della Giunta regionale un disegno di legge che consenta l'indizione di un concorso regionale per coprire i posti di ufficiale scoperti nei Corpi permanenti dei Vigili del fuoco sia a Trento che a Bolzano. Dei cinque posti disponibili in organico solo uno è coperto e qui devo dare atto al Comandante Slomp, per la sua dedizione nelle funzioni di ispettore provinciale di Trento e di reggente l'ispettorato regionale. Dopo la morte improvvisa del geom. Ferrari di Bolzano allo stesso Comandante Slomp è stato affidato anche l'incarico provvisorio di ispettore provinciale di Bolzano in attesa del concorso per il nuovo ispettore di Bolzano.

La legge n. 20 all'art. 8 prevede che i nostri ispettori provinciali del servizio antincendi siano scelti tra gli ufficiali appartenenti al ruolo tecnico del corpo nazionale dei vigili del fuoco e per questo motivo subito dopo la morte del Comandante di Bolzano, nel dicembre, chiesi verbalmente e per lettera il distacco di un ufficiale del Corpo nazionale, ma ne ebbi risposta negativa per carenza di ufficiali nello stesso Corpo nazionale e tanto meno c'era un ufficiale che conoscesse la lingua tedesca come è prescritto dai nostri ordinamenti.

Per questo motivo ho dovuto preparare un apposito disegno di legge che prevede la possibilità di indire un concorso regionale pur lasciando la possibilità di distacco dal Corpo nazionale come prima, ma dopo l'eventuale esito negativo di nostri concorsi. Nello stesso tempo in tale disegno di legge si sono migliorate delle norme per i sottufficiali e vigili te-

nendo conto delle norme recentemente approvate per il personale della Regione. Mi auguro che tale legge sia approvata sollecitamente.

Il cons. Bernhart ha parlato della delega alle Province dell'amministrazione straordinaria del servizio antincendi, migliorando le norme esistenti; posso dire a questo riguardo che la legge relativa è allo studio e prevede che entro l'anno in corso possa essere presentata al Consiglio regionale.

Per la costruzione dei magazzini per la attrezzatura antincendi voglio rispondere che il finanziamento può essere chiesto sulla legge dei lavori pubblici n. 17, perché si tratta di un servizio che deve essere messo a disposizione dei comuni ed anche per tale motivo non può essere finanziato sulla legge antincendi e sul fondo destinato solamente all'attrezzatura.

Al cons. Benedikter potrei dire a proposito della richiesta di maggiore attrezzatura in genere ed in particolare specialmente per gli incendi boschivi, o per i carburanti, impianti riscaldamento, che costituirò una commissione tecnica regionale composta di rappresentanti delle Unioni Vigili del fuoco e dei Corpi permanenti o di altri eventuali esperti esterni.

Tale commissione sarà incaricata di rilevare le necessità esistenti in periferia ed al centro, facendo una relazione e proponendo un piano di priorità di attrezzatura.

Per la scuola di addestramento e di preparazione dei vigili volontari di Bolzano il mio assessorato sta esaminando una proposta dell'Unione provinciale di Bolzano e vedrò di proporre l'attuazione gradualmente.

Circa il divieto di esposizione di bandiere dei vigili volontari faccio presente di aver segnalato a suo tempo tale situazione al Commissario del Governo competente per materia.

Da parte del mio assessorato sarà fatto tutto il possibile per rendere efficiente il servizio antincendi sia nei Corpi permanenti che nei

corpi volontari ed adeguarlo alle necessità odierne.

Il cons. Ceccon ha parlato della Caserma dei Vigili del fuoco di Bolzano e dei soldi accantonati da tempo. La situazione è questa: il progetto è stato preparato dall'ing. Plattner di Bolzano e prevede una spesa di lire 213 milioni. Tale progetto è stato approvato nello scorso autunno dalla commissione edilizia del comune di Bolzano ed ha il nulla osta della commissione provinciale di tutela del paesaggio.

L'ing. Plattner sta compilando ora il progetto esecutivo e si prevede che sarà pronto nei prossimi mesi e che si aggirerà sui 500 milioni.

Gli stanziamenti per la costruzione della caserma finora ammontano a lire 387.000.000 di cui lire 92.000.000 sono già state spese per l'acquisto del terreno. A proposito del terreno è da tener presente che occorre ancora procedere all'acquisto di mq. 2.600 dalla Giunta provinciale di Bolzano, a lire 22.000 il mq. La spesa ammonta pertanto a circa altri 50 milioni.

Negli stanziamenti in parola è compreso anche l'onorario dell'arch. Plattner.

Mancano ancora lire 260.000.000 se si vuole iniziare la costruzione che è assolutamente necessaria perchè attualmente il Corpo permanente ha una sistemazione di fortuna.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 88: approvato con 12 astensioni.

La parola al sen. Carbonari sul cap. 90.

PRESIDENTE: La parola al sen. Carbonari.

CARBONARI (A.C.A.): Egregi colleghi, voi vedete che al cap. 90 sono assegnati al Consiglio agrario provinciale di Trento, 3 milioni. Il Consiglio agrario provinciale è una vera e

propria corporazione, alla quale fanno parte, per legge, tutte le categorie operanti nell'agricoltura: gli agricoltori, i tecnici agricoli dirigenti aziende agricole, i proprietari datori di lavoro, proprietari di terra datori di lavoro, i medi proprietari, i piccoli proprietari, anche i polverizzati e tutte le categorie dipendenti dall'agricoltura: mezzadri, coloni, fittavoli. Tutte le forze operanti nell'agricoltura, per legge hanno il diritto di essere soci della corporazione, mentre il sindacato dell'Unione contadini non comprende tutti i lavoratori della terra, perchè parte di essi sono organizzati nella Federterra, parte sono organizzati nella C.I.S.L. e parte sono organizzati nella Unione dei contadini, rispettivamente nelle A.C.L.I.

La corporazione dell'agricoltura è sorta nel 1881, sotto il cessato governo. Specialmente a Trento, che era una sezione del Consiglio provinciale dell'agricoltura della provincia del Tirolo, questo Consiglio provinciale era diviso in due sezioni paritetiche: la sezione di Trento, Consiglio provinciale dell'agricoltura di Trento, e la sezione di Innsbruck, Consiglio provinciale dell'agricoltura del Tirolo. Quella di Trento fu amministrata in maniera ammirabile e sviluppò un patrimonio vistoso, lavorò egregiamente a favore dell'agricoltura trentina, in modo particolare per la bachicoltura, creò le aziende agrarie per venire incontro ai bisogni dell'agricoltura, e arrivò a costituire quel patrimonio che voi ammirate in parte qui a Trento stessa, il cui palazzo sede dà un aspetto di un blocco di 55 mila metri cubi, mentre altri fabbricati oggi di proprietà del Consiglio agrario provinciale, sono distaccati nelle vallate. Il Consiglio provinciale nostro lavorò dal 1881 fino al 1926; era un'istituzione autonoma ed è anche attualmente un'istituzione autonoma, simile a quella che è un'istituzione del Comune, un'istituzione della Provincia. È un'istituzione autonoma. Questa autonomia fu rispettata fino

al 1926; nel 1926 il Consiglio provinciale fu semplicemente soppresso e il suo patrimonio, negli anni seguenti, passò alla Camera di commercio, industria e agricoltura, nella quale è compresa quindi anche l'agricoltura. Ma l'agricoltura nella Camera di commercio e industria di Trento, nella parte direttiva, nella Giunta direttiva, ha due soli voti: l'agricoltura anche sul proprio patrimonio, mentre invece gli industriali e i commercianti hanno 4 voti; quindi l'agricoltura della Camera di commercio, finché il Consiglio agrario provinciale non esisteva, era sotto l'amministrazione delle categorie industriali e commerciali. Evidentemente con due voti aveva la terza parte dei voti; gli altri avevano due terzi. Il Consiglio agrario provinciale poggiava e poggia sui pilastri della legge costituzionale, la quale al paragrafo 5 dice chiaramente: la Repubblica è una, indivisibile, riconosce e promuove le autonomie locali, attua nei servizi che dipendono dallo Stato il più ampio decentramento. E' legge costituzionale questa. Questo è il più grande pilastro sul quale poggiano le nostre autonomie. Naturalmente ci sono tutti gli altri pilastri: è un pilastro il nostro statuto di autonomia, il quale a sua volta ribadisce i diritti di autonomia della Regione e fra questi diritti anche quello della cooperazione; è un diritto di autonomia la cooperazione, ed è esclusiva competenza della Regione legiferare sulla cooperazione, ed ha il permesso di aprire banche, casse rurali, ecc. Dunque gli istituti di credito sono pilastri sani, robusti, sui quali poggiano le nostre autonomie. Fu quindi soppresso, come dicevo, nel 1926, ma negli anni in cui potè lavorare tranquillamente, dalle porte del Consiglio provinciale dell'agricoltura uscirono le prime 203 cooperative, 85 casse rurali e 115 cooperative, specialmente di consumo e di altre categorie. Perché nel Consiglio provinciale di agricoltura di allora, nella direzione di allora, sedeva l'autore, il principale creatore

della cooperazione del Trentino, don Lorenzo Guetti, che a sua volta era Presidente nel Consiglio agrario di S. Croce, in Giudicarie, e quel Consiglio aveva diverse associazioni, diversi consigli agrari distrettuali, distaccati nelle vallate, i cui Presidenti facevano parte della direzione centrale. Siccome don Guetti era Presidente di uno di questi consorzi agrari distrettuali, faceva parte, a sua volta, della direzione centrale. Ora questo Consiglio è stato ricostituito; è stato ricostituito con la legge 20 agosto 1960, ed è stato ricostituito sulla base sostanziale vecchia, ha pressapoco i compiti del vecchio Consiglio provinciale dell'agricoltura; si chiama Consiglio agrario, dunque il significato della parola attuale è uguale pressapoco in sostanza al significato della vecchia dizione « Consiglio provinciale dell'agricoltura ».

Abbiamo lavorato dal 1945 in poi, fino ai primordi del 1960 per avere questo Consiglio agrario provinciale, perchè stentava a venire questa risoluzione della vecchia istituzione; finalmente abbiamo avuto la soddisfazione di vederlo creato. Prima che venisse questa legge si voleva fare un ente morale al quale affidare la sostanza, i palazzi e i terreni già di proprietà del fu Consiglio provinciale dell'agricoltura, e questo ente morale doveva avere una direzione eletta dalla Camera di commercio e un Consiglio di sorveglianza eletto dalla Camera di commercio. Evidentemente se l'ente morale aveva l'organo direttivo e la sorveglianza eletta dalla Camera di commercio, era un'appendice della Camera di commercio, e non aveva che una parentela storica, passata, con il Consiglio agrario provinciale. Finalmente fu fatta giustizia dalla legge del 20 agosto 1960, e la sostanza, per legge, passò in possesso del Consiglio agrario provinciale di oggi. Di ciò dobbiamo essere grati all'intero Consiglio agrario, perché finalmente si è avuta questa legge, che restituiva una giustizia sociale dovuta all'agricoltura tren-

tina. Ora questo importo di 3 milioni che noi riceviamo, non lo disprezziamo, lo calcoliamo in tutta la sua entità, e ringraziamo anche se è un piccolo importo, ma avremmo la buona volontà di lavorare assai di più di quello che possiamo lavorare. E voi sapete che c'è un proverbio, che tutti capiscono immediatamente; ce lo ha dettato Napoleone I: « L'argent fa la guerre. Homo sine pecunia imago mortis ». Se noi abbiamo dei mezzi possiamo lavorare, se non abbiamo dei mezzi si può lavorare assai poco. Si lavora conforme i mezzi che si possono avere; ora il Consiglio agrario provinciale non è mal rappresentato, ma è ben rappresentato nei suoi organi, nell'assemblea generale, nell'organo direttivo del Consiglio direttivo, indubbiamente nei suoi revisori e nei suoi assistenti e consulenti. Della direzione dell'assemblea generale del Consiglio agrario della provincia di Trento fanno parte 17 laureati e 6 tecnici agricoli e periti agrari, e fra questi laureati, mi piace citarli, ed è bene che voi lo sappiate: il dott. Agostino Dibella di Borgo, il dott. De Zulian di Cavalese, il dott. Felicetti di Predazzo, l'ing. Emilio Manfroni di Trento, il dott. Marchetti di Arco, il dott. Postal Diego agronomo di Trento, il dott. Giordano occupato nell'università di Firenze e il dott. Perini nell'università di Pisa; accanto a questi fanno parte gli egregi direttori generali dell'agricoltura e delle foreste: l'ispettore agrario dott. Guido Ravagnan, l'ispettore ripartimentale delle foreste dott. Riccardo Vidi e il capo servizi agrari della Regione, dott. Cesare Faccini. Voi vedete che abbiamo una buona compagnia: siamo ben attrezzati per quanto riguarda competenze in particolar modo nel tema dell'agricoltura. E io desidererei, appunto per questo, che questo Consiglio agrario venisse adoperato, venisse incaricato di studi, di lavori, per preparare proposte di leggi.

Siamo stati incaricati, per esempio, in ma-

teria della irrigazione. Abbiamo presentato un lavoro che è stato molto apprezzato dalla Giunta regionale; io pregherei che venga adoperato, come consulente, questo organo così ben fornito di laureati in agraria. L'assemblea generale del Consiglio agrario è formata da personale esperto, il più competente in materia di agricoltura che ci sia nelle vallate. Le personalità più in vista, e per capacità e per esperienza in materia di agricoltura, sono state proposte dalla federazione delle cooperative, dall'unione dei contadini, dalla Camera di commercio, e soprattutto sono state proposte dalla Giunta provinciale e dalla Giunta regionale. Quindi, siccome abbiamo personale tecnico adatto, competente e aggiornato in materia di agricoltura, in tutti i campi dell'agricoltura, io pregherei che questo personale venisse adoperato convenientemente in materia di studi come organo consulente. Certamente che venendo adoperato come organo consulente nelle materie riguardanti l'agricoltura, il Consiglio avrà i compensi attraverso questi lavori che potrà fare, avrà i compensi che potranno essere assai superiori a quei 3 milioni che ci vengono dati con i contributi.

D'altra parte noi abbiamo fatto quello che potevamo e con i mezzi di cui potevamo disporre. Abbiamo costituito 7 commissioni, le quali hanno lavorato intensamente; la commissione permanente per le zone pedemontane con azienda a coltura specializzata - frutta, patate, ortaggi - e su suolo eminentemente zootecnico; la commissione di credito agrario; la commissione permanente di studio per il miglioramento fondiario, le riforme di struttura delle aziende agricole del Trentino; la commissione permanente per le zone montane caratterizzate da aziende a prevalente indirizzo zootecnico; la commissione per lo studio dei problemi derivanti dal MEC; la commissione permanente per le zone collinari e di fondoal-

le a coltura viticola e frutticola specializzata; la commissione permanente per la selvicoltura e la produzione del legname in generale. Queste commissioni vengono convocate periodicamente; e dal tempo della loro costituzione hanno ottenuto un grande numero di sedute. D'altra parte la popolazione agricola trentina è stata aggiornata con circa 200 adunanze, su quello che è il consiglio agrario provinciale di Trento e su quelli che sono i suoi compiti e su quelli che sono i suoi diritti, e sul fatto che è una corporazione, la quale, per legge, ha diritto di lavorare per gli interessi di tutte le categorie operanti nell'agricoltura. I contadini sono molto sensibili, i lavoratori della terra e anche gli altri operatori dell'agricoltura sono molto sensibili a tutto quello che si farà a favore di questo consiglio agrario. Io qui parlo a gente che capisce; molti di voi siete più intelligenti di me; io mi lascio guidare da quello che è il senso comune. Io credo di essere dotato di senso comune, come molti della nostra popolazione. Il popolo lavoratore della terra è assai sensibile e vede e si accorge e sente e considera quello che viene fatto a favore dell'agricoltura e specialmente a favore delle istituzioni per la agricoltura. Sarà bene andare incontro a questo desiderio, a questo postulato del consiglio agrario, di essere impiegato in modo più fattivo in futuro, per studi, per ricerche, per proposte e per pareri come è dovere di fare in base al suo statuto.

Vi avverto che quando tutto crolla, perchè crolla la morale, c'è un'isola che sta ferma: è quella dei lavoratori della terra. I lavoratori della terra anche oggi sono risparmiatori; risparmiano però soltanto quando i prezzi sono onesti e possono dare una possibilità di risparmio. Sono risparmiatori, hanno la virtù della abnegazione e del sacrificio, della rinuncia, sono onesti nella generalità, sentono il dovere della onestà. Voi sapete che le truppe che han-

no combattuto per tre anni dal 1915 al 1918 sul fronte dell'esercito italiano hanno avuto fra i caduti il 72% dei lavoratori della terra. E io vi dico che gli eserciti più valorosi e più forti di tutto il mondo sono quelli che in proporzione hanno il maggior numero di contadini. Non è una esagerazione la mia: questa è una osservazione che la fanno i generali prussiani e la fanno i generali di tutto il mondo; non sono io solo che la pensa così. Un generale deplorava che il ceto contadino andava diminuendo di numero, e i generali prussiani, specialmente, deploravano che la sezione delle industrie assorbisse troppe forze dell'agricoltura. Quelli pensavano alla guerra e sapevano che i migliori soldati vengono dalla campagna. Anche la Chiesa deplora che sparisca il ceto contadino e non soltanto i generali. I figli dell'altare vengono dalla campagna, in grande maggioranza, e appunto per questo la Chiesa deplora che sparisca la categoria contadina; è meglio mantenerla più forte che sia possibile, più numerosa che sia possibile. Io ve lo dico francamente, senza rossore: così va il mondo; d'altra parte le banche vi dicono che dai contadini non perdono mai; i creditori vi dicono che dai contadini non si perde, si perde più facilmente da commercianti, da industriali, ma dai contadini non si perde mai, in generale.

Queste virtù bisogna considerarle, e invece il mondo di oggi disprezza la categoria contadina. I contadini sono sensibili, sentono il bisogno di essere rispettati, di essere onorati, di essere considerati, sentono profondamente la loro dignità come tutte le altre categorie. E' perciò un dovere sociale portare questa categoria ad una situazione di rispetto, di onore. Io ringrazio l'Assessore Segnana per aver detto, approvando la proposta della conferenza dell'agricoltura, che le grosse cooperative agricole vengano potenziate con un tecnico che le assiste e per aver espresso l'idea di aiutare il fi-

nanziamento di questi tecnici agricoli, che vengono messi a disposizione e che sono necessari per queste grosse cooperative agricole, tecnici che, così, vedono più da vicino i bisogni dell'agricoltura locale e possono dar l'istruzione in tutti i campi, per la coltivazione, per l'aggiornamento dell'agricoltura, per la preparazione commerciale dei prodotti, per la selezione, per la spedizione, ecc. Questi tecnici che vengono messi a disposizione delle cooperative agricole sono un aiuto straordinario.

Bene ha fatto l'Assessore Segnana a dichiarare che approva questa idea della conferenza dell'agricoltura che la vuol appoggiare. Io lo ringrazio di questa sua idea e di queste sue osservazioni. Mi auguro che l'assessorato si adoperi affinché questo consiglio agrario sia messo in condizione di operare più fattivamente e sia adoperato specialmente per studi e per consulenze. E auguro alla categoria dei lavoratori della terra e a tutte le categorie operanti nell'agricoltura, che esse possano vedere un futuro nel quale l'agricoltura attinga prezzi onesti e nel quale l'agricoltura possa tranquillamente vivere accanto alle altre categorie con pari agio, dignità, onore. Si avrà così un avvenire certamente migliore per la nostra regione e per tutta la nazione.

Fanno parte dell'agricoltura le cooperative. La maggior parte delle cooperative hanno soci, agricoltori e lavoratori della terra. Come è necessaria la libertà sindacale, è necessaria anche la libertà cooperativa. Io vi prego di voler considerare che la libertà cooperativa è sentita profondamente, fino in fondo all'anima, da parte di tutti i lavoratori della terra. Vi raccomando di voler andare incontro a questi bisogni della natura umana, dell'anima umana, che vuole realizzati i diritti che essa sente profondamente: il diritto di unirsi in società, il diritto di aiutarsi con le proprie forze e il diritto

di unirsi ai propri fratelli onde avere un avvenire migliore.

PRESIDENTE: La parola al cons. de Carneri.

de CARNERI (P.C.I.): Il sen. Carbonari ha parlato del consiglio provinciale dell'agricoltura, delle funzioni che svolgeva un tempo e delle benemerite che ha acquisito nei confronti del mondo contadino. Ricollegandomi in parte al suo discorso vorrei richiamare la vostra attenzione, soprattutto l'attenzione degli organi esecutivi competenti, sulla situazione attuale, illegale vorrei dire, in cui versa il consiglio provinciale dell'agricoltura, il quale già da parecchio tempo doveva essere eletto democraticamente dai contadini, dagli appartenenti al mondo agricolo, ma pur tuttavia a tutt'oggi si trova invece ad avere una direzione, che non promana dalla volontà degli elettori, ma si riferisce ancora a un provvedimento dall'alto, il quale ha nominato questi appartenenti al consiglio provinciale dell'agricoltura.

Ora, io sono a conoscenza che c'è una legge regionale, la quale regola la elezione di questo consiglio provinciale dell'agricoltura, ed è stato successivamente elaborato uno schema di regolamento, il quale, in integrazione di questa legge, fissa le norme attraverso le quali il consiglio dovrebbe essere eletto dalla popolazione agricola.

Sulla legge e sul relativo regolamento vorrei dire alcune cose, per dimostrare come entrambe queste norme sono profondamente viziate alla base, non corrispondono né a criteri di equità, né a criteri di giusta rappresentanza, sia dal punto di vista di categoria, sia dal punto di vista di orientamento politico-sindacale delle varie organizzazioni contadine.

Innanzitutto lo schema di regolamento, prevede che il voto spetti solo ai capofamiglia. Per conto mio è un errore, coloro che appar-

tengono alla famiglia contadina o colonica, i quali sono maggiorenti, partecipano anch'essi al lavoro, hanno i loro diritti, e non vedo per quale ragione dovrebbero essere spogliati dal diritto di esprimere anch'essi un voto circa la composizione del consiglio.

Seconda questione. La legge e il regolamento hanno messo in opera un meccanismo elettorale che è del tutto sbagliato e del tutto iniquo, a mio modo di vedere. Si divide il Trentino in 15 zone, in 15 collegi, vietando la ripartizione dei resti da collegio a collegio, con un sistema di voto uninominale. La conseguenza che ne deriva è innanzitutto questa: che, poichè ognuno dei 15 collegi in cui è divisa la provincia, ha diritto ad eleggere due rappresentanti, si ravvisano già delle sfasature e delle sproporzioni grossissime da zona a zona. Si prenda ad esempio la zona del collegio elettorale di Fiera di Primiero, il quale ha poco più di 1000 aventi diritto al voto; si prenda il collegio di Cles, Val di Non, nel quale sono oltre 4000 coloro che hanno diritto al voto. Quindi in sostanza qui si viene a svalutare grandemente il diritto elettorale dei contadini di Val di Non nei confronti del diritto elettorale dei contadini di Fiera di Primiero. E' bene evidente che da un sistema elettorale di questo tipo il consiglio provinciale non può non nascere deformato, perchè viene a rappresentare una realtà agricola, la quale non trova poi nell'effettiva realtà concreta una corrispondenza.

Quindi, problemi di cultura, problemi di interessi ecc. vengono fin dall'inizio malamente riflessi, malamente rappresentati in questo consiglio. Ed è già un elemento grave, poichè non vedo per quale ragione si debba fare discriminazione fra il diritto elettorale di un contadino che appartiene a una zona e un contadino che appartiene a un'altra zona.

Altra questione. Col meccanismo elettorale che è stato elaborato dal regolamento, non

esiste alcuna reale garanzia affinché le categorie minori, ma che pur tuttavia hanno un loro peso nel Trentino, siano rappresentate nel consiglio. Signori, mezzadri e coloni, ad esempio, sono una minoranza abbastanza esigua nei confronti della grande massa dei coltivatori diretti, ma nessuno può negare come esistano e abbiano un loro peso nell'economia e una loro quantità, una loro massa di elettori e di famiglie. Con quel sistema lì in sostanza non c'è nessuna garanzia che queste categorie siano rappresentate e c'è il pericolo che la categoria dei coltivatori diretti, che è di gran lunga prevalente, venga ad acquisire la totalità dei seggi.

Ultima cosa è che con questo sistema a 15 collegi e quindi con il bruciare i resti all'interno di ciascun collegio, è ben evidente che organizzazioni minoritarie, organizzazioni contadine o di agricoltori minoritarie, le quali non hanno indubbiamente la forza e l'organizzazione dell'unione contadini, vengano praticamente ad essere tagliate fuori dalla possibilità di avere dei rappresentanti nel consiglio provinciale, proprio perchè i resti vengono bruciati collegio per collegio e non possono sommarsi e quindi non possono condurre al raggiungimento del quorum.

Debbo rilevare che gli stessi estensori del progetto di regolamento, e primo fra tutti il dott. Manara, nella relazione accompagnatoria a questo progetto di regolamento, dicono chiaramente che la legge non va, che il regolamento, diretta conseguenza dell'impostazione data dalla legge, non va, non corrisponde alla realtà agricola, non può dare niente di buono, e sollecitano esplicitamente la Giunta e il Consiglio regionale naturalmente a fare una nuova legge, la quale sia più corrispondente alle nostre esigenze.

A nostro modo di vedere è bene evidente come l'unico sistema valido, giusto ed equo, debba essere quello della proporzionale, cioè

un collegio unico su tutta la provincia, presentazioni di varie liste, e poi il consueto meccanismo, cioè uno prende in proporzione dei voti che la sua lista prende, e poi verranno eletti coloro che avranno il maggior numero di preferenze.

Per quanto riguarda i resti si può seguire il criterio dei resti naturali, vorrei dire è più pacifico e più tranquillo e quello che esige i calcoli minori.

Effettivamente questo tipo di elezione dà la possibilità a tutte le forze, che compongono la massa rurale, di essere rappresentate, secondo il numero degli aderenti e il numero dei voti che saranno conferiti alle singole liste.

Ora io vorrei chiedere alla Giunta innanzitutto se non ritenga di soprassedere all'approvazione del regolamento e se non sia d'accordo la Giunta e la maggioranza, che è qui costituita, di modificare la legge, seguendo quei criteri che io ho esposto e che ritengo siano tali da dare soddisfazione a tutti e da porre tutti sullo stesso piano, senza discriminazione e senza far prevalere l'una o l'altra corrente, l'una o l'altra categoria, il che sarebbe sbagliato e antiproduttivo. Questo è il primo ordine dei problemi che ho trattato.

Sul secondo, brevissimamente dico questo: che il consiglio provinciale dell'agricoltura mi pare che con stanziamenti di questo tipo venga lasciato pressochè in stato di catalessi, cioè di mera sopravvivenza, ma non sia assolutamente in grado di svolgere quella opera di consulenza, di orientamento, di stimolo, che gli è assegnata dalla legge istitutiva, dalla legge regionale.

Con 3 milioni cosa si pretende di fare? L'Assessore Segnana ieri, se non erro, accennava all'eccessivo numero di enti che si occupano dell'agricoltura e che creano una questione di sfasature, di burocratizzazione anche, e quindi di mancato coordinamento.

Io ritengo che il problema delle campa-

gne sia anche un problema di democrazia, e cioè di adesione cosciente da parte dei contadini a determinare innovazioni, le quali indubbiamente si fanno avanti. Ma senza il consenso dei contadini è difficile portare avanti queste riforme e far andare avanti l'economia agricola.

Ora, qui c'è un organismo il quale ha una lunga e benemerita tradizione. Questo organismo, come accennava il sen. Carbonari, è stato un po' la matrice dalla quale sono sorte le cooperative, dalla quale sono sorte le casse rurali, ha avuto un'opera preziosa nella riconversione delle colture, ancora ai tempi dell'Austria, ecc. Io ritengo che a questo organismo debba essere data più vita, debba essere dato anche più denaro, più responsabilità, ritengo che debba effettivamente rappresentare una specie di centro coordinatore alle dipendenze dell'assessorato regionale all'agricoltura, uno strumento coordinatore un po' di tutte le iniziative, strumento che darebbe una maggiore garanzia di operatività nei confronti di altri enti, proprio perchè venendo eletto dai contadini, venendo eletto dal mondo agrario, è un po' sotto il controllo del mondo agricolo e quindi rappresenta effettivamente un certo strumento fiduciario della classe contadina, dei contatti e delle relazioni con la pubblica autorità regionale.

PRESIDENTE: La parola al sen. Carbonari.

CARBONARI (A.C.A.): Vorrei osservare al collega dott. de Carneri che il voto per capofamiglia non sposta la sostanza dell'elezione. Nella famiglia agricola, in moltissime famiglie agricole, c'è ancora l'azienda familiare. Ora, nella famiglia agricola si obbedisce al padre, si obbedisce al capofamiglia; ogni capofamiglia, di solito, rappresenta il pensiero della sua famiglia.

Certo che votando per capifamiglia, la votazione è più semplice, perchè sono 33.000

iscritti nelle liste dei votanti, degli aventi diritto al voto. Ora, vede che non è un numero troppo esiguo, è un numero discreto, 33.000 iscritti.

Riguardo al sistema per il quale certi distretti eleggono due rappresentanti, mentre certi altri con un numero di voti assai superiore ne eleggono egual numero, questo è un difetto del regolamento. Bisognerebbe avvicinarsi a quello che è il numero dei capifamiglia e l'entità anche delle superfici agrarie e della produzione agraria.

Quindi sarebbe più conforme a giustizia che si facesse un'elezione unica per tutta la provincia, e si disponesse però in modo che tutte le categorie facenti parte dell'agricoltura, quelli che sono dirigenti di aziende, praticamente gli agricoltori, i lavoratori della terra, e i dipendenti dell'agricoltura, avessero un rappresentante proporzionale.

PRESIDENTE: La parola al cons. Sembenotti.

SEMBENOTTI (P.P.T.T.): Il sen. Carbonari nella sua replica mi ha un po' anticipato. Comunque dico anch'io che sono d'accordo sul fatto che il voto venga assegnato soltanto ai capifamiglia, in quanto si presuppone l'unità della famiglia colonica e della famiglia del coltivatore diretto, la famiglia contadina. Però il sistema di votazione su distretti uninominali mi sembra che debba esser modificato nella legge, debba essere esteso a un collegio unico provinciale con la possibilità di presentazione di diverse liste, non a carattere uninominale come è previsto nella attuale legge.

Questo per quanto riguarda la legge sul consiglio.

Per quanto riguarda il contributo dei 3 milioni, o questo contributo è irrisorio e assolutamente insufficiente, o questo contributo è superfluo. Sappiamo che il consiglio agrario fo-

restale ha questo patrimonio - e il sen. Carbonari ce l'ha descritto come un grosso patrimonio - che esercita una attività commerciale, e se questa attività commerciale è esercitata in modo redditizio, i redditi di questa attività e di questo patrimonio dovrebbero essere di per sé stessi sufficienti per mantenere questo consiglio agrario forestale. Allora in questo caso anche il contributo dei tre milioni sarebbe superfluo. Oppure questa attività commerciale esercitata non è attiva, e per di più il consiglio agrario forestale investe tutto il ramo dell'agricoltura, compresi i tecnici agricoli, compresi l'assistenza a tutti i contadini di tutta la provincia, e allora il contributo è irrisorio, direi che è assolutamente insufficiente, non è adeguato, bisognerebbe perlomeno portarlo a un livello di 4-5 volte tanto.

Solo questo per dirmi sostanzialmente d'accordo con quanto ha detto il sen. Carbonari.

de CARNERI (P.C.I.): Signor Presidente, io direi di sospendere, poiché mi pare che il tempo sia scaduto, e attendere la replica dell'Assessore su queste questioni nel pomeriggio.

PRESIDENTE: La seduta è tolta.

(Ore 12,30)

Ore 15,08

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente, io debbo formalmente associarmi a quanto è stato esposto dal sen. Carbonari, con quella validità e con quella sicurezza, anche morale, che gli deriva dall'aver avuto tanta parte e aver seguito per così lungo tempo nella sua vita la attività del consorzio provinciale dell'agricoltura.

Mi devo associare formalmente anche per tutto quello che è stato detto di valutazione dei meriti che questo organismo ha avuto nel passato. E mi devo poi associare anche per un motivo di coerenza e di convinzione che ancora permane, per quella che è stata l'azione modesta, rispetto alle forze, che ha potuto fare a suo tempo il rappresentante, allora unico rappresentante del P.L.I., nel momento in cui, contro la volontà della D.C., ma con i voti della stessa - con i voti della stessa perchè qualche volta i voti, Assessore, si è portati a doverli dare, anche se magari non si avrebbe voglia di darli - contro la volontà del partito della D.C. è rinato il consiglio provinciale dell'agricoltura. In quella occasione il disegno di legge presentato da uno dei vostri, che tutti quanti qui ricordiamo con estrema simpatia per il suo carattere portato al colloquio, portato alla serenità, portato a considerare le cose su un piano di concretezza, anche al di là di quelli che erano gli immediati e a volte ristretti interessi di partito, il collega Samuelli, il disegno di legge presentato da lui era stato in un certo senso accantonato con vari modi, con varie forme; era stato tirato alle lunghe; erano stati lasciati cadere, mi ricordo, persino i termini perentori del regolamento per l'esame dello stesso in sede di commissione competente; una cosa simile a quello che è accaduto al mio disegno di legge per l'intervento nella crisi delle patate dell'anno 1964. Senonché il cons. Samuelli aveva, nonostante le avversità del suo partito, maggiore forza di quello che avessi io. Il mio disegno di legge per la crisi delle patate ha fatto la fine che ha fatto; il disegno di legge del cons. Samuelli invece è riuscito, anche con il nostro aiuto, perché abbiamo fatto un'interrogazione esplicita in proposito, è riuscito a venire in aula. E di fronte alla responsabilità che il partito della D.C. si sarebbe assunto nei confronti dei grandi, ampi ambienti dei contadini, degli a-

gricoltori interessati acché questo disegno di legge andasse in porto, non ha avuto il coraggio esplicito di bocciarlo e ha dato effettivamente i voti, tanto che il disegno di legge è stato approvato ed è diventato legge.

Il figlio è nato, era nato vivo; e per la sua tradizione, per la sua forza, per le sue funzioni, si poteva supporre anche che sarebbe nato vitale, ma invece che avere l'aiuto della levatrice, almeno per battergli sulle spalle in modo che emettesse il primo soffio di aspirazione della nuova atmosfera in cui era venuto a trovarsi, si è visto costretto, si è visto magari circondato da un po' di bambagia calda, ma lasciato lì a giacere. Il consiglio provinciale ha in se stesso tutta la forza e tutta la vitalità e una tradizione dietro le spalle che ha un suo valore, perché la tradizione ha sempre un immenso, un importante valore, ma vi si lesina il latte necessario per superare almeno i primi mesi di vita e incominciare a vivere da solo; non solo gli si lesina il latte attraverso quelli che possono essere gli stanziamenti che noi troviamo in bilancio regionale, ma gli si è lesinato il latte escludendolo in sostanza dal chiamarlo ad assumersi responsabilità effettive nel settore dell'agricoltura. Né mi si dica che quando c'è stata la conferenza dell'agricoltura il consiglio provinciale agrario è sentito. Sì signori, è stato sentito come sono stati sentiti tanti altri organismi e tanti altri uomini e centri di interesse diverso in questo settore. Gli si lesina il latte per vivere; infatti la nostra legge per la ricostituzione del consiglio provinciale dell'agricoltura è una legge che è stata applicata a metà, e per la metà più importante non è stata applicata; intendo riferirmi a quella che è la situazione del trasferimento del patrimonio, quel patrimonio di cui non voglio qui rivangare le vicende, perché penso, anzi sono certo, sono a conoscenza di tutti noi; quel patrimonio che è nettamente e

precisamente indicato nella legge, è precisamente indicato. Proprietà immobiliari: case, terreni, che costituiscono il patrimonio, anche morale, di giustizia, del consiglio provinciale dell'agricoltura e che la legge stessa prevede che venga trasferito nuovamente in proprietà del consiglio provinciale dell'agricoltura. Non è stato fatto. Ecco il motivo per il quale ci troviamo qui a vedere inserito nel bilancio della Regione l'elemosina di un milione di contributo per la vita del consiglio provinciale dell'agricoltura, quando il consiglio provinciale dell'agricoltura, se fosse stato posto nelle condizioni di avere quello che per legge ad esso spetta, che abbiamo approvato anche noi come legge regionale, sia pure con qualche difficoltà di natura giuridica, ma l'avevamo superata, tanto è vero che la legge è diventata operante, se a questo consiglio provinciale dell'agricoltura si desse quello che ad esso spetta, non avrebbe bisogno non solamente di domandare un aumento da uno a tre milioni, ma non avrebbe bisogno sicuramente neanche di quel milione.

Su questo aspetto non insisto più, perché ne è stato parlato in sede di commissione, è stato ritoccato qui questa mattina dal collega sen. Carbonari, ma c'è qualche cosa di molto più importante, ed è questo: non bisogna dar vita a degli organismi se poi questi organismi non si vogliono lasciar crescere e vivere, e allora bisogna avere il coraggio o di non farli nascere, o di toglierli di mezzo se si crede che non servano a niente, ma fino al momento in cui si lasciano vivere bisogna valersi di essi.

Quale è la funzione, quale è sempre stata la funzione del consiglio provinciale dell'agricoltura di Trento? È stata una funzione di primaria importanza nel passato, di primaria importanza storica; si rifà a quelle che erano le prime organizzazioni del 1848, che hanno incominciato a consigliare i nostri contadini il

modo di coltivare meglio la terra, i criteri migliori per la scelta delle colture, hanno incominciato a consigliare ai nostri contadini la rotazione delle colture, il cambiamento delle colture che non erano sufficientemente redditizie, hanno introdotto un nuovo spirito più moderno, direi quasi per i tempi di allora anche una certa scientificità nella coltivazione della terra. E a queste prime associazioni di agricoltura, che erano nate ancora alla metà del secolo scorso, si è sostituito poi il consiglio provinciale dell'agricoltura, che è stato uno di quegli organismi che sono nati, sia pure all'interno di determinati ambienti, ma senza nessuna altra meta e senza nessuna altra intenzione, neppure di natura politica, all'infuori di quella di essere effettivamente utile alla classe dei contadini e degli agricoltori. Il motivo per cui si è fatto rinascere evidentemente non poteva essere che questo: riconoscere quello che aveva fatto di bene nel passato, credere che fosse altrettanto necessario che questo organismo vivesse ed agisse nel presente, e lasciargli naturalmente quel campo di libertà di azione che per vivere con frutto bisognava lasciargli.

Che cosa ha fatto la Regione del consiglio provinciale dell'agricoltura? Adesso voi mi risponderete di no quando io adopererò questo termine, ma la realtà è veramente questa: l'ha ignorato. Non ditemi: non è vero che l'ha ignorato, perché l'ha già sentito nel momento in cui si trattava di dettare le istruzioni per l'applicazione della 454 nella Regione Trentino-Alto Adige, l'abbiamo sentito nella conferenza dell'agricoltura. In realtà tutto questo è troppo poco per un organismo di tanta importanza. Si è sentito allo stesso modo come si sente al telefono qualche persona con la quale non si vuole avere un colloquio diretto perché si preferisce, così, sbrigarsene con quattro parole.

Ora, il nuovo Assessore all'agricoltura que-

sto problema deve porcelo. Il problema primo è quello, che dipende da lui, effettivamente oltre che dalla Presidenza della Giunta, quello di applicare fino in fondo la legge, e vedere di chiarire quelli che sono i rapporti tra il consiglio provinciale agrario in atto e tutti i diritti che esso ha sull'ingente patrimonio che adesso è amministrato a parte, con una amministrazione a parte, indipendente, che comunque è sottratta ancora alla piena disponibilità del consiglio provinciale stesso.

Secondo. Come si può valorizzare questo consiglio provinciale dell'agricoltura, non tanto per attribuire ad esso funzioni, perché una volta che un organismo nasce bisogna che in qualche modo qualche cosa faccia, no, ma per restituirlo a quella che è stata la sua funzione principale ed importante che ha avuto nel passato e che può svolgere anche adesso? Questo è stato l'accento più esatto che il sen. Carbonari ha posto nel suo intervento: tutte le altre associazioni e enti e unioni rappresentano, nel mondo dell'agricoltura e nel mondo dei contadini, parti dello stesso, orientamenti di parte, interessi che possono essere di parte, mentre il consiglio provinciale dell'agricoltura rappresenta gli interessi dell'agricoltura. C'è una profonda differenza, che lo pone al di sopra anche di quelli che possono essere i contrasti tra proprietari, affittuari, tra dipendenti e datori di opera e via dicendo, avendo di mira esclusivamente quelli che sono i problemi dell'agricoltura nostra.

Ora, signori, abbiamo continuato a dire che questa agricoltura è la grande malata; abbiamo continuato a dire che nonostante le continue iniezioni di ricostituenti non siamo riusciti ancora a riportarla in uno stato, in una situazione che ci lasci tranquilli. Si stanno moltiplicando gli organismi che si occupano di questa, si sta creando un comitato regionale di in-

dagine, di ricerca, di studi sull'agricoltura e via dicendo.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): No, no.

CORSINI (P.L.I.): No? Avete lasciato l'idea?

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): È stato presentato un disegno di legge che è tutt'altra cosa.

CORSINI (P.L.I.): Insomma, è un altro organismo, quando, almeno per la provincia di Trento, questo organismo esiste già. Ecco il motivo per cui io credo di riassumere in poche righe quelle che sono le mie proposte, che ho già presentato in sede di commissione, per una soluzione definitiva del problema: 1) la regolazione definitiva dei rapporti patrimoniali; 2) la funzionalità del consorzio, valendosi di esso per consentirne e aumentarne la validità e la attività; 3) in attesa di altri strumenti, aumentare lo stanziamento esiguo previsto al capitolo ora in discussione. Premetto che all'inizio, subito dopo la creazione del consiglio provinciale dell'agricoltura, io non ero d'accordo neanche che si ponesse uno stanziamento iniziale nel bilancio di previsione della Regione, se non per quelle che erano le operazioni di costituzione, forse di elezione degli organi e via dicendo; perché? Perché avevamo piena fiducia che con il patrimonio a sua disposizione il consiglio provinciale dell'agricoltura avrebbe potuto vivere di mezzi propri, senza ricorrere al bilancio regionale. Ma in questa situazione, in cui ancora il problema patrimoniale non è stato risolto, bisogna inevitabilmente che la Regione faccia fronte alla volontà della maggioranza del Consiglio, che poi diventa la volontà del Consiglio. Abbiamo creato il consiglio provinciale dell'agricoltura, bisogna che questo consiglio sia messo in grado e in condi-

zione di poter funzionare; altrimenti, per iniziativa vostra, qualcuno presenti un disegno di legge che revochi la legge istitutiva del consiglio provinciale dell'agricoltura stesso.

PRESIDENTE: La parola al cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T): Il mondo dell'agricoltura attende che sollecitamente venga messa in atto la elezione degli organi del consiglio provinciale per l'agricoltura. Io prendo lo spunto da questo capitolo di bilancio per raccomandare alla Giunta che questi organismi, vari organismi, ancora esistenti nella nostra regione, nella nostra provincia, che dispongono dei loro direttivi, dei loro organismi di amministrazione, che non sono ancora democratizzati, vengano presi in seria considerazione. Non è ammissibile che in piena democrazia, dopo 5 anni dall'emanazione della legge, un organismo come questo viva di una vita non democratica. Prendo lo spunto di ciò per richiamare l'attenzione dell'onorevole Giunta anche in merito a un analogo problema, il problema degli organi amministrativi delle aziende autonome di cura e soggiorno. Non possiamo tollerare la presenza di organismi direttivi para o pseudo democratici, di organismi commissariali, la nomina dei vari presidenti dei consigli di amministrazione, dall'alto, d'autorità. Non è cosa sentita, compresa, addirittura non è cosa compresa dagli interessati il nominare dall'alto un consiglio d'amministrazione, il presidente di una azienda autonoma, fare i dovuti sondaggi, rendetevene conto personalmente, non è cosa simpatica, non è cosa utile, perché conosciamo che siamo legati a delle leggi che devono essere superate. In questo caso, nel caso del consiglio agrario forestale provinciale, la legge ce lo impone, non è che ci si trovi di fronte alla difficoltà delle leggi esistenti. Pertanto, perlomeno dove le possibilità ci sono, anzi, dove ci sono gli obblighi, cerchiamo di far scomparire que-

sti dubbi, queste incertezze dalle nostre popolazioni.

Ebbi già modo, in sede di commissione, di raccomandare che una simile circostanza, una simile situazione venga quanto prima superata.

Io non posso fare altro che richiamare la attenzione del signor Assessore che in questo caso la importanza è estrema, le richieste sono pressanti, la volontà degli agricoltori è attuale. Quindi non resta altro che por mano a quelli che sono gli strumenti che ci danno la facoltà e che ci obbligano di arrivare a un clima e a una collaborazione necessaria, indispensabile ed utilissima.

Quindi con questa raccomandazione io penso che la elezione di questi organi non debba tardare molto. L'elezione fatta col sistema previsto nella legge stessa mi sembra che non sia ancora la più perfetta. Non ripeto quanto è stato esaminato, proposto o richiesto dagli altri consiglieri che mi hanno preceduto. Quindi penso che sia sufficiente una ulteriore raccomandazione, affinché queste elezioni siano fatte su un piano maggiormente democratico. Non la divisione in distretti, non il tentativo di esclusione di forze democratiche rappresentanti il settore dell'agricoltura, ma elezioni provinciali, sul piano provinciale, col sistema proporzionale, come si fanno le elezioni per gli organi amministrativi nei vari enti politici ed amministrativi: Comuni, Provincia, Regione, Stato.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Segnana.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): La gran parte di noi non ha certo l'età sufficiente per poter ricordare i meriti e soprattutto le strutture organizzative del consiglio agrario di Trento, ma la gran par-

te di noi, attraverso lo studio della storia patria e attraverso anche l'interesse che è stato richiamato in passato e anche recentemente sulle vicende del consiglio agrario provinciale, ha avuto la possibilità di avere una chiara illustrazione di quella che è stata la via del consiglio agrario, di quella che è stata la sua incidenza a favore dello sviluppo dell'agricoltura nella provincia di Trento. È logico quindi che si pensi a questo organismo con riconoscenza e ci si rammarichi anche nel considerare come ad un certo momento della storia della nostra Regione, nella storia in modo particolare della provincia di Trento, in un certo momento questo organismo di così grande penetrazione a favore del mondo agricolo sia stato soppresso e solamente in un periodo molto lontano e cioè solo nel 1960 questo organismo sia stato ricostituito. E ci si rammarica soprattutto perché questo consiglio è nato dopo che, attraverso tutta una serie di organizzazioni nuove nel mondo dell'agricoltura, si era provveduto ad attribuire, soprattutto agli enti pubblici, le funzioni che una volta svolgeva il consiglio provinciale dell'agricoltura di Trento. E difatti, attraverso quella che è stata l'organizzazione nuova a favore del settore agricolo, è stato attribuito al Ministero dell'agricoltura e poi alle Regioni autonome, alla nostra Regione in particolare, la competenza a operare in quel settore in cui prima operava il consiglio agrario. Per questo poi sono nati gli ispettorati provinciali all'agricoltura, i quali svolgono in pratica attività promozionale a favore dell'agricoltura, attività di indirizzo, attività di assistenza che, come ho detto, una volta erano svolti da questo organismo.

Si è fatto un gran parlare oggi del consiglio agrario e si sono richiamate anche determinate responsabilità della amministrazione regionale, in ordine al funzionamento del consiglio agrario provinciale di Trento.

Io vorrei dire francamente il mio pensiero in proposito, e cioè richiamare innanzitutto l'attenzione dei signori consiglieri sulla legge istitutiva del consiglio agrario provinciale; questa legge non attribuisce alla Regione alcun potere di tutela, alcun potere di vigilanza sul consiglio agrario. Quindi se il consiglio agrario ad un certo momento non funziona, questa non è una colpa da attribuire all'amministrazione regionale, perchè se si trattasse di un organismo posto sotto la tutela della Regione, vi sarebbe anche la competenza ad intervenire, a fare azione di vigilanza, a fare azione di stimolo. Ma la Regione ad un certo momento nei confronti del consiglio agrario si trova a poter svolgere solo un'attività di mantenimento di buoni rapporti, ma non ha la facoltà di imporre, non ha la facoltà di chiedere al consiglio agrario di fare determinate iniziative o di svolgere la sua attività in un determinato modo. Anzi vorrei dire che se ci fosse una critica da fare alla legge e a coloro che hanno promosso la legge, questa critica è quella di avere voluto evitare che questo nuovo organismo sorgesse con parvenza di ente pubblico, e che non si volesse dare chiara fisionomia giuridica al consiglio agrario, e porlo su un piano di parità con tanti altri organismi che operano in campo pubblico, e metterlo sotto la vigilanza e la tutela di un ente superiore.

Se il consiglio agrario non funziona, quindi, non è colpa, penso, nè della Regione, nè dell'Assessorato regionale all'agricoltura. L'art. 2 della legge, dove si contemplano i compiti che sono affidati al consiglio agrario, recita testualmente: «Il Consiglio agrario forestale provinciale è organo propulsore e di coordinamento delle attività produttive economico-agricole nella provincia di Trento. Il Consiglio assolve i compiti seguenti»; il Consiglio è abilitato ad assolvere, cioè dovrebbe, secondo la legge, assolvere i seguenti compiti: « a) promuove stu-

di e formula proposte per l'incremento e lo sviluppo del patrimonio e della produzione agricola forestale, zootecnica, ittica e faunistica»; deve autonomamente fare; « b) prospetta alla Regione e alla Provincia soluzioni per i problemi economici agricoli, di bonifica, di irrigazione, di viabilità rurale, di trasformazione fondiaria, forestale, per la propulsione e la tutela della produzione»; cioè prospetta, non è che la Regione sia tenuta ad andare a chiedere, è il Consiglio agrario che è abilitato a farsi parte diligente e quindi prospettare alla Regione e alla Provincia soluzioni per i problemi ecc.; « c) esprime pareri circa l'applicazione dei mezzi tecnici nel funzionamento dei servizi agrari»; anche in questa attività esso è autonomo, in questo però potrebbe anche esservi una richiesta esplicita di pareri da parte della Regione; « d) inoltre rivolge proposte ai competenti organi regionali per l'emanazione di provvedimenti legislativi, regolamenti interessanti l'agricoltura, le foreste, la caccia e la pesca e fornisce alla Regione e alla Provincia indirizzi sui programmi di azione nel campo agricolo e forestale, zootecnico, ittico e faunistico, al fine di adattarli alle condizioni agricole, economiche e sociali dell'ambiente. Assolve a tutti i compiti che venissero demandati da leggi e provvedimenti »

Quindi l'interpretazione della legge mi sembra che sia abbastanza chiara: l'attività del Consiglio agrario è un'attività autonoma, quindi non penso che debba essere la Regione a stimolare il consiglio agrario a fare quello che è previsto dall'art. 2 della legge. Dovrebbe essere il consiglio agrario che, in base a quanto espone la legge, si mette nelle condizioni di fornire alla Regione e alla Provincia tutta questa serie di studi, di prospettive, di soluzioni, di pareri ecc., che possono giovare per un migliore sviluppo dell'agricoltura nella provincia di Trento.

Questo io ritengo di dover dire circa il funzionamento.

Per quanto concerne i mezzi da mettere a disposizione del consiglio agrario provinciale, vorrei richiamare i consiglieri regionali che erano presenti alle sedute nelle quali fu discusso il disegno di legge circa la creazione del consiglio agrario provinciale, sulle esplicite e formali dichiarazioni che furono date in quel momento, che il consiglio agrario provinciale non avrebbe gravato per il proprio funzionamento sul bilancio della Regione, perché il consiglio agrario provinciale di Trento aveva a disposizione un patrimonio tale che gli consentiva di avere una vita autonoma e quindi di avere mezzi per poter funzionare.

Ora, si può dire, - ed è stato detto anche nel corso della discussione - che il consiglio agrario provinciale di Trento non ha ancora il patrimonio, non ha ancora la disponibilità del patrimonio. È vero, signori, che non ha ancora la disponibilità del patrimonio, ma ha perlomeno la gestione di questo patrimonio. ha la gestione che gli consente di fare un'attività commerciale che è nell'ordine di centinaia di milioni.

Ora, signori, io mi rifiuto di pensare che le aziende agrarie di Trento, con l'attività commerciale che esse svolgono, non soltanto nel settore della vendita di prodotti per l'agricoltura, ma anche nel settore di prodotti dell'alimentazione, non abbiano un margine di guadagno da poter mettere a disposizione del consiglio agrario per il suo funzionamento, anzi, io proprio mi rifiuto di pensare che il consiglio agrario abbia bisogno, come ha detto anche giustamente il cons. Corsini con il bilancio così sostanzioso della gestione commerciale, abbia bisogno di chiedere all'amministrazione della Regione una specie, come è stato detto, di elemosina di tre milioni per il proprio funzionamento.

È stato anche accennato alla necessità di dover provvedere al trasferimento del patrimonio. Ora anche in questo campo io voglio essere esplicito e allontanare delle responsabilità che possono essere attribuite alla Regione e all'Assessorato all'agricoltura in particolare. La legge che istituisce il consiglio agrario provinciale non demanda alla Regione degli obblighi in questa materia, perché all'art. 11, dove si parla di patrimonio, viene detto: « Viene trasferito in piena proprietà al Consiglio agrario forestale provinciale di Trento, il patrimonio costituito da beni immobili e mobili, con relative pertinenze, modificazioni e accrescimenti, ivi comprese le attuali aziende agrarie dell'agricoltura di Trento e successivo Consiglio agrario provinciale, trasferite in base alle leggi ecc. ecc. Questo patrimonio viene trasferito nello stato di fatto e di diritto in cui si trova, con tutti gli oneri e le obbligazioni di qualsiasi natura che lo gravano. I beni immobili oggetto del trasferimento sono indicati nella tabella allegata alla presente legge ».

La legge non prescrive alcun atto da compiersi da parte della Regione, quindi è una questione di rapporti fra il nuovo ente che è stato creato e il vecchio proprietario; è una questione di rapporti fra la Camera di commercio e il consiglio agrario provinciale di Trento. Eventualmente la Regione dovrà essere chiamata in causa a svolgere opera di mediazione fra i due enti, per quanto ritengo che l'iniziativa debba spettare a chi ha il diritto di vedere trasferito questo patrimonio, perché è, penso, lo stesso caso di due persone che si trovano a far valere una nei confronti dell'altra i propri diritti. Se io ho dei diritti nei confronti di un'altra persona è logico che io mi faccia parte diligente perché questi diritti siano applicati nei miei confronti. Mi sembra che la stessa cosa valga anche nei confronti del consiglio provinciale, il quale, sapendo di esse-

re titolare di questo patrimonio, deve essere esso stesso che promuove tutte quelle azioni che sono necessarie o che ritiene indispensabili perché questo patrimonio gli sia trasferito. Io posso dire che la Regione, la amministrazione della Regione, se verrà richiesta di intervento a questo titolo, non si rifiuterà di svolgere quella azione di mediazione, quella azione di arbitro, se sarà necessario, perché anche questa controversia, che vi può essere attualmente sul patrimonio, possa essere appianata.

Con queste mie dichiarazioni penso di avere risposto a quelli che sono stati i maggiori interrogativi che sono stati posti. Da parte nostra non vi è assolutamente il desiderio di voler comprimere l'attività del consiglio agrario, anzi, io posso assicurare che da parte mia tutti quelli che potranno essere i provvedimenti che presenteremo in campo legislativo che riguardano soprattutto la provincia di Trento, noi, per questi provvedimenti, sentiremo preventivamente il consiglio agrario provinciale; quindi lo faremo funzionare come organo di consultazione dell'amministrazione regionale. Però devo francamente dire che deve essere il consiglio agrario stesso che applica quelli che sono i compiti che gli sono assegnati. Deve farsi parte diligente per promuovere gli studi, per formulare le proposte, per prospettare tutte quelle soluzioni che esso ritiene indispensabili per uno sviluppo ulteriore dell'agricoltura.

Il cons. Corsini ha poi accennato, nel suo intervento, alla creazione, dice, di un nuovo organo di propulsione, di consultazione a carattere regionale. Su questo argomento io voglio essere subito franco e voglio chiarire eventuali dubbi che fossero sorti presso i signori consiglieri, nel momento in cui gli stessi hanno ricevuto il disegno di legge per la costituzione del comitato regionale per l'agricoltura.

Signori, noi abbiamo proposto la creazione di quel comitato perché l'applicazione di determinate leggi statali ci obbliga a costituire questo comitato regionale per l'agricoltura, sulla falsariga dei comitati regionali che esistono presso tutti gli ispettorati compartimentali delle altre regioni d'Italia. Quindi per l'applicazione del Piano verde, ma soprattutto per l'applicazione della recente legge per la tutela delle denominazioni dei vini di origine, noi abbiamo bisogno di avere a disposizione un organo consultivo dell'amministrazione regionale, per la gran parte fatto di tecnici, che possa assolvere questi i compiti demandati dall'applicazione di determinate leggi. Quindi questo organo consultivo è nato quasi esclusivamente per assolvere a queste funzioni. Non vuole essere un doppione di altre istituzioni, non vuole sostituirsi, per quanto concerne la provincia di Trento, al consiglio agrario provinciale.

Non so se ho risposto esaurientemente ai problemi che mi sono stati posti.

Mi sembra che sia stato sfiorato in qualche intervento il problema delle elezioni del consiglio agrario, elezioni a carattere democratico. Questo argomento, per quanto mi riguarda, io non l'ho potuto ancora approfondire; so che fino ad ora si è tenuto fermo questo tema, perché si riteneva che si dovesse procedere prima di tutto alla soluzione di quel problema cui ho accennato prima, cioè quello che riguarda il patrimonio e quindi, regolarizzata quella che è tutta l'attività del consiglio agrario e regolati quindi questi rapporti di carattere patrimoniale, si potesse poi pensare alla indizione delle elezioni e quindi ad adempiere a quelli che sono i compiti che sono stati posti nell'art. 5 della legge che istituisce il consiglio agrario.

Pertanto io penso che a questo si potrà arrivare probabilmente in un prosieguo di tem-

po e naturalmente non è da escludere che se dall'esame della legge, se dall'esame dell'esperienza fin qui fatta si dovesse magari procedere a una modifica della legge, non potrà essere improbabile che si possa arrivare, dietro suggerimento anche dello stesso consiglio agrario provinciale, ad una modifica della legge che consenta di organizzare meglio tutta l'attività del consiglio e soprattutto di provvedere alla elezione degli organi del consiglio in forma diversa da quella che è prevista dalla attuale legge.

CARBONARI (A.C.A.): Posso parlare per fatto personale?

PRESIDENTE: In che cosa consiste il fatto personale?

CARBONARI (A.C.A.): Glielo spiego subito.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Non si chiede al sen. Carbonari!

PRESIDENTE: Parli, parli. Per la terza volta, brevemente.

CARBONARI (A.C.A.): È stato qui accennato al fatto di una grande azienda commerciale addetta al consiglio agrario provinciale, la quale dovrebbe avere dei grandiosi bilanci e quindi anche dei cospicui redditi, guadagni, attraverso l'azienda commerciale stessa. Non è un'informazione che viene dalla presidenza del consiglio, ma che viene da altra fonte, questa. Perché non ci sia il dubbio che sia stata la presidenza a propagare l'idea che la grande azienda commerciale delle aziende agrarie abbia dei redditi cospicui, dei bilanci favolosi, mi preme rilevare che come è malata l'agricoltura, così sono malate anche le aziende agrarie.

Quando l'agricoltura sta male, i redditi delle aziende agrarie sono piuttosto modesti, d'altra parte ha fatto . . .

RAFFAELLI (Assessore turismo, caccia e pesca - P.S.I.): Delle aziende agricole, vuol dire delle aziende agricole . . .

CARBONARI (A.C.A.): Parlo delle aziende agrarie, dell'azienda commerciale, delle aziende agrarie . . . Dunque, quando si dice le aziende . . . se si parla di azienda agraria o azienda agricola, si intende l'azienda privata, ma quando nel Trentino si parla delle aziende agrarie, tutti capiscono che è un'istituzione commerciale. Bene, dunque, come è malata l'agricoltura, così è malato anche il commercio delle aziende agrarie. E devo rilevare che la vendita dei prodotti utili per l'agricoltura dà il minimo dei redditi; ogni commerciante privato o anche ogni cooperativa, se vuole rilevare i redditi ricavati dalla vendita di materie utili all'agricoltura, realizza un, due, tre per cento di lordo, non realizza di più, invece realizza assai di più dalla vendita degli alimentari, molto di più. Per esempio, per citare un fatto: il commercio degli ortofrutticoli dà una media di guadagno ai commercianti intermediari, del 100%, in confronto al prezzo pagato ai produttori, mentre invece il commercio minuto di questi stessi prodotti ortofrutticoli rende una media del 230%; e c'è la differenza.

Quindi volevo dire un'altra cosa in merito. Si diceva prima della rinascita del consiglio agrario, non essere necessario il consiglio dell'agricoltura, perché oggi lo supplisce con grande vantaggio la Regione stessa. Se è vero questo, è anche facile rispondere: perché allora la Regione col suo Assessorato industria e commercio non può con vantaggio sostituire la Camera di commercio? Avevamo una volta la

Camera di commercio e industria a Rovereto e il consiglio provinciale dell'agricoltura a Trento: ora naturalmente c'è anche l'ispettorato dell'agricoltura, va bene, avrà la sua parte anche l'ispettorato dell'agricoltura, ma vedo che la Camera di commercio non ha mai, non è mai stato detto che può essere sostituita dalla Regione; così non può essere sostituito dalla Regione neanche, secondo me, il consiglio agrario provinciale.

PRESIDENTE: La parola al cons. de Carneri.

de CARNERI (P.C.I.): Ho ascoltato lo intervento dell'Assessore all'agricoltura e debbo dire che a mio giudizio buona parte degli addebiti che egli muove al consiglio provinciale dell'agricoltura per determinato mancato funzionamento, ricadono, a mio giudizio, sulla Regione stessa. Il consiglio provinciale dell'agricoltura per lunga tradizione, ed anche attualmente, dovrebbe trarre la sua autorità, trarre la sua vitalità dal consenso e quindi dalla elezione che deve venire da parte dei ceti rurali. Questo è il principale elemento che può dare una vitalità. Avere dei rappresentanti che corrispondono, che godono la fiducia dei contadini, che corrispondono nei confronti dei contadini e che quindi possono guidare, convogliare le opinioni, orientare i contadini stessi. Ora sono passati parecchi anni da quando la legge è stata istituita e vediamo ancora una gestione imposta dall'alto, se non imposta quanto meno indicata dall'alto. L'elemento fondamentale che può dare al consiglio provinciale dell'agricoltura un carattere democratico e quindi la vitalità, sono le elezioni in mezzo alle campagne, in mezzo ai ceti rurali, in mezzo agli interessati. Questo è un punto fondamentale. E io debbo rammaricarmi per le dichiarazioni rese dall'Assessore all'agricoltura per

quanto riguarda le elezioni; dichiarazioni estremamente incerte e, vorrei dire, elusive, intese a procrastinare un problema che deve essere invece affrontato con urgenza, il problema della riforma di questa legge elettorale, la quale, per i motivi che ho illustrato questa mattina, non può reggere, non può andare, è iniqua, è antidemocratica.

Quindi questa risposta è elusiva, dilatoria, desta indubbiamente il mio malcontento, e penso anche il malcontento di tanti contadini. Io insisto sul fatto che si debba procedere a questa revisione del regolamento e della legge, e si debba conseguentemente poi procedere d'urgenza ad una elezione fra le campagne, in modo che i contadini, i ceti dell'agricoltura si diano una propria direzione in questo ente, che per ammissione stessa della Regione e per legge ha una sua autonomia, ha una sua gestione autonoma e quindi esce dalla sfera di azione della Regione, ha una sua autonomia abbastanza accentuata.

Questo per conto mio è l'elemento fondamentale sul quale si deve puntare. Se ciò non si è verificato io vorrei dire che la colpa innanzitutto è della Regione, la quale non ha fatto una legge adeguata, la quale ha ritardato poi degli anni a fare un regolamento il quale è altrettanto inadeguato, poiché è una diretta derivazione dell'impostazione data dalla legge.

Quindi la Regione si assuma la sua buona parte di responsabilità, e per porre rimedio a queste situazioni, ripeto, ci vogliono elezioni democratiche nelle campagne.

Questo argomento lo ribadisco ora e verrà ripreso, se necessario, anche con l'appoggio della popolazione, in prosieguo di tempo, poiché è un elemento che riteniamo fondamentale per riportare questa norma di democraticità in questo ambiente.

Pertanto preannuncio voto contrario su questa voce e aggiungo, poiché ci sono state

ieri le dichiarazioni da parte dell'Assessore competente circa l'impostazione di fondo della politica agraria della Regione, con il mio voto contrario all'art. 90 intendo anche esprimere un voto contrario su tutta l'impostazione di fondo della politica agraria della Regione, quale ieri è stata delineata e dall'intervento dell'Assessore Segnana e dall'intervento di un altro consigliere democristiano cui ho fatto cenno ieri; una politica che intende non aiutare la piccola azienda contadina, che tende a privarla di aiuti, in sostanza, e tende a convogliare lo sforzo sulla creazione di grosse aziende agricole.

Io non mi trattengo adesso a ripetere argomentazioni che, se pur brevemente, ho esposto ieri, ma ritengo questa linea politica una linea politica agraria anticontadina e tale quindi da creare ulteriori gravi squilibri nelle campagne, da non sanare la crisi agricola delle strutture che è in atto, e quindi una linea politica non solo anticontadina ma in senso più generale antipopolare.

Pertanto voterò contro.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Segnana.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Io prendo atto delle dichiarazioni fatte dal cons. de Carneri, però mi dispiace di dovergli far osservare che egli non è stato attento o non ha capito quelle che sono state le mie dichiarazioni di ieri. Quando parlo di assistere la azienda contadina che offre le garanzie per essere un'azienda contadina nel vero senso della parola, io non faccio questione di dimensione, non faccio questione di metri quadrati, non faccio questione quindi di ampiezza più o meno grande. Io ho detto chiaramente che l'obiettivo da raggiungere è questo: creare delle aziende impostate su basi

economiche; cioè l'obiettivo è di dare a queste aziende delle dimensioni tali da consentire il razionale impiego dei mezzi tecnici e soprattutto di assicurare ad esse un maggiore reddito. Può esserci la azienda piccola che, perchè specializzata, impostata in determinato modo, offre già le prospettive per un ulteriore incremento del reddito. Noi non vogliamo comprimere ulteriormente l'azienda piccola, vogliamo dare a tutti coloro che restano nell'agricoltura quegli aiuti che consentano loro di accrescere la potenzialità dell'azienda, di porre l'azienda su basi economiche più sane. La politica del sussidio dato a tutti perchè tutti devono essere aiutati, perchè sono povera gente, perchè hanno bisogno di migliorare la loro casa, perchè acquistano una macchina, quella politica noi non vogliamo che venga più fatta. Noi diciamo: l'agricoltura, arrivata a questo punto, ha bisogno di porsi su basi economiche precise e chiare. Ora, qui non è detto assolutamente e non è assolutamente nella mia intenzione di dire che noi non vogliamo aiutare la piccola azienda e vogliamo aiutare solo la grossa azienda; noi vogliamo aiutare anche le piccole aziende, purchè le piccole aziende abbiano la capacità, soprattutto dimostrino la volontà di volersi evolvere, di volersi migliorare, di voler quindi impostare tutta la propria azione a carattere produttivo, tutta la propria azione aziendale, su basi tali che consentano effettivamente un maggiore reddito.

Quindi non facciamo questione di dimensioni, non facciamo questione di metri quadrati, facciamo questione soprattutto di premesse valide perchè le aziende agricole possano mettersi a testa alta di fronte a tutte le altre aziende di carattere commerciale, di carattere artigianale, come cerchiamo, attraverso la politica in campo commerciale, in campo artigianale, nelle Province ecc., di aiutare le aziende ad avere una certa vitalità, ad avere una certa solidità.

Ciò che vale per le aziende artigianali, commerciali e industriali, deve valere per le aziende agricole..

È logico però che coloro che fanno dell'agricoltura solamente così, per un semplice completamento di altre attività, o fanno dell'agricoltura più che altro un hobby, a quella gente noi non possiamo continuare a dare dei contributi, anche se hanno la qualifica, magari attraverso uno dei membri della propria famiglia, di coltivatore diretto, e quindi avrebbero diritto ad usufruire dei fondi che noi mettiamo a disposizione dell'agricoltura. I fondi che sono dati per l'agricoltura, i mezzi che ci saranno anche in futuro per l'agricoltura dovranno esser destinati a coloro che veramente lavorano in agricoltura, a quelle aziende che vogliono effettivamente continuare l'attività nel settore agricolo, ma la vogliono continuare su basi chiare, su solide basi economiche.

Questo io volevo dire perchè non rimanessero degli equivoci dopo le dichiarazioni che ho fatto.

Per quanto riguarda gli appunti che sono stati fatti circa il consiglio agrario, io prendo atto di quello che ha detto il cons. de Carneri, però gli faccio presente che in questi pochi mesi di responsabilità all'assessorato regionale all'agricoltura non ho certo avuto la possibilità di indire le elezioni del consiglio agrario e tanto meno di occuparmi a fondo di questo tema, avendo la necessità di portare avanti problemi di una certa maggiore urgenza di questo che ci troviamo in questo momento a discutere. Io però voglio assicurare che il tema sarà da me affrontato e approfondito e che quelli che potranno essere i suggerimenti che da parte anche dei signori consiglieri verranno dati sul tema, io sono disposto, queste critiche e questi suggerimenti, ad accoglierli, come ho detto ieri nella conclusione del mio breve intervento.

Circa le osservazioni poi del sen. Carbonari sulla possibilità o meno delle aziende agrarie di fornire i mezzi al consiglio agrario, su questo avremmo molto da discutere. Io, Senatore, così, in un discorso cordiale che potremmo fare insieme, mi rifiuto di pensare che una gestione commerciale, come è quella delle aziende agrarie, non possa dare i mezzi per far funzionare il consiglio agrario.

Si può dire che le aziende agrarie non guadagnano, lo diciamo così, quasi riservatamente, queste cose si possono dire al fisco, che non si guadagna, ma dirlo a coloro che un po' delle attività commerciali, almeno un po', se ne intendono, non credo che sia cosa che possa essere molto attendibile e quindi che possa essere creduta, perchè su un giro di affari notevole che viene svolto dalle aziende agrarie, è logico che un minimo di guadagno dovrebbe esserci e che quel minimo di guadagno dovrebbe consentire al consiglio agrario una maggiore vitalità.

PRESIDENTE: La parola al cons. de Carneri.

de CARNERI (P.C.I.): Per fatto personale si può dire?

PRESIDENTE: Non può, ha già parlato tre volte.

de CARNERI (P.C.I.): Non era mica niente, intendevo dire che non ho alcun appunto personale da muovere all'Assessore Segnana. Io ho fatto critiche nei confronti della Regione e dò atto che è poco tempo che è insediato e quindi per quanto riguarda la legge elettorale...

PRUNER (P.P.T.T.): Il tempo di presentare un emendamento...

PRESIDENTE: C'è un emendamento: aumentare da 3 a 5 milioni, diminuendo il cap. 126 di lire 2 milioni, a firma Corsini, Pruner, Sembenotti.

Chi chiede la parola sull'emendamento?
La parola al sen. Carbonari.

CARBONARI (A.C.A.): Se non fosse stato abbinato l'importo di 5 milioni con la diminuzione alla cooperazione, avrei votato favorevolmente, ma siccome è stato abbinato con la diminuzione alle cooperative non lo posso votare.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? - La parola al cons. Corsini.

ODORIZZI (D.C.): Ritira l'emendamento!

CORSINI (P.L.I.): Non ritiro l'emendamento, sig. cons. Odorizzi! E innanzitutto debbo dolermi della forma con cui l'emendamento è stato posto in discussione e in votazione, perché il fatto che manchi l'Assessore competente non è un buon motivo, perché allora non dovremmo neanche votare nessuno degli articoli riguardanti l'assessorato di cui è assente l'Assessore.

Non risponde ad arte nè ad un atto inconsulto il riferimento a questo cap. 126. Ieri è stato a lungo discusso della cooperazione e sono stati fatti alcuni rilievi da parte di tutte le minoranze, osservando che questo settore può indubbiamente e deve indubbiamente essere aiutato, ma sollevando anche numerose riserve sul modo in cui avviene l'intervento del danaro della Regione nel settore della cooperazione stessa. Che il sen. Carbonari si senta un poco in difficoltà, nel momento in cui si vuol dare una mano alla sua tesi perché inevitabilmente bisogna levare da qualche altro

capitolo i due milioni, io lo comprendo e non me ne adonto. Però la tesi sostenuta dal sen. Carbonari è stata questa: che in sostanza, anche sotto forma diversa, questo consiglio agrario provinciale rappresenta una visione più ampia e più completa di tutti quanti coloro che lavorano nel settore dell'agricoltura. Non mi pareva niente di scandaloso la riduzione di due milioni da un capitolo che ne ha già 28, e invece la dotazione di altri due milioni, dopo che da molte parti del Consiglio si è sentito che con quei tre milioni non si riesce a dar vita effettiva all'attività del consiglio provinciale agrario.

Comunque questa è stata la proposta, vada in votazione, i presentatori dell'emendamento resteranno in minoranza, sono sempre tuttavia convinto che hanno fatto una proposta seria.

PRESIDENTE: La parola al Presidente Dalvit.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Brevissimamente per dire che se da parte del signor cons. Corsini capisco la doglianza in ordine al modo in cui il Presidente Pupp ha voluto giustificare la sua perplessità in ordine all'assenza dell'Assessore che è interessato al settore della cooperazione, io debbo esprimere altrettanta doglianza motivandola col fatto che i signori presentatori avevano due mesi di tempo per preparare un emendamento del genere; hanno atteso l'ultimo momento, disturbando i lavori del Consiglio e ponendo un emendamento per il quale non c'è stato l'accordo nemmeno della persona che avrebbe dovuto in questo Consiglio raccogliere perlomeno motivi, non dico gratitudine, ma dico di assenso.

Desidero poi dire che il sen. Raffener è assente per motivi di malattia, e voglio sperare - e da qui gli esprimo un augurio, dovendo egli

entrare in clinica fra qualche giorno - che la sua indisposizione possa essere superata, e apprezzo il pensiero del Presidente Pupp che ha voluto dire che in mancanza di un Assessore vediamo di non fare novità nel suo settore, e di questo io voglio dargli atto.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento: l'emendamento è respinto con 22 contrari, 6 astensioni e 7 favorevoli.

Passiamo al cap. 91.

Io vorrei fare una proposta: non sarebbe meglio discutere i vari capitoli e riservare alla fine la risposta dell'Assessore? Va bene così?

Metto in votazione il cap. 90: approvato con 20 voti favorevoli, 2 contrari e 12 astensioni.

La parola al cons. Pruner sui capitoli 91 e 92.

PRUNER (P.P.T.T.): Le dizioni per memoria son alquanto antipatiche, non tanto per la loro fisionomia letteraria o etimologica, quanto piuttosto per la sostanza, per la non sostanza dobbiamo dire, perché sono capitoli lasciati lì alla memoria di chi verrà dopo; sono dei settori che lasciano il tempo che trovano a chi li esamina, pur essendo argomenti, pur essendo temi di attualità, come il tema della ricomposizione particellare che è contemplato al cap. 92 ma che è intimamente collegato con il cap. 91. C'è nel corso di questi ultimi tempi qualche cosa di positivo, di veramente valido anche, sul piano della ricomposizione delle aziende, particellare prima, delle aziende agricole dopo; e questo lo dobbiamo all'efficiente ed operativa politica di bonifica dei nostri territori, suscettibili di bonifica. In altre parole, se una ricomposizione di aziende con efficaci, brillanti, encomiabili esempi si è potuta registrare questo è stato possibile esclusivamente - dico esclusivamente, — nell'ambito di una operazio-

ne, nell'ambito di una politica di bonifica. Dal momento che ci vediamo decurtati i fondi, — legittimamente —, perché la legge 1 settembre 1962, n. 19 è esaurita, d'accordo — ma comunque sempre decurtati i fondi, non vediamo la prosecuzione di un encomiabile tentativo, per addivenire ad una più sana strutturazione economico-sociale delle nostre aziende. Esiste il capitolo 122, mi si obietterà, il cap. 122 relativo all'art. 22 della legge 2 giugno 1961 del Piano verde, che stabilisce la somma, che prevede la somma di 100 milioni. Ma, tornando al discorso che è stato fatto ieri da qualcuno in quest'aula, il Piano verde non deve essere considerato sostitutivo dell'intervento della politica agraria della nostra amministrazione. Semmai il Piano verde è sopravvenuto come complemento, come sussidio alle capacità, al potenziale finanziario di intervento della Regione, Provincia, nei vari settori, in particolare nel settore della bonifica agraria.

Penso che il non assumersi alcun impegno, perlomeno di buona volontà, di un ulteriore rifinanziamento della legge n. 19, sia troppo rischioso in questo momento, se consideriamo sempre valida la politica di ricomporre le nostre aziende agricole, come previsto dal codice civile e come sancito dallo statuto di autonomia.

Tentare di prospettare di quando in quando delle soluzioni miracolistiche è altrettanto rischioso ed insufficiente. Mi richiamo all'ultima trovata, all'ultimo grido di soluzione del problema su un piano così, io dico semplicistico, qualcuno potrebbe dire miracolistico, comunque demagogico senz'altro, quello di ricomporre le piccole unità aziendali in unità maggiori in forma coattiva, come è stato prospettato in sede di trattativa e di formazione della Giunta di centro-sinistra, da uno dei tre partiti che formano il governo della nostra Regione e della nostra Provincia. Penso sia una cosa assolutamente da rigettare e da di-

sprezzare. Proviamo a raccontare ai nostri contadini queste cose e vedrete che ci risponderanno che qui da noi i kolchoz non hanno posto, non hanno ragione d'essere, che la bolscevizzazione della nostra agricoltura non è una cosa attuale, nè oggi nè mai. Quindi lasciarsi indurre a credere ad imprese miracolistiche nel domani, nel dopodomani per risolvere questo problema, non è cosa saggia e non è cosa onesta. Piuttosto, signor Assessore, ci faccia sentire la sua voce, esprimendo il proposito e il desiderio vivo di voler rifinanziare la legge 19, la quale ha dato, l'unica nella storia nostra, positiva dimostrazione che la piaga della frammentazione delle nostre aziende agricole può essere sanata in un lungo corso di tempo, ma che può essere sanata solo col sistema fino ad ora dimostratosi valido, quello della bonifica dei terreni, per la quale i nostri contadini si lasciano espropriare; il terreno bonificato può essere facilmente espropriato a favore di aziende circvicine per addivenire alla costruzione di altre aziende vitali e valide sotto il profilo economico e sociale.

Lo stanziamento del cap. 122 sul Piano verde, ripeto, ha già — ed è l'ultimo stanziamento, il quinto esercizio del Piano verde — ha già programmato i propri particolari specifici interventi.

Invece con gli stanziamenti della legge n. 19 al cap. 91, si sono suscitate, create delle speranze, dei programmi, dei propositi nelle varie zone dove la bonifica può convenientemente essere praticata. Cerchiamo quindi di non deludere queste aspettative, questi programmi già messi in cantiere. Ci sono già delle progettazioni, ci sono già delle spese per la elaborazione di progetti, sono state costituite delle società, dei consorzi, consorzi obbligatori anche, i quali su questo capitolo e su questa legge, sul rifinanziamento di questa legge hanno posto tutte le loro speranze, poiché purtroppo le grosse

iniziative, come quelle del finanziamento, più che rifinanziamento, del finanziamento dei comprensori di bonifica montana lasciano oggi a bocca asciutta, in quanto la disponibilità finanziaria della Regione non permette i relativi, adeguati stanziamenti, come previsti dai progetti generali di bonifica. Si sono creati appunto questi comprensori di bonifica in base alla legge 215 con la speranza di avere il legittimo riconoscimento sia sul piano formale e giuridico e soprattutto sul piano del finanziamento delle opere.

Per la qual cosa io chiedo al signor Assessore di volerci dire qualche cosa di concreto, di tranquillante nei confronti di questi interventi, onde poter non deludere nuovamente un settore tanto delicato come quello delle aziende, che volontariamente, senza coercizione e senza l'intervento di provvedimenti coattivi, si rendono disponibili per una ristrutturazione sociale ed economica.

PRESIDENTE: La parola al cons. Sembenotti.

SEMBENOTTI (P.P.T.T.): Due parole a proposito di ricomposizione particellare. Io non sono molto vecchio, perciò non ho antica esperienza di questo problema, ma penso che esso sia esistito da molto tempo nella nostra Regione, nella nostra Provincia soprattutto.

Da almeno dieci anni se ne sente parlare in tutte le riunioni di qualsiasi tipo, nel quale però si parli di agricoltura.

Permettete che esprima il mio setticismo a questo proposito, prima di tutto perché per effettuare questa ricomposizione particellare sono necessari due elementi fondamentali: innanzitutto la convinzione, il convincimento e la buona volontà, la preparazione, diciamo da parte dei contadini stessi; il secondo punto è quello dei fondi a disposizione per effettuare

questa ricomposizione. La cooperazione può esser fatta sì attraverso conferenze, illustrazioni, può essere fatta attraverso convincimenti personali, attraverso gli organi tecnici delle Province, delle Regioni, però deve essere fatta intensa e completa.

In caso contrario succede esattamente quello che succede adesso e che è successo anche negli scorsi decenni: si procede alla ricomposizione di una determinata proprietà, e trascorsi cinque o dieci anni la proprietà torna a dividersi un'altra volta. Noi, se vogliamo operare seriamente in questo campo, dobbiamo prevedere appunto anche la possibilità di evitare il successivo frazionamento di questa proprietà, frazionamento che comporta necessariamente anche la dispersione della proprietà stessa. Per far questo i mezzi legali a disposizione non sembrano adatti attualmente, comunque bisognerebbe arrivare a questo, penso, per poter fare qualcosa di concreto e qualcosa di valido a questo proposito, altrimenti se arriviamo a convincere i nostri contadini a fare questa ricomposizione, anche se non saremo capaci di mantenerla, perlomeno avremo fatto opera di persuasione, di convincimento, li avremo preparati a quel passo successivo che è la cooperazione, cooperazione spinta addirittura fino al conferimento in società delle proprietà, conferimento in società volontarie, cooperazione libera come è quella attuale, non obbligatoria, non mi si fraintenda a questo proposito.

La preparazione e la volontà dei proprietari di addivenire alla ricomposizione e, secondo la disponibilità dei fondi sono elementi complementari; non si può fare a meno dello uno o dell'altro.

Comunque penso che se vogliamo progredire su questo campo — ed è necessario che si progredisca, nell'interesse dell'agricoltura intera —, noi dovremmo stanziare i fondi sì, ma soprattutto lavorare presso le nostre aziende

e presso i nostri proprietari, convincerli della bontà dell'iniziativa e convincerli sul piano tecnico, sul piano economico, dal punto di vista anche della necessità di addivenire alla composizione di aziende valide in prossimità dell'avvicinarsi del MEC.

PRESIDENTE: La parola sul cap. 95 al cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Passo al cap. 95, attendendo la risposta globale.

PRESIDENTE: Facciamo questi capitoli dell'agricoltura, l'Assessore risponde, poi si votano singolarmente.

PRUNER (P.P.T.T.): Desidererei conoscere la situazione che, così, grosso modo, già si conosce nel campo della contribuzione ai coltivatori diretti e cooperative per l'acquisto di macchine agricole, sia con i fondi di questa legge regionale, sia con i fondi del Piano verde, art. 18 se non erro; situazione, come ripeto, conosciuta nelle sue grandi linee ma che vorremmo sentire dalla viva voce dell'Assessore. Quale ripiego intende adottare per soddisfare questo enorme cumulo di richieste di finanziamento, di contribuzione per l'acquisto di macchinari, necessari per l'agricoltura? Io non sono estremamente convinto che con la politica adottata sia da 13 anni a questa parte con la istituzione della legge n. 21, sia con gli interventi sul Piano verde che con gli interventi su questa legge, si sia inflazionato la meccanizzazione della nostra agricoltura.

Potrebbe essere un discorso da fare in sede separata, ma io penso che non possa negativamente influire per ora su una politica ulteriore di stimolo per la meccanizzazione. Noi conosciamo quale può essere la parte economica, la considerazione economica nel settore della meccanizzazione; può essere un di-

scorso di più o meno entusiasmo, se visto sotto l'aspetto esclusivamente della economicità, dell'economia. Ma non va dimenticato il lato psicologico, il lato morale del settore. Pretendere, come d'altra parte la politica regionale non ha preteso, per la verità, che l'abbruttimento continuo del contadino, dell'operatore nell'agricoltura sia giustificato, per una non perfetta economicità degli investimenti nella meccanizzazione, ci conforta a poter esprimere che si debba continuare ad aiutare il contadino ad alleviare la pesante situazione sotto l'aspetto fisico, e così sollevarsi sul piano morale e psicologico.

Perciò ritengo che altri sforzi debbano essere intrapresi dall'ente pubblico in aiuto a questa categoria, altri stanziamenti, sotto forma di contributo diretto in conto capitale e sotto forma di contributi sugli interessi per le più emancipate, per le più potenti aziende agricole. Dal momento però che la nostra agricoltura è composta preponderantemente da piccole aziende che disdegnano o rifuggono dal sistema di ricorso al credito, pensiamo giustificato ancora l'intervento sotto forma di contributo in conto capitale, ma la realtà è che le disponibilità, sia su questo capitolo che sui capitoli del Piano verde, sono assolutamente insufficienti.

Chiederei al signor Assessore quale prospettiva ha davanti a sé, per non deludere anche questo settore di richiedenti dell'intervento dell'ente pubblico per l'acquisto di una attrezzatura nella propria azienda.

PRESIDENTE: Passiamo al cap. 102. La parola al cons. Sembenotti.

SEMBENOTTI (P.P.T.T.): Il cap. 102 recita testualmente: «Contributi ai consorzi per la difesa contro la grandine, per l'acquisto di impianti e di apparecchiature e di materiali idonei allo scopo; contributo per il funzionamento della federazione provinciale».

Il mio intervento tende a richiamare l'attenzione dell'Assessore competente, della Giunta e del Consiglio, sulla legge regionale 17 marzo 1964, n. 16. Questi consorzi antigrandine vennero costituiti tra il 57 e il 61 nella nostra provincia per la difesa dalla grandine attraverso l'uso di razzi.

Non intendo disquisire sul convincimento personale di ognuno di noi o di ogni tecnico sulla efficienza o meno di questi razzi, perché ci sarebbe da discutere a non finire, infatti metà tecnici sono favorevoli e metà sono contrari, pressappoco, all'uso di questi razzi; ma intendo, come ripeto, parlare solo di questa legge. Questi consorzi si erano costituiti come società di fatto praticamente, consorzi intesi alla difesa delle produzioni in base al 2602. Ebbene, si era verificato questo: i proprietari dei terreni o andavano d'accordo nel versare la propria quota di contributo, la propria quota per la spesa del lancio di questi razzi, o qualcuno invece non andava d'accordo e non versava.

Ecco il motivo per il quale a un certo punto da parte di grossi consorzi per la difesa antigrandine si è sollevata la questione ed è stata richiesta questa legge, che tende a rendere obbligatoria da parte di tutti i proprietari di terreni compresi nel comprensorio, la contribuzione alla spesa per la difesa antigrandine.

Ebbene, se per questi consorzi è stata buona, per altri consorzi invece, per quei consorzi, dei quali il 100% dei proprietari paga, per questi consorzi la legge è stata una tegola. Io vorrei sentire dall'Assessore competente che cosa ha provocato in pratica questa legge. Mi risulta che i fondi del 1964 non sono neanche stati potuti distribuire, proprio perché nessuno dei consorzi esistenti prima dell'entrata in vigore di questa legge si è adeguato finora alle disposizioni di questa legge. Queste remore non sono remore casuali, bisogna

che ci rendiamo conto che se andiamo dai contadini a dire che bisogna costituire obbligatoriamente un consorzio, cioè fare logicamente carte bollate, pratiche ecc., i contadini si impensieriscono. Ci sono effettivamente, come ho detto prima, dei consorzi che hanno l'interesse che venga resa attuale e venga osservata questa legge, però ci sono molti consorzi che non la vedono di buon occhio.

Pertanto io direi che bisogna arrivare a una modifica della legge. Possiamo dire: va bene per i consorzi che vengono istituiti d'ora in poi, però non va bene per i consorzi che se la vedono capitar là, o meglio per quelli che esistevano alla data di entrata in vigore della legge. In sostanza dobbiamo salvare la facoltà di quei consorzi che non hanno bisogno della obbligatorietà, dobbiamo salvare la facoltà di restare così come sono.

Come ripeto, quanto io sto dicendo non è campato in aria, e aspetto appunto che l'Assessore ci renda edotti sul funzionamento di questa legge e sul funzionamento di questi consorzi antigrandine obbligatori, dopo l'entrata in vigore della legge. Precisamente per conto mio, m'ero interessato della cosa dal punto di vista professionale ancor prima d'ora, e sostenevo nella mia tesi che già l'art. 2616 del codice civile, nonché la legge 16-6-32, n. 834 che prevede pressappoco le stesse cose sempre nel settore dell'agricoltura, sono stati dichiarati più volte dal Consiglio di stato illegittimi, e non applicabili nei casi specifici.

Proprio per questo non vorrei che anche a proposito di questa legge venisse sollevato l'incidente, anche se nessuno avrà interesse a farlo e nessuno lo farà, salvo però che si arrivi alla modifica dell'art. 9, dove si dice semplicemente che «i consorzi costituiti e funzionanti di fatto alla data di entrata in vigore della presente legge, devono uniformarsi alle disposi-

rebbe dire «possono uniformarsi», quando lo rebbe dire «possono uniformarsi» quando lo chiedono.

Ciò detto io attendo la risposta dell'Assessore circa il funzionamento di questi consorzi e della erogazione dei fondi.

PRESIDENTE: Sul cap. 102 altri prendono la parola? Passiamo al cap. 108; la parola al cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Nur sehr kurz zum Kap. 108. Für den Herrn Assessor ist mein Vorschlag nichts Neues mehr; ich habe darüber ja schon in der Finanzkommission gesprochen. Ich möchte dem Herrn Assessor nur noch einmal in Erinnerung rufen, daß gerade in Südtirol auf Grund des Institutes der geschlossenen Höfe sehr viele landwirtschaftliche Betriebe stark mit Hypotheken belastet sind, weil die jungen Hofübernehmer verbilligte Übernahmekredite erhalten. Nun sind aber gerade diese jungen Hofübernehmer nicht mehr in der Lage für Betriebsverbesserungen, für die vom Grünen Plan Zinsenzuschüsse vorgesehen sind, die Finanzhilfe zu beantragen, weil sie keine Sicherheiten mehr zu bieten haben. Bekanntlich kann dieses Geld nur über Bankinstitute aufgenommen werden, weshalb es meines Erachtens vielleicht richtiger wäre, wenn wir die für Beiträge vorgesehenen Beträge erhöhen könnten, damit auch diejenigen, welche die verbilligte Kreditgewährung aus den gerade erwähnten Gründen nicht mehr annehmen können, dennoch ihre Betriebsverbesserungen vornehmen können. Ich weiß, daß das in Rom besprochen werden muß. Es ist mir nicht bekannt, ob der Herr Assessor schon die Möglichkeit gehabt hat oder noch haben wird, diesbezüglich vielleicht eine Stornierung — wenn ich sie so nennen darf — innerhalb der betreffenden Artikel vornehmen zu lassen. Ich bitte auf jeden Fall, wenn nicht jetzt, so doch

bei nächster Gelegenheit diese besonderen Zustände, die bei uns in Südtirol durch die Institution des geschlossenen Hofes gegeben sind, dementsprechend zu berücksichtigen.

(Molto in breve sul cap. 108. Per l'Assessore la mia proposta non costituisce niente di nuovo; ne ho parlato infatti già nella commissione finanze. Per ora mi limiterò soltanto a ricordare ancora una volta all'Assessore che appunto in Sudtirolo, per l'istituto del maso chiuso, molte aziende agricole sono cariche di pesanti ipoteche perché i giovani assuntori del maso ottengono crediti di assunzione a tasso più basso del normale. Essi non sono poi più in grado di chiedere aiuti finanziari per i miglioramenti aziendali, miglioramenti per cui il Piano verde prevede contributi in conto interessi, non potendo offrire alcuna garanzia. Notoriamente tali fondi si possono ottenere soltanto attraverso istituti bancari, così che a mio avviso sarebbe forse più giusto se aumentassimo l'importo ammesso a contributo affinché anche chi non può più chiedere, per le ragioni di cui sopra, un credito agevolato possa ancora intraprendere miglioramenti aziendali. So che tutto ciò va discusso a Roma. Non so se l'Assessore abbia già avuto la possibilità, o ancora la abbia, di far fare forse uno storno, se posso chiamarlo così, all'interno del capitolo. In ogni caso vorrei pregare di prendere in adeguata considerazione, se non ora almeno alla prossima occasione, le speciali circostanze esistenti in Sudtirolo con l'istituto del maso chiuso).

PRESIDENTE: Altri prendono la parola sul cap. 108? Passiamo al cap. 117, ancora la parola al cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Ich will in Anbetracht der schon so weit vorgeschrittenen Zeit darauf verzichten, weiterhin zu diesem Artikel Stellung zu nehmen. Das soll nicht bedeuten, daß die Wichtigkeit geringer gewor-

den wäre: im Gegenteil, aber wir haben schon darüber auch in der Finanzkommission ausführlich gesprochen. Solange wir noch beisammen sitzen, will ich also keine weitere Zeit beanspruchen. Ich hoffe, daß der verlängerte Schlaf, der dadurch dem Herrn Assessor und uns allen vielleicht gegeben wird, sich nicht negativ bei der Behandlung dieses Artikels auswirken wird.

(In considerazione dell'ora già avanzata rinuncerò a pronunciarmi oltre sull'articolo in esame. Ciò non significa che la sua importanza sia diminuita, tutt'altro; in commissione finanze ne abbiamo però parlato esaurientemente. Finché siamo ancora in seduta non reclamerò dell'altro tempo. Spero che il sonno in più in tal modo forse concesso all'Assessore ed a noi tutti non abbia effetto negativo sulla trattazione di questo articolo).

PRESIDENTE: La parola al cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Nello spirito sono d'accordo con l'atteggiamento del cons. Kapfinger, però non posso fare a meno di dire alcune parole in merito al problema zootecnico della nostra regione, in modo particolare della nostra provincia, quindi riduco già a metà il discorso.

Saranno temi esclusivamente di carattere provinciale che si rispecchiano nella economia zootecnica della provincia di Trento, quindi cercherò di essere breve il più possibile.

Il cap. 117, come il capitolo precedente, che prevede i fondi a favore del risanamento zootecnico nella provincia di Trento, sembra a prima vista che contengano dei fondi rilevanti, una somma cospicua, effettivamente si tratta di 603.000.000. In pratica dobbiamo dare atto, e al Governo e alla Regione, che il problema viene affrontato, sta per essere affrontato; si sono iniziate le operazioni in provincia di Bol-

zano e da qualche tempo anche nella nostra provincia di Trento. Su questi fondi operano due grosse categorie di individui: la collettività tutta, che ne è interessata sotto l'aspetto igienico, sanitario, turistico, economico, sociale e l'altra categoria che sono gli interessati diretti, coloro che, come si suol dire, sono i colpiti, coloro che sono sottoposti a questa operazione, non le bestie, ma le aziende, gli individui che devono sopportare un intervento di carattere pubblico per il maggior bene della collettività.

Ora, che cosa fa la collettività? Dispone dei mezzi, dispone dei finanziamenti, che, così apparentemente, sembrano adeguati. Che cosa avviene in pratica? Non lo sappiamo esattamente. Abbiamo delle buone esperienze, realizzate in provincia di Bolzano, abbiamo qualche esperienza in provincia di Trento, dove le cose sono fatte così, alla meglio, perché si è appena iniziato.

Perciò io mi permetterei, perché siamo appena agli inizi, di suggerire qualche cosa, signor Assessore. Prima di tutto bisogna cercare di valorizzare al massimo lo sforzo finanziario dell'ente pubblico, cioè sfruttare al massimo il denaro messo a disposizione. Nello stesso tempo però non dimentichiamo che le nostre non sono aziende solide, che sopportano così, una operazione «chirurgica» come la sopporta un giovanotto che viene sottoposto ad un intervento chirurgico comune. Le nostre sono aziende di piccole dimensioni, che non possono subire dei sacrifici troppo forti.

Perciò raccomanderei al signor Assessore di voler agire con tatto, con buon senso, pur applicando le leggi, leggi che sono necessariamente difficili per chi le deve sopportare. Bisogna considerare quindi l'azienda che viene ad essere presa sotto esame, una azienda indispensabile comunque per la nostra agricoltura. Non possiamo dire: tanto quelli che riusciranno

no a rimettersi in piedi dopo questo intervento chirurgico diverranno aziende, saranno aziende, e le altre scompaiano; no, signori, non vogliamo correre questo pericolo. Dobbiamo fare in modo che l'attuale condizione venga migliorata su un piano completo, globale, senza dover correre il temuto pericolo che nella esecuzione dell'intervento, della azione per il risanamento, debbano scomparire aziende i cui componenti non saprebbero come districarsi, non saprebbero quale altra attività svolgere, non sarebbero in grado di assumere, dopo la scomparsa della loro misera azienda zootecnica, agricola, altri lavori nè nell'industria, nè nell'artigianato, nè quanto meno in altre occupazioni, in altri settori della nostra attività, della nostra economia.

Quindi, venendo al sodo, se l'ente pubblico interviene con 30 è necessario che intervenga con 31, è necessario che l'ente pubblico faccia lo sforzo totale, è necessario che al contadino che deve sottostare e sottostà volentieri a questa politica di risanamento, a questa azione di risanamento, venga rifuso il 100% del danno.

Noi sappiamo che sul piano della sanità zootecnica le aziende che oggi hanno un determinato quantitativo di bestiame, pur essendo questo bestiame non perfetto, non sanitariamente idoneo a concorrere sui mercati sia del bestiame stesso come sul mercato dei prodotti che derivano dal bestiame, tirano avanti, per proprio uso, per quell'uso tradizionale, per quell'uso familiare, circoscritto nella zona, nell'ambiente, nel paese, nella valle; questo bestiame al contadino serve. Se subentra la necessità superiore, la necessità che per la collettività siano garantite certe cautele, certi prodotti di assoluta garanzia sotto l'aspetto sanitario ecc., la carne, i latticini ecc., l'ente pubblico, che ha l'obbligo di tutelare la salute di tutti, deve

provvedere alla rifusione totale del danno subito dall'azienda.

Venendo ancora più al sodo io vorrei sentire dal signor Assessore l'assicurazione che questi fondi, che sono fondi abbastanza cospicui, vengono amministrati, vengono usufruiti nel migliore dei modi. A tale scopo chiedo che mi venga assicurato che tutti questi fondi vengono spesi per il risanamento, quanto meno per il contributo necessario alla sostituzione del bestiame che viene macellato, e che nessuna parte di questi preziosi fondi si disperde nella inutile burocrazia di enti che sono illegittimamente preposti ad operare nella azione di risanamento; enti di diritto pubblico, che non hanno giuridicamente alcuna veste per fungere da enti che tutelano o che rappresentano l'interesse pubblico. La Regione ha i propri organi tecnici, amministrativi, la Provincia ha pure i propri organi tecnici ed amministrativi. Non dovesse essere sufficiente il personale, non dovessero essere sufficienti gli strumenti, il materiale, io penso che giustificatissimo sia piuttosto un accantonamento, anche da questo fondo, di qualche frazione di questo denaro, per attrezzarsi adeguatamente, affinché l'ente pubblico si assuma direttamente la responsabilità oltre l'onere, la responsabilità che la azione venga svolta con la massima, diciamo pure, correttezza, serietà. Non voglio entrare in polemica con nessuno di questi enti, voglio soltanto rilevare la sfiducia degli operatori trentini in questi enti di diritto privato. E perciò desidererei sapere dal signor Assessore quale quota nel passato è stata adibita effettivamente al risanamento, quale altra quota al miglioramento del patrimonio zootecnico, quale altra all'incremento quantitativo, ed indirettamente qualitativo, del patrimonio zootecnico stesso, quale altra quota sia rimasta dispersa nei meandri burocratici di questo ente. Io penso che l'azione debba essere intesa sot-

to tutti gli aspetti, sotto tutte le considerazioni possibili ed immaginabili, positiva e valida, ma non sarà valida se gran parte di questi capitali verranno sottratti alle funzioni, per le quali ogni consigliere intende che vengano destinati. Non possiamo permettere che una percentuale nè del 3 nè del 30, nè del 33 venga sottratta ad una così utile, indispensabile ed urgente azione.

Con questo io mi dichiaro soddisfatto di avere soltanto per ora, accennato al problema. Mi auguro di non doverlo riprendere, come sono certo che gli amministratori della Regione e della Provincia siano altrettanto convinti della necessità di non doverlo riportare in discussione pubblica, che si debba e che si arrivi ad aggirare questo ostacolo, prima della manifestazione dei frutti negativi che ne potrebbero derivare.

Termino, raccomandando di usare la massima sollecitudine nello svolgimento delle pratiche di indennizzo, dando a tutti gli allevatori interessati la possibilità di accedere ai benefici della legge.

In molti casi saranno sufficienti i fondi dell'art. 16 del Piano verde, o art. 15, non so esattamente, che riguardano i mutui da concedersi per l'acquisto di bestiame selezionato. In altri casi saranno indispensabili e saranno insostituibili i contributi in conto capitale, accanto all'indennizzo, accanto o in aggiunta all'indennizzo che verrà pagato per l'abbattimento del bestiame malato.

Se sarà espletata con questo spirito, con questo senso di buona volontà, l'azione sarà accolta con benevolenza, direi con entusiasmo, da parte degli interessati, altrimenti riscontremo quanto meno l'abulicità o anche l'avversione, non vorrei dire la reazione, dei contadini, i quali sentono da una parte l'obbligo di soggiacere, di sottostare a un provvedimento di carattere generale, nell'interesse della col-

lettività, ma nello stesso tempo sanno che devono dare da mangiare alla propria famiglia, ai propri figli, e senza la ricostituzione del patrimonio della propria stalla, si troverebbero di fronte alla necessità di abbandonarla con gravi pregiudizi per sè e per la collettività tutta.

PRESIDENTE: Al cap. 126 la parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Wegen Art. 126, das Genossenschaftswesen betreffend, tut es mir aufrichtig leid, daß der zuständige Assessor Dr. Raffener nicht anwesend ist.

(Per quanto riguarda l'art. 126 sulla cooperazione sono sinceramente dispiaciuto che non sia presente l'Assessore competente, dott. Raffener).

PRESIDENTE: Mi dicono che questo è della cooperazione. Allora magari finiamo l'agricoltura e dopo facciamo il resto.

DALSASS (S.V.P.): Ma io sono stato invitato da lei a prendere la parola.

PRESIDENTE: Sì sì, mi sono sbagliato. La parola all'Assessore Segnana per la risposta.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Cercherò di essere breve, però di essere nello stesso tempo esauriente, perlomeno di rispondere alle domande più importanti che sono state fatte dai vari consiglieri.

Al cons. Pruner che domanda quali sono le ragioni per le quali abbiamo posto il cap. 91 soltanto per memoria, se vi sono degli effettivi programmi di rifinanziamento della legge n. 19 riguardante la bonifica, devo rispondere che proprio questo capitolo è stato posto per memoria perchè vi è la precisa volontà della Giunta, espressa anche nella relazione accompagnatoria alla nota aggiuntiva per il bilancio, presentata a firma dell'Assessore alle finanze

cav. Avancini, vi è la precisa volontà di rifinanziare la legge n. 19, e si dice cioè che per quanto concerne la prevista destinazione di lire 5 milioni al settore della bonifica nei miglioramenti fondiari, il preannunciato finanziamento della legge n. 19 viene temporaneamente differito, potendosi provvedere alle più urgenti necessità del settore in discorso con i fondi residuati dell'esercizio 1964.

Quindi voglio assicurare tutti coloro che hanno preso la parola, oltre al cons. Pruner sulla questione della bonifica, che sarà senz'altro uno dei provvedimenti che presenteremo nel corso dell'anno, per non deludere le legittime aspettative che in questo settore sono state avanzate.

Circa quello che viene chiesto in ordine alla opera di ricomposizione particellare e in modo particolare alla opinione che io dovrei esprimere circa il programma da seguire per questo settore, e circa la eventuale adozione di sistemi che potrebbero essere considerati di carattere coattivo, io voglio assicurare il cons. Pruner che nella nostra attività in questo campo noi non abbiamo alcuna intenzione di usare dei mezzi che siano fuori di quello che è stato il bilancio fin qui seguito. Nel settore della ricomposizione particellare noi interveniamo eseguendo delle opere di bonifica, e approfittiamo appunto della esecuzione di questi lavori per riunire gli interessati in consorzi e quindi procedere alle ricomposizioni particellari, con tutte quelle formule che sono previste dai consorzi di miglioramento fondiario.

È logico quindi che la prima azione che viene svolta è quella di convincimento dei singoli interessati, però è anche logico che in questo tema debbano essere applicate le norme generali del sistema democratico, il quale prevede che una determinata minoranza debba adeguarsi alle decisioni della maggioranza, e io concordo con quanto ha detto il cons. Brug-

ger nel suo intervento di ieri sera che certe «teste quadrate», che vorrebbero far compromettere con la loro cocciutaggine la realizzazione di determinate opere che sono effettivamente di interesse fondamentale per l'agricoltura, devono essere costrette, da libere decisioni, da decisioni adottate in maggioranza, ad adeguarsi a determinate soluzioni, che, come ho detto, hanno un prevalente interesse di ordine pubblico e che non possono essere differite per la caparbia di persone che non riescono, o per mentalità troppo ristretta o per concezione egoistica, ad adeguarsi a quelli che possono essere i programmi proposti da un consorzio di bonifica regolarmente costituito.

Circa i fondi a disposizione, su questo argomento posso dire che è certo che i fondi che sono previsti dall'attuale bilancio non sono sufficienti per realizzare il programma che ci siamo prefissi nel settore delle ricomposizioni particellari, però io richiamo l'attenzione dei signori consiglieri sulle dichiarazioni fatte dal presidente della Giunta regionale e anche sulle mie dichiarazioni, circa l'impegno della Giunta a stanziare ulteriori fondi per la bonifica, con lo specifico scopo di provvedere, per quanto è possibile, a questi esperimenti di ricomposizioni particellari.

È logico, come io dicevo anche nelle mie dichiarazioni di ieri sera, che quest'opera è difficile; dicevo che per quest'opera tanto difficile ma tanto indispensabile, dovremmo purtroppo contare sulla buona volontà degli interessati, e quindi il problema comporta una maturazione psicologica, comporta una propaganda anche nell'ambiente contadino, tale da poter veramente smussare tutte quelle difficoltà di carattere psicologico che sicuramente il problema incontra. Sarebbe auspicabile poter agire con norme di carattere legislativo, ma purtroppo noi in questa materia non abbiamo competenza, abbiamo competenza nella materia della

bonifica ma non abbiamo competenza in questo settore legislativo. Quindi dobbiamo approfittare della bonifica per effettuare anche queste opere, che, come ho detto, sono di tanto interesse per la nostra agricoltura.

Il cons. Pruner domanda anche quali sono le soluzioni che noi prospettiamo in ordine al problema della meccanizzazione e alla situazione pesante in ordine alle domande che sono state presentate sull'art. 18 del Piano verde. Le domande, posso dire a titolo di informazione, presentate al 31 dicembre del 1964, erano 5.728 per tutta la Regione e riguardavano l'acquisto di macchine per 3.150.000.000. Di fronte a questa mole di domande e di fronte anche all'impossibilità di poter evadere tutte queste domande, l'Assessore del tempo, dott. Turrini, diede delle direttive secondo le quali venne sospesa l'accettazione di nuove domande per la concessione di contributi per l'acquisto di macchine agricole.

Noi in questi mesi abbiamo cercato di studiare un po' a fondo il problema e abbiamo in questi giorni inviato agli ispettorati provinciali dell'agricoltura nuove direttive per l'utilizzo dei fondi che restano a disposizione per le macchine agricole, e abbiamo ritenuto che la precedenza debba essere data alle pratiche riguardanti quelle macchine che possono portare un maggiore interesse nello sviluppo aziendale. Abbiamo quindi dato direttive agli ispettorati agrari di seguire nell'evasione delle domande la seguente graduatoria: innanzitutto le falciatrici, poi le macchine irroratrici e solo alla fine le pratiche riguardanti i trattori.

Questo perché riteniamo che soprattutto i trattori possano essere utilizzati anche per lavori non inerenti il settore dell'agricoltura, e si possa avere un ammortamento nel pagamento dei capitali impiegati per l'acquisto degli stessi, in forma più agile di quello che invece si può avere per altre macchine, che pos-

sono esclusivamente essere usate per la lavorazione dei campi.

Avremo nuovi fondi a disposizione per evadere queste domande? Io in questo momento non lo potrei dire, penso che difficilmente noi potremo provvedere alla evasione di queste domande con la presentazione di una legge regionale che preveda la concessione di contributi. Staremo a vedere quello che prevederà il nuovo Piano verde, però dalla discussione che è stata fatta circa 15 giorni fa in sede di ministero dell'agricoltura, — una riunione alla quale io fui invitato dallo stesso ministro Ferrari Aggravi, e nel corso della quale i direttori generali del ministero tennero delle relazioni riguardanti le linee fondamentali sulle quali verrà orientato il nuovo Piano verde —, dalla discussione che ne è nata, dalla partecipazione attiva dei vari ispettori compartimentali e ispettori provinciali, si può desumere che con ogni probabilità il prossimo Piano verde non prevederà la concessione di contributi a fondo perduto per l'acquisto di macchine agricole, ma prevederà piuttosto la concessione di mutui agevolati.

Quindi per questo tema io devo dire che dovremo un po' stare a vedere quello che prevederà il nuovo Piano verde. Posso però annunciare che nel corso di recenti contatti che abbiamo avuto a Roma si è potuto far assegnare alla nostra Regione un ulteriore fondo di lire 75 milioni, che non sono stati ancora iscritti nella nota aggiuntiva, ma che mi sembra la commissione finanze abbia già proposto nella sua relazione. Quindi sul bilancio di quest'anno non avremo i soliti 100 milioni a disposizione per l'acquisto di macchine agricole, ma avremo quindi l'importo di 175 milioni.

Il dott. Sembenotti chiede come abbia funzionato la legge per la lotta contro la grandine. Devo far presente che l'amministrazione di questa legge è delegata alle due Province e

quindi io vorrei invitarlo a chiedere in modo più dettagliato quello che è stato appunto il funzionamento di questo provvedimento di carattere legislativo al mio collega Assessore provinciale all'agricoltura. Dalle relazioni generali che sono state presentate dalle due Province circa l'applicazione della legge, si deduce che si sono avute delle difficoltà di funzionamento della legge sia nella provincia di Bolzano come in quella di Trento.

Però, dalla relazione presentata dal collega della provincia di Bolzano si può desumere che, pur di fronte a certe difficoltà, si è fatto quanto era possibile per far funzionare la legge. Difatti la relazione inviata dall'Assessore Brugger conclude affermando che la legge si mette già in moto. Per quanto riguarda Trento invece la relazione dice che si sono incontrate molte difficoltà e che finora un solo consorzio è in via di costituzione, mentre altri hanno inoltrato le pratiche di costituzione.

Io però voglio assicurare i signori consiglieri circa la buona disposizione della Giunta regionale di modificare la legge, sempreché i due Assessori responsabili delle Province presentino delle proposte concrete.

Quindi noi stiamo attendendo quello che i due Assessori provinciali possono dirci circa la difficoltà di applicazione di questa legge; faremo degli incontri poi insieme con i due Assessori e da tali incontri cercheremo di avere le proposte precise circa la modifica di questa legge.

Noi non abbiamo alcuna intenzione di tener lì un provvedimento legislativo che non sia valido e che soprattutto ponga tali e tante difficoltà ai contadini interessati, che non sia quindi uno strumento positivo.

Quindi da parte nostra non siamo assolutamente alieni dall'effettuare delle modifiche da proporre al Consiglio regionale, che rendano possibile un migliore funzionamento della legge.

Il cons. Kapfinger ha sottolineato un'altra volta la situazione particolare che si verifica in Alto Adige per il settore dell'edilizia rurale, a seguito degli impegni particolari che le aziende agricole del Maso chiuso in Provincia di Bolzano hanno per l'accensione di mutui per l'acquisto dei masi. Io posso assicurare nuovamente il cons. Kapfinger che nella nota che noi stiamo elaborando, da inviare al Ministero, circa il prossimo Piano verde, inseriremo questa osservazione e sottolineeremo questa situazione particolare, che si verifica soprattutto nella Provincia di Bolzano.

Vedremo quale sarà l'esito di questa nostra indicazione, comunque io voglio assicurare il mio interessamento particolare presso il Ministero, perché di questa situazione straordinaria della provincia di Bolzano sia tenuto conto nella ripartizione dei fondi che verranno assegnati per la costruzione di nuove case.

Il cons. Pruner si è poi soffermato a trattare alcuni argomenti riguardanti il settore della zootecnia: Io posso anche condividere alcune cose che egli ha detto, alcune sue preoccupazioni, però non posso essere d'accordo con lui quando sostiene che le spese per il risanamento devono essere a totale carico dell'ente pubblico. Io ritengo che un piccolo sforzo da parte dei singoli interessati debba essere fatto. La azione di risanamento è un'azione che porta indubbiamente un beneficio di carattere generale, di ordine igienico, quindi è un interesse della collettività, ma il maggiore interessato è sempre l'allevatore, il quale, avendo a disposizione del bestiame sano, è in grado di spuntare anche dei prezzi più remunerativi. È quindi logico, a mio giudizio, che l'allevatore, nel momento in cui deve sopprimere un capo di bestiame affetto da una malattia, sia aiutato, ma deve sopportare in parte l'onere derivante da questa attività che si svolge soprattutto a suo favore.

Circa poi le osservazioni che sono state fatte sull'utilizzo dei fondi della legge regionale 1 settembre 1962, n. 18, devo anche qui fare presente che gran parte delle argomentazioni portate devono, a mio giudizio, essere ripetute in sede di discussione del bilancio della Provincia, in quanto proprio le spese che riguardano l'organizzazione delle federazioni provinciali degli allevatori sono di competenza delle Province; i fondi invece che sono iscritti al cap. 117 del nostro bilancio vanno esclusivamente alla concessione di premi di allevamento, a contributi per l'acquisto di nuovo bestiame selezionato e in parte alla bonifica sanitaria. Quindi i 300 milioni che il cons. Pruner vede iscritti al cap. 117 io posso assicurare che vanno esclusivamente per concessione di sussidi, per premi di allevamento e per spese di risanamento. Le eventuali spese di organizzazione per la tenuta dei libri genealogici, per tutte le altre attività che sono state demandate alle federazioni, gravano invece sulla legge regionale 1 settembre 1962, n. 18, e quindi anche la responsabilità dell'amministrazione di questa legge è, a mio giudizio, da attribuirsi alle Province. È mia intenzione, fra il resto, se la legge funziona bene, non interferire e lasciare ampio spazio di competenza alle Province, come infatti prevede la legge. La legge stessa non obbliga la Regione a dare delle precise direttive, ma prevede che direttive possano essere impartite dalla Giunta regionale alle due Giunte provinciali.

Quindi io posso senz'altro confermare al cons. Pruner la buona volontà da parte mia nel cercare che siano chiarite eventuali situazioni nebulose che possono forse esservi nella pubblica opinione circa il funzionamento di queste associazioni, e da parte nostra sarà anche fatta un'azione di vigilanza, soprattutto, se ci verranno fatte delle precise segnalazioni in merito, ma devo un'altra volta richiamare la

sua attenzione sulla precisa responsabilità delle Province.

Devo quindi rimandare l'argomento anche per conoscere le quote ripartite nelle varie attività zootecniche, alla discussione del bilancio della Provincia, in quanto in questo momento io non avrei a disposizione altro che i programmi elaborati dalle Province. Non so se ciò possa essere di soddisfazione per il consigliere, ma dal cenno del suo capo mi sembra che egli intenda invece conoscere l'effettivo impiego di questi fondi, quindi senz'altro da parte sua sarà opportuno un intervento in sede provinciale, dove il collega della Provincia di Trento non mancherà di fornire tutti quei dati che possono rendere chiaro il funzionamento di questa legge.

PRESIDENTE: La parola al cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Solo per dichiarazione di voto. Mi dichiaro soddisfatto delle affermazioni pronunciate dall'Assessore competente per l'agricoltura, relative al problema zootecnico. Prendo atto e ringrazio della buona volontà e della comprensione dimostrata nella sua replica e dichiaro di votare a favore di questo capitolo, lasciando impregiudicato quant'altro è stato discusso sugli altri capitoli precedenti.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il capitolo 91: approvato a maggioranza con 6 astensioni.

Pongo in votazione il cap. 92: approvato a maggioranza con 6 astensioni.

Pongo in votazione il cap. 102: approvato a maggioranza con 6 astensioni.

Pongo in votazione il cap. 108: approvato a maggioranza con 7 astensioni.

Pongo in votazione il cap. 117: approvato a maggioranza con 7 astensioni.

Sul cap. 126 ha la parola il cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Bei dem das Genossenschaftswesen betreffende Kapitel 126 hatte ich bereits Gelegenheit in der Finanzkommission an den zuständigen Assessor Dr. Raffener eine präzise Frage zu richten. Ich bedauere, daß er an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Aber nachdem nun dieses Kapitel zur Behandlung gelangt, möchte ich diese Frage nochmals vielleicht an den Präsidenten richten. Denn ich habe seinerzeit auch den Herrn Finanzassessor gefragt, der mir erwiderte, er könne keine Auskunft geben. Dieses Kapitel 126 sieht für die Förderung des Genossenschaftswesens eine Ausgabe von 28 Millionen vor. Im Art. 13 des Bilanzgesetzes wird dieser Betrag von 28 Millionen folgendermaßen aufgeteilt: 16 Millionen für die Provinz Trient und 12 Millionen für die Provinz Bozen. Ich habe den Dr. Raffener deshalb gefragt, warum diese unterschiedliche Aufteilung auf diesem Kapitel vorgesehen sei. Ich kann verstehen, daß man für die Revisionen usw. eine unterschiedliche Aufteilung vornimmt, weil im Trentino mehr Genossenschaften sind als in der Provinz Bozen und daher mehr Genossenschaften revidiert werden müssen. Aber gerade bei diesem Kapitel, wo laut Art. 6 des Regionalgesetzes vom 14. Februar 1964 Nr. 8, das Genossenschaftswesen gefördert werden soll, sehe ich dies nicht ein. Dr. Raffener sagte mir, die Bilanz sei schon vorher verabschiedet worden und er hätte das nicht gesehen. Der Finanzkommission hat er versprochen, die Angelegenheit nochmals in den Ausschuß zu bringen, um eine Aufteilung des Kapitels je zur Hälfte zu beantragen. Jetzt weiß ich nicht, ob dies erfolgt ist. Dr. Raffener hat auch nicht gewußt, warum man hier unterschiedlich aufteilt. Ich weiß nicht, ob nun der Ausschuß darüber befunden hat. Ich möchte daher diesbezüglich den Herrn Präsidenten fragen, warum man an die Provinz Bozen 12 Millionen ver-

teilt und 16 Millionen an die Provinz Trient. Sollte kein überzeugender Grund vorhanden sein, müßte ich wiederholen, was ich bereits in der Finanzkommission gesagt habe: Bleiben wir bei der Aufteilung je zur Hälfte.

(Per quanto riguarda l'art. 126 sulla cooperazione, già nella commissione finanze ho avuto occasione di rivolgere una domanda precisa all'Assessore competente, dott. Raffener. Mi dispiace che egli non possa prender parte alla seduta odierna, ma poiché il capitolo relativo passa in discussione vorrei rivolgere la domanda questa volta forse al Presidente. A suo tempo ho interrogato infatti anche l'Assessore alle finanze, il quale mi ha risposto di non potermi dare alcuna informazione.)

Il cap. 126 prevede una spesa di 28 milioni destinata al potenziamento della cooperazione. Nell'art. 13 della legge sul bilancio tale somma di 28 milioni viene ripartita come segue: 16 milioni alla provincia di Trento e 12 milioni alla provincia di Bolzano. Ho chiesto all'Assessore dott. Raffener perché sia prevista per questo articolo una ripartizione tanto differenziata. Posso capire che una ripartizione tanto ineguale si faccia per le revisioni ecc.; infatti le cooperative sono nel Trentino in numero maggiore che in provincia di Bolzano e perciò saranno in maggior numero anche le revisioni. Non sono però d'accordo con la suddivisione proprio di questo capitolo con cui si vuole potenziare la cooperazione in base all'art. 6 della L.R. 14 febbraio 1964, n. 8. Il dott. Raffener mi ha detto che il bilancio era stato già varato in precedenza e che ciò gli era sfuggito; egli ha promesso in commissione finanze di portare ancora una volta la faccenda davanti alla Giunta e di proporre una suddivisione del capitolo in due metà uguali, ma ora non so se lo abbia fatto. Neanche il dott. Raffener sapeva perché qui si sia suddiviso il fondo in due parti ineguali. Non so ora se la Giunta si sia consul-

tata in proposito e perciò vorrei chiedere al suo Presidente perché si assegnino 12 milioni alla provincia di Bolzano e 16 a quella di Trento. Se non esistesse una ragione persuasiva dovrei ripetere quanto ho già detto in commissione finanze: rimaniamo alla suddivisione a metà).

PRESIDENTE: La parola al Presidente Dalvit.

DALVIT (Presidente G. R. - D.C.): La proposta di ripartizione per l'art. 13 della legge è stata fatta seguendo il criterio del numero delle cooperative esistenti nell'ambito delle due province. In questo momento non ho la possibilità di fornire i dati del numero delle cooperative, delle casse rurali ecc. che fanno capo alle varie federazioni in provincia di Bolzano e a quelle della provincia di Trento, ma la ripartizione era dovuta a questa considerazione: un intervento proporzionato al volume delle società assistite.

Alla federazione dei consorzi cooperativi di Trento fanno capo 724 cooperative, a Bolzano abbiamo 110 cooperative facenti capo all'unione provinciale delle cooperative e 223 all'organizzazione di lingua tedesca. Quindi sono 724 istituzioni in provincia di Trento e globalmente 333 in provincia di Bolzano.

Quindi si è tenuto conto del maggior carico per l'assistenza e le spese, dovuto ad un numero maggiore di enti in provincia di Trento.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Es tut mir leid, wenn ich in dieser Angelegenheit nochmals intervenieren muß! Denn, wenn es um die Zahl der Genossenschaften geht, dann sehe ich diese Aufteilung vollkommen ein. Aber

die Aufteilung nach der Anzahl der zu betreuenden Genossenschaften ist schon auf dem Kap. 66 vorgenommen worden. Damit war ich auch einverstanden und das habe ich auch in der Finanzkommission erklärt. Auf Kap. 66 haben wir 20 Millionen für die Revision dieser Genossenschaften vorgesehen. Ich habe auch die Unterlagen darüber, daß in der Provinz Trient viel mehr Genossenschaften zusammengeschlossen sind als in der Provinz Bozen, oder, besser gesagt, überhaupt mehr Genossenschaften existieren. Aber bei Kap. 126 kann man diese Begründung nicht anführen. Wenn es um die Anzahl der Genossenschaften ginge, würde ich es einsehen, aber so nicht. Es geht um den Art. 6 des Gesetzes Nr. 8 vom 14. Februar 1964, bei dem es nicht auf die Anzahl der Genossenschaften ankommt. Wie gesagt, in der Finanzkommission wußte mir der Finanzassessor keine Auskunft zu geben und das verstehe ich, weil es nicht seine Zuständigkeit ist. Aber auch der zuständige Assessor Dr. Raffener wußte es nicht und hat versprochen, er würde mit der Sache nochmals in den Ausschuß gehen und die Aufteilung je zur Hälfte beantragen. Es ist ja in der Finanzkommission zu einer ziemlich scharfen Auseinandersetzung gekommen, weshalb man auch die Aufteilung auf Art. 13 des Bilanzgesetzes offen gelassen hat. Es kommt also nicht auf die Anzahl der Genossenschaften an und deswegen, weil es um die Förderung des Genossenschaftswesens geht, würde ich schon sagen: Bleiben wir beim Kriterium je zur Hälfte!

(Mi dispiace di dover intervenire ancora una volta su questo argomento! Quando si tratta infatti del numero delle cooperative ammetto completamente tale divisione: ma una suddivisione in base al numero delle cooperative da assistere è già stata fatta al cap. 66.

Con questa ero d'accordo e lo ho anche dichiarato in commissione finanze. Al cap. 66 abbiamo previsto 20 milioni per la revisione delle cooperative; possiedo anche la documentazione che in provincia di Trento le cooperative costituite sono molte di più che in provincia di Bolzano o per meglio dire ne esistono molte di più. Per il cap. 126 non si può addurre questa ragione: se si trattasse del numero delle cooperative lo ammetterei, ma così no. Si tratta qui dell'art. 6 della legge n. 8 del 4 febbraio 1964, il quale non fa questione di numero delle cooperative. Come ho già detto, in commissione finanze l'Assessore alle finanze non mi ha saputo informare in proposito e questo lo capisco perché non è il suo campo di competenza. Anche l'Assessore competente dott. Raffener però non mi ha saputo dire nulla promettendo di portare la questione di nuovo in Giunta e di chiedere una suddivisione a metà. Nella commissione alle finanze si è arrivati ad una discussione piuttosto animata, ragione per cui si è lasciata in sospeso anche l'assegnazione all'art. 13 della legge sul bilancio. Non dipende dunque dal numero delle cooperative: poiché invece si tratta di un incremento delle cooperative direi di rimanere al criterio di metà e metà).

PRESIDENTE: La parola al Presidente Dalvit.

DALVIT (Presidente G. R. - D.C.): Effettivamente l'Assessore Raffener in Giunta il tema non l'ha portato, questo lo devo confessare, non c'è stata la possibilità. Vorrei notare tuttavia che i capitoli sono due: il cap. 125 che suona « spese, contributi e sussidi per iniziative e attività tendenti a promuovere e sviluppare la cooperazione » e questa attività di promozione è divisa a metà, cioè i 7 milioni sono assegnati 3 e mezzo in favore della Pro-

vincia di Trento, 3 e mezzo in favore della Provincia di Bolzano; mentre il cap. 126 recita « sussidi per potenziare e sostenere l'organizzazione e l'attività di coordinamento di assistenza tecnica svolta dai consorzi di secondo grado alle società cooperative agricole ». Evidentemente c'è una differenza fra i due titoli di intervento, uno a carattere propulsivo e si fa metà e metà, l'altro a carattere di sussidio per potenziare e sostenere l'organizzazione e questo non può che far capo e riferimento al volume degli enti e delle società assistite.

Questo è quanto io posso dire, al di là della richiesta della metà e metà, che non è nuova, non è fatta solo per questo capitolo, ma per tanti altri, quindi è una richiesta che viene spesso. Resta da vedere se nel merito possa essere accettato il punto di vista che la Giunta qui propone, vale a dire: a maggior numero di cooperative maggiori bisogni a titolo di organizzazione, di coordinamento, di assistenza ecc., e perciò si faccia una certa proporzione, anche se non è la proporzione dovuta in base al numero, siamo a un rapporto da 700 a 300. La proporzione quindi di 16 a 12 mi pare ragionata, per cui io non troverei motivi per accettare una proposta di modifica in questo senso all'art. 13 della legge, articolo che capiterà in discussione più tardi.

Per ora il problema si presenta così, perché si parla del cap. 126, ma se ne dovrà riparlare quando parleremo dell'art. 13 della legge, dove la ripartizione è inserita.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 126: approvato a maggioranza con 12 astensioni.

La parola al cons. Dalsass sul cap. 129.

DALSASS (S.V.P.): Zu diesem Punkt möchte ich ganz kurz sein. Es dreht sich um den Fischbestand in der Region; ich wende

mich daher an den zuständigen Herrn Assessor Dr. Raffaelli. Ich habe seinerzeit vom Fischereiverein Bozen eine Beschwerde erhalten, daß die Region die Setzlinge in die Gewässer der Region ganz einseitig aussetze und zwar viel mehr in der Provinz Trient als in der Provinz Bozen. Es ist immer das leidige Lied, daß man in der Provinz Trient mehr investiert als in der Provinz Bozen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Herrn Assessor schon ersuchen, daß man diesbezüglich die Provinz Bozen nicht schlechter behandelt als die Provinz Trient. Ich weiß schon: er wird mit dem Argument entgegen, daß in der Provinz Trient mehr freie Gewässer sind als in der Provinz Bozen. Aber das hat meines Erachtens wohl keine große Bedeutung. Denn, wenn in der Provinz Bozen mehrere Fischereivereine bestehen und diese für all diese Ausgaben selbst aufkommen müssen, dann verteuert sich auch die Fischerkarte für diejenigen, die diesen Sport betreiben wollen. Ich glaube, indirekt ist es auch ein Beitrag für diese Vereine. Der Herr Assessor wird mir sagen, diese Vereine bekämen schon einen Beitrag. Ja, den bekommen sie in Bozen, aber gleichzeitig bekommen auch die Trientner Vereine ebensolche Beiträge. Ich würde ihn daher ersuchen, diesbezüglich so vorzugehen, daß keine Beschwerden mehr zu vernehmen sind.

(Su questo punto vorrei essere breve. Si tratta del patrimonio ittico della Regione e mi rivolgo perciò all'Assessore competente dott. Raffaelli. Tempo fa ho ricevuto un reclamo dalla Società della pesca di Bolzano perché la Regione semina gli avannotti nelle acque della regione con un criterio del tutto unilaterale, cioè in numero molto maggiore in provincia di Trento che in provincia di Bolzano. Sono sempre le stesse dolenti note che in provincia di Trento gli investimenti sono maggiori che in provincia di Bolzano. Vorrei cogliere l'ocasio-

ne per chiedere all'Assessore che anche in questo caso non si tratti la provincia di Bolzano peggio di quella di Trento. So benissimo che egli mi risponderà con l'argomento che nella provincia di Trento esistono più acque libere che in provincia di Bolzano, ciò che non mi sembra avere tanta importanza. Infatti se in provincia di Bolzano esistono molte società di pesca che devono provvedere da sè a queste spese, diventerà più costosa anche la tessera di pesca per chi voglia esercitare questo sport. Credo che indirettamente si tratterebbe così anche di un contributo a tali società. L'Assessore mi dirà che queste società ricevono già un contributo: bene, lo ricevono quelle di Bolzano ma anche le società di pesca trentine hanno contributi simili. Per tale ragione vorrei chiedere all'Assessore di procedere in modo da escludere ogni lagnanza.)

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Raffaelli.

RAFFAELLI (Assessore turismo, caccia e pesca - P.S.I.): Guardi cons. Dalsass, se io potessi illudermi di saper procedere in modo che non ci siano più lagnanze, diventerei immediatamente un uomo superbo e immodesto. Lagnanze ce ne saranno sempre. Io le ho dato, penso che sia stato dato anche a lei, un dettagliatissimo elenco dei ripopolamenti e delle spese inerenti, dal quale si dovrebbe dedurre che queste lagnanze non hanno completo fondamento.

Qui c'è qualche voce, come ha visto, difficilmente separabile, cioè ci sono alcune spese per acquisti fatti globalmente dalla Regione, per esempio acquisti per materiale da semina, che poi è stato distribuito in provincia di Trento e in provincia di Bolzano e nessuno si è preoccupato di contare gli avannotti o di pesare le trote o le piccole tinche, quindi lì ci può essere

qualche differenza. Però una cosa credo vada tenuta presente sul totale, e l'ha detto lei stesso: che una differenza si impone per la diversità delle acque. L'ha detto implicitamente pur negandolo, lo so che non l'ha detto in maniera esplicita, non come riconoscimento, ma volendo prevenire quello che le avrei detto ha ammesso questa differenza oggettiva. Guardi, io francamente mi sento di sostenere che nelle acque gravate di diritto esclusivo di pesca, la Regione, non solo non ha nessun obbligo di intervenire, ma credo che non farebbe neanche bene a intervenire, salvo che queste acque non siano in gestione, in affitto, a delle società, perché allora l'aiuto è dato alle società. Discriminazioni a svantaggio di associazioni della provincia di Bolzano e a vantaggio di quelle di Trento, non credo se ne siano fatte in passato, né è mia intenzione di farne. Se lei avrà avuto contatti più recenti con i pescatori di Bolzano, questi, sia pure dai pochi rapporti che abbiamo avuto, le dovrebbero dire di aver tratto la impressione che non saranno trattati in maniera tale da giustificare la lagnanza.

Dirò di più, che al di là di quello che è il normale tipo di aiuto che viene dato, cioè contributi per la sorveglianza, contributi in denaro per le spese di ripopolamento e contributi in natura, io sto facendo studiare un programma di potenziamento, dal punto di vista ittico, di tutte le acque della Regione, programma che vorrebbe essere razionale, non fatto soltanto attraverso l'immissione dell'avanotto destinato ad essere mangiato o dell'adulto destinato ad essere pescato immediatamente, ma proprio di un incremento per via naturale, una specie di piano economico applicato alle acque, al quale evidentemente, dopo lo studio della Regione, dovranno collaborare tutti coloro che hanno le acque in gestione, questo è ovvio.

Comunque guardi, se le basta l'assicura-

zione della mia massima premura, perché queste sperequazioni non ci siano, ripeto e con ciò non dico che ci siano state, questa assicurazione gliela posso dare.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il capitolo 129: approvato a maggioranza con 11 astensioni.

Al cap. 142 la parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Zum Art. 142 will ich nicht wiederholen, was bereits andere Redner gesagt haben, nämlich, daß hier größere Ausgaben notwendig sind. Ich möchte nur auf eine Notwendigkeit hinweisen. Es kommt immer wieder vor, daß irgendein Wildbach ausbricht, irgendeinen Schaden anrichtet und wo man deshalb sofort eine Verbauung vornehmen müßte. Wenn man sich dann an die zuständige Stelle in der Region wendet, heißt es immer, daß dies nicht möglich sei, man müßte ein Projekt ausarbeiten und dasselbe müßte die und die Stellen durchgehen. Also muß notgedrungen die Gemeinde eingreifen. Und was kommt dann vor? Daß die Gemeinde sich an die Provinz wendet, um einen Beitrag zu erhalten. Mir kommt vor, was man hier praktiziert ist nicht richtig. Es wäre meines Dafürhaltens notwendig, zumindest ein kleines Kapitel zu schaffen, vielleicht mit 4, 5 oder 6 Millionen Lire, um Sofortmaßnahmen zu ermöglichen, falls sie notwendig werden sollten. Ich weiß nicht, ob sich der zuständige Assessor dies durch den Kopf gehen ließ und nicht vielleicht der Meinung ist, aus diesem Kapitel einige Millionen herauszunehmen, um ein eigenes Kapitel hierfür zu schaffen.

(Non voglio ripetere per il cap 142 quanto hanno già detto gli altri oratori e cioè che occorrono maggiori stanziamenti. Vorrei soltanto accennare ad una necessità: succede sempre che qualche torrente montano straripi

e provochi danni che impongono l'immediata sistemazione di una parte del corso d'acqua. Quando poi ci si rivolge all'ufficio regionale competente la risposta è sempre che non è possibile, che bisognerebbe elaborare un progetto e sottoporlo a questo ed a quell'ufficio. Necessariamente deve così intervenire il comune e che cosa succede poi? Il comune si rivolge alla Provincia per ottenere un contributo. Mi sembra che questo modo di procedere non sia giusto: a mio avviso bisognerebbe creare almeno un piccolo capitolo, forse con una dotazione di 4-5 o 6 milioni di lire, per permettere interventi immediati in caso di necessità. Non so se l'Assessore abbia pensato a tutto ciò e non sia del parere di decurtare questo capitolo di qualche milione per istituire un capitolo apposito).

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Grigolli.

GRIGOLLI (Assessore economia montagna e foreste - D.C.): Io sono debitore appunto al cons. Pruner, oltre che al cons. Dalsass, di qualche chiarimento a questo riguardo. Devo dire, e penso di poter recare una certa soddisfazione, che rispetto alle disponibilità iscritte in questo bilancio di previsione, nel frattempo si è riusciti a predisporre una disponibilità maggiore per sistemazione di bacini montani, e altre stiamo operando di poter concretare al punto che riteniamo, con una certa previsione attendibile, che accanto ai 420 milioni che spenderemo in provincia di Bolzano, se ne possono rendere disponibili altri 110 in seguito alle trattative che stiamo conducendo in questo momento con lo Stato, in sede di acquisizione di fondi per manutenzione delle sistemazioni idraulico-forestali, così da disporre di 530 milioni. Pensiamo di poter disporre di analoga cifra anche per la provincia di Trento.

Io ho preso quindi nella dovuta conside-

razione le osservazioni fatte a questo riguardo dal cons. Pruner, e vorrei dirgli che abbiamo preso in considerazione anche quelle osservazioni di merito che lui ha fatto nel suo discorso di ieri. Debbo dire però che lo sforzo che qui abbiamo rappresentato è il massimo che si poteva concretare, considerato che quest'anno non si è avuto alcun apporto sulla legge per le aree depresse da parte dello Stato, e quindi si è dovuto fare uno sforzo maggiore da parte della Regione, anche se si sono acquisiti 100 milioni in più sul superdecreto da parte del ministro dell'agricoltura e delle foreste.

Devo notare peraltro che i lavori in questo settore sono estremamente onerosi dal punto di vista finanziario e che nel frattempo i costi e della manodopera e dei materiali sono cresciuti in modo impressionante, cosicché, pur tenendo nel dovuto conto questo settore che ha una primaria importanza per le ragioni dette dai colleghi che sono intervenuti, non pensiamo di poter dare a questo settore una rilevanza maggiore di quella che ragionevolmente si possa concedere e che è rappresentata nelle cifre che ho espresso.

Per quanto riguarda in modo speciale la proposta del cons. Dalsass io dico che la metto allo studio, nel senso che si possa vedere come si verificano casi di questo genere.

Ora dovrò vedere nella struttura del meccanismo, anche dal punto di vista delle possibilità e in linea giuridica e di funzionamento dei servizi, come si possa provvedere, per ora senza fare modifiche, ma in seguito eventualmente anche disponendo di un piccolo capitolo ad hoc. Dico subito però che metterò allo studio la possibilità che per eventualità del genere si possa già adesso, nell'ambito della sistemazione del bilancio attuale, prevedere possibilità di intervento che superino quelle dif-

ficoltà di ordine burocratico alle quali il cons. Dalsass si è riferito.

Sono poi debitore brevissimamente di un cenno al cons. Kapfinger, il quale ieri si è riferito di passaggio, in sede di bilancio alla agricoltura, al tema dei pascoli.

Io voglio rassicurarlo che non c'è in questa materia una nostra minore attenzione al problema, e che andiamo anzi verso un potenziamento, cerchiamo almeno di realizzarlo, e già abbiamo posto qualche premessa, perché l'assessorato possa nel settore dei pascoli montani operare in modo adeguato, e tenuto conto di una impostazione tuttavia che sia economica e rispondente ai criteri produttivistici.

Di conseguenza prevediamo un potenziamento delle sezioni che riguardino l'agricoltura presso i ripartimenti forestali. È già in corso un censimento nella provincia di Trento e in quella di Bolzano delle malghe esistenti, perché abbiamo riflettuto e notato come in certi casi, in tutti i casi del resto, sia non rispondente a criteri di logica impostazione, — quali li abbiamo concordati del resto anche con il collega all'agricoltura Segnana —, intervenire in iniziative che poi non hanno davanti una prevedibile lunga durata e attendibilità. E non escludiamo che si possa in materia prevedere in futuro anche un apposito intervento con legge.

Tutto questo è allo studio ma io penso che in quel momento anche l'ausilio dell'esperienza di colleghi quale il dott. Kapfinger ed altri, ci potrà venire in soccorso, perché un intervento di questo genere possa essere predisposto nel migliore dei modi. Voglio dire anche al collega dott. Brugger, per quanto riguarda le strade forestali, che questa è una materia, lo riconosco, di particolare attualità e interesse per l'Alto Adige.

Noi stiamo studiando un sistema in questo momento, per cui possa essere concentrato

presso i ripartimenti forestali anche l'aspetto della progettazione di queste strade, poiché abbiamo notato come sia troppo onerosa per le comunità locali, per i comuni in definitiva, la impostazione attuale che, per spese di progettazione, spese di esproprio e cose di altro genere, praticamente assorbe quella entità di contributo che noi diamo, che in genere è del 30-35%, cosicché l'onere che rimane a carico dell'ente locale molto spesso è sproporzionato. Quindi assumendo su di noi, sui nostri uffici, presso i nostri ispettorati, l'incarico della progettazione, poi con una esecuzione in economia possiamo, molto più rapidamente e con funzionalità assicurata nella attuazione di questi progetti, possiamo essere presenti e quindi consentire che una sollecita rete stradale venga istituita, a valorizzazione del patrimonio boschivo, ma anche, come diceva ieri il dott. Brugger, per certi collegamenti di zone isolate, quali esistono soprattutto in questo momento in Alto Adige più che nel Trentino.

Detto questo, mi pare di aver assunto per i temi che mi sono stati posti alcune linee di orientamento; su altri aspetti non mi intrattengo, quali potrebbero essere quelli dei comprensori di bonifica montana, richiamati dal collega Pruner. A questo riguardo mi limito a dire che noi stiamo operando un chiarimento con lo Stato, al fine di poter in futuro disporre di finanziamenti, anche per i comprensori, che sono 9, riconosciuti dalla Regione, mentre fino a questo momento si è consentito di spendere i soldi che provengono dal bilancio dello Stato solo nei quattro comprensori riconosciuti dallo Stato. Almeno in questo senso, noi prevediamo di poter intervenire anche in altri comprensori di bonifica montana, ma dico subito che opereremo con criteri di pianificazione, nel senso che riteniamo non produttore, non giusto e non utile che si vada a incidere in questo settore con interventi e iniziative spezzettate e

puramente localizzate, secondo richieste locali, mentre riteniamo procedere secondo un piano di bonifica, quale del resto è previsto dalla legge esecutiva di questi comprensori di bonifica montana. È un tema questo che occorrerà maturare adeguatamente, anche in rispondenza a maggiori disponibilità di fondi, perché in questo momento i fondi sono piuttosto limitati, anche se ci consentono di fare iniziative di un certo interesse.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il capitolo 142: approvato a maggioranza con 10 astensioni.

Al cap. 153 la parola al cons. Fioreschy.

FIORESCHY (S.V.P.): Auch ich möchte mich ganz kurz halten. Aber ich komme nicht umhin, auf einen Umstand hinzuweisen. Der zuständige Assessor weiß, daß im Jahre 1964 bezüglich der Provinz Bozen zur Erzielung der Beiträge im Sinne des Gesetzes Nr. 7 vom 10.2.1964 32 Gesuche für einen Gesamtbetrag von 5 Milliarden 210 Millionen Lire eingereicht worden sind. Von diesen 32 Gesuchen wurden 27 in die Rangordnung aufgenommen. Und von diesen 27 wiederum konnten mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nur 6 Gesuche für einen Gesamtbetrag von 368 Millionen Lire befriedigt werden, so daß immerhin noch 21 Gesuche übrig blieben, die über 4 Milliarden Lire ausmachten. Wie Sie wissen, können diese Gesuche im nächsten Jahr wieder eingereicht werden. Im heurigen Jahr ist die Situation so, daß wiederum 37 Gesuche vorliegen, die ungefähr denselben Gesamtbetrag von zirka 5 Milliarden Lire ausmachen. Wir haben in der Bilanz nur 15 Millionen verfügbar, d.h. daß wir mit diesen 15 Millionen Lire Gesuche für einen Gesamtbetrag von 300 Millionen befriedigen können, das bedeutet, daß das Gesetz vollkommen un-

genügend ist, um den angelaufenen Bedarf zu befriedigen. Ich wollte auf diesen Umstand hinweisen weil man scheinbar in der Provinz Trient nicht diesen Notstand verspürt. Denn, soviel mir bekannt ist, reichen die 300 Millionen aus, um die in der Provinz Trient vorliegenden Gesuche vollauf zu befriedigen. Außerdem läuft im heurigen Jahre das Gesetz ab und wir verbleiben immerhin mit einem großen Stock von Gesuchen zurück. Was soll nun mit diesen ganzen Gesuchen in Zukunft geschehen? Es steht fest, daß der Fremdenverkehr sich nur entwickeln kann, wenn die entsprechenden Infrastrukturen vorhanden sind. Daher möchte ich die Anfrage an den Regionalausschuß stellen, ob er gedenkt, in Zukunft dieses Problem durch eine Refinanzierung dieses Gesetzes zu lösen. Nach unserer Berechnung müßten, um den vorhandenen Stock von Gesuchen befriedigen zu können, mindestens 50 Millionen jährlich ausgeworfen werden und zwar für die Zeitdauer von 1965 bis 1974, also für 10 Jahre. Dann dürfte es uns gelingen, dieser Anforderung, die an uns auf Grund dieses Gesetzes gestellt worden ist, gerecht zu werden. Ich bitte den Regionalausschuß, dazu Stellung zu nehmen.

(Anch'io vorrei esser breve, ma non posso tralasciare di accennare ad una circostanza: L'Assessore competente sa che per la provincia di Bolzano sono state presentate nel 1964 32 domande di contributo ai sensi della legge n. 7 del 10 febbraio 1964 per un totale di 5 miliardi e 210 milioni di Lire. Di queste 32 domande 27 sono state ammesse in graduatoria e di queste ultime soltanto 6 si sono potute finanziare, per un totale di 368 milioni di Lire, con i fondi a disposizione. Rimarrebbero così ancora 21 domande per un totale di più di 4 miliardi di Lire. Come è noto tali domande possono venir ripresentate un'altranno.

Quest'anno sono state presentate altre 37

domande di nuovo per un totale di circa 5 miliardi di Lire. Nel bilancio disponiamo di soli 15 milioni, cioè possiamo soddisfare domande per 300 milioni di Lire: ciò significa che la legge è del tutto insufficiente a coprire le necessità accumulate. Volevo accennare a queste circostanze perché sembra che in provincia di Trento non si senta tale stato di crisi: infatti per quanto ne so i 300 milioni sono sufficienti a soddisfare completamente le domande giacenti per la provincia di Trento. Oltre a ciò la legge scade quest'anno e noi restiamo con una gran quantità di domande inevase. Che cosa succederà in futuro di queste domande? Certo è che il turismo potrà svilupparsi soltanto quando esisteranno le relative infrastrutture e perciò vorrei chiedere alla Giunta regionale se intenda in futuro risolvere il problema rifinanziando la legge. Dai nostri calcoli risulta che per poter soddisfare le domande esistenti sarebbe necessario reperire almeno 50 milioni all'anno per il periodo dal 1965 al 1974, cioè per 10 anni. In tal caso dovremmo riuscire a soddisfare le domande presentate in base a questa legge. Prego la Giunta di voler prendere posizione in proposito.)

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Albertini.

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): Il cons. Fioreschy sa che questo tema è stato oggetto di una riunione con le due Province e con i dirigenti del credito fondiario, proprio nella prospettiva di un rifinanziamento della legge. Infatti è nella dichiarazione programmatica del Presidente la messa a disposizione di un rifinanziamento della legge di ulteriori 50 milioni all'anno per il periodo di 15 anni, per i mutui che i comuni vanno ad assumere . . .

FIORESCHY (S.V.P.): (*Interrompe*).

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): Non è sul 153? Allora abbiamo fatto un errore. Sulle funivie, allora impianti funiviari.

PRESIDENTE: La parola al cons. Fioreschy.

FIORESCHY (S.V.P.): Ich bitte um Entschuldigung, ich habe mich beim Kapitel geirrt und ich möchte beim Kap. 167 das gleiche nicht wiederholen. Ich glaube es genügt, daß ich es jetzt gesagt habe.

Bezüglich Kap. 153 möchte ich den zuständigen Assessor nur ersuchen, sofern er jetzt in der Lage ist, mir einige Aufklärungen über den Stand der Erneuerung des Gesetzes für die Industriebaugrundzuschüsse zu geben, über das er gesprochen hat, d.h. über die Kriterien, die der Ausschuß für die Erfüllung dieses Zwecks anwenden will. Ich will mich daher auch wegen der Kürze der uns noch zur Verfügung stehenden Zeit hierüber nicht weiter auslassen. Ich möchte ihm aber nur noch eine Empfehlung mitgeben: Bei der Ansiedlung von Industrien stoßen wir bei uns in Südtirol auf manchmal unüberwindliche Schwierigkeiten, in dem Sinne, daß, wie Sie wissen, bei uns in der Grenzprovinz noch diese anachronistischen Gesetze der Militärservituten bestehen, Gesetze, die in Jahren entstanden sein mögen, wo sie notwendig waren, die aber in der heutigen Zeit bei Gott anachronistisch wirken. Ich könnte Ihnen hier Dokumente vorweisen, meine Herren, von einer Firma aus Olang im Pustertal beispielsweise, die seit drei Jahren darum kämpft, daß sie in dem Gebiet, wo sie eine Ziegelei errichten will, die nötige Genehmigung seitens der Militärbehörde erhält. Es ist ihr bereits viermal ab-

gelehnt worden. Aber sie kann die Ziegelei in keinem anderen Ort errichten, weil der Lehm nur dort vorkommt, wo ihn die Natur hergibt. Diese Dinge führen zu Zuständen, die manchmal kaum mehr zu verantworten sind und die eine berechtigte Unzufriedenheit in der Bevölkerung hervorrufen. Denn man wirft unserer Bevölkerung Industriefeindlichkeit vor während es andererseits gesetzliche Schranken gibt, welche die noch immer spärliche Privatinitiative auf diesem Gebiet noch weiterhin hemmen. Ich bitte den Regionalausschuß und den zuständigen Assessor, sich bei den zuständigen Stellen dafür zu verwenden, daß diese Mißstände endlich beseitigt werden. Ich bin mir klar, daß eine Intervention allein nicht genügt, daß es hierzu wahrscheinlich eines Parlamentsbeschlusses bedarf, aber Schritte in dieser Hinsicht müssen getan werden, sonst kommen wir in Südtirol nicht vorwärts.

(Vi prego di scusarmi, ho sbagliato capitolo e non vorrei ripetere le stesse cose per il cap. 167. Credo che basti averlo detto ora.)

Per quanto riguarda il cap. 153 vorrei soltanto pregare l'Assessore competente di darmi alcuni chiarimenti, sempre che egli sia in grado di darmeli ora, sul rinnovo della legge di cui ha parlato, riguardante i contributi in favore delle zone industriali, cioè sui criteri che la Giunta intende applicare per arrivare a questo scopo. Anche per la limitatezza del tempo a nostra disposizione, non intendo parlare ancora sull'argomento; vorrei però fare all'Assessore una raccomandazione. Nell'installazione di industrie qui in Sudtirolo incontriamo difficoltà talvolta insuperabili perché, come sapete, in una provincia di confine come la nostra esistono ancora le anacronistiche leggi delle servitù militari, leggi nate in anni in cui erano necessarie ma che al giorno d'oggi Dio sa se

sono anacronistiche. Potrei sottoporvi dei documenti, signori miei, per esempio di una ditta di Valdaora in Pusteria che da tre anni si batte per ottenere dalle autorità militari il permesso di costruzione per una zona in cui vuole creare una fabbrica di mattoni. Il permesso le è già stato negato 4 volte ma la ditta non può costruire la fabbrica in nessun altro posto perché la terra adatta si trova solo dove la natura la mette a disposizione. Queste cose portano a situazioni di cui qualche volta non è possibile assumersi la responsabilità e che suscitano nella popolazione una giustificata insoddisfazione. Alla nostra popolazione si rinfaccia infatti di essere contraria agli insediamenti industriali mentre d'altra parte esistono barriere legali che bloccano ancor più la ancor scarsa iniziativa privata in questo campo. Chiedo alla Giunta regionale ed all'Assessore competente di adoperarsi presso gli uffici competenti perché finalmente siano eliminati tali inconvenienti. So che un intervento solo non basterà, che sarà probabilmente necessaria una delibera parlamentare; bisognerà però pur intraprendere dei passi in questo senso altrimenti qui in Alto Adige non si va più avanti.)

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Albertini.

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): Allora, riprendendo il discorso per quanto riguarda il cap. 153, a seguito di quella riunione abbiamo esaminato la situazione delle aree, degli apprestamenti industriali per quanto riguarda le esigenze che si prevedono in base alle domande degli insediamenti delle due Province, e il piano che è stato formulato, d'intesa appunto con le due Province, dovrebbe in grande massima soddisfare le attuali situazioni, con il rifinanziamento della legge. Sono in corso studi anche per alleggerire il cor-

so, l'iter, la procedura. Sa che la procedura ha avuto dei ritardi nella prima applicazione per varie ragioni, prima anche per la deficienza di liquidità del credito fondiario, per la difficoltà della istituzione della sezione per le opere pubbliche del credito fondiario, che dovrebbe operare senza vincolo di ipoteca. Almeno le difficoltà sono sorte, e quelle che erano le previsioni non hanno avuto seguito. Poi vi sono state le difficoltà dei comuni per l'ammannimento dei mutui, attraverso delegazioni, come mutui ordinari presso il credito fondiario.

Ora, qui ci sono parecchie proposte: una proposta sarebbe quella di modificare la legge radicalmente e vedere se è possibile o autorizzare la Regione, la Provincia o enti superiori all'acquisizione delle aree, tagliando fuori i comuni, soprattutto i comuni i quali sono deficitari e il cui ricorso al credito è praticamente impossibile, oppure dare direttamente contributo all'industriale, il quale va ad insediarsi nella zona industriale. Poiché le zone industriali sono stabilite dai piani regolatori dei comuni o dai piani di fabbricazione o dal piano urbanistico, evidentemente la localizzazione deve avvenire in quei dati posti ed è logico che allora si potrebbe accelerare il processo di insediamento dando direttamente all'industriale. La tutela affinché l'insediamento venga fatto in quel dato posto viene fatta dal piano regolatore.

Ora, si è studiato un articolo, il quale dice appunto « nei comuni nei quali non è possibile l'acquisizione delle aree attraverso mutui per situazioni accertate dalle Giunte provinciali, le Giunte provinciali sono, in via eccezionale, autorizzate ad erogare il contributo direttamente all'industriale ». Si sta studiando tecnicamente l'articolo e poi vedremo, nella discussione che nascerà, se questa è la strada.

Alcuni comuni hanno già pronti i loro progetti, sono già in stadio avanzato, per cui la

modifica della legge per loro sarebbe una remora, comunque una nuova difficoltà. Abbiamo infatti dei comuni che hanno già acquistato il terreno o compromesso il terreno, vedi il comune di Bolzano, il comune di Trento, i grossi comuni. Abbiamo invece piccoli comuni per i quali questa proposta potrebbe essere effettivamente quella buona. Ripeto che non abbiamo ancora definito il disegno di legge. Lei sa che sono nate queste proposte e le stiamo discutendo. Abbiamo anche guardato se era possibile ovviare al doppio passaggio, al vincolo. È difficile anche questo, perché lei sa che se noi facciamo una legge per agevolare i comuni, la legge viene rifinanziata, come attualmente, e non è sottoposta al controllo, comunque al voto, al parere della commissione del Mercato comune, secondo il patto di Roma, se invece mettiamo l'intervento diretto all'industriale, il disegno di legge deve ottenere il parere, perché è modificativo delle condizioni della libera concorrenza dare un contributo per l'acquisto del terreno.

Ora, se abbiamo fretta, dobbiamo pensare se non è meglio rifinanziare *sic et simpliciter* la legge, perché mandare il disegno di legge a Roma, attraverso il Ministro degli esteri e mandarla alla commissione del Mercato comune, vuol dire perdere esattamente da sei mesi a un anno prima di varare il disegno di legge. Quindi ci sono sì esigenze per affrettare la procedura, ci sono però altre difficoltà sulle quali dobbiamo discutere. Mi riservo, appena abbiamo il disegno di legge, eventualmente di consultare ancora le due Province per vararlo definitivamente alla Giunta regionale, la quale ha predisposto il finanziamento.

Per quanto riguarda i vincoli militari lei sa che già la Commissione dei 19 ha preso in esame la materia e ha espresso il voto al Governo per modificare la situazione attuale dei vincoli, e il Consiglio regionale ha anch'esso

esaminato, tale problema, mi pare, l'anno scorso, e ha fatto pure esso un voto. La difficoltà è evidente, ma comunque il Presidente farà i passi opportuni presso le autorità militari e il Ministero, ed è logico che qui bisognerà farsi affiancare dai deputati, perché più che un problema strettamente regionale è un problema di interesse nazionale. Capisco che effettivamente su tutta l'area della provincia di Bolzano, salvo piccole isole, come abbiamo visto, dato questi vincoli militari ed altri vincoli, le attività industriali incontrano molte più difficoltà che in provincia di Trento.

Sul cap. 169, per quanto riguarda i contributi per la costruzione, per impianti funicolari aerei, devo dire che è vero che la legge ha favorito senz'altro un notevole investimento. Abbiamo avuto iniziative di largo interesse su tutto il territorio delle due province e anche ai confini delle due province e con province limitrofe. Trattasi di impianti anche attraverso sottoscrizioni di azioni al portatore, oltre che costruzione di impianti con agevolazioni date, per delega della Regione, dalle due Province; attualmente le domande sono superiori alle possibilità.

Adesso noi abbiamo fatto un catasto delle iniziative. Abbiamo visto quelle che sono state già finanziate e alle quali le Province dovranno revocare il decreto di concessione perché non andranno in esecuzione. Come assessorato noi scriviamo alle Province, anche per far sapere se i progetti presentati corrispondono dal punto di vista tecnico, perché ci sono dei progetti finanziati che sul piano tecnico invece non otterranno l'approvazione dal Comitato regionale dei trasporti e degli impianti a fune, per i quali occorrerà evidentemente rivedere tutta l'impostazione pratica. Abbiamo presenti dei casi in provincia di Trento e casi in provincia di Bolzano, però qui effettivamente c'è l'esigenza, se non vogliamo fermare un interessan-

tissimo settore, che è attualmente in pieno sviluppo, c'è l'esigenza di un ulteriore reperimento di fondi, che io dovrò trattare con la Giunta regionale per vedere, nel limite delle possibilità, di mettere a disposizione qualche cosa, se non subito, almeno entro breve tempo.

La legge ha già avuto un risultato notevolissimo di incentivo presso gli operatori economici del settore. Non dico poi di tutto il lavoro, nato per regolarizzare moltissime posizioni nel settore degli impianti a fune, lavoro che si sta facendo attraverso gli uffici che sono stati potenziati e riorganizzati.

PRESIDENTE: Metto in votazione il capitolo 153: approvato a maggioranza con 8 astensioni.

Sul cap. 169 la parola al cons. Spögler.

SPÖGLER (S.V.P.): Zum Kap. 169, das einen Betrag von 70 Millionen Lire vorsieht und folgende Aufteilung vorsieht: 40 Millionen für die Provinz Trient und 30 Millionen für die Provinz Bozen. Ich möchte den Herrn Assessor fragen, warum diese Aufteilung vorgesehen ist, trotzdem meines Erachtens in der Provinz Bozen auf dem Gebiete der Seilbahnbauten größere Erfordernisse vorhanden sind, erstens einmal, weil es meiner Meinung nach in der Provinz Bozen mehr Berggebiete gibt, die noch vollkommen isoliert sind und die noch ohne jede Zufahrt sind und zweitens, weil uns allen doch bekannt ist, daß in der Provinz Bozen Seilbahnprojekte eingereicht wurden, die einen Betrag von rund 4 Milliarden Lire ausmachen. Aus diesen zwei von mir genannten Gründen — erstens die größere Notwendigkeit und zweitens die große Zahl der eingereichten Gesuche im Vergleich zum Trentino — möchte ich den Herrn Assessor fragen, warum diese Aufteilung — 40 Millionen Provinz Trient, 30 Millionen Provinz Bozen — vorgenommen werden soll?

(Sul cap. 169, il quale prevede una somma di 70 milioni di lire ripartita come segue: 40 milioni per la provincia di Trento e 30 milioni per la provincia di Bolzano. Vorrei chiedere all'Assessore perché si sia prevista una tale ripartizione nonostante che a mio giudizio in provincia di Bolzano le esigenze nel campo della costruzione degli impianti a fune siano maggiori, prima di tutto perché a parer mio in questa provincia ci sono più zone di montagna ancora completamente isolate e prive di ogni accesso e poi anche perché a tutti noi è noto che in Provincia di Bolzano sono stati presentati progetti di impianti a fune per un totale di circa 4 miliardi. Per queste due ragioni che ho citato, prima la maggiore necessità e seconda la maggiore quantità di domande in rapporto al Trentino, vorrei chiedere all'Assessore perché si debbano assegnare 40 milioni alla Provincia di Trento e 30 milioni alla Provincia di Bolzano).

PRESIDENTE: La parola al cons. Salvadori.

SALVADORI (D.C.): Non ruberò, signor Presidente, a lei ed ai colleghi più di qualche minuto. Il mio sarà certamente un brevissimo intervento, ma vorrei porre alla Giunta regionale, anche dopo aver sentito le abbondanti argomentazioni del cons. Fioreschy su questa materia, il seguente motivo di meditazione. Potrà sembrare strano, io mi sono occupato per quattro anni, certamente con molta passione, al problema dei trasporti a fune nelle due ultime Giunte regionali, ma sono arrivato oggi ad una conclusione che è sostanzialmente diversa da quella alla quale è arrivato l'Assessore provinciale v. Fioreschy.

Devo anzitutto partire da una premessa. Quando la legge sugli impianti a fune è stata fatta, essa legge si proponeva sostanzialmente

una cosa: venire incontro agli imprenditori, che avevano costruito degli impianti nel corso degli anni dell'immediato dopoguerra, forse qualcuno anche prima, e si sono trovati a dover armonizzare tecnicamente detti impianti con le disposizioni regolamentari, che successivamente il Governo provvide ad emanare e la Regione fece proprie — noi sappiamo di non poter disporre di potestà regolamentari, soprattutto per quanto riguarda la materia delle deroghe. Si disse che sembrava giusto venire incontro a questi imprenditori dal punto di vista finanziario, affinché venissero posti nelle condizioni di ammodernare ciò che con parecchio coraggio e spirito di iniziativa avevano costruito in un momento in cui le norme erano assai carenti.

Dirò che non siamo ancora oggi giunti, per quello che ne so, ad uno stato di perfezione in materia regolamentare, che si stanno studiando nuove formule sul piano europeo ecc., ma certamente è vero che oggi la situazione non è nemmeno lontanamente paragonabile a quella che si presentava nel momento in cui la prima legge sul finanziamento degli impianti a fune venne varata.

Oggi come oggi abbiamo constatato che taluni impianti dovevano essere addirittura sostituiti, altri dovevano essere ammodernati, e nel corso di quattro o cinque anni la Regione ha provveduto ad erogare contributi notevoli per venire incontro a queste situazioni, per cui si può ritenere che se la situazione da questo punto di vista, cioè tenendo conto delle basi di partenza non è del tutto assestata, può ritenersi pressoché assestata.

Ora, facendo naturalmente una distinzione, perché se abbiamo ancora la necessità per caso di costruire impianti a fune sostitutivi di strade, per allacciare paesi di montagna al fondovalle, evidentemente qualche cosa si deve fare, e oltre tutto l'esperienza dimostra che an-

che dal punto di vista finanziario tutto sommato si guadagna anche a costruire un impianto a fune sostitutivo della strada stessa, per cui io sarei favorevole ad interventi visti in questa direzione; chiederei invece alla Giunta regionale se non sia il caso di ripensare se valga la pena oggi di ritornare sui finanziamenti di impianti che hanno soltanto scopo turistico. Naturalmente non intendo sottovalutare neanche per un momento la necessità degli impianti per la valorizzazione delle zone turistiche e così via, e se avessimo molti fondi a disposizione e potessimo intervenire in tutti quanti i campi dell'attività economica, vedrei opportuno un intervento in questa direzione. Ma se dal punto di vista dello sviluppo turistico il discorso delle infrastrutture è ancora un discorso molto pesante a farsi, dovendo ricordare che mancano ancora strade, mancano ancora acquedotti, mancano opere di canalizzazione ecc., ed essendo la disponibilità dei fondi quella che è, non avendo raggiunta certamente la capacità di moltiplicare i propri fondi a proprio piacimento, allora penso che forse sarebbe il caso di indirizzare la spesa piuttosto verso questo tipo di infrastrutture che non verso gli impianti a fune, considerando anche che per i piccoli impianti, gli skilift per intenderci, non si sono dati mai contributi, ed è logico che sia stato così e che sia così in avvenire; per gli impianti di media portata, se si tratta di seggiovie, di piccole bidovie, le cosiddette « telecabine » ecc., possono anche essere pagati nel corso di due o tre esercizi, — so di un impianto che nel corso di un solo esercizio, cioè di una sola stagione estiva, si è pagato, e parlo delle seggiovie che costano 50-60-70 milioni di lire, per intenderci, in zone ove il turismo effettivamente le richiede e dove il turismo le fa operare, anche dal punto di vista economico, in maniera egregia —; e se si tratta di grossi impianti, cioè impianti di

funivie di una certa consistenza, allora forse il problema non consiste tanto nell'agevolare l'imprenditore nel senso di venirgli incontro su una parte degli interessi passivi per il capitale che lui va ad investire, ma quanto piuttosto nell'offrirgli una certa garanzia di esercizio che lo metta al riparo da facili e tutt'altro che impossibili concorrenze, dopo che si è turisticamente, attraverso la costruzione del grosso impianto, valorizzata una zona. In altri termini, io ho speso magari mezzo miliardo di lire per portare la gente dal fondovalle in cima alla montagna, e altri con pochissimi soldi, 8-10-15 milioni di lire, costruiscono uno skilift e approfittano dei passeggeri che io porto su col mio grosso impianto, e così, alla conclusione della giornata domenicale, tanto ha incassato dal punto di vista delle entrate lo skilift che costava 15 milioni, quanto l'impianto funiviario grosso che costava 500-600.000.000. Forse qui varrebbe la pena di riprendere in esame, non appena sarà possibile, signor Assessore, il grosso tema della nuova legge sugli impianti a fune, che avevamo già parzialmente discusso nella precedente legislatura, e che oggi attende ancora di essere portato in Consiglio, forse in quella stesura, o con gli aggiornamenti che la Giunta riterrà opportuno eventualmente di presentare. Evidentemente se si tratta di iniziative di modesta portata, il discorso non val neanche la pena di porlo, perché sono temi che si affrontano e si risolvono da sé, ma se si tratta di impianti di grossa portata, essi impianti devono partire con una certezza, anche se non assoluta, si capisce, perché ogni impresa economica comporta con sé dei rischi, e un imprenditore, salvo casi eccezionali, non potrà mai essere del tutto sicuro che l'impresa che lui va a compiere lo porterà ai risultati che intende avere, ma l'imprenditore però, quando parte con iniziative di questa natura, dovrà anche avere fatti tutti quanti gli accer-

tamenti necessari per stabilire se il gioco valga la candela e se sia veramente opportuno dare vita ad un investimento di quel genere, che poi deve trovare la sua giustificazione anche sul piano economico. Se una iniziativa nasce in condizioni non perfette, i casi sono due: o si sono messe aziende in difficoltà o si costringe l'ente pubblico costantemente ad intervenire.

Ora, lasciando da parte gli impianti sostitutivi di strade che formano categoria a sè, e restando nel campo stretto degli impianti a fune aventi carattere esclusivamente turistico-sportivo, avuto riguardo che gli impianti, a fune, aventi carattere turistico-sportivo e costruiti in zone di notevole interesse turistico, stanno camminando con notevoli gestioni, per quello che se ne sa, tanto è vero che queste notevoli gestioni hanno costituito incentivo alla costruzione di nuovi impianti, vale forse la pena favorire il turismo, intervenendo verso altri tipi di infrastrutture necessarie al turismo stesso e, attraverso la modifica dell'attuale legge regionale, garantendo piuttosto l'imprenditore, entro ragionevoli termini di tempo, che vanno naturalmente collegati con l'entità dell'investimento, con l'entità del rischio e così via, garantendo l'imprenditore circa la possibilità di sfruttare in esclusiva la zona che lui va a servire, a valorizzare, con la costruzione di questi notevolissimi impianti.

Io sono dell'opinione che se domani, mettendo anche nel corso una iniziale gestione in difficoltà, si capisce, — ogni azienda ha la necessità di un periodo di avviamento —, sono convinto che se domani al grosso impianto, essendo presentato un razionale piano di sfruttamento della zona che si va a servire, si garantisce, per un certo numero di anni anche l'esclusiva degli skilift, riusciremo a far quadrare la gestione e a garantire l'economicità dell'investimento. Infatti lo sciatore si serve del-

l'impianto due volte al giorno: la mattina per andare sui campi di neve e la sera per scendere al piano e ritornare nel proprio albergo. Quindi in realtà sono gli skilift che lavorano più intensamente, e si capisce perciò che se il grosso impianto a fune non ha davanti a sè non soltanto una stagione estiva ma soprattutto una stagione invernale, allora già in partenza si può dire che nasca con estrema difficoltà e con la quasi certezza di non poter avere una gestione attiva.

Quindi, dando per acquisito che l'impianto debba servire una stagione estiva ed una stagione invernale, attraverso gli strumenti legislativi che il Consiglio regionale potrà porre a disposizione della Giunta, anche secondo le linee direttive che erano state date in quel precedente disegno di legge e che, comportando una assoluta innovazione di quanto avviene oggi in Italia, aveva trovato in linea di principio anche l'adesione dello stesso Governo attraverso il Ministero dei trasporti, vedrei per questa strada piuttosto incentivato, piuttosto invogliato l'imprenditore a partire. D'altra parte, i mezzi che eventualmente la Regione potesse porre a disposizione a questo titolo, nell'attuale situazione finanziaria sarebbero certamente modesti. Quindi che cosa avremo? O avremo la possibilità di servire più impianti, e si tratterà di piccoli impianti, o andremo a servire qualche impianto grosso ed avremo il caso che un impianto o due per Provincia assorbiranno completamente il fondo. Per questi impianti, — ed abbiamo anche in questo momento sott'occhio notevoli esempi —, restano pur sempre in piedi le leggi dello Stato, alle quali le società possono fare ricorso, sapendo che lo Stato, — abbiamo i recenti episodi del Cevedale e qualche altro —, di fronte ad impianti di notevole portata, investendo, questi, interessi turistici non soltanto locali ma nazionali, è sempre stato abbastanza largo come ca-

pacità, come possibilità di esame e di intervento.

Ragione per cui io vorrei pregare la Giunta di meditare su questo tema, se forse non valga la pena di incentivare per quest'altra strada, fornendo garanzie di diversa natura agli imprenditori, anziché intervenire con mezzi che in definitiva non potrebbero essere molti e certamente non risolverebbero il problema. L'esempio dell'impianto Ortisei-Funes-Seceda parla chiaro a questo riguardo. La prospettiva di andare incontro, dopo il periodo di avviamento, ad una gestione sana ed anche economicamente soddisfacente, la si è data a quella società non tanto con quell'intervento di carattere finanziario, quanto piuttosto con la garanzia sussidiaria degli impianti minori, che son quelli che costano poco e che rendono molto.

È utile quindi e necessario vedere se nel turismo ci sono molti problemi legati alla realizzazione di questi impianti, che pongono la necessità di costruzioni di infrastrutture altrettanto necessarie e sulle quali forse potrebbero utilmente essere dirottati i mezzi che eventualmente potrebbero altrimenti essere posti a disposizione di questo capitolo.

PRESIDENTE: L'Assessore risponde dopo su questi capitoli. Sono le 20, con l'intendimento di terminare questa notte.

La seduta è tolta.

(Ore 18.45)

Ore 20.17

PRESIDENTE: La seduta è aperta. La parola all'Assessore Albertini per la replica.

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): Innanzitutto devo un chiarimento al consigliere che aveva chiesto spiegazioni circa la ripartizione dei fondi.

Per quanto riguarda il cap. 169, vi sono 10 milioni in più attribuiti alla provincia di Trento, in quanto si tratta di un recupero di 100 milioni che erano andati in economia sullo stanziamento diviso a metà fra le due Province. E allora sono stati ristanziati i 100 milioni, 10 milioni all'anno in più per la provincia di Trento, soltanto che riguardano 100 milioni non utilizzati della quota della provincia di Trento.

Quindi lì le due Province sono state pienamente d'accordo, anzi ci sarà una richiesta forse dalla Provincia di Bolzano, qualora ci siano dei recuperi, cioè delle somme non utilizzate, per i prossimi bilanci. Cioè se ci sono dei progetti che non possono aver corso, che sono stati impegnati, che debbono andare in economia, si potrà eventualmente vedere. Comunque la ripartizione è esattamente a metà.

Per quanto riguarda il tema posto dal cons. Salvadori, di priorità nella impostazione del rifinanziamento della legge, in quanto si potrebbe provvedere a mantenere l'attuale incremento degli impianti, dando più che un incentivo sotto forma di contributo, un privilegio, comunque una riserva, un vantaggio, noi non lo abbiamo ancora esaminato, ma lo esamineremo in occasione dell'eventuale rifinanziamento della legge. Cioè in quella sede si vedrà, visto il numero delle domande che abbiamo giacenti, che sono di circa 4 miliardi, si vedrà se si può andare incontro alle stesse esigenze o col contributo o con un criterio diverso. E allora si dovrà presentare la necessità di una legge, che disciplini la materia.

Qui noi non abbiamo ancora deciso, quindi prendiamo buona nota delle indicazioni che ci sono state fornite dal cons. Salvadori.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 169: approvato a maggioranza con 10 astensioni.

Pongo in votazione il cap. 170: approvato a maggioranza con 11 astensioni.

Al cap. 158 la parola al cons. Vinante.

VINANTE (P.S.I.): Molto brevemente, per non lasciar passare un argomento sul quale noi abbiamo posto in passato una nostra particolare attenzione, e si riferisce soprattutto, esclusivamente, al riconoscimento e agli interventi finanziari nei confronti delle istituzioni turistiche. Mi pare che non sia il caso di dover accennare all'importanza del settore turistico. Se ne è parlato in lungo e in largo, si sono affermati concetti molto chiari, molto precisi sull'importanza della questione turistica, e quindi il ripetersi qui mi pare superfluo, tanto più che si dovrebbe arrivare alla fine di questo bilancio senza dilungarsi molto. Ora, come è stato rilevato negli anni scorsi, vi sono state delle gravi carenze nel settore turistico, soprattutto per l'insufficiente comprensione di intervenire in forma sostanziosa dal punto di vista finanziario. Non occorre discutere oltre per avvalorare questa tesi, poiché questa è stata implicitamente accettata anche da parte dell'attuale Giunta regionale; infatti l'argomento del settore turistico è stato inserito anche negli accordi tripartiti, il che significa che a questo settore è stata data l'importanza che veramente merita, importanza sulla quale va veramente posta la nostra attenzione, importanza sia in campo nazionale, sia in campo regionale, sia in campo provinciale. Io devo nuovamente sottolineare le carenze di questo settore anzitutto del mancato riconoscimento giuridico delle istituzioni turistiche periferiche. È una questione che noi rivendichiamo da molti anni; io ho fiducia che questa sia la volta buona, in primo luogo perché, come ho detto prima, fa parte dell'accordo tripartito, e anche perché è stata affidata la responsabilità di questo settore al collega Raffaelli, il quale in

passato ha sempre dimostrato sensibilità in questo campo.

A me preme soprattutto sottolineare la necessità assoluta di un finanziamento più sostanzioso. Non possiamo accettare l'elemosina, che è sempre stata fatta nei confronti del settore turistico, soprattutto nei confronti delle aziende di soggiorno e delle pro loco, le quali rappresentano la parte vitale dell'istituzione delle aziende.

L'altro argomento sul quale noi ci siamo sempre battuti, e che sarà indubbiamente preso in seria considerazione, è quello del riconoscimento giuridico di queste istituzioni. Bisogna arrivare alla forma elettiva degli organi amministrativi; bisogna riconoscere e dare la impronta del riconoscimento giuridico anche alle pro loco.

Io quindi, come ho detto prima, sarò telegrafico, ma non ho potuto passare sotto silenzio questo argomento, anche per poter affermare che non è esatto quanto detto da qualche settore del Consiglio, mi pare, se non erro, dal collega Ceccon, il quale asserisce: mi pare che i socialisti non rivendicano più questo interessamento maggiore verso il settore turistico. Questa è senz'altro un'affermazione che non ha senso e non ha valore, ma io non la posso lasciar passare sotto silenzio, perché è una questione che veramente mi è stata sempre a cuore e perché voglio affermare esplicitamente e con estrema energia che il finanziamento e il riconoscimento di queste istituzioni rappresenta la creazione base di partenza per arrivare alla soluzione e al potenziamento del campo turistico.

L'accordo quindi tripartito, che ha incluso questi argomenti, mi dà un senso di tranquillità, perché io penso che questo argomento sarà senz'altro affrontato con serietà, con decisione e si potrà finalmente affermare che la questione delle aziende di soggiorno e delle pro

loco ha trovato una sensibile comprensione per una loro valorizzazione.

Quindi io mi permetto di sottolineare la fiducia che ho nella soluzione di questo problema, e aggiungo una viva raccomandazione affinché sia affrontato nel più breve tempo possibile.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Raffaelli.

RAFFAELLI (Assessore turismo, caccia e pesca - P.S.I.): Ringrazio il collega Vinante per quello che ha voluto dire, sia nel senso dell'espressione di fiducia in ciò che la Giunta ha promesso di fare e farà, sia per la sollecitazione che, direi, da parte sua non poteva mancare, perché è tradizionale da quando siede su questi banchi, e congenita, suggerisce il collega Dalsass. Gli sono grato perché evidentemente il mettere in evidenza anche in sede di Consiglio determinati aspetti dei problemi, può avere sempre la sua utilità.

Sostanzialmente il discorso di Vinante è questo: ho fiducia che facciate, però fate davvero, con i soldi stanziati fino adesso a favore delle pro loco, che sono delle aziende autonome prima di tutto e poi delle pro loco, perché queste sono le cellule vitali autonome sul posto dell'attività turistica e senza di esse non si può incrementare il turismo.

Il discorso è sicuramente valido, il discorso sull'elemosina è sicuramente valido. C'è, per conto mio, un ragionamento da portare avanti, che è questo: il turismo, considerato ormai da tutti una componente essenziale, una componente sempre più notevole della nostra economia, non va pagato con dei riconoscimenti verbali, ma va sostenuto e incrementato con degli interventi pubblici che siano adeguati all'importanza economica, e non dico un adeguamento aritmetico, perché può darsi benissimo che un'altra branca dell'economia,

magari meno importante, ma che deve sopravvivere, possa richiedere un intervento pubblico anche più massiccio. Non è che io dico: il turismo rende tot, in percentuale, rispetto al reddito globale e quindi altrettanta percentuale delle disponibilità dell'ente pubblico deve essere destinata al turismo; sarebbe un ragionamento meccanico, comodo forse, nella posizione di un Assessore al turismo, ma un ragionamento che non terrebbe conto di determinati altri fattori. Detto questo però, devo anche tornare a dire che il discorso dell'adeguamento degli interventi pubblici all'importanza sempre crescente del turismo, è un discorso aperto e che per quel che mi riguarda mi sento impegnato a portare avanti. E con questo non vorrei essere frainteso, nel senso di presentarmi come colui che vede una cosa che gli altri colleghi di Giunta non vedono, lo dico perché è un discorso da farsi, sostanzialmente. Siamo qui che discutiamo un bilancio preparato da una Giunta precedente, un bilancio fatto su di un cliché, in sostanza, di quattro anni di amministrazione, e che non ha tollerato variazioni sensibili per nessuno, per nessuno dei settori, per nessuno degli assessorati. Quindi è un discorso dell'immediato futuro, sul quale siamo perfettamente d'accordo col collega Vinante, e penso con molti altri.

Direi una cosa: l'altro tema accennato, quello della regolamentazione con legge regionale delle istanze locali del turismo, aziende e anche enti provinciali e pro loco, è anche un discorso da riprendere, perlomeno da parte mia che non ho né meriti né demeriti da condividere con le amministrazioni passate, che hanno affrontato il problema e si son trovate di fronte a difficoltà, a motivi per doverlo, almeno pro tempore, accantonare. Io mi potrò trovare a dover rifare la stessa strada, ma voglio perlomeno rifare la stessa strada, con le mie gambe, con i miei piedi, cioè anche lì vedere,

riprendere il tema di una regolamentazione nostra, diversa, più adeguata alle necessità. Se io penso soltanto alla legge nazionale, per dirne una, recente, sull'ordinamento degli enti provinciali del turismo, che sono stati dotati di consigli di amministrazioni più grandi di questo stesso Consiglio regionale, evidentemente non posso pensare a metterci mano o all'opportunità quanto meno di affrontare il problema.

E con questo io penso che si possa avvicinarsi al tentativo di risolvere il problema del buon funzionamento delle aziende, perché non è detto che basti dare quattrini alle aziende, più quattrini di quanti non se ne diano adesso, perché tutto si risolva. Le aziende autonome, le pro loco, hanno le stesse virtù e soffrono degli stessi difetti di cui possono soffrire tutti gli altri organismi, investiti di responsabilità amministrative, al pari di certi consigli comunali, di certi consigli regionali, giunte regionali, giunte comunali e governi che siano.

Per cui a un certo momento, guardate, francamente, io vedo con preoccupazione qualche volta arrivare delle proposte nei piani di attività con delle cifre sicuramente sballate. Vi faccio un esempio: ad una mostra commemorativa, proposta da una azienda autonoma, sulla cui efficacia poi fra il resto io personalmente mi permetto di avere dei dubbi, era previsto nel bilancio preventivo una spesa di 800.000 lire per la pubblicazione di una monografia del personaggio che veniva commemorato. Ma dico, 800 mila lire, quante copie ne stampate? Ne verranno stampate circa 200 copie. Ma come, 200 copie a 4.000 lire l'una? Cose di questo genere, macroscopiche. Il preventivo totale di tutta la manifestazione mi pare che era di un milione e mezzo, del quale 800.000 lire per la stampa di 200 copie di un libro a fini turistici, a fini di richiamo. Queste sono cose che ho visto io nella mia brevissima esperienza, che non

avrei dovuto vedere, ma gli interessati sono venuti da me anziché andare dal collega Bolognani... forse volevano invocare due santi e vedere quale era più sensibile! Bisognerà non mitizzare neanche la saggezza innata degli enti locali, che sono sicuramente più indicati rispetto all'ente centrale ad adeguare la loro attività propandistica e di incentivazione, sono più indicati dell'ente centralizzato, quale potrebbe essere l'EPT e quale potrebbe essere la Regione stessa. Però vediamo anche di ordinarli o perlomeno di coordinare l'attività, non voglio usare le brutte parole «sorveglianza e vigilanza», ma occorre evitare queste forme.

Vorrei ricordare che è in marcia praticamente; è incominciata a funzionare quest'anno e dovrebbe funzionare a pieno ritmo la legge 19, quella del miliardo per le costruzioni da parte delle aziende autonome, prevalentemente da parte delle aziende autonome. Ora, essendo una legge delegata, questa trova il collega Vinante in prima linea nella amministrazione della legge medesima per quel che riguarda la provincia di Trento; io ritengo che sia una legge ben fatta sostanzialmente, perché è la legge che dovrebbe impedire la dispersione del denaro pubblico nelle pubblicazioni a cui facevo cenno o magari nelle pochissime panchine, che non arrivano neanche a fare utilmente la loro funzione che già sono insufficienti o devono essere rinnovate. Questo succede dando i contributi piccoli, mentre con la legge 19 penso che alcune realizzazioni di notevole respiro per un certo numero di aziende siano rese possibili.

Detto questo, mi pare di accogliere senz'altro positivamente l'invito e l'incitamento datoci dal collega Vinante.

PRESIDENTE: La parola al cons Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente, io colgo l'occasione di questo capitolo per fare

quello che penso sarà, se non ci saranno fatti nuovi nella discussione che seguirà, l'ultimo intervento mio prima delle dichiarazioni di voto, anche un poco per aiutare la sollecita conclusione dei lavori di questa discussione di bilancio, che ci ha impegnati notevolmente. Sarà una dichiarazione che sostituisce un poco tutto quello che si sarebbe potuto e si sarebbe dovuto dire in materia di politica economica della Regione, politica economica della Regione che vede tra i suoi settori principali e primari, come è stato detto testé, proprio quello del turismo.

Avevamo intenzione, come avevo preannunciato nel mio primo intervento in sede di discussione generale, di esaminare, come abbiamo fatto con diligenza negli anni precedenti, tutta la situazione economica della Regione, senonché qui c'è una situazione che va puntualizzata, a mio avviso: il programma che ci è stato presentato dalla Giunta regionale non è un programma che si distanzi minimamente da quelle che sono state le linee direttrici che in materia di interventi nel settore dell'industria, nel settore dell'agricoltura, nel settore del turismo, abbiano seguito le Giunte precedenti. Ci sarebbe stato un tema di primaria importanza, e sarebbe stato quello della azione anticongiunturale, perché, e di questo io debbo dar atto alla on. Giunta, mentre fino all'ottobre dello scorso anno si era adagiata nelle dichiarazioni del tutto va bene, poi, costretta inevitabilmente dalla realtà dei fatti, è venuta un po' per volta e in queste ultime dichiarazioni dell'inizio di discussione di questo bilancio ancor di più, è venuta riconoscendo che non è vero che tutto va bene; naturalmente non tutto va male, chi siede al governo è inevitabile che faccia una difesa di istituto della situazione che si è creata con la corresponsabilità dei partiti che reggono il governo in Regione e a Roma, non ha detto che tutto va male, però quelle vo-

ci di ottimismo che si erano sentite nello scorso anno non si sono più sentite. La disoccupazione è ormai palesamente ammessa da tutti. I capitoli, che io chiamo i capitoli della miseria, che sono quelli dei sussidi ai disoccupati, ai sottoccupati, vanno incrementandosi, sia nei bilanci, sia nelle note di variazione al bilancio stesso. Si riconosce che il settore del turismo, per quanti sforzi si faccia a medicare le statistiche, non voglio dire camuffare, ma medicare le statistiche, si riconosce che il turismo è in quella crisi, che tutti conoscevamo anche quando si diceva che tutto andava bene; si riconosce che c'è stato uno slancio dell'iniziativa privata specialmente nel settore alberghiero, che era stato determinato dalla fiducia che negli anni 1961-'60-'59 vi era nell'economia turistica, per cui adesso coloro che hanno fatto un atto di fede, che con questa fiducia si trovano nella condizione di riuscire a stento a far quadrare i bilanci di gestione di esercizi alberghieri e invece si trovano in estrema difficoltà per prosciugare quei mutui che anche con il concorso e con l'incentivazione della Regione sono stati fatti, in sostanza si riconosce che le cose vanno male. Dobbiamo star qui oggi a documentare un'altra volta quanti sono i disoccupati che si sono formati dal 1962 in poi? Dobbiamo star qui a parlare dei sottoccupati, di coloro che hanno visto ridurre l'orario di lavoro e che sono inseriti nella cassa di integrazione? Queste cose se le affrontassimo ci porterebbero a parlare non per dieci minuti o quindici minuti, quanta è mia intenzione, ma a parlare per delle ore. È ormai però incontestabile ed incontestato il fatto che la stessa Giunta regionale si è convinta che quelle sue dichiarazioni ottimistiche degli anni precedenti e anche dello scorso anno, fino all'agosto, quando abbiamo chiuso la sessione estiva, quelle dichiarazioni ottimistiche non corrispondevano alla verità e meno che meno possono essere sostenute oggi. Allora

la Giunta regionale, a nostro avviso, avrebbe avuto un dovere, oltre al compito di dirci qualche cosa di più in materia del problema dei rapporti etnici e della soluzione della vertenza o delle vertenze concernenti l'Alto Adige, cosa che ha accantonato rinviando al voto che presenterà, avrebbe avuto il dovere di venire qui a farci delle dichiarazioni specifiche e precise in materia di politica anticongiunturale.

Anche qui siamo stati rinviati continuamente a che cosa? Al superdecreto, ad un superdecreto regionale, ad un provvedimento eccezionale, per il quale si troveranno i fondi e non si sa come poi saranno reperiti e di che volume saranno e non si sa con quali criteri economici di intervento saranno impiegati, per cui in sostanza quello che era il secondo punto essenziale e fondamentale nella politica regionale in questo momento, è anch'esso punto procrastinato nel tempo.

Debbo anche notare un ultimo particolare prima di arrivare alla conclusione, ed è questo: che ancora una volta, nonostante le promesse che sono venute in conseguenza delle sollecitazioni che sono state mosse da questi banchi, quella che è la molla essenziale di tutta la situazione economica e cioè la situazione del credito, è rimasta ancora in una certa vaghezza.

Io non interverrò più dopo, perciò mi presenta l'Assessore competente di dire che le dichiarazioni che ha fatto in sede di commissione e le notizie che ci ha distribuito, su richiesta di alcuni commissari della commissione finanze, non ci danno nessun nuovo strumento per poter conoscere meglio la situazione, e anche qui per poter conoscere meglio quale sia la politica che in tale materia la Regione intende svolgere.

RAFFAELLI (Assessore turismo, caccia e pesca - P.S.I.) : Del credito?

CORSINI (P.L.I.) : Del credito, sì, del credito. Non è che me la prendo sempre con l'Assessore Raffaelli, in questo momento abbiamo sentito il suo compagno di partito che nutre fiducia e perciò almeno io sto zitto.

Molti interrogativi, che riguardano sia lo assessorato al credito, sia l'assessorato all'industria, riguardano anche l'assessorato al turismo, e si riferiscono in sostanza tutti quanti a quella che è la situazione delle disponibilità creditizie nella nostra Regione. Che cosa ne è stato della legge per i crediti alberghieri? Non voglio dirlo, lo dò per conosciuto da parte di tutti. Quale sia la situazione creditizia da parte del mediocredito per gli interventi nell'industria, questo meriterebbe un discorso più lungo, è stato già fatto altre volte e comunque né la Giunta precedente né questa Giunta ci hanno manifestato alcuna intenzione di voler ovviare a quegli alcuni inconvenienti che in questo settore sono stati lamentati non soltanto da questo banco ma anche dal banco dei socialisti.

Quale sia poi tutto il complesso delle disponibilità creditizie, che cosa sia avvenuto di quella speranza, che è stata più volte rappresentata in quest'aula o in quella di Bolzano, della possibilità di assorbire i depositi delle casse rurali del Trentino per avere una ulteriore massa disponibile per la manovra nei vari settori dell'economia, anche questo è stato sottaciuto. In questa condizione qui io non credo, anche visto il clima di liquidazione che esiste in queste ultime ore, non credo di dovermi intrattenere a nome del gruppo liberale più a lungo. Dichiaro che prendiamo atto che allo stesso modo come codesta Giunta ha rinviato ad altro momento e ad altro documento l'espressione di quelli che sono i suoi propositi in materia di rapporti etnici e di soluzione dei problemi altoatesini, — li ha rinviati alla presentazione del voto che ci ha preannunciato —, prendiamo atto che allo stesso modo questo altro problema

la Giunta l'ha rinviato al momento della presentazione di questo provvedimento straordinario eccezionale, che dovrebbe avere i caratteri della lotta anticongiunturale.

E allora anche noi, traendone le valutazioni di natura politica nei confronti della Giunta per questo duplice rinvio dei due problemi più importanti in questo momento nella vita della Regione, differiamo i nostri interventi e le nostre considerazioni nel momento in cui i due documenti saranno presentati.

Ecco, questo mi sembrava opportuno dire e richiamare ancora una volta se è possibile l'attenzione della Giunta, — e qui rispondo al signor Presidente che mi ha fatto nella sua replica un esplicito invito a chiarire il nostro pensiero —, richiamare la Giunta a un senso di realtà. Quando continuiamo a parlare di programmazione, noi liberali vi seguiamo fino al momento in cui la definite come l'avete definita nell'accordo interpartitico, uno strumento di lavoro. Vorrei dire quello che in termini di ricerche scientifiche, biologiche, psicologiche, si chiama una ipotesi di lavoro, noi accettiamo la programmazione come una ipotesi di lavoro, non crediamo alla programmazione come una ricetta capace di risolvere i problemi economici del momento.

Dal Presidente della Giunta, e io gliene sono grato, è stata la prima volta che è venuto — mi consenta di dirlo, ognuno ha anche un minimo orgoglio personale —, è venuto un riconoscimento di quella che è stata l'opera dell'allora Assessore liberale, che, ha detto il signor Presidente della Giunta, ci ha anzi aiutato, ci ha confortato nel sistema della programmazione come metodo di lavoro.

Sì, è vero signori, è vero, io credo che la mia parte politica abbia se non altro questo piccolissimo merito, per quei pochi mesi in cui è stata al governo della Regione, il picco-

lissimo merito di aver detto: signori, quando dobbiamo applicare delle leggi non dobbiamo applicarle così, a caso, come si presenta il caso e come si presentano le richieste, ma dobbiamo impiegarle razionalmente.

Io non ho badato allora se questa era la programmazione di un tipo, di un altro, se sarebbe sfociata nella pianificazione, se il centro-sinistra avrebbe fatta sua questa azione su questi temi od altro; mi sembrava una conseguenza modesta, normale, ragionevole, che qualsiasi uomo avrebbe dovuto trarre, nel momento in cui ha la responsabilità di applicare una legge, e si domanda se deve applicarla avendo una visione completa di tutti i problemi di applicazione che quella legge comporta, o se deve applicarla semplicemente perché c'è una richiesta, c'è una convenienza, c'è una opportunità, c'è anche una necessità. E noi abbiamo suggerito allora alla Giunta, e lo abbiamo poi realizzato con il benessere della Giunta, un primo studio, chiamatelo di programmazione, chiamatelo come volete voi, era però all'interno di questo spirito, cioè l'idea di un intervento razionalizzato e organizzato.

Il signor Presidente della Giunta ricorda che nel 1961 avvenne questa prima spinta, perché la Giunta mai prima l'aveva fatto, e dopo il mio tentativo di razionalizzazione di interventi nel settore delle aree industrializzabili c'è stato quello dell'Assessore Molignoni per quanto riguarda tutto il problema della assistenza e della previdenza sociale, c'è stato poi quello dell'indagine TEKNE in materia degli stabilimenti per la conservazione, la trasformazione dei prodotti agricoli; è seguito tutto quanto da quel momento lì. Non me ne voglio fare un vanto, devo dire sinceramente che è stato fatto con una estrema e completa ingenuità, quella di un uomo o di una parte politica che a un dato momento ragiona, senza pensare che poi di questo se ne sarebbe fatta

una bandiera, come è stata fatta dal centro-sinistra a Roma e anche qui.

Ma che cosa era la nostra intenzione in quel momento? La nostra intenzione in quel momento era quella di apprestare delle conoscenze che ci potessero consentire degli interventi più razionalizzati, più metodici, in una visione più generale. Oggi il signor Presidente si domanda come mai dalla parte liberale, che ha avuto questa iniziativa a suo tempo, vengono tante opposizioni alla programmazione. Non abbiamo opposizioni alla programmazione, credevo di averlo già detto. Quello che non crediamo è che la Regione abbia in mano gli strumenti sufficienti per fare una programmazione propria. Lei dice: ma ci siamo inseriti nella programmazione nazionale; verissima cosa, l'ho già detto anch'io, dobbiamo darne atto alla Giunta di aver ottenuto questo. Ma al di là di questa programmazione? Parliamoci con serietà, signor Presidente, e con sincerità tra di noi. Lei mi ha domandato dopo il mio intervento i motivi perché noi abbiamo questa posizione.

Signor Presidente guardi, sul credito noi non abbiamo che scarsissime possibilità di intervento, glielo ridico, perché mi pare che non le abbia sufficientemente raccolte quando ho parlato, forse perché io avevo dato un tono meno dichiarativo di quello che sto dando adesso. Sul credito non abbiamo che scarsa possibilità di intervento, abbiamo scarsa possibilità di intervento per determinare la raccolta e per determinare l'impiego del credito. Abbiamo scarsa possibilità di intervento in tutta quella che è la materia delle retribuzioni operaie, degli oneri di lavoro, della riconversione degli oneri indiretti di lavoro a carico dell'ente pubblico invece che a carico dei lavoratori, abbiamo una scarsissima possibilità di intervento per quanto riguarda la disponibilità fiscale, perché non si fa una programmazione se non c'è la possibilità

di agire su quello che è il tasto del prelievo fiscale. Abbiamo una scarsissima possibilità di intervento anche su quella che è la disponibilità e la dislocabilità della manodopera, non abbiamo la possibilità neanche all'interno, e vi è stato richiesto da questi banche decine di volte di indicare con una legge quelle che sono da considerarsi le zone depresse della Regione Trentino Alto Adige, in modo da poter intervenire in queste zone depresse piuttosto che nelle altre. Non abbiamo poi la disponibilità degli strumenti di legge.

Ecco da cosa deriva la nostra sfiducia, non nella programmazione, in quanto ragionamento di quello che si vuol fare nel futuro e del modo in cui si vorrà intervenire con i mezzi pubblici, e nella priorità degli interventi. La nostra sfiducia è non nei confronti della programmazione, ma nei confronti di quel significato che voi date alla programmazione, perché a volte, per mettervi al riparo da quelle che sono le critiche che provengono dai vostri ambienti, parlo della D.C., dite che la programmazione per voi è soltanto uno strumento di lavoro, ma poi però, per accedere a quello che è l'accordo con la parte socialista che sta in Giunta insieme a voi, date alla programmazione anche un significato più ampio e un significato più lato, che si avvicina addirittura alla programmazione coercitiva o addirittura alla pianificazione.

E allora diciamoci le cose con franchezza: questi poteri, per quanto la Giunta voglia operare, questi poteri non li ha. E per questo, guardate, noi stiamo perfettamente tranquilli e sereni. Della programmazione che verrà fatta in campo nazionale, per alcuni aspetti, per molti motivi possiamo essere preoccupati e cerchiamo di difenderci; della programmazione che verrà fatta in sede regionale noi la consideriamo soltanto come un terreno sul quale poter intervenire con quelli che sono i nostri consigli, se li volete accettare, e con quelle che sono le nostre

critiche costruttive.

Ecco signor Presidente, io ho finito il mio intervento in materia economica della Regione, rimettendo tutto quanto quello che avremmo voluto dire al momento in cui si presenterà questo documento, che caratterizzerà la politica economica di codesta Giunta; al momento in cui presenterà al Consiglio il provvedimento anticongiunturale.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il capitolo 158: approvato a maggioranza con 12 astensioni.

Sul cap. 164 la parola al cons. Posch.

POSCH (S.V.P.): Meine Damen und Herren! Die Kap. 163 und 164 sehen insgesamt 100 Millionen für Fremdenverkehrswerbung vor. Eine Fremdenverkehrswerbung muß sein und von dieser Werbung hängt praktisch der Erfolg ab. Und es muß hier anerkannt werden, daß der Regionalausschuß in den vergangenen Jahren gerade auf dem Gebiete der Veröffentlichungen, die für die Fremdenverkehrswerbung bestimmt waren, sehr viel getan hat: unter anderem die zuletzt erschienenen zwei Bücher über den Wein in der Region und « Die Dolomiten », zwei vom graphischen und publizistischen Standpunkt aus ausgezeichnete Werke. Nun möchte ich den zuständigen Herrn Assessor fragen: Wie wird diese Werbung durchgeführt? Nach welcher Methode, mit welchem System, auf welche Weise? Wird sie nach einem bestimmten Plan durchgeführt oder nur so eben wie es der Zufall ergibt und vor allem, an wen richtet sich diese Werbung? An welche Länder und in diesen Ländern an welche kompetenten Stellen? Ich frage das deswegen, weil ich letzthin von einem Augenzeugen gehört habe, daß ein schwarzer Elfhunderter der Region Trentino - Tiroler Etschland in einem Wintersportort in den Bayri-

schen Alpen mit einer Ladung von solchen Büchern über die « Dolomiten » aufgetaucht ist: Es waren zwei Herren dabei — offenbar Funktionäre der Region —, die bemüht waren mit diesen Büchern von Haus zu Haus oder von Ort zu Ort hausieren zu gehen. Es ist mir auch gesagt worden, daß diese beiden Leute kein Wort Deutsch verstanden und sich daher offenbar sehr schwer taten, um sich mit den Leuten draussen zu verständigen. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, daß diese Aktion zur planmäßigen Absetzung und zur geplanten Werbeaktion für den Fremdenverkehr gehört. Ich hätte daher gerne vom Herrn Assessor gehört, ob er von dieser Aktion etwas weiß und ob diese Werbung in seinem Sinne und in dem des Regionalausschusses erfolgt ist. Ich kann mir dies nicht vorstellen, weil sie mir etwas armselig und dilettantisch vorkommt.

(Signore e Signori! I cap. 163 e 164 prevedono in totale una somma di 100 milioni per la propaganda turistica: essa è indispensabile e da essa dipende praticamente il successo. Bisogna qui riconoscere che negli anni scorsi la Giunta regionale ha fatto molto proprio nel campo delle pubblicazioni destinate alla propaganda turistica: fra l'altro i due libri apparsi recentemente sui vini nella regione e « Le Dolomiti », pubblicazioni eccellenti tanto dal punto di vista grafico come da quello pubblicitario. Ora vorrei porre all'Assessore una domanda: come si realizza questa propaganda? Secondo che metodo o sistema, in che modo? La si applica seguendo un determinato programma o così casualmente e soprattutto a chi si indirizza tale propaganda? A quali Paesi ed in essi a quali uffici competenti? Pongo queste domande perché ho sentito di recente da un testimone oculare che una millecento nera della Regione Trentino Alto Adige è comparsa in un centro turistico invernale delle Alpi Ba-

varesi con un carico di questi libri sulle Dolomiti. La conducevano due signori, evidentemente funzionari della Regione, che si davano da fare andando di casa in casa o di paese in paese con questi libri. Mi è stato detto inoltre che questi due signori non capivano una parola di tedesco e che perciò evidentemente avevano grandi difficoltà ad intendersi con la gente del luogo.

Non riesco ad immaginare che tale azione rientri in una distribuzione sistematica ed in una propaganda turistica programmata. Vorrei perciò sapere dall'Assessore se egli sappia qualcosa di questa azione e se questa propaganda sia avvenuta secondo le sue intenzioni e quelle della Giunta: da parte mia non riesco ad immaginarlo perché mi sembra un po' misera e dilettantistica).

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Raffaelli.

RAFFAELLI (Assessore turismo, caccia e pesca - P.S.I.) : Desidero rispondere prima di tutto per registrare con soddisfazione un altro consenso a un determinato tipo di propaganda, che del resto non ho inventato io, che la Regione fa da anni; dico un altro perché da quando sono all'assessorato ho avuto modo di vedere quotidianamente come alcune delle pubblicazioni della Regione sono veramente apprezzate e direi efficaci. Fa particolarmente piacere sentire in Consiglio regionale, anche perché è necessario avere la prova, la prova che si ripeta ogni tanto, che questo tipo di propaganda è indovinato. Ha nominato due dei fondamentali testi, uno acquistato dall'assessorato al turismo, quello delle Dolomiti, perché lei sa che ce ne sono stati una serie, l'ultimo è quello delle Dolomiti centrali; quello del vino, che è bellissimo, come del resto quello della frutta, è stato curato dall'assessorato al commercio,

in funzione commerciale, ma non è escluso che espliciti anche una funzione indirettamente di richiamo turistico verso un paese che ha quelle belle pergole di uva, che ha quelle belle pere, quelle belle mele, che in altri paesi, specialmente molto a nord, non maturano.

Il piano di distribuzione per ogni pubblicazione. C'è un piano di distribuzione abbastanza razionale, per esempio tutte le pubblicazioni sulle Dolomiti, sulle «arrampicate» prima e sui «gruppi dolomitici» poi, sono state distribuite in questo modo: edizione italiana a tutte le guide alpine, ai portatori, ai rifugi alpini, ai sodalizi alpini, cioè ai gruppi del CAI e dell'Alpenverrein; all'estero, in Austria e in Germania agli alpenverrein, di ogni pubblicazione che esce si mandano inizialmente due copie a ciascuna sezione di Alpenverrein, austriaco o tedesco, di cui esistono gli indirizzi ormai da anni e vengono tenuti aggiornati, con la collaborazione delle centrali dell'Alpenverrein; due copie, una per la biblioteca del sodalizio e l'altra per il Presidente, con la richiesta della segnalazione delle persone alle quali singolarmente egli Presidente consiglia di mandare poi la copia. Così vengono spedite poi su indicazione. Ho avuto recentemente occasione di far fare il conto, approssimativo, delle pubblicazioni relative alle Dolomiti che la Regione ha inviato per il mondo da quando le ha iniziate, una dozzina di anni fa, e mi pare che siamo arrivati alla cifra di 150.000 circa, comprese le prime che erano molto più modeste, perché erano le «arrampicate celebri» e cioè erano dei fascicoli molto più ristretti.

In Francia, quando ci sono state edizioni tradotte in francese, si è proceduto con lo stesso criterio. Dalla Francia, per esempio dalla organizzazione centrale dei rocciatori, degli alpinisti francesi, mi è arrivata in questi giorni una lunga lettera, di ben due pagine, di elogio per l'ultima pubblicazione sulle Dolomiti cen-

trali, con la richiesta di notizie circa la nostra intenzione di tradurre o meno la pubblicazione in francese e, se lo faremo, se siamo disposti a mandarla come era stato fatto in anticipo.

Un'altra pubblicazione, ormai divenuta tradizionale e che attualmente è in via di ristampa, aggiornata, — e qui rispondo e ringrazio il collega Segnana, mi viene in mente adesso, che ci ha segnalato la necessità di un aggiornamento per le strade provinciali, e la tipografia editrice lo fa anche per le strade di Bolzano —, è l'autoturismo delle Dolomiti. Un dato è molto significativo, arrivano in assessorato dalle 50 alle 60 richieste individuali, da tutto il mondo, germanico specialmente, ma da tutta l'Europa centrale, cioè la gente che l'ha vista in mano all'amico, che ne ha sentito parlare, manda la cartolina o la lettera e a tutti costoro vien mandato nella rispettiva lingua. Esistono le edizioni italiana, francese, tedesca, inglese; ho recentemente incaricato un funzionario di fare un giro assieme al direttore della azienda autonoma di Trento in tutta l'Europa centrale, e di vedere le modalità per una traduzione in fiammingo e le modalità per una distribuzione in quelle zone. Penso che sarà indispensabile procedere, almeno per questa pubblicazione che è ormai collaudata e ha valore permanente, direi universale, penso che bisognerà arrivare alle traduzioni e alle edizioni in danese, in norvegese e in svedese, perché i turisti gradiscono di avere l'edizione nella propria lingua.

Uno dei tramiti è questo, l'altro è quello delle organizzazioni automobilistiche, è quello degli uffici viaggi e delle compagnie che ne facciano richiesta o che si impegnino comunque a una distribuzione razionale.

Una forma complementare di divulgazione di queste pubblicazioni è quella dell'omaggio in varie occasioni. Per esempio: dopodomani in Marmolada c'è un convegno nazionale

dei giornalisti sportivi; ci saranno presenti 50 o 60 giornalisti professionisti. Evidentemente un saluto potrà essere l'omaggio di una delle nostre pubblicazioni. Mandiamo le *Dolomiti* con il biglietto di benvenuto della Regione e sono sicuro che quelli lì se ne ricorderanno, se lo porteranno in giro, su 50 ne parleranno in tre sul proprio giornale, ma può darsi che siano anche più le occasioni per scriverne e soprattutto per parlarne con gli amici.

Recentemente al convegno degli scrittori di montagna tenuto a Trento, più modesto nel numero, abbiamo fatto omaggio di questa pubblicazione.

Sono stato a Parigi recentemente per un convegno di studi sui problemi giuridici degli sport invernali, regolazione delle piste, responsabilità ecc., e anche lì ne ho portate in valigia alcune copie, perché per me son diventate un viatico quando vado a rappresentare la Regione a qualche convegno, in Italia o fuori. Ne ho fatto omaggio al Presidente del convegno e poi ho detto: mandatemi l'indirizzo esatto di casa di tutti quelli che son qui presenti che ne manderò a tutti una copia, e sono stati direi entusiasti. Ecco una forma complementare di distribuzione qualificata.

Al convegno presieduto e organizzato dall'Assessore Fioreschy a Riva abbiamo fatto la stessa cosa con i pochi ospiti che c'erano, erano tutte persone di alta qualificazione nel mondo turistico. Colgo l'occasione per anticipare una notizia, che mi pare al Consiglio non sia stata data, forse è sfuggita e nella relazione del Presidente ci doveva essere l'accento. Stiamo allestendo una nuova pubblicazione come Regione, questo proprio come Regione nel senso che è commissionata, sulle terme di tutta la Regione. L'assessorato controlla il testo, le foto, ha già abbozzato gli estremi del contratto, quali devono essere le caratteristiche della pubblicazione e si è impegnato per un primo acquisto

di 10.000 copie in lingua italiana e tedesca, per ora. Il piano di distribuzione abbozzato, ma che verrà concretato prima della fine dell'anno, epoca per la quale è prevista la consegna, è questo: in primo luogo a tutti gli specialisti delle varie malattie che vengono curate nelle varie stazioni termali della Regione, in due copie, io penso, una per la biblioteca personale del medico, una per l'anticamera del medico, dove vicino alle solite riviste mensili arretrate di due o tre anni, come normalmente ci sono, gli ammalati di pelle, nervi, ecc. trovino anche una indicazione turistico-terapeutica. Uno vedrà che gli fa bene Levico, l'altro vedrà che gli fa bene Merano, se verrà al mondo l'azienda termale di Merano, e via dicendo. Poi c'è qualche iniziativa spontanea da parte delle case editrici, che naturalmente cercano di centrare l'interesse della Regione e ne fanno la pubblicazione.

Il volume delle *Dolomiti* del resto non è una pubblicazione fatta dalla Regione, è una pubblicazione fatta dalla libera iniziativa tipografica editoriale e acquistata dalla Regione, mentre l'*autoturismo* viceversa è una iniziativa acquisita dalla Regione, per la quale però stiamo vedendo una combinazione di questo tipo: la casa editrice sa di poterla esitare anche commercialmente perché ne ha richieste, ma non l'ha mai potuta vendere, se noi le diamo il diritto di venderla possiamo acquistarla a circa metà del prezzo pagato fin adesso. Io sono orientato, e la Giunta è di questo parere, di accettare così: noi diamo il permesso di stampare finché loro ci danno le copie a questo prezzo veramente ridottissimo, viceversa loro ce le danno a questo prezzo ridottissimo finché hanno diritto di stampare; se cambiano cambieremo anche noi. Quindi ci sarà per l'*autoturismo* una maggiore divulgazione dovuta anche alla spinta, la casa editrice fra il resto si è impegnata a mantenere un prezzo controllato,

un prezzo modesto sulle 500 lire, anche nella vendita all'estero. Quindi praticamente avremo un'altra forma di distribuzione.

L'episodio di cui ha parlato lei a me è assolutamente ignoto. Un funzionario dell'assessorato che, come lei sa, sa tutto come tutti i funzionari, e assai più dell'Assessore, mi ha detto che non ne ha mai sentito parlare. Quindi la cosa non ha alcun carattere di attendibilità, non vedo per quale motivo la Regione avrebbe dovuto imbarcare due personaggi, completamente digiuni di tedesco fra il resto, potendo anche disporre semmai di dipendenti bilingui, mandandoli come due salami a distribuire stentamente dei volumi. Guardi, chi sa cosa distribuivano quei due, le nostre *Dolomiti* no di sicuro o, comunque, non per iniziativa della Regione.

Del resto guardi, se lei crede che la cosa abbia tale carattere di fondatezza da meritare un'inchiesta, credo che potremmo cominciare con il controllare l'uscita dallo Stato delle macchine della Regione. Perché se lei mi dicesse che li hanno visti a Bolzano, mettere insieme una macchina della Regione che va a Bolzano e trovare quale sia, è difficile, ma macchine della Regione, targate «servizio della Regione» che vanno all'estero non ce ne sono molte e penso sia tutto registrato e controllabile. Se lei insiste nel dire che chi le ha dato l'informazione è degno assolutamente di fede vedremo, ma è al di fuori di ogni pensiero nostro andare a distribuire le pubblicazioni a mano.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'articolo 164: approvato a maggioranza con 10 astensioni.

Sul cap. 165 la parola al cons. Tanas.

TANAS (P.S.D.I.): Dirò subito al signor Presidente che non abuserò, come gli ho promesso, della parola che mi ha voluto con-

cedere. Ho preso la parola sul cap. 165, signor Assessore, perché riguarda un settore importantissimo affidato alle sue competenze, e faccio riferimento soprattutto a quello che è la voce ultima del cap. 165, che riguarda la produzione di documentari cinematografici. Non intendo parlare a lungo su quella che è l'efficacia della propaganda turistica, vorrei soltanto brevemente soffermarmi sulla importanza che oggi, e non solo da oggi, ma da qualche anno, ha la proiezione di documentari cinematografici fatti a scopo propagandistico.

Io mi permetto di ricordarle che sarebbe opportuno di non affidare a persone, non dico dilettanti, ma di non provate capacità in questo settore, la produzione di questi documentari. I fondi sono esigui, 40 milioni non sono sufficienti, d'altra parte non mi permetterei nell'attuale momento di chiedere uno stanziamento maggiore di questi fondi. Questo potrà avvenire, me l'auguro, nel prossimo bilancio. Soprattutto bisogna fare in modo che questi documentari cinematografici siano messi in circuito televisivo non solo italiano ma straniero.

Le agenzie-viaggio turistiche, molte delle quali operano nella nostra provincia, in modo particolare nell'alto Garda o nel basso Garda o nel basso Sarca, sono delle ottime propagandiste, naturalmente lo fanno anche nel loro interesse. E quindi ci si potrebbe anche appoggiare praticamente a queste agenzie-viaggio turistiche.

E dato che ho la parola, signor Assessore, mi permetto di fare anche un'altra raccomandazione: ho preso atto con piacere del suo proposito di affrontare un altro settore importante nel campo turistico in genere, il soccorso lacuale. Abbiamo visto che da anni con la legge regionale si stanziavano notevoli fondi per il soccorso alpino; undici milioni e mezzo sono già qualche cosa. Io penso che bisognerà affrontare e cercare di risolvere con una legge regionale

anche il problema del soccorso lacuale, il pericolo che rappresenta il lago, in genere l'acqua, non dico che sia pari a quello alpino, però dobbiamo constatare che nella nostra Regione così piena di laghi, molte sono le vittime, molti sono coloro che perdono la vita nell'acqua. E allora io penso che come per il soccorso alpino la Regione si è appoggiata a quella benemerita associazione che è la SAT e il CAI in genere, per il soccorso lacuale sarebbe opportuno appoggiarsi alle società veliche che, dal punto di vista organizzativo e dal punto di vista sportivo, sono già attrezzate, in modo da poterle attrezzare ulteriormente per questo particolare aspetto. Mi riferisco naturalmente solo ai laghi di maggiore importanza, come possono essere il lago di Caldonazzo, il lago di Caldaro e l'alto Garda.

Il proposito dell'Assessore lo accettiamo, però io mi permetto di suggerire di iniziare una fase sperimentale sin da ora, di fare un esperimento sin da questa stagione. La legge non potrà essere varata logicamente in pochissimo tempo, però sarebbe opportuno poter stanziare una determinata somma, anche una modesta somma, in modo da far sì che questo servizio sin dall'attuale stagione possa essere assicurato.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Raffaelli.

RAFFAELLI (Assessore turismo, caccia e pesca - P.S.I.) : Dunque, per il cinema vorrei osservare all'Assessore Tanas che forse è successo a voi quello che è successo altra volta a me e, che probabilmente succede a tutti, e cioè fin che non si vedono un po' da vicino e direi sotto l'aspetto scientifico, queste cose hanno una dimensione che poi viene ridotta notevolmente. Io ho qui sott'occhio una indagine fatta fare dall'assessorato in Germania, e di cui abbiamo avuto i risultati adesso. Fra le altre do-

mande poste al solito campionario di turisti effettivi e potenziali o, meglio, di ex turisti che hanno soggiornato in Italia, c'è l'indagine sul motivo per cui scelgono le vacanze, qual'è l'origine, la spinta che fa scegliere un luogo piuttosto che un altro. Il risultato: per gli articoli apparsi nei quotidiani 5% cioè ci sono 5 persone su 100 che da quel che leggono scelgono il posto; per le riviste periodiche 4%; per il film l'1%; per la televisione il 3%; per le conferenze l'1%; consigli a mezzo uffici o agenzie di viaggio 31%; consigli di amici, conoscenti e parenti 44%, e via discorrendo con altre percentuali e altri stimoli.

Questi dati direi che sono confermati, per quel che me ne ricordo, da un'indagine condotta contemporaneamente, ma i cui risultati sono stati raccolti e pubblicati qualche mese prima, dal dott. Pedrotti, ex dirigente del settore turismo e ancora funzionario della Regione, appassionato esperto in materia.

Anche lì la spinta di percentuale più alta, decisamente superiore a tutte le altre, è quella della indicazione verbale della persona nota, familiare, amico o persona comunque degna di fede.

Detto questo, devo aggiungere un altro motivo mio di scetticismo relativo all'utilizzo dei films. Io credo di sapere, se non è così desidero essere smentito e nessuno sarà più felice di me, che altre esperienze della Regione, sia nel settore turistico vero e proprio, sia in altri settori, come la caccia e la pesca, l'ultimo caso *Caccia e pesca nelle Dolomiti*, così come le esperienze della Provincia, sono servite a creare dei films, anche dignitosi, qualche volta belli, ma sono finiti negli archivi. Il film «Caccia e pesca nelle Dolomiti» che noi abbiamo visto l'anno scorso sul finire dell'ultima legislatura, e che poteva benissimo andare in giro come messaggero un po' delle nostre attrattive naturali e sportive, lo proiettiamo alle assemblee

dei cacciatori che ne hanno notizia e ogni tanto ce lo chiedono; ce l'ha chiesto Bressanone un paio di mesi fa e adesso mi hanno detto che c'è una richiesta da Verona. Il mettere in circuito una pellicola è uno dei problemi spinosi che io non sono riuscito assolutamente a risolvere, perché dopo aver pagato il film al regista, quello ci viene a chiedere la concessione o, meglio, la cessione degli introiti se egli riuscirà a fartelo mettere in circolo!

Quindi io sono molto scettico.

Sul servizio lacuale viceversa sono d'accordo nei termini richiesti dal collega Tanas, di vedere, in via sperimentale, già quest'anno.

Quindi non mi prenda alla lettera come d'accordo di dare o di finanziare, perché devo vedere anche se c'è la possibilità, ma sull'avviare l'esperimento e nello stesso tempo di dare una regolamentazione, se necessario, legislativa siamo perfettamente d'accordo.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il capitolo 165: approvato a maggioranza con 10 astensioni.

Sui cap. dal 172 al 178 ha la parola il cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Ich nehme zunächst zu Art. 172 Stellung. Ich kann mich noch ganz gut hinsichtlich der vorjährigen Bilanzdebatte — als ich über diesen Art. 172 sprach —, erinnern, daß mir gesagt wurde, das meiste sei für Projektierungen im Interesse der Region, d.h. der Regionalverwaltung selbst vorgesehen, einschließlich der Kollaudierung der Arbeiten, die die Region selbst durchführt. Ich habe schon damals darauf hingewiesen, daß es nicht richtig sei, ein solches Kapitel zu schaffen, um den Gemeinden Beiträge für Projektierungen zu geben: nicht etwa weil ich den Gemeinden diese Beiträge nicht geben möchte, — gerade im Gegenteil, ich bin sehr dafür, daß den Gemeinden geholfen wird. Aber ich muß

mich auf das Gesetz Nr. 17 vom 1. Juli 1963 berufen. In diesem Gesetz Nr. 17 steht unter Art. 6, daß auf Verlangen der Gemeinden die Projekte auch vom Technischen Amt der Region ausgearbeitet werden können. Weiter hinten im Art. 14 steht, daß die Aufgaben des Technischen Amtes der Region auf die Bauämter der Provinzen übertragen werden. Also sind diese Befugnisse delegiert worden. Und nun haben wir wieder dieses leidige Kapitel: Uns sind diese Befugnisse also delegiert worden, d.h. die Projekte im Interesse der Gemeinden und der Lokalkörperschaften zu erstellen. Eins ist sicher: Wir haben bereits mit der Durchführung des Gesetzes Ausgaben gehabt und können nicht eigene Techniker aufnehmen und bezahlen, um diese Projekte zu erstellen. Was wäre da eigentlich richtig gewesen? Daß die Region, um dieser Aufgabe nachkommen zu können, den Provinzen auch die nötigen Geldmittel zur Verfügung gestellt hätte. Diese Geldmittel wurden aber den Provinzen nicht zur Verfügung gestellt. Da wir nicht so viel eigenes Personal haben, um die Projekte für die Gemeinden zu erstellen, müssen wir also andere Techniker beauftragen. Das können wir uns aber auch nicht leisten, weil wir ja von der Region nicht eine Lire bekommen. Was tut man hingegen? Man schafft ein eigenes Kapitel in der Bilanz der Region. Dieses Kapitel umfaßt mehrere Dinge. Und wie ich vorhin sagte, ist 1964 behauptet worden, es würden beinahe alle Gelder für Kollaudierungen im Interesse der Region aufgehen, also für regionale Arbeiten und Projektierungen. Was geschieht nun? Ich werde vielleicht schon ein wenig lästig wirken, aber im Art. 172 sind 20 Millionen vorgesehen. Im Laufe des Jahres 1964 ist dieser Betrag durch die Entnahme aus dem Reservefonds erhöht worden. Insgesamt sind es 30 Millionen geworden. Von diesen 30 sind jedoch 2 Millio-

nen — genau nachgerechnet — dem Art. 148 ertnommen worden, auf welchem man auch Projektierungen vornehmen lassen kann. Und was ist denn da wiederum geschehen? Diese 30 Millionen, ich betone es, sind alle in der Provinz Trient ausgegeben worden, also nicht eine Lire für die Provinz Bozen. Sie fühlen sich irgendwie betroffen, Herr Kollege Salvadori, denn Sie waren ja der zuständige Assessor; Sie haben auch die anderen Gemeinden der Provinz Trient aufgefordert, Gesuche einzureichen, aber von der Provinz Bozen haben Sie niemanden aufgefordert, Gesuche einzureichen, das kann ich Ihnen heute sagen!

SALVADORI (D.C.): (*interrompe*).

DALSASS (S.V.P.): Ich sage Ihnen, von 30 Millionen ist alles in der Provinz Trient geblieben. Darüber regen Sie sich auf, aber ich nicht. Sie haben auch die anderen Gesuche provoziert! Sie hätten ja auch für die Provinz Bozen etwas tun können! Voriges Jahr wurde gesagt, daß diese Gelder hauptsächlich für die Kollaudierungen notwendig wären, hauptsächlich — aber nicht eine einzige Lira ist dafür ausgegeben worden, sondern alles nur für die Gemeinden. Ich habe ja das Verzeichnis hier. Ich habe nichts dagegen, daß man einen gleich hohen Posten auch für die Provinz Bozen findet. Ich habe ja heute vormittag bereits gesagt, man mußte ein wenig nachschauen und Kapitel für Kapitel in allen abgelaufenen Bilanzen kontrollieren, um festzustellen, wieviel Millionen bereits mehr zugunsten der Provinz Trient ausgeworfen wurden und indirekt also zum Nachteil der Provinz Bozen. Ich habe mir erlaubt, die Aufteilung der Gelder für diese Institutionen und Verbände bei Kap. 74 zu erwähnen. Es wurde auch von der Kollegin Gebert bezüglich Art. 73 über die Zuwendungen an die ECA usw. aufgeworfen. Aber immer wieder

kommen wir darauf, daß die Provinz Trient diese Gelder irgendwie kassiert oder verbraucht hat und nicht die Provinz Bozen, oder zumindest bei weitem nicht in diesem Ausmaße wie Trient. Das wäre das Kap. 172.

Nun das Kap. 178. Ich möchte vielleicht alles in einem Aufwaschen erledigen, damit dann Ruhe ist. Das Kap. 178 wurde seinerzeit geschaffen, weil es den Provinzen nicht möglich war für Vorbeugungsmaßnahmen zu intervenieren. Es war also nicht der Notstandsfonds, sondern etwas, was eigentlich noch vor dem Notstand kommt, d.h. Vorbeugungsmaßnahmen. Die Region hat sich entschlossen, dieses Kapitel einzusetzen. Ich muß diesbezüglich hervorheben: Ungefähr vor 2 Jahren hat die Gemeinde Leifers — Herr Präsident, Sie kennen ja den Fall — sich verzweifelt an die Region und an die Provinz und an alle Ämter mit dem Ersuchen gewandt, man möge ihr entgegenkommen, weil ein Fels herabzustürzen drohte. Die Region hat aber alles abgelehnt und nichts getan bis etwas herunterstürzte; dann haben wir als Provinz Bozen mit dem Notstandsfonds interveniert. Das war der Fall Leifers. Nun ist etwas Ähnliches in der Provinz Trient passiert. Da hat man ein Kapitel über 5 Millionen geschaffen. Es ist nicht viel, aber immerhin sind die 5 Millionen Lire zur Gänze in der Provinz Trient geblieben. Ich glaube nicht, daß es daher ungerecht wäre, einmal zu kontrollieren, wieviel Gelder aus diesen Kapiteln in der Provinz Trient geblieben und wie wenig eigentlich in die Provinz Bozen geflossen sind. Ich will nicht polemisch sein und ich möchte nur, daß im gegenseitigen Einvernehmen eine gerechte Verteilung angestrebt wird, — auch was die Vergangenheit betrifft. Und wenn schon von seiten des Ausschusses der gute Wille irgendwie bekanntgegeben wurde, den Südtirolern und auch der Provinz Bozen kein Unrecht zu tun, so kann

man hier den besten Beweis dafür liefern. Wenn der gute Wille vorhanden ist, dann möge man so, wie man es für die Vermögensinvestitionen in der Vergangenheit gemacht hat, es auch für die anderen Kapitel tun. Denn solche Kapitel könnte man noch und noch aufzählen. Ich habe nur die krassesten Fälle hergenommen. Deswegen bitte ich schon um Nachsicht, aber es mußte einmal gesagt werden.

Dann habe ich noch das Wort zu anderen Kapiteln verlangt. Ich möchte ein wenig über das Gesetz vom 25. November 1963 Nr. 31 sprechen. Mit diesem Gesetz wurde die technische Begutachtung auf die Provinzen delegiert; es wurden die technischen Organe und deren Zuständigkeit vorgesehen. Nun, wir waren damals selbstverständlich dafür und sind es auch heute noch, daß man diese Funktionen auf die Provinzen delegiert. Es ist vollkommen richtig. Bei der Verabschiedung dieses Gesetzes habe ich jedoch auch im Rahmen der gesetzgebenden Kommission auf eine andere Formulierung gepocht. Da wurde mir gesagt, es wäre eigentlich nicht notwendig, denn das Gesetz sei hinreichend klar und es müßte so interpretiert werden. Im vergangenen Jahr 1964 ist dann vorgekommen, daß einige Projekte, die nach meinem Dafürhalten vom Technischen Beirat der Provinz hätten begutachtet werden sollen, dem Technischen Beirat der Region unterbreitet wurden. Als ich mich dann in der Sitzung des Technischen Beirates der Region mit dem Bemerkens zu Wort meldete, daß dies Zuständigkeit der Provinzkomitees sei, wurde mir geantwortet, das Gesetz sei leider nicht so klar und der Rechnungshof verweigere die Registrierung bestimmter Beschlüsse, d.h. bei allen Gesetzen, für die keine Delegation vorgesehen ist, sofern das Gutachten des Technischen Beirates der Region nicht vorhanden sei. Damals im September

vorigen Jahres gab es eine im Technischen Beirat der Region etwas lebhaftere Auseinandersetzung mit dem zuständigen Assessor Salvadori und nachdem ich glaubte, recht zu haben, hatte ich auch eine Abschrift des damaligen Sitzungsprotokolles verlangt. Ich werde aber noch lange warten müssen, bis ich diese Abschrift bekomme. Vom Assessor Salvadori habe ich sie jedenfalls nicht bekommen. Das ist aber ganz belanglos, möchte ich doch nur auf etwas hinweisen. Ich hatte damals im Regionalrat recht, eine andere Formulierung zu verlangen. Mir wurde abgeraten und gesagt, es sei nicht notwendig und ich habe deshalb davon abgesehen. Nun möchte ich jedoch den Regionalausschuß und für ihn den zuständigen Assessor ersuchen, diese Lücke auszuwetzen, denn es war ja der Wille des Regionalausschusses — so wurde wenigstens hier im Regionalrat erklärt —, eine vollständige Delegation vorzunehmen. Daher ersuche ich den zuständigen Assessor, auch dieses Gesetz, wenn es notwendig ist, abändern zu lassen, damit auch auf diesem Gebiete volle Klarheit geschaffen wird.

Dann wollte ich noch auf ein Gesetz hinweisen. Es ist das Gesetz Nr. 19 vom 16. November 1956. Auf Grund desselben können die Provinzen Straßen der Gemeinden zur ordentlichen Instandhaltung übernehmen. Die Region hat also die Provinzen ermächtigt, solche Straßen zu übernehmen, um die Gemeinden zu entlasten und hat auch einen Beitrag hierfür festgesetzt. Es sind Lire 75.000 je Kilometer. Gleichzeitig ist die Pflicht vorgesehen, daß die Gemeinden einen Beitrag für die Instandhaltungsarbeiten leisten, der sich auf 20.000 bis 100.000 Lire belaufen soll. Nun möchte ich schon darauf hinweisen, daß die Instandhaltung dieser Gemeindestrassen viel, viel mehr kostet, daß sie wenigstens 3-400.000 Lire je Kilometer kostet. Die Region ist aber

immer noch bei den 75.000 Lire geblieben, also bei einem Beitrag, der kaum 20% der Kosten ausmacht. Es ist deshalb dringend notwendig, auch diesen Beitrag zu erhöhen. Denn, wenn man schon die Provinzen geradezu auffordert, diese Gemeindestrassen zur Entlastung der Gemeinden zu übernehmen, dann muß man sie auch in die Lage versetzen, diese Last zu tragen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß der Staat mit eigenem Gesetz vorgesehen hat, für die Instandhaltung der Provinzstraßen einen Beitrag von Lire 300.000 je Kilometer zu leisten. Dieses Gesetz liegt jetzt auch schon mehrere Jahre zurück. Ich glaube, daß auch die Region nun den Beitrag wesentlich erhöhen müßte, um nicht eine allzu große Belastung auf den Provinzen zu belassen. Außerdem möchte ich den Regionalausschuß ersuchen, dieses Gesetz, für das auf Kap. 174 die letzte Rate vorgesehen ist, im Haushalt 1965 zu refinanzieren. Denn die Provinzen haben zur Asphaltierung von Provinzstraßen noch dringenden und großen Bedarf. Für die Provinzen ist es, wie gesagt, eine große Hilfe gewesen, diese Beiträge in jährlichen Raten zu erhalten und somit wäre auch diesbezüglich eine Refinanzierung des Gesetzes notwendig.

Dann noch etwas Generelles über die Gesetze Nr. 17 und 3. Es sind die delegierten Gesetze über die öffentlichen Arbeiten. Ich habe mir schon in der Finanzkommission erlaubt, darauf hinzuweisen, daß man mit diesen Gesetzen nicht weiterkommt. In den ersten Jahren sind einige gute Fortschritte erzielt worden, weil man mehrere Milliarden sofort finanzieren konnte. Es ist dann leider zur Kreditsperre gekommen, so daß die Begünstigungen dieses Gesetzes herabgemindert worden sind. Aber immerhin war das Gesetz 17 ein gutes Gesetz und ist es auch noch. Nach Inkrafttreten desselben ist aber eine Unmenge

von Gesuchen eingereicht worden und heute, im Jahre 1965, also nach Genehmigung des heurigen Programmes für öffentliche Arbeiten, haben wir noch Gesuche auf Lager für 13-14 Milliarden Lire, die auf ihre Finanzierung warten. Es wird nicht möglich sein, alles auf einmal zu finanzieren, das verstehe ich. Die Region hat nicht diese Möglichkeit, aber es wird die Zeit kommen, daß auch dieses Gesetz Nr. 17 refinanziert werden muß. Denn für die kommenden Jahre 1966, 1967 und 1968 sind nur mehr insgesamt 70 Millionen an Zinsenbeiträgen für beide Provinzen vorgesehen, also 35 Millionen für Bozen und 35 Millionen für Trient. Was kann man daher mit 35 Millionen an Zinsenbeiträgen noch auszahlen? Einen ganz kleinen Betrag und nur eine ganz geringe Zahl von Gesuchen kann berücksichtigt werden. Also wäre es auch notwendig, an die Refinanzierung dieses Gesetzes zu denken. Dies nicht nur für die Provinz Bozen, sondern auch für die Provinz Trient, wie ich gehört habe. In der Provinz Trient dürften auch 14 oder 15 Milliarden Lire zu finanzieren verbleiben. Also ist die Lage in Trient und in Bozen dieselbe. Und irgendetwas wird man doch auch finden müssen, um auf diesem Sektor weiterzukommen.

Nachdem ich ja so manche Mängel aufgezeigt habe, muß ich zum Schluß noch an den Präsidenten der Region ein Dankeswort richten, weil er in seinem Bericht angekündigt hat, daß ein Gesetzentwurf in Ausarbeitung wäre, womit die Region einen zusätzlichen Zinsenbeitrag für bestimmte Straßenarbeiten vorsieht. Ich kann mir nur wünschen, daß dieser Gesetzentwurf baldigst in Kraft treten möge, denn die interessierten Gemeinden warten schon lange und hart darauf.

(Prenderò prima di tutto posizione sul l'articolo 172. Posso ricordare ancora benissimo che nel dibattito sul bilancio dello scorso

anno — allorché intervenni sull'art. 172 — mi è stato risposto che la maggior parte dei fondi era prevista per progetti nell'interesse della Regione, cioè dell'amministrazione regionale, compresi i collaudi dei lavori eseguiti dalla Regione stessa. Già allora ho accennato all'ingiustizia di creare un capitolo del genere allo scopo di assegnare ai comuni dei contributi per progettazioni: non perché io non voglia dare questi contributi ai comuni, al contrario sono favorevolissimo ad aiutarli, ma devo fare riferimento alla legge n. 17 del 1. luglio 1963, in cui l'art. 6 stabilisce che su richiesta dei comuni i progetti possono essere elaborati anche dall'Ufficio tecnico regionale dei lavori pubblici. Più avanti l'art. 14 sancisce che le funzioni dell'ufficio tecnico regionale sono trasferite agli uffici provinciali. Dunque tali funzioni sono state delegate. Ed ora abbiamo di nuovo questo dolente capitolo; le funzioni ci sono state delegate, cioè il compito di compilare i progetti nell'interesse dei comuni e degli enti locali, mentre una cosa è certa: con l'applicazione della legge abbiamo già avuto spese e non siamo in grado di assumere e pagare tecnici nostri per compilare i progetti. Che cosa sarebbe stato giusto dunque? Che la Regione avesse messo a disposizione delle Province i fondi necessari per adempiere a questo compito, fondi che le Province non hanno mai visto. Poiché non abbiamo personale sufficiente ad elaborare i progetti per i comuni, dobbiamo incaricare tecnici privati, e nemmeno questo possiamo permetterci perché la Regione non ci dà una lira. Che cosa si fa invece? Si istituisce un capitolo a sé nel bilancio della Regione, capitolo che comprende parecchie voci. Come ho detto poco fa, nel 1964 si è affermato che quasi tutti i fondi venivano spesi per i collaudi nell'interesse della Regione, dunque per lavori e progetti regionali. Che cosa succede ora? Forse sarò un po' pesante, ma all'art. 172 sono

previsti 20 milioni. Nel corso del 1964 tale importo è stato impinguato con un prelievo dal fondo di riserva che lo ha portato ad un totale di 30 milioni. Di questi 30 milioni 2 però, secondo calcoli esatti, sono stati prelevati dall'art. 148 che prevede anche progettazioni. Cosa è successo ancora? Questi 30 milioni, mi preme metterlo in rilievo, sono stati spesi tutti in provincia di Trento, dunque non una lira in provincia di Bolzano. Lei si sente chiamato in causa, collega Salvadori, perché era Lei l'Assessore competente; Lei ha esortato gli altri comuni della provincia di Trento a presentare delle domande ma in provincia di Bolzano non ha invitato nessuno a presentare domanda, questo posso dirglielo ora!)

SALVADORI: Interrompe.

DALSASS (S.V.P.): (Le dico che questi 30 milioni sono rimasti completamente in provincia di Trento. Lei ci si arrabbia ma io no. È stato Lei a provocare anche le altre domande! Lei avrebbe potuto fare qualcosa anche per la provincia di Bolzano! L'anno scorso si era detto che questi fondi erano necessari soprattutto per i collaudi, ma per questi non si è spesa una lira ed invece tutto è andato a favore dei comuni. Ho qui l'elenco. Non ho niente in contrario a che si reperisca un fondo altrettanto lauto anche per la provincia di Bolzano. Questa mattina ho già detto che si dovrebbe controllare un po' e verificare capitolo per capitolo tutti i bilanci passati per constatare quanti siano i milioni in più spesi a favore della provincia di Trento ed indirettamente dunque a sfavore della provincia di Bolzano. Mi sono permesso di citare la ripartizione dei fondi per le istituzioni ed associazioni al capitolo 74 ed anche la collega Gebert ha sollevato lo stesso problema per l'art. 73 sulle as-

segnazioni agli ECA ecc. Ogni volta constatiamo però che la provincia di Trento ha incassato od usato in qualche modo questi fondi e non la provincia di Bolzano, od almeno neanche lontanamente nella stessa misura di Trento. Questo sarebbe il cap. 172.

Ed ora al cap. 178. Vorrei sbrigare tutti gli argomenti insieme per non intervenire più. Il cap. 178 è stato a suo tempo istituito perché le Province non erano in grado di intervenire con misure preventive: non si trattava dunque di un fondo di emergenza ma di provvedimenti antecedenti all'emergenza, cioè appunto di misure preventive. La Regione ha deciso di introdurre questo capitolo. A questo proposito devo far notare il seguente fatto: circa due anni fa il comune di Laives si è rivolto alla Regione — Lei conosce il caso, Signor Presidente —, alle Province e a tutti gli uffici supplicando di venirgli incontro perché una roccia minacciava di precipitare. La Regione ha però respinto ogni richiesta e non si è mossa finché la roccia non è precipitata: allora è intervenuta la Provincia di Bolzano con il fondo di emergenza. Questo è stato il caso di Laives. Ora è successo qualcosa di simile in provincia di Trento. Si è istituito un capitolo con 5 milioni: non è molto ma i 5 milioni sono andati comunque del tutto in provincia di Trento. Non credo perciò che sarebbe un'ingiustizia verificare una volta per tutte quanto dei fondi di questi capitoli sia rimasto in provincia di Trento e quanto sia affluito in provincia di Bolzano. Non voglio essere polemico, vorrei soltanto che ci si accordasse su una giusta ripartizione anche per quanto riguarda il passato. Se poi già la Giunta regionale ha manifestata la sua buona volontà di non fare alcun torto ai sudtirolesi ed alla Provincia di Bolzano, questa è la migliore occasione per fornire le prove. Se la buona volontà esiste si proceda anche per gli altri ca-

pitoli nello stesso modo che per gli investimenti patrimoniali del passato. Infatti si potrebbe citare un elenco di capitoli e capitoli, io ho portato soltanto i casi più enormi. Chiedo indulgenza per questo ma prima o poi bisognava farne cenno.

Ho chiesto poi di intervenire su altri capitoli. Vorrei parlare brevemente sulla legge 25 novembre 1963, n. 31, la quale delega la espressione dei pareri tecnici alle Province; si sono previsti tanto gli organi tecnici quanto le loro competenze. Allora eravamo naturalmente favorevoli, e lo siamo ancora oggi, a che si delegassero tali funzioni alle Province. È verissimo. All'approvazione della legge ed anche nella commissione legislativa ho però insistito per una diversa formulazione. Allora mi è stato detto che ciò non era necessario perché la legge era chiara abbastanza e la si sarebbe dovuta interpretare in tal modo. L'anno scorso, nel 1964, è successo poi che alcuni progetti, che a mio avviso avrebbero dovuto essere sottoposti al giudizio del comitato tecnico provinciale, sono stati presentati al comitato tecnico della regione. Quando poi in una seduta del comitato tecnico regionale ho fatto osservare che la competenza sarebbe stata del comitato provinciale, mi è stato risposto che la legge non era purtroppo abbastanza chiara e che la Corte dei Conti rifiutava la registrazione di determinate delibere, cioè per tutte le leggi per cui non era prevista una delega, finché mancava il parere del comitato tecnico regionale. Nel settembre dell'anno scorso c'è stata nel comitato tecnico regionale una discussione piuttosto vivace con l'Assessore competente, dott. Salvadori, e poiché ero persuaso di aver ragione ho chiesto una copia del verbale di quella seduta. Dovrò però aspettare ancora molto prima di avere questa copia; dall'Assessore Salvadori non l'ho comunque ricevuta. Ma questo non è importante: vorrei soltanto richiamare l'attenzione su un fatto.

Allora in Consiglio regionale avevo dunque ragione di chiedere una formulazione diversa: mi hanno sconsigliato di farlo dicendo che non era necessario e perciò non ho insistito. Vorrei chiedere ora alla Giunta regionale e per lei all'Assessore competente di riempire questa lacuna, posto che era volontà della Giunta, o almeno lo si è dichiarato in Consiglio regionale, fare una delega completa. Chiedo perciò all'Assessore competente di far modificare, se necessario, la legge in parola perché tutto sia chiaro anche in questo campo.

Volevo poi accennare ad un'altra legge, la n. 19 del 16 novembre 1956, in base alla quale le Province possono assumere la manutenzione ordinaria di strade comunali. La Regione ha dunque autorizzato le Province all'assunzione di queste strade per sollevare i comuni ed a tal fine ha stabilito un contributo di 75.000 lire per chilometro; contemporaneamente è previsto per i comuni l'obbligo di pagare per i lavori di manutenzione un contributo che dovrebbe aggirarsi fra le 20.000 e le 100.000 lire. Vorrei far notare che la manutenzione di tali strade comunali richiede una spesa molto molto più alta, almeno 300-400.000 lire per chilometro. La Regione è rimasta però ancor sempre alle 75.000 lire, ad una somma che copre appena il 20% delle spese. È perciò assolutamente necessario aumentare tale contributo: se quasi si impone alle Province di assumere la manutenzione stradale per sollevare i comuni bisogna anche metterle in grado di sopportare l'onere derivante. In quest'occasione non vorrei tralasciare di accennare al fatto che lo Stato ha previsto con legge propria di stanziare un contributo di 300.000 lire per chilometro per la manutenzione delle strade provinciali, legge che ha ormai parecchi anni, e credo che ormai anche la Regione dovrebbe aumentare notevolmente il contributo per non caricare eccessiva-

mente le Province. Vorrei inoltre chiedere alla Giunta regionale di rifinanziare anche per il bilancio 1965 la legge in oggetto, per cui al cap. 174 è prevista l'ultima quota, poiché le Province hanno ancora urgenti e grandi necessità per l'asfaltatura delle strade provinciali. Per le Province, come ho detto, è stato un grande aiuto ricevere questi contributi in quote annuali e anche in relazione a ciò sarebbe necessario un rifinanziamento della legge.

Ancora qualcosa in generale sulle leggi n. 17 e n. 3. Si tratta delle leggi in delega sui lavori pubblici e già in commissione finanze mi sono permesso di far notare che con queste leggi non si va avanti. Nei primi anni si sono fatti buoni progressi perché sono stati possibili finanziamenti immediati per parecchi miliardi. Si è verificato poi purtroppo il blocco dei crediti e così i vantaggi della legge sono diminuiti. Comunque la legge 17 era una buona legge e lo è ancora: dopo la sua entrata in vigore è stata però presentata un'enorme quantità di domande ed oggi, nel 1965 cioè dopo l'approvazione dell'attuale programma per i lavori pubblici, abbiamo domande che aspettano un finanziamento per un totale di 13-14 miliardi. Capisco benissimo che non sarà possibile finanziarle tutte assieme. La Regione non ne ha le possibilità ma verrà il tempo in cui anche la legge n. 17 dovrà essere rifinanziata: per i prossimi anni 1966, 1967 e 1968 sono infatti previsti soltanto 70 milioni di contributi in conto interessi per entrambe le Province, dunque 35 milioni per Bolzano e 35 milioni per Trento. Che cosa si potrà mai pagare con 35 milioni di contributi in conto interessi? Il fondo è scarso e si potrà prendere in considerazione un numero molto ristretto di domande. Sarebbe necessario dunque pensare ad un rifinanziamento di questa legge, non soltanto per la Provincia di Bolzano ma anche per la Provincia di Trento, come ho sentito dire. Anche in quest'ultima Provincia

dovrebbero rimanere domande da finanziare per 14 o 15 miliardi di lire: la situazione a Trento e a Bolzano è dunque la stessa ed in questo settore sarà necessario trovare il modo di progredire.

Dopo aver indicato alcune carenze, per finire devo rivolgere un ringraziamento al Presidente della Regione perché egli ha annunciato nella sua relazione che si starebbe elaborando un disegno di legge con cui la Regione prevede un contributo in conto interessi aggiuntivo per determinate opere stradali. Posso soltanto augurarmi che tale disegno di legge entri in vigore al più presto perché i comuni interessati lo aspettano impazientemente da molto tempo).

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Pasqualin.

PASQUALIN (Assessore suppl. lavori pubblici e credito - D.C.): Desidero rispondere al cons. Dalsass, specificatamente per i capitoli che ha toccato, e precisamente per il cap. 172, poiché si lamenta che l'importo relativo stanziato in bilancio è stato speso esclusivamente per la provincia di Trento. Desidero dire, proprio perché è stato sollecitato in commissione delle finanze, di essermi particolarmente interessato a questo fatto e di aver visto che nessuno della provincia di Bolzano ha fatto domanda. Evidentemente la disposizione non era ancora conosciuta. Attualmente posso dire però, che attualmente ci sono numerose domande della provincia di Bolzano, che verranno tenute senz'altro in considerazione. Dobbiamo tener presente poi che durante l'anno scorso c'erano le richieste di contributi di nuove progettazioni, proprio perché data la congiuntura favorevole, tutti i comuni e gli enti erano portati anche a far progettazioni che non erano assolutamente necessarie.

Per il cap. 178 citava il problema di Lai-

ves. Questi 5 milioni, e sono solo 5 milioni, sono stati spesi su 48 milioni di preventivo per il comune di Molveno, che aveva un analogo caso e che probabilmente era abbastanza pericoloso, almeno quanto quello di Laives. Su 48 milioni ne sono stati dati poi 5, e mi pare abbastanza poco.

Assicuro senz'altro che chiarirò la portata della legge 31, relativa ai pareri tecnici e alle deleghe che sono state concesse secondo questa legge alla Provincia, vedremo di prendere contatti e di chiarire al più presto possibile questa situazione.

Per quanto riguarda la manutenzione ordinaria delle strade è vero, la Regione dà poco, ma ha i soldi che ha; anchè la Provincia di Trento ha sollecitato la revisione di questa quota. Le possibilità economiche della Regione, ripeto, sono quelle che sono, e quindi se avremo la possibilità sarà senz'altro nostra premura rivedere la legge, ma se le possibilità resteranno immutate non credo che la Giunta regionale potrà assumersi l'onere di poter aumentare la quota che viene già concessa.

Lo stesso si dica per la legge 17, per la legge 3 e per la 8 che hanno dato quel beneficio, sia in provincia di Bolzano che in provincia di Trento, per l'importo di 14 miliardi 700 milioni. Senz'altro per quanto riguarda la Regione, se le possibilità saranno favorevoli, sarà premura di stanziare altrettanto nel bilancio.

PRESIDENTE: Metto in votazione il capitolo 172: approvato a maggioranza con 12 astensioni.

Metto in votazione il cap. 173: approvato a maggioranza con 12 astensioni.

Metto in votazione il cap. 174: approvato a maggioranza con 12 astensioni.

Metto in votazione il cap. 175: approvato a maggioranza con 12 astensioni.

Metto in votazione il cap. 176: approvato a maggioranza con 17 astensioni.

Metto in votazione il cap. 177: approvato a maggioranza con 16 astensioni.

Metto in votazione il cap. 178: approvato a maggioranza con 12 astensioni.

Sul cap. 189 la parola al cons. Vinante.

VINANTE (P.S.I.): Malgrado le esortazioni dei colleghi, non posso su questo capitolo rinunciare alla parola.

Si tratta di sollevare e richiamare l'attenzione della Giunta regionale su un argomento di notevole importanza, e si tratta dei bilanci deficitari dei comuni. Ora, purtroppo dobbiamo dire che la situazione economica dei bilanci comunali, intesa come differenza fra le entrate e le spese ordinarie, va sempre più aggravandosi. E se si vuole analizzare quale era la situazione dieci anni fa e la situazione attuale, purtroppo si deve riscontrare un pauroso peggioramento, che deve richiamare l'attenzione degli amministratori, deve richiamare l'attenzione della Giunta regionale. Difatti, nel 1956 noi avevamo 30 comuni deficitari, nel 1965 abbiamo 80 comuni deficitari. Si tratta quindi di un raddoppio, anzi vorrei dire quasi di una triplicazione dei comuni. Qualcuno si chiederà: quali sono le cause, quali sono le ragioni di questo aggravio, di questo peggioramento delle situazioni finanziarie dei comuni. Le ragioni sono molteplici, e io cercherò poi brevemente di illustrarle.

Altro dato che deve essere posto alla base di analisi e di considerazione è che noi siamo partiti da una integrazione di bilancio di 40 milioni per arrivare a 100 milioni. Ma l'arrivo a una cifra così alta di integrazione non significa aver ottenuto una maggiore soddisfazione. (risate).

PRESIDENTE: Vogliamo parlare o no?

VINANTE (P.S.I.): Sì, se è consentito signor Presidente, perché se lei rivolge a me un rimprovero allora io lo rivolgo a lei che non sa mantenere il dovuto silenzio nell'aula. Domando scusa, signor Presidente.

Il crescente aggravamento della situazione si è manifestato soprattutto negli ultimi tre anni. E qui veramente abbiamo notato che nel campo dei comuni deficitari si sta arrivando a un punto di rottura. Gli amministratori comunali in via di massima si rendono conto della gravità e cercano di superare queste difficoltà sia attraverso un'amministrazione economica, sia attraverso l'applicazione tributaria nei confronti dei contribuenti. È proprio la situazione attuale che ha portato a questo aggravamento. Difatti nel 1956 noi avevamo un disavanzo economico di 53.612.000; siamo arrivati nel 1965 a 501.305.000. Si riscontra pertanto che questo sensibile peggioramento della situazione è avvenuto come ho detto prima, negli ultimi tre anni. Purtroppo questa situazione tende ad un notevole peggioramento.

Quali sono le cause? Le cause sono molteplici. Anzitutto l'aumento delle esigenze delle popolazioni, che chiedono ai comuni nuovi servizi e il miglioramento nella loro prestazione, insediamenti industriali, potenziamento turistico. Mi pare che non sia pretendere molto se si chiede di avere un incremento nella attività industriale e nel settore turistico, che sono fonti di vita.

Altro motivo di aggravamento è dato dall'aumento dei costi dei servizi medesimi; aumenta tutto, quindi anche di conseguenza aumenta anche il costo dei servizi.

L'aumento degli oneri del personale, altro argomento sul quale mi pare che non sia necessario dilungarsi. Abbiamo l'aumento nelle spese ordinarie, dovuto alla quota di ammortamento dei mutui, che sono stati accesi dalle am-

ministrazioni per creare le infrastrutture, per creare le esigenze a favore della popolazione.

Altro argomento è quello della crisi del legname, crisi che si è soprattutto manifestata in questi ultimi anni, che anche tuttora sussiste e che crea delle notevoli difficoltà finanziarie nei confronti dei comuni.

La crisi dell'agricoltura, altro argomento che ha portato inevitabilmente all'aumento del disagio nei confronti dei comuni. Devo riconoscere che in via di massima i comuni hanno dimostrato una sensibilità, impopolare anche, ma una sensibilità per portare il disavanzo del proprio bilancio a una situazione il meno disastrosa possibile, e così abbiamo avuto un incremento notevole di tributi finanziari nei confronti delle popolazioni. Voi sapete che nella stragrande maggioranza dei comuni questo non porta a delle sostanziali variazioni in aumento del bilancio, in quanto le condizioni di vita, soprattutto nei centri rurali, non è possibile portarle a limiti troppo alti.

Quindi l'aumento tributario è stato fatto, una delle condizioni *sine qua non* per avere la integrazione del bilancio sono le supercontribuzioni.

Anche il cittadino quindi è chiamato a sopportare nella forma più notevole possibile questo grande peso della situazione finanziaria. E abbiamo dovuto constatare anche che c'è una volontà di contenimento della spesa. Naturalmente anche questo contenimento della spesa ha un certo limite, perché non si può naturalmente sopprimere determinati servizi e determinate spese senza pregiudicare quella che è la vita civile e umana delle popolazioni.

Vi sono stati dei comuni che volontariamente hanno aderito alla creazione di consorzi per determinati servizi, consorzi per le ostetriche, consorzi medici, consorzi per custodi forestali. È questo uno degli argomenti sul quale dovremmo soffermarci. La Regione vorrà

indubbiamente cercare di accentuare questa forma di consorzi e soprattutto considerare l'opportunità di aggregazione dei comuni, perché molti comuni, date le spese generali di amministrazione degli impiegati, del segretario, degli applicati e del personale non riescono più a fronteggiare la situazione attraverso le entrate normali fiscali e le supercontribuzioni.

Le attuali situazioni dei bilanci non consentono più accensioni di mutui, perché tutto è stato quasi impegnato. Quindi che cosa rimane? Non rimane altro che l'integrazione di bilancio. Sarà una considerazione dolorosa, ricordo che ne aveva accennato anche, recentemente l'avv. Odorizzi. Non è certo questa la politica che porta le amministrazioni comunali ad un'autonomia finanziaria, ma, signori miei, ci siamo incamminati 12-14 anni fa sulla strada del finanziamento di determinati comuni deficitari, e soprattutto i grossi, mentre i comuni piccoli rinunciavano a crearsi quelle forme di vita civile, pur mantenendosi nell'ambito di una amministrazione oculata, parsimoniosa, e così logicamente si sono portati sullo stesso piano di civiltà di tutte le altre popolazioni dei centri grossi, gli amministratori si sono dati da fare per creare quelle infrastrutture necessarie che han dato un'impronta di maggiore progresso anche nei piccoli comuni.

Ripeto, qual'è l'unica soluzione? L'unica soluzione che ci rimane è l'integrazione di bilancio.

Ora, signori della Giunta, vorrei sentire da voi come intendete risolvere questo problema. Lo stanziamento è eguale dell'anno scorso, e noi abbiamo avuto un aumento quasi raddoppiato delle deficienze finanziarie dei comuni; i comuni deficitari sono aumentati in numero e sono aumentati anche nell'entità delle loro deficienze finanziarie.

Con lo stanziamento dello scorso anno non si riesce assolutamente a portare un po' di

ossigeno, a dare un certo senso di fiducia a questi comuni. Ecco perché in questo momento io mi sento costretto a rivolgere alla Giunta regionale una precisa richiesta: cosa intende fare la Giunta in questo settore.

Io mi sono fatto parte diligente scrivendo all'assessorato competente, scrivendo alla Giunta, richiamandone il senso di responsabilità e di gravità della situazione. La Giunta deve dirci in forma chiara, in forma precisa, se intende intervenire in questo campo con ulteriori finanziamenti, attraverso variazioni di bilancio, e con che forza intende intervenire. Questo soprattutto per facilitare il compito che hanno le singole Giunte provinciali di integrare questi bilanci, per avere un orientamento sul modo come affrontare questo lavoro, lavoro duro, pesante, faticoso.

Quindi chiedo al signor Assessore competente che voglia in questo momento precisare qual'è l'orientamento della Giunta, non con delle vaghe promesse ma possibilmente con degli impegni, per avere noi un orientamento il più preciso possibile.

PRESIDENTE: La parola al cons. Giuliani.

GIULIANI (D.C.): Dirò poco, per completare quello che ha detto il collega Vinante, anche se personalmente non sono convinto che il problema dei comuni si possa risolvere solo con l'integrazione dei bilanci. Non possiamo assolutamente parlare di autonomia di comuni fino a quando essi non avranno raggiunta l'autonomia finanziaria. Vorrei pregare l'Assessore di farsi portavoce, magari in sede ministeriale, in relazione anche alla nuova legge sulla finanza locale, per ribadire alcuni principi e per eliminare alcune strane anomalie. Ogni qualvolta si toglie un cespite di entrata ai comuni lo si sostituisca immediatamente con la stessa legge e si tenga presente che di un'imposta non è

solo il gettito immediato che viene a mancare, ma pure l'incremento futuro, imposta su tasse e insegne. È poi assurdo che comuni ed enti di beneficenza paghino imposte su edifici di uso pubblico, asili, scuole, case comunali, e che i comuni stessi sostengano spese per servizi che sono di stretta competenza dello Stato. Pure certi oneri di carattere sociale dovrebbero essere rivisti. Non è logico che ricada sulle comunità minori ciò che oggi dovrebbe essere impegno dello Stato, tanto più che la mobilità della popolazione è notevole un po' dovunque, non solo nei grossi centri industriali.

In sede legislativa locale poi il tempo può essere maturo per riesaminare le circoscrizioni comunali, il problema delle amministrazioni separate; se non erro, in sede provinciale una decina d'anni fa se ne era parlato e c'era una certa proposta di legge Albertini, se la memoria non mi tradisce, per l'unificazione di servizi.

Si innesta qui allora il discorso di comprensori entro i quali sarebbe opportuno provvedere fin d'ora una organizzazione omogenea e coordinata dei vari enti. Non sto a sviluppare questo argomento, ho portato qui solo alcuni concetti che eventualmente, in collaborazione con l'Assessore, si potrebbero approfondire.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Fronza.

FRONZA (Assessore enti locali - D.C.): Il pensiero della Giunta sui comuni deficitari è stato fatto presente ai consiglieri attraverso alcune affermazioni contenute nella relazione del Presidente della Giunta regionale, ma soprattutto in quel promemoria che è stato distribuito e che approfondisce questo argomento e che porta dei dettagli notevoli circa l'andamento dei comuni deficitari dal 1956 al 1964, anche sullo sviluppo del fenomeno, sia per

quanto riguarda i disavanzi economici, sia per quanto riguarda i disavanzi di carattere finanziario dovuti a mutui, sia per quanto riguarda le supercontribuzioni.

Non sto quindi a ripetere i concetti che sono lì esposti; i dati lì esposti possono essere visti, meditati, e in quel promemoria sono già prospettate delle conclusioni. Il mio assessorato ha intenzione di eleggere una commissione di studio per approfondire il tema della finanza locale. Bisogna tener presente che il tema della finanza locale non è solo di competenza regionale, la Regione può fare ben poco a questo riguardo, ma è soprattutto compito dello Stato e sappiamo che il tema della finanza locale, il tema dei comuni deficitari è sentito in tutti gli altri comuni d'Italia. A Roma quando l'ho prospettato in sede di ministero delle finanze mi è stato risposto così: voi siete molto bravi a contenere i vostri deficit, perché se si legge il bilancio di qualche comune grosso, del centro o del meridione d'Italia, ci si spaventa addirittura. Naturalmente non per questo disarmiamo, ma insisteremo su questi argomenti.

L'impressione che io ho e che è contenuta anche in quel promemoria è questa: dal 1956 al 1964 abbiamo visto per i comuni più servizi, più oneri e meno entrate. Al parlamento si sono portate diverse leggi che hanno abolito delle entrate, che hanno abolito per esempio il dazio sul vino, ma ciò non ha portato a dei corrispettivi notevoli. Anche la recente interpretazione data dal ministero delle finanze per quanto riguarda il corrispettivo della imposta sul vino, che limita solo questo corrispettivo ai comuni che avevano le imposte al massimo, ha privato di un'entrata molti dei nostri comuni.

Certamente quindi il tema è molto importante, e la situazione nei nostri comuni si presenta gravosa. Quei dati che sono esposti in quel promemoria e nella relazione dell'assessorato lo dimostrano.

Qual'è l'intenzione della Giunta, chiede il cons. Vinante. Vorrei farle presente che nessun Assessore ha trovato in sede di questo bilancio adesione o accettazione delle proposte che sono state fatte, tutti gli Assessori sono stati invitati a presentarle in occasione della prima variazione di bilancio, che dovrà essere approvata dalla Giunta nel prossimo mese di giugno. L'insistenza da parte mia era particolarmente pressante, poiché dobbiamo mettere in condizione le Giunte provinciali di approvare presto i bilanci anche dei comuni e soprattutto quelli dei comuni deficitari, affinché non ci sia troppo ritardo.

La richiesta dell'assessorato è stata di portare quel fondo da 190 a 400 milioni, ma come tutti gli Assessori il sottoscritto ha presentato la sua richiesta e la Giunta la esaminerà collegialmente, facendo un piano di priorità. Vorrei dire che negli ultimi anni c'è stato un aumento del fondo a disposizione; per esempio abbiamo visto che dal 1962 al 1963 si sono avuti 40 milioni di aumento, dal 1963 al 1964 50 milioni di aumento. Certamente anche dal 1964 al 1965 ci dovrà essere un aumento e il sottoscritto si batterà in sede di Giunta regionale per avere il massimo aumento possibile per poter aiutare naturalmente le Giunte provinciali e i comuni. Naturalmente che la Giunta regionale può fare i conti con i mezzi che ha, e naturalmente se non vi sono mezzi finanziari non possono essere accettate le richieste o possono essere accettate secondo le possibilità. Il tema comunque dei comuni deficitari è all'esame e non solo si risolve con i contributi integrativi ma si dovrà risolvere in altro modo, si dovrà risolvere anche col problema di consorzio i servizi, col problema di unificare forse determinati comuni, di aggregare diversi piccoli comuni che hanno dimostrato di non avere più possibilità di vita, tanto che qualche comune ha le entrate ordinarie che non sono nem-

meno sufficienti per coprire il 40% delle spese ordinarie.

La politica che è stata fatta di autonomia comunale e di costituzione di nuovi comuni dal 1951 al 1964, e che ha portato l'aumento di un centinaio di comuni, certamente dovrà essere rivista per arrivare a delle unificazioni.

In questo settore, sia per quanto riguarda i servizi, sia per quanto riguarda le aggregazioni, e naturalmente le integrazioni, sarà fatto il possibile per dare qualche cosa di più, sempre tenendo conto dei mezzi a disposizione.

PRESIDENTE: Metto in votazione il capitolo 189: approvato a maggioranza.

La parola alla dott. Perazzolli sul cap. 192.

PERAZZOLLI (D.C.): Le chiare e precise dichiarazioni programmatiche del sign. Presidente sul settore della Previdenza sociale e sanità ci offrono un motivo di riflessione e di una impostazione molto seria, a largo respiro, attese dalla nostra società per quanto riguarda la sicurezza sociale.

È su questo tema che io desidero esporre alcune idee ed eventualmente avanzare qualche proposta, perché è un tema che per diversi anni ha rappresentato motivo di studio da parte delle Giunte Regionali delle precedenti legislature, nel quadro di una fervida collaborazione, come dice il sign. Presidente nella sua relazione con le altre Regioni a Statuto speciale.

È quindi una solida piattaforma di studio, di idee, che la Regione ha costruita negli anni trascorsi, ma anche da un programma di interventi già compiuti e che ora la Giunta intende proseguire, ampliare nel quadro delle proprie competenze statutarie e in quello delle proprie possibilità finanziarie. Giustamente il sign. Presidente dice che la meta della sicurezza sociale non può essere raggiunta nella nostra Regione con le sole forze delle Amministrazioni che nel-

la Regione stessa operano, proprio come già dissi per la limitatezza delle competenze legislative e dei mezzi finanziari.

Ma la Regione non può e non vuole disattendere anche il momento particolare nel quale si parla di una programmazione nazionale, che per la prima volta traccia un preciso piano anche nel settore sanitario, previdenziale e assistenziale.

Sarà compito nostro quello di creare le premesse e l'humus sul quale il piano nazionale possa inserirsi. Interessante sarebbe poter intervenire su tutto il cerchio di una sicurezza sociale, ma la Giunta realisticamente ha fatto una graduatoria di priorità nello accordo interpartitico, dal quale dovrà stralciare quegli interventi che nei quattro anni della legislatura saranno realizzabili. Su questo ha già detto il collega Mattivi; io vorrei solo ribadire la necessità, direi immediata della creazione del comitato regionale per la sicurezza sociale, per ora con funzioni consultive, nel quale comitato siano rappresentate tutte le forze operanti nel settore, dalla sanità alla previdenza all'assistenza, con il compito specifico di regolamentare e coordinare, per quanto è possibile, tutta la vasta materia, suggerendo le misure più immediate da prendere, sia nel campo della mutualità, perfezionando gli strumenti assicurativi; sia nel campo dell'assistenza, allargando lo intervento regionale ai settori meno coperti, sia nel campo della sanità per suggerire quelle misure che sono veramente necessarie per un migliore sviluppo dell'assistenza malattia, ospedali, condotte mediche, ostetriche, veterinarie, farmacie e unità sanitarie.

A proposito di queste ultime e cioè delle unità sanitarie desidererei spendere una parola particolare, in quanto la loro creazione è ormai sentita. Infatti i medici condotti non sono più in grado di affrontare il complesso servizio richiesto per la cura della popolazione a loro

affidata: le unità sanitarie potrebbero nello stesso tempo far fronte a quelle necessità di carattere igienico richieste dai singoli comuni (vedi compiti dell'ufficiale sanitario). L'unità sanitaria infine dovrebbe prevedere il coordinamento del servizio ostetrico, una migliore distribuzione delle farmacie e dovrebbe essere completato da un servizio di assistenza sociale col compito di rilevare i problemi igienico-sanitari e sociali delle comunità.

Nelle unità sanitarie dovrebbero pure funzionare, inseriti dai rispettivi consorzi, i centri per le malattie sociali, tra i quali le poliambulanze scolastiche, i settori di igiene mentale, i centri per la lotta contro i tumori e i dispensari antitubercolari.

In merito a questi ultimi e cioè ai consorzi per la lotta contro la tubercolosi devo fare un cenno particolare.

Essi sono stati istituiti nelle provincie obbligatoriamente con la legge del 1927 e di essi fanno parte le Provincie, i Comuni, nonché gli Enti pubblici che, in tutto o in parte, svolgono nella Provincia azione antitubercolare.

I compiti dei Consorzi sono previsti dagli articoli 269 e seguenti del T.U. delle leggi sanitarie e comprendono due rami: la profilassi e l'assistenza. Per espletare tali attività in continuo sviluppo e per fronteggiare i conseguenti oneri, in continuo aumento, i Consorzi si fondano su due principali e pressoché esclusive fonti d'entrata: il contributo dello Stato e il contributo delle Provincie e dei Comuni. Il contributo di questi ultimi, stabilito in Lire 120 per abitante nel 1950 è successivamente aumentato a Lire 135 nel 1954, a Lire 150 nel 1955, a Lire 170 nel 1958 e a Lire 235 nel 1963, mentre il contributo dello Stato, fissato in Lire 59.000.000 — nel 1954 per la Provincia di Trento si è mantenuto uguale fino al 1963 ed è stato elevato di soli 5 milioni e mezzo nel 1964. L'onere per rette ospedaliere

è aumentato progressivamente nel tempo, non tanto per i maggiori ricoveri di persone affette da t.b.c., che anzi le presenze sono leggermente in diminuzione quanto per il continuo sensibile aumento delle rette praticate dagli ospedali.

Poche cifre bastano a dare la misura del fenomeno: anno 1946 — presenze ospedaliere 42.283 in Provincia di Trento, con una spesa di Lire 12.678.000.

Nel 1964: 76.500 presenze con una spesa di Lire 183.800.000.

Per fronteggiare parzialmente tali crescenti oneri ospedalieri, che negli anni 1963-64 hanno rappresentato più del 70% delle uscite, sono state progressivamente contratte le spese inerenti ai servizi di profilassi e da tempo sono stati bloccati gli acquisti e i rinnovi dei mezzi strumentali.

Con effetto 1. gennaio 1965 le amministrazioni ospedaliere hanno aumentato ulteriormente la misura della retta giornaliera di degenza ed ecco perché la gestione di questo nuovo anno si presenterà oltremodo difficile, in quanto il contributo a carico degli Enti locali consorziati non è suscettibile di ulteriori aumenti e di ben poco potrà aumentare il contributo dello Stato. Indubbiamente l'assistenza ai tubercolotici non si ritiene possa essere oggetto di provvedimenti restrittivi, portatori di conseguenze sociali negative, gravi ed irreparabili. Anzi è necessario mettere i Consorzi nella possibilità di:

1) poter attuare una larga azione profilattica e preventiva, dando uno sviluppo maggiore e più estensivo alla attività dispensariale e schermografica;

2) poter assistere convenientemente qualsiasi cittadino colpito da una forma attiva di tubercolosi;

3) poter far sorgere centri diagnostici per la rilevazione di tutta la patologia del torace.

Ecco perché i consorzi antitubercolari si appellano alla Regione, sempre sensibile ai problemi umani e sociali, sono certa che la Regione vorrà intervenire in forza di una legge che lo Assessorato competente predisporrà.

È vero che, realizzandosi nelle unità sanitarie locali una intima connessione fra medicina preventiva e medicina curativa, alla Regione nostra dovrebbero venire attribuite, accanto alle competenze in materia di assistenza sanitaria ed ospedaliera anche le competenze relative all'igiene e profilassi e ciò o attraverso una delega ad hoc o mediante modifica della norma statutaria. Questo anche per dar modo alla Regione di operare proficuamente ai fini della realizzazione del nuovo ordinamento sanitario.

Più concreta invece fin d'ora la prospettiva di inserimento del programma regionale in quello nazionale, in ordine al tema degli ospedali.

A tale riguardo è da ricordare che con la legge regionale 11 giugno 1959, n. 7 è stato disposto il potenziamento della rete ospedaliera regionale, secondo un piano che tenesse conto dei dati economici e sociali e non di divisioni a metà che certo non avrebbe senso, secondo principi che precorrono sostanzialmente quelli programmati dallo Stato.

Tutti conoscono gli interventi già fatti dalla Regione o in via di attuazione per gli Ospedali nuovi di Trento, di Bolzano di Caldaro, di Bressanone e di Silandro e per l'ampliamento di quelli di Rovereto e di Merano. Sono interventi assai massicci non ancora completi è vero, resta infatti la difficoltà di reperire i finanziamenti per completare la realizzazione di questo piano regionale, e per far fronte ad altre necessità soprattutto nel settore delle istituzioni per l'assistenza dei malati a lunga degenza.

Completata quella rete prevista e già

in attuazione, si avrà una situazione pressoché normale, che raggiungerà cioè i sei posti letto per malati acuti per ogni mille abitanti della regione e che ci porrà in una posizione di avanguardia nella graduatoria fra le regioni italiane. (attualmente siamo a 4,5 posti letto regionalmente, a 5,1 per Trento e 3,8 per Bolzano).

È uno stanziamento notevole di 3 miliardi e mezzo circa che verrà poi ampliato per il sollecito compimento degli ospedali dianzi ricordati.

È vero, però, ed è stato altre volte sottolineato che le condizioni geografiche ambientali e climatiche delle due Province di Trento e Bolzano comportano esigenze particolari in confronto alle altre regioni, che si traducono nella necessità di un maggior numero di ospedali e di un maggior numero di posti letto per ogni mille abitanti: è vero anche che il moderno sistema assicurativo, come diceva la collega Gebert, affolla sempre più gli ospedali, per cui si può dire che appena finiti — vedi quello di Silandro — si rilevano insufficienti, ma qui la Regione sta studiando un piano organico ospedaliero che sia strutturato in modo che non vi siano competenze superflue o carenti nei singoli ospedali e che la rete ospedaliera sia concretizzata sul tipo del sistema satellite, dove al centro esiste l'ospedale ad alta specializzazione, con tutte le competenze, mentre alla periferia l'attività ospedaliera diventa più generica.

Altro problema sentito, è quello di metter mano all'ordinamento interno degli ospedali, che si avvalgono ancora di leggi decisamente vecchie e superate, quelle cioè del 1890 e 1938.

Non è questo il momento di scendere a dettagli, che una opportuna ed attesa riforma dovrà fissare, ma è chiaro che avendo la Regione competenza primaria nel campo ospedaliero, potrà sollecitamente anticipare dei prov-

vedimenti che da tempo si attendono in campo nazionale: sarà per es. possibile nella nostra regione definire la figura giuridica del medico ospedaliero, che da troppi anni attende una sistemazione e che è fonte di continui malcontenti, mi riferisco ai frequenti scioperi di quella categoria.

Altro tema interessante sarà quello della collaborazione fra mutue e ospedali, così difficile da realizzare, nonchè la determinazione dei criteri per definire le rette ospedaliere e per la soluzione delle vertenze che frequentemente sorgono fra le due istituzioni che teoricamente dovrebbero collaborare, ma che in realtà sono spesso l'uno contro l'altra armate.

Altro punto importante per l'aspetto sociale delle dichiarazioni programmatiche, già accennato dall'Assessore competente, è quello concernente l'assistenza agli anziani nelle case di riposo, in particolare l'assistenza sanitaria nei ricoveri aventi un numero notevole di ospiti e il potenziamento della rete delle case di riposo, in modo da rispondere più adeguatamente alle nuove esigenze.

Sono obiettivi di una nobile e vasta portata sociale, che fanno onore ad una amministrazione regionale qual'è la nostra, la quale non ha mai ignorato il grave problema dell'anziano, ma che ora intende intervenire partendo da un'indagine precisa e da un piano programmatico che non disperda le forze e i mezzi a disposizione.

Qual'è la situazione attuale delle Case di riposo?

Provincia di Trento: 40 case di riposo con 2524 posti letto il 6,15‰.

Provincia di Bolzano: 62 Case di riposo con 2069 posti letto pari a 5,66 per mille.

La regione è intervenuta dal 1959 al 1964 con 328 milioni per Trento e 374 milioni per Bolzano: i primi interventi resisi necessari fu-

rono attuati per servizi igienico-sanitari, per sostituire vecchie stufe di riscaldamento, per riattare vecchi edifici, per riparazioni le più urgenti, per rinnovo arredamenti ed effetti lettercci, per impianti di cucine e lavanderie.

Sono case per la maggior parte amministrate dagli ECA, qualcuna dai Comuni proprietari dell'edificio stesso, le altre sono fondazioni od opere pie con propria amministrazione autonoma.

Gli anziani aumentano, diceva giustamente la collega Geber, infatti le città crescono in dimensione e l'anziano soffre in quanto non abituato al vivere in città, dove si sente isolato e costretto in un mondo diverso dal suo; diminuisce il tasso di mortalità infantile, il che provoca un aumento dell'età senile, la vita media dell'uomo in questo ultimo cinquantennio s'è infatti notevolmente allungata, anche per i continui progressi fatti dalla medicina, le famiglie giovani che si sono inurbate, mal sopportano spesso la presenza dell'anziano, spesse volte anche per mancanza di posto, o perché lavorano ambedue i coniugi; per queste ed altre ragioni la massa delle persone anziane si fa sempre più massiccia.

C'è quindi ancora molto da fare, ma non tanto direi per le case di riposo vere e proprie, dove trovano ospitalità gli anziani sani che non sono in grado o non desiderano vivere da soli, quanto piuttosto per case di cura per lunghe degenze, quelle che dovrebbero costituire una versione molto moderna e realmente efficiente dei vecchi cronici.

Nella ultima casa di riposo sorta a Trento, capace di 260 posti e aperta nel 1960, il numero degli ospiti ammalati è continuamente salito: da una percentuale iniziale del 28% si è passati al 33% nel 1961, al 38% nel 1962 al 47% nel 1963 e al 52% alla fine del 1964.

Da ciò è facile intuire che sono conseguentemente aumentate le spese per assistenza

medico-sanitaria.

Il problema è grosso e preoccupante e c'è come dissi — ancora molto da fare — ma seguendo un piano di interventi sempre in aggiornamento, molto si potrà fare se vi sarà la massima collaborazione di tutti gli Enti interessati: ECA, amministrazioni di Opere Pie, e le due Giunte provinciali, le quali nel proprio ambito territoriale potranno aiutare gli enti minori a ben amministrarsi e ad iniziare una collaborazione fra tutti gli Enti pubblici interessati al problema.

La sopravvivenza di certe case di riposo infatti non si giustifica più, sia per l'aspetto edilizio, sia per la gestione per nulla economica che in ultima analisi si risolve in un poco di buono trattamento dell'ospite.

È un problema di ridimensionamento, di superamento di certe mentalità troppo meschine e inadeguate ai nuovi tempi, ma non è pensabile né si può chiedere alla Regione un'azione isolata per il raggiungimento di un bene sociale di tale portata.

Saranno necessari degli incontri e dei colloqui a tutti i livelli, perché il problema non rimanga insoluto o non sia uno sforzo di singole persone o enti, ma investa e unisca la responsabilità degli amministratori tutti, degli Enti pubblici che hanno nelle loro finalità anche il raggiungimento di mete sociali ed assistenziali.

Mi sia consentita un'ultima parola sul provvedimento regionale inteso ad assicurare un assegno mensile a tutti i minorati fisici e psichici assolutamente e permanentemente inabili a proficuo lavoro. Ed è l'auspicio che diventi presto una realtà: le premesse sono state poste, l'indagine è in via di completamento, solo è raccomandabile la ricerca di un criterio che stabilisca con buona approssimazione il vero stato di bisogno: questo anche per non dover ritardare la soluzione di un problema sociale e

assistenziale così grave a causa di un'eccessiva e ingiustificata mole di intervento finanziario — assegno ai vecchi.

È un programma indubbiamente molto vasto, impegnativo, che richiede un'oculata scelta di precedenze e che sicuramente la volontà della Giunta regionale è tesa a realizzare con una visione moderna e aperta.

È un traguardo difficile quello della sicurezza sociale, richiederà tempi lunghi, impegni finanziari notevoli, coordinamento costante ed attento, semplificazione di interventi.

Ma è chiaro che la nostra Regione, in collaborazione con le due provincie, sta camminando decisamente verso quelle mete sociali che sono ormai l'aspirazione di una società moderna, cristiana ed evoluta.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il capitolo 192: approvato a maggioranza con 13 astensioni.

Sul cap. 200 la parola al cons. Jenny

JENNY (S.V.P.): Meine Damen und Herren! Die fortgeschrittene Stunde zwingt mich, meine Stellungnahme wesentlich zu verkürzen und mich nur mit einigen Punkten zu befassen. Ich möchte mich hier auf diesen Punkt berufen: « Beiträge für den Bau, Ausbau und die Modernisierung der Bürgerkrankenhäuser der Region », eine sehr wesentliche Sache, die für die Gesundheit und somit das Wohlergehen der gesamten Bevölkerung von entscheidender Bedeutung ist. Ich selbst habe bereits in der Diskussion im Landtag die Notwendigkeit einer klaren Planung auf diesem Sektor hervorgehoben. Die Notwendigkeit einer solchen Planung geht schon daraus hervor, daß in letzter Zeit verschiedene Initiativen ergriffen worden sind, die sicherlich aus einer gewissen lokalen Überbewertung entstanden sind. Ich habe das bereits gesagt, als ich im Landtag den Bau eines Milliardenkran-

kenhauses in Sterzing kritisiert habe, weil nach meiner Ansicht dort ein solcher Bau nicht gerechtfertigt ist. Man hat mir das übel genommen und die lokalen Vertreter haben sich dann betroffen gefühlt. Aber ich muß noch einmal sagen, daß gerade das Fehlen einer klaren Planung solche Initiativen über die reellen Möglichkeiten hinauswachsen läßt. Sicherlich bedarf zum Beispiel Sterzing eines modernen Krankenhauses, das jedoch in seiner medizinischen und seiner finanziellen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung des Bezirkes angepaßt sein muß. Das ist die erste Voraussetzung. Ich hoffe also, daß diese Planung wirklich geschehen wird und daß sie vor allem, bevor sie neue Initiativen ins Leben ruft, die bestehenden Krankenhäuser berücksichtigt, denn bei den guten Verkehrsmöglichkeiten hat es heute keinen Sinn eine Dezentralisierung des Sanitätswesens vorzunehmen. Es ist besonders wichtig, daß die vorhandenen Krankenhäuser, die besonders in Südtirol vielfach äußerst verbesserungsbedürftig sind, berücksichtigt werden. Es ist notwendig, daß man diesen die Hauptaufgabe zuweist, die spitalsärztliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Ich möchte dann noch einen Punkt ansprechen, der wichtig ist. Es genügt nicht, daß die Einrichtung dieser Krankenhäuser vervollkommenet und ausgebaut wird. Man muß sich auch darum kümmern, wie diese Krankenhäuser funktionieren. Wir haben da ein äußerst schlechtes Beispiel. Ich muß es erwähnen und es ist eigentlich der Hauptsinn meiner Rede. Es ist das Krankenhaus Bozen, das in einer äußerst schweren Krise steckt, die nicht an dem alten Gebäude liegt. Man baut ja jetzt und man wird in wenigen Jahren das neue Gebäude draußen in Moritzing beziehen können. Die Krise liegt vielmehr an den internen Schwierigkeiten, die das Spital in seinem Funktionieren äußerst behindern. Meiner An-

sicht nach ist es in erster Linie eine Folge der Politisierung der Verwaltung und des Beamtentums, die sich mit der Zeit des Faschismus eingebürgert hat und danach leider — ich möchte es ganz offen sagen — von der DC intensiv weiterbetrieben worden ist. Diese Folge der Politisierung der Verwaltung unterordnet das Leistungsprinzip der politischen Farbe des Betreffenden. Es gibt in der Demokratie keine unpolitischen Leute, aber man muß doch hervorheben, daß besonders im Krankenhauswesen die medizinischen Kenntnisse den ersten Platz einnehmen müssen. Es geht wirklich nicht an, daß man da die Primariate je nach den Parteien aufteilt, denn, wenn die Politiker das zulassen, dann müssen sie auch die Patienten darauf aufmerksam machen und am Eingang des Spitals müßte ein Beauftragter stehen um die Leute nach Democristiani, SVPlern oder Sozialisten einzuteilen. Das wäre die logische Folge. Das heißt: wenn die öffentliche Verwaltung diese These akzeptiert, dann muß sie auch dafür sorgen, daß sie sichtbar wird. In Bozen liegen die Dinge im Argen. Kurz gesagt, man kann sagen, es geht drunter und drüber. Es hat damit begonnen, daß man vor einigen Jahren gegen die gesetzlichen Bestimmungen einen « servizio di pronto soccorso » gemacht hat, daß man damit ad personam gewissermaßen einen Dienst geschaffen hat, der schon im Gesetz nicht vorgesehen ist. Das geht aber noch weiter. Wenn zum Beispiel kürzlich wiederum von einem abgelaufenen Verwaltungsrat die Schaffung neuer Primariate beschlossen wurde, die nach einem politischen Prinzip aufgestellt werden. Es ist ganz klar, daß jede Politisierung der Verwaltung dieselbe praktisch lahmlegt. Wir können dies feststellen, indem wir die Zeitungen verfolgen und sehen, was in den verschiedenen großen Institutionen immer wieder passiert. Da sind Leute hingesetzt worden wegen ihrer politischen Lei-

stungsfähigkeit und dann kommen die Skandale. Das ist in Bozen auch nicht anders der Fall, besonders im Krankenhaus. Ich bitte, diesen Zustand zu korrigieren, aber energisch und dafür zu sorgen, daß ein anderer Weg eingeschlagen wird. Ich muß dabei eines erwähnen. Das Leistungsprinzip muß das erste sein. Was ich aber als Südtiroler auch betonen möchte, ist eine Sache, die an und für sich auf der ganzen Welt selbstverständlich ist, in Bozen aber seit dem Faschismus leider nicht. Es ist die Tatsache, daß das gesamte ärztliche Personal unbedingt beide Landessprachen beherrschen muß. Das ist ganz klar. Auch jeder Negerstamm verlangt, daß er besonders in seinen schwersten Stunden jemanden hat, der ihn versteht. Das ist der einzige Zusatz, den ich noch zum Leistungsprinzip zu machen hätte. Wir wollen doch nicht in jene Zeit zurückkehren, in der ein faschistischer Würdenträger, als man ihn aufmerksam gemacht hat, daß der Arzt, der in dieses Dorf hinauskomme, kein Wort Deutsch könne, sagen konnte: « Die Kühe verstehen schließlich auch nicht ihren Tierarzt ». Ein Rückfall in eine solche Mentalität ist heute praktisch unmöglich und es ist selbstverständlich, daß dieser Punkt berücksichtigt wird. Ich weiß, daß es schwierig ist; ich weiß auch, daß sich seinerzeit schon Assessor Malignoni intensiv bemüht hat, da Ordnung hineinzubringen. Es wird zudem noch weniger möglich sein, wenn wir nicht alle an dieser Reorganisation teilnehmen. Aber ich wiederhole noch einmal: Hier müssen das Leistungsprinzip und die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung an erster Stelle stehen und erst in zweiter Stelle alle politischen Überlegungen.

(Signore e Signori! L'ora tarda mi costringe ad abbreviare notevolmente la mia presa di posizione e a prendere in esame soltanto alcuni capitoli. Vorrei riferirmi ora al capitolo

che prevede «Contributi per la costruzione, lo ampliamento e l'ammodernamento degli ospedali civili nella Regione» una faccenda importantissima e fondamentale per la salute e perciò per il benessere di tutta la popolazione. Nella discussione in Consiglio provinciale ho già messo in rilievo la necessità di una chiara programmazione in questo settore, necessità che risulta già dal fatto che negli ultimi tempi si sono prese diverse iniziative risultanti senz'altro da una certa sopravvalutazione locale. Ho già detto tutto questo criticando in Consiglio provinciale la costruzione di un ospedale che costa miliardi, perché a mio avviso tale costruzione non è in quel luogo giustificata. Ci sono stati per questo dei risentimenti ed i rappresentanti della zona si sono sentiti offesi. Devo dire ancora una volta che appunto la mancanza di una chiara programmazione permette che tali iniziative crescano al di là delle reali possibilità. Per esempio Vitipeno ha senz'altro bisogno di un ospedale moderno, che però dovrà adeguarsi per potenzialità medica e finanziaria alla popolazione del circondario. Questa è la premessa fondamentale. Io spero dunque che questa programmazione si farà veramente e che soprattutto, prima di dar vita a nuove iniziative, essa tenga conto degli ospedali esistenti; date le buone possibilità di comunicazione non ha senso intraprendere oggi un decentramento dell'assistenza ospedaliera. Particolarmente importante sarà tener conto degli ospedali esistenti, che specialmente nel Tirolo del sud hanno spesso estremo bisogno di riparazioni. È necessario assegnare principalmente ad essi il compito di garantire l'assistenza ospedaliera della popolazione.

Vorrei affrontare poi ancora un importante capitolo. Non basta completare e perfezionare le attrezzature di questi ospedali, bisogna anche occuparsi del loro funzionamento. In questo campo abbiamo un pessimo esempio

a cui devo accennare e che costituisce lo scopo principale del mio intervento. Si tratta dell'ospedale di Bolzano, il quale sta attraversando una gravissima crisi che non si può attribuire al vecchio edificio: attualmente si sta costruendo ed in pochi anni sarà possibile trasferirsi nel nuovo edificio di S. Maurizio. La crisi va attribuita piuttosto alle difficoltà interne che ostacolano gravissimamente il funzionamento dell'ospedale. A mio avviso ciò è prima di tutto un risultato della politicizzazione dell'amministrazione e degli impiegati in genere, sistema instaurato al tempo del fascismo e poi purtroppo, vorrei dirlo chiaramente, continuato intensivamente dalla D.C. In conseguenza della politicizzazione amministrativa si subordina il principio della capacità professionale al colore politico. In democrazia non esistono persone apolitiche ma bisogna mettere in rilievo che, specialmente nel campo ospedaliero, la competenza medica deve prendere il primo posto. Non si può assolutamente distribuire i posti di primario secondo i partiti; se gli uomini politici permettono ciò dovranno avvisarne anche i pazienti ed all'ingresso dello ospedale dovrebbe stare un incaricato e suddividere chi entra in democristiani, socialisti o appartenenti alla SVP. Questa sarebbe la conseguenza logica e cioè l'amministrazione pubblica accetta questa tesi dovrà provvedere anche a fare in modo che si noti. A Bolzano la situazione è tragica, in breve si può dire che il disordine è spaventoso. La cosa è incorinciata alcuni anni fa quando si è istituito un « servizio di pronto soccorso » contro le disposizioni di legge creando in un certo modo un servizio ad personam che già non è previsto per legge. Non è però tutto qui. Per esempio poco tempo fa un consiglio di amministrazione scaduto ha deciso l'istituzione di nuovi posti di primario che sono stati assegnati in base ad un principio politico. È chiaro

che ogni politicizzazione dell'amministrazione corrisponde praticamente ad una paralisi della stessa: possiamo verificarlo seguendo i giornali e osservando quanto succede ripetutamente nelle diverse grandi istituzioni, in cui si sono sistemate delle persone grazie alla loro efficienza politica e poi arrivano gli scandali. A Bolzano le cose non stanno diversamente, specialmente nell'ospedale civile. Chiedo che questo stato di cose sia energicamente corretto e che si provveda a prendere un'altra strada. Qui dovrò accennare ancora al fatto che il principio della capacità professionale va applicato per primo: vorrei sottolineare però, anche come sudtirolese, una cosa naturale in tutto il mondo meno che, dal tempo del fascismo, a Bolzano. Tutto il personale medico cioè deve assolutamente conoscere entrambe le lingue della provincia, questo è chiarissimo. Anche ogni tribù di negri chiede di avere, e specialmente nei suoi momenti più difficili, qualcuno che lo comprenda. Questa è l'unica aggiunta che avrei da fare al principio della capacità professionale. Nessuno vuole tornare ai tempi in cui un gerarca fascista poteva dire, quando gli si era fatto osservare che il medico mandato in un villaggio non sapeva una parola di tedesco: « Nemmeno le mucche capiscono il loro veterinario ». Una ricaduta in una mentalità del genere è oggi praticamente impossibile ed è naturale che questo punto sia tenuto in considerazione. So che è difficile e so anche che a suo tempo l'Assessore Mognoni si è dato molto da fare per portare un po' d'ordine. Ma sarà ancor meno facile se noi tutti non collaboreremo a tale riorganizzazione. Ripeto ancora una volta: al primo posto devono venire il principio di capacità professionale e le elementari esigenze della popolazione e soltanto al secondo posto ogni considerazione politica.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Posch sul cap. 208.

POSCH (S.V.P.): Meine Damen und Herren! Wegen der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich, über den Art. 206 zu sprechen, worüber sicher länger zu sprechen wäre. Ich hoffe, daß meinem Beispiel auch andere Kollegen folgen werden, damit wir den Haushaltsplan 1965 schneller unter Dach und Fach bringen.

Nicht verzichten möchte ich, auf den Art. 208 einzugehen. Ich möchte im Telegrammstil das wiederholen, was bereits bei der Generaldebatte in längeren Ausführungen gesagt worden ist. Die Amtszeit des Verwaltungsrats der Provinzialkrankenkasse Bozen ist seit zwei Jahren abgelaufen. Seit zehn Jahren wurde in der Provinz Bozen zwecks Ernennung des Verwaltungsrats und zur Erreichung des Proporz kein Referendum mehr durchgeführt. Bei der Generaldebatte haben wir den Vorschlag gemacht, daß wir für das Referendum, das der Herr Assessor Nicolodi als bereits bevorstehend angekündigt hat, einen Stichtag wünschen und zwar, nachdem der Verwaltungsrat bereits vor zwei Jahren seine Amtsdauer beendet hat, zumindest den 31. Dezember 1964. Wir erwarten uns nun vom Herrn Assessor Nicolodi eine diesbezügliche verbindliche Antwort. Dankeschön!

(Signore e Signori! Poiché il tempo è limitato rinuncio ad intervenire sull'art. 206 su cui ci sarebbe da parlare senz'altro a lungo. Spero che anche altri colleghi seguano il mio esempio in modo da arrivare più presto alla fine del bilancio 1965.)

Non vorrei però rinunciare a trattare l'art. 208: ripeterò qui in stile telegrafico quanto è già stato detto in più lunghi interventi nel corso del dibattito generale. Il periodo di carica del consiglio di amministrazione della Cassa mutua provinciale di Bolzano è scaduto

ormai da due anni. Da dieci anni in provincia di Bolzano non si tiene un referendum per la nomina del consiglio di amministrazione in base alla proporzionale etnica. Nella discussione generale abbiamo fatto presente che per il referendum, che l'Assessore ha annunciato come imminente, desideriamo una data precisa ed esattamente, poiché il consiglio di amministrazione ha concluso il suo periodo di carica due anni fa, almeno il 31 dicembre 1964. Aspettiamo che l'Assessore Nicolodi ci dia in proposito una risposta impegnativa. Grazie.)

PRESIDENTE: Sul cap. 211 la parola al cons. Posch.

POSCH (S.V.P.): Hierüber ist nicht mehr viel zu sagen. Das Gesetz über die Trostrente, d.h. die Abänderung zu dem früheren Gesetz steht bereits auf der Tagesordnung. Ich darf dem Herrn Regionalratspräsidenten danken, daß er diesen Gesetzentwurf auf die Tagesordnung gesetzt hat und zwar deswegen, weil, wie Sie wissen, die sogenannte Trostrente an ältere Arbeitnehmer, Handwerker, Kleinbauern bereits seit 5 Monaten nicht ausbezahlt wird. Inzwischen sind verschiedene von den Begünstigten gestorben. Das ist sehr bedauerlich, weil diese armen kränklichen Leute wirklich auf diese 5.000 Lire hart gewartet haben. Es ist auch vorgekommen, daß sich die Erben, d.h. die Angehörigen eines solchen Verstorbenen beim Assessorat gemeldet haben, um zu hören, ob es nicht möglich wäre, diese Trostrente nun doch für den Verstorbenen einzukassieren zu können. In einem solchen Falle hat das Assessorat geantwortet, das sei nicht möglich, denn die Trostrente müsse zu Lebzeiten behoben werden und wenn das nicht geschehe, verfalle der Anspruch auf die Trostrente. Ich möchte schon sagen, daß diese Antwort nicht sehr intelligent ist, der Herr As-

essor verzeihe mir meine Offenheit. Denn, wenn die Region in diesem Falle die direkte oder indirekte Schuld dafür trägt, daß die Trostrente nicht ausbezahlt werden kann und der arme Teufel dann inzwischen stirbt, kann man ihm doch keinen Vorwurf machen, er hätte sie sollen beheben, weil sonst der Anspruch verfällt. Er konnte sie nicht beheben, weil aus verschiedenen bürokratischen, technischen Umständen die Auszahlung nicht erfolgen konnte. Also in einem solchen Falle, denke ich, hätten die Angehörigen wenigstens moralisch den Anspruch, diese Trostrente für den Verstorbenen noch zu bekommen, damit sie ihm wenigstens das Begräbnis zahlen können.

(Qui non c'è più molto da dire. La legge sull'assegno mensile, cioè la modifica alla legge precedente, è già all'ordine del giorno. Ringrazio il Presidente del Consiglio regionale per aver messo all'ordine del giorno questo disegno di legge ed esattamente perché, come saprete, il cosiddetto assegno mensile ai lavoratori anziani, artigiani e piccoli coltivatori diretti non viene liquidato da ben cinque mesi. Nel frattempo diversi dei beneficiari di questo assegno sono morti e ciò è deplorabilissimo perché questi poveri spesso malati aspettavano veramente con ansia le 5.000 lire. È anche successo che gli eredi, cioè i parenti del defunto, si siano fatti vivi all'assessorato per sapere se non fosse possibile incassare l'assegno per il defunto. In un caso del genere l'Assessorato ha risposto che ciò è impossibile perché l'assegno mensile deve essere ritirato in vita e quando ciò non avvenga cade il diritto allo stesso. Vorrei dire che una risposta del genere non è molto intelligente, l'Assessore mi perdoni la mia sincerità. Infatti se la Regione, come in questo caso è direttamente o indirettamente responsabile del mancato pagamento dell'assegno mensile ed il povero diavolo muore nel frattempo, non si può dirgli

che egli avrebbe dovuto ritirarlo altrimenti scade il diritto. Il ritirarlo è stato impossibile perché il pagamento non si è potuto fare per diverse ragioni burocratiche e tecniche. In un caso del genere dunque penso che i parenti abbiano almeno il diritto morale di ricevere l'assegno per il defunto, almeno per potergli pagare la sepoltura.)

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Nicolodi.

NICOLODI (Assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.I.): Io cercherò di essere altrettanto sintetico di quello che sono stati i miei interlocutori.

Alla signorina Perazzolli devo dire che per quanto riguarda il comitato per la sicurezza sociale è già allo studio presso l'assessorato, e quanto prima, d'accordo con il Presidente della Giunta e con la Giunta, verrà formato questo comitato, che dovrà coordinare tutta l'attività della sicurezza sociale, anche con le due province, perché le interferenze sono molte.

Per quanto riguarda il problema delle condotte mediche e delle condotte ostetriche, anche qui abbiamo già iniziato con la provincia di Trento una collaborazione e spero di poterla iniziare quanto prima anche con la provincia di Bolzano, per coordinare questa attività e, nell'ambito del possibile, poter far coincidere le condotte ostetriche con le condotte mediche. Lo stesso collegio delle ostetriche è d'accordo di rivedere anche la posizione delle ostetriche per quanto riguarda la loro attività e quindi di mettersi a disposizione anche per altre funzioni che non siano state quelle fino ad ora svolte.

Concordo con lei che la figura giuridica del medico dell'ospedale va rivista. Non ne ho parlato ancora neanche con il Presidente e con i colleghi di Giunta, ma sarebbe mia intenzio-

ne poter studiare la possibilità di applicare anche nella nostra Regione il cosiddetto *piano impiego*, in modo che la figura del medico ospedaliero abbia una rappresentanza diversa di quella che ha oggi, e anche perché non si ripeta più la rincorsa al paziente perché ogni paziente in più comporta naturalmente dei compensi.

La signorina Perazzolli e anche il cons. Jenny hanno parlato del problema ospedaliero, la stampa l'ha già annunciato, io ho portato nell'ultima Giunta la bozza perlomeno del piano ospedaliero della Regione Trentino - Alto Adige. Questa bozza è stata inviata al Presidente della Provincia di Trento e al Presidente della Provincia di Bolzano, con i quali Presidenti o con i loro rappresentanti avremo martedì prossimo una riunione per approfondire il tema del piano ospedaliero, per controllarlo assieme, per vedere se la nostra bozza riscontra l'approvazione delle due Province.

Questo piano ospedaliero si articola così: la prima parte riguarda la situazione geografica della nostra Regione, e cioè l'altitudine, la distribuzione della popolazione ecc.; la seconda parte riguarda la situazione degli ospedali, degli istituti pubblici sanitari alla data attuale, cioè al 30 aprile 1965; un'altra parte riguarda le previsioni del progetto di programmazione nazionale, rapportate alla nostra Regione, cioè quanti posti letto per le diverse categorie prevede, il progetto di programmazione nazionale, cioè lungo degenti e acuti, tubercolotici, ospedali altri; l'altra parte riguarda l'attuale situazione degli ospedali compresi nella legge 7, cioè lo stato di costruzione, lo stato di finanziamento e quello che occorre ancora per concludere la costruzione degli ospedali previsti nella legge 7; l'altra parte del programma riguarda gli ospedali civili della nostra Regione non compresi nella legge 7. Poi c'è uno specchio comparativo tra i posti

letto attuali, i posti letto in corso di realizzazione e i posti letto previsti nello sviluppo del piano fino al 1969. Infine c'è l'impegno finanziario per l'attuazione di questo piano.

Per quanto riguarda particolarmente il finanziamento dei tre ospedali che sono attualmente in costruzione, cioè gli ospedali di Bolzano, di Trento e di Rovereto, su mia indicazione, il Presidente della Giunta ha già inviato al ministero della sanità e al ministero dei lavori pubblici la richiesta di un finanziamento sul superdecreto legge che prevede finanziamenti ad ospedali. Da un contatto telefonico avuto stamattina con Roma, mi è stato detto che la legge è stata approvata dal Senato, era già stata approvata dalla Camera, è stata approvata al Senato con alcuni emendamenti e deve ritornare alla Camera, ma quanto prima sarà approvata. L'alto funzionario col quale ho parlato mi ha assicurato che la nostra richiesta sarà tenuta in particolare considerazione. C'è qui una lettera del ministro Mancini inviata al signor Presidente della Giunta che dice: « Mi riferisco alle sue premure intese ad ottenere il finanziamento sulla spesa di lire 600 milioni occorrenti per il completamento dei lavori di costruzione della nuova sede dell'ospedale civile di Trento, della spesa di lire 2.179.000.000 per quello di Bolzano e della spesa di lire 1.137.000.000 per quello di Rovereto. Al riguardo le comunico che, come è noto, per un'organica soluzione del problema ospedaliero, è stato predisposto un disegno di legge, che trovasi all'esame del Parlamento e che prevede maggiori agevolazioni per la realizzazione di un vasto programma costruttivo. Allorché le norme contenute in detto disegno di legge diverranno operanti, le richieste che mi ha segnalato potranno essere prese in particolare considerazione. Firmato: Mancini, Ministro dei lavori pubblici ».

Quindi sul problema ospedaliero ci stia-

mo muovendo e spero vorrete riconoscere che in questo breve tempo abbiamo dato già l'avvio ad una vasta operazione.

Posso ancora comunicare che il giorno 7 ci sarà un incontro a Roma tra i due medici provinciali, gli ingegneri capi del genio civile e il sottoscritto con il ministero dei lavori pubblici, per mettere a punto il piano ospedaliero. Il signor Presidente della Giunta si è subito premurato a mandare un telegramma di conferma della mia presenza, e chiedendo anche la presenza a Roma dei rappresentanti delle due Province di Trento e di Bolzano, in modo che tutta l'attività sia coordinata.

Al cons. Jenny devo dire che, per quanto riguarda l'ospedale di Vipiteno, anch'io personalmente, quando mi son visto la richiesta di aumento di 100 posti letto degli attuali, ho creduto trattarsi di una sproporzione per le necessità di Vipiteno; gli amministratori dell'ospedale invece insistono sulla presenza di molti turisti in quella zona e ritengono che, in futuro, sarà sicuramente necessario un numero tale di posti letto. Dai contatti che avremo con i rappresentanti della provincia di Bolzano, potremo vedere se questa richiesta di aumento di posti letto effettivamente è necessaria.

Per quanto riguarda il funzionamento negativo dell'ospedale di Bolzano, devo dire che come cittadino, come uomo della strada, ho sentito anch'io molte lagnanze. Purtroppo in materia di nomina di primari non abbiamo competenza. Penso che la Provincia, che è organo di tutela, possa meglio controllare l'attività dell'ospedale in questa materia dell'assunzione dei primari.

Al cons. Posch non posso che riconfermare quello che avevo detto nella mia risposta alla interrogazione per quanto riguarda il rinnovo del consiglio di amministrazione della Cassa mutua di Bolzano. Riconfermo quindi

che la Giunta, prima di nominare il nuovo consiglio di amministrazione, vuole fare il censimento e questo censimento avrà luogo quanto prima.

Per quanto riguarda l'assegno ai vecchi senza pensione, la colpa non è certo della Regione ma è degli ECA, i quali ECA, anziché pagare mensilmente l'assegno come prescrive la legge, lo pagavano ogni 3 mesi o ogni 6 mesi. Ora è chiaro che se nel frattempo il titolare dell'assegno moriva, non poteva essere incassato neppure al delegato, il quale doveva produrre il certificato di vita.

Ecco uno dei motivi portati da noi in commissione, che l'ha approvato ad unanimità. Colgo l'occasione per pregare vivamente il Presidente del Consiglio di portare questa legge quanto prima in Consiglio in modo che la ragioneria possa dare corso, appena approvato il bilancio, al pagamento puntuale e mensile degli assegni a questi poveri vecchi.

Mi dispiace che, data l'ora tarda, non possiamo intrattenerci molto di più sul tema della sicurezza sociale e della previdenza sociale. Posso assicurare i signori consiglieri che, per quanto mi riguarda, cercherò di operare col maggior senso di giustizia possibile e di fare il più possibile nell'ambito delle disponibilità finanziarie della Regione.

Se il dott. Magnago mi permette, vorrei ricordare la citazione da lui fatta durante il recente congresso del suo partito, quando ha detto che « quando si amministra non sempre si può fare giustizia con tutti e dappertutto ». Se c'è qualcuno che questo è capace di farlo lo insegni, perché vorremmo impararlo anche noi. Questo io vi dico e questo tenetelo presente.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 200: approvato a maggioranza con 1 contrario e 11 astensioni.

Pongo in votazione il cap. 208: approvato a maggioranza con 9 astensioni.

Pongo in votazione il cap. 209: approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 8 astensioni.

Pongo in votazione il cap. 211: approvato a maggioranza con 11 astensioni.

Al cap. 218 la parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Presidente, io sono il tappo, perché penso di essere l'ultimo che prende la parola su un capitolo di bilancio. Quindi sono il tappo. Ma siccome il vino che generosamente nella bottiglia han messo i colleghi che mi han preceduto è generoso, io amo sperare che i colleghi consentano che anche il tappo sia buono e degno del vino che essi han dato.

Detto questo, on. Presidente, io richiamo alla sua memoria giorni non poi tanto lontani. Lei se lo ricorda, sullo scadere della legislatura scorsa, quando venne di moda improvvisamente una certa parola, che allora era audace, oggi è consuetudinaria, si disse, sul morire della legislatura scorsa, che la Giunta aveva in animo di adottare un provvedimento antincongiunturale. Fu la prima volta che sentimmo pronunciare entro l'aula, sorda sì e grigia anche, della Provincia di Bolzano, questa parola « antincongiuntura ».

Ed evidentemente non si trattava di un provvedimento antincongiunturale perché non aveva da movimentare nulla, perché gli unici in movimento eravamo noi in quei giorni alla ricerca dei voti, perché la campagna elettorale era stata indetta; era un provvedimento che evidentemente aveva soltanto lo scopo di sanare determinate situazioni che create si erano nella amministrazione regionale, che doveva mettere ripiego e rimedio o prestare denaro per lavori già eseguiti, non certo per lavori da fare. E a ricordo di quella impresa è

rimasto appunto l'art. 118, reso possibile dalla legge regionale 6 novembre 1964, n. 35. Ed è per esso, vede, che la Salvar beneficia oggi di 213 milioni da versare in conto aumento capitale per la nostra quota-parte regionale. E allora mi dirà lei, e giustamente, che non è la legge che vuole questo. E tale legge non l'abbiamo noi discussa e approvata già da tempo? Ha ragione, on. Presidente, è così. Ma è avvenuto qualcosa oggi, qualcosa di nuovo, di non lieve, di non indifferente, ma di una fondamentale importanza, io ritengo, è avvenuto cioè che il socio di maggioranza Regione non ha approvato per la prima volta il bilancio della società Salvar.

DALVIT (Presidente G. R. - D.C.): Di minoranza.

PRECE CECCON (M.S.I.): Di minoranza, esatto, socio di minoranza. Il socio di minoranza Regione non ha approvato per la prima volta il bilancio della società Salvar. Perché ha fatto questo? Noi in Consiglio lo ignoriamo, la Giunta avrà i suoi buoni motivi per averlo fatto. È vero che la vita della società scorre sotto la tenda di ossigeno del codice civile, ed è altrettanto vero, on. Presidente, che nelle assemblee degli azionisti ci si confessa a vicenda, se mi permettono di parafrasare un detto che un giorno fu celebre «nulla contro la società, niente fuori della società, tutto nella società». Lo so, sono perfettamente convinto. Ma è altrettanto vero, on. Presidente, che esiste contraddizione nell'atteggiamento del socio Regione, che respinge un bilancio che, invece i rappresentanti della Regione nel consiglio di amministrazione e nel collegio dei revisori dei conti, hanno proposto alla Regione per la sua approvazione ed hanno essi stessi approvato.

Mi pare quindi che il problema sia completamente cambiato, mutato, e quel conoscitor

delle peccata che risponde al nome di Assessore Avancini qualcosa indubbiamente ha sentito, intuito o capito entro la vita di quella società, qualche cosa ha scoperto per smentire così clamorosamente quelli che sono stati per lunghi anni i rappresentanti della Regione in quei posti, messi a garanzia e a tutela della Regione in quei posti. Ed io direi che allora sarebbe un tantino interessante conoscere questo, discutere di questo, argomentare di questo, questa notte qui dentro. È un po' troppo, lo riconosco, è un po' troppo, ma certo il tema si pone. Perché oggi si chiede al Consiglio regionale l'aumento del capitale sociale. Avrebbe ben altro significato, avrebbe ben altra luce questo versamento dei 360 milioni già stanziati con legge, se noi sapessimo quali i motivi che hanno spinto la Giunta ad assumere l'atteggiamento che ha assunto. Sarebbe veramente interessante conoscere anche perché uno dei rappresentanti della Regione ha dato le dimissioni, dopo la reiezione del bilancio della Salvar. Esiste quindi a mio modesto modo di vedere la materia del contendere, on. Assessore, e le preciso subito, a scanso di equivoci, che ho presente sempre alla memoria il sequestro attuato dal Magistrato. Io lo so e lo ricordo quanto è avvenuto il 10 luglio del 1964. E non si è concluso ancora l'iter iniziato in quella data. Ma l'inchiesta si sa, loro me lo insegnano, ha uno scopo solo, uno scopo pacifico, che è quello di appurare se ci sono degli illeciti penali. E quindi tutto il resto rimane ancora aperto al giudizio dei politici e rimane aperto al giudizio degli amministratori. Ciascuno ha una propria competenza e una propria responsabilità in sfere diverse. La Magistratura svolge la sua funzione, il Consiglio regionale svolge la propria.

Credo che su questo siamo tutti d'accordo. E il sottoscritto più di tutti, perché il sottoscritto ha condotto, e loro se lo ricorderanno ancora,

la battaglia contro la Panhard, contro l'Aeromere affigliata, associata alla Panhard. E non c'è dubbio che non ha mai avuto esitazioni o soste in quella battaglia, ed è altrettanto certo che il sottoscritto quando il Magistrato intervenne, ebbe ad intervenire cessò da ogni polemica, perché era convinto dell'ossequio che si deve portare alla Magistratura quando ha iniziato la sua attività. E aspetta ancora, pazientemente, il sottoscritto, aspetta, malgrado ci sia stato l'invito tre volte ripetuto dal curatore fallimentare della Panauto, invito rivolto alla Magistratura, perché proceda contro gli illeciti accertati. Tre volte è stato proposto, tre volte è rimasto deluso, e il sottoscritto però non è deluso e garantisce l'on. Giunta che avrà altrettanta pazienza nell'aspettare il responso della Magistratura per quella che sarà la vicenda che noi in questo momento stiamo tentando di capire. Non v'ha dubbio, on. Presidente, d'altronde che la società nella sua vita soste non conosce, e che dal giorno in cui il sequestro è avvenuto la vita della società è andata innanzi, ha progredito. Magari si fosse arrestata! Non avremmo subito altre perdite, non avrebbe subito altre perdite. Che cosa si chiede con questo capitolo del nostro bilancio? Si chiede di portare il capitale della Salvar, da 1.334.730.000 lire a 2 miliardi, aumento che è stato approvato del resto dalla assemblea straordinaria della società in data 4-12-1964, come ci dice il verbale registrato il 15-12-1964, al n. 276, volume 32 degli atti pubblici presso l'ufficio del registro di Merano. Fu in quella occasione infatti che l'allora Assessore Fronza, in carica per l'ordinaria amministrazione aderì all'aumento del capitale sociale. Si sarebbero dovuti versare subito i tre decimi, come il codice civile prescrive, e anche in quella occasione l'Assessore Fronza prese l'impegno, a nome della Giunta, che il restante ammontare della nostra quota-parte si sarebbe versato entro

l'anno che stiamo oggi vivendo. Ma c'è un'altra considerazione da fare, c'è l'«Adige». Non quello che nasce al Passo di Resia, l'«Adige» che nasce in via Rosmini. Infatti nel numero del 24 marzo 1965 io ho letto in esso che la Salvar ha chiesto un mutuo di 600 milioni per la costruzione delle terme. Che cosa vuol dire questa richiesta avanzata dalla Salvar? Vuol dire che come minimo noi, Consiglio regionale, saremmo chiamati a prestare la nostra fidejussione per la quota-parte che ci compete. E allora vede, on. Assessore, che gli interventi che noi dovremmo attuare in questo settore sono due, anche se hanno l'identica natura, l'identica sostanza.

Che cosa sappiamo noi della società? Ecco il punto interrogativo. Sappiamo molto, potrei risponderle, molto, ma per la mozione, non avrà nessuna difficoltà ad ammetterlo, per la mozione proposta dalle minoranze, che l'on. Consiglio discusse sul morir della legislatura scorsa, e non certo molto sappiamo per quello che la Giunta abbia potuto o voluto o saputo dire, porgere e proporre.

Io ho pensato talvolta a lungo, lo confesso, ho pensato talvolta a lungo a quella discussione che abbiamo avuto, e vi ho pensato per motivi di coscienza, miei, per una crisi mia, intima, per uno scrupolo. E per acquietare quello scrupolo sono ritornato sui bilanci, badi bene, non sui bilanci pubblicati dal bollettino ufficiale della Regione, perché non hanno alcun valore, sono soltanto ridicoli. Sono tornato ai bilanci interessandomi là dove erano degli allegati al bilancio. E prendo occasione da questa mia affermazione, on. Assessore alle partecipazioni al patrimonio, per invitarla, là dove noi abbiamo nelle società partecipazione nostra, a farci consegnare i bilanci con gli allegati, perché allora soltanto è possibile un discorso serio, un discorso che abbia valore sul piano della realtà economico finanziaria, altrimenti que-

sto discorso rimane sempre fra mutui ed è assolutamente inutile.

Mi sono riguardato le vecchie carte, on. Presidente, per scrupolo, come già prima le ho detto, e ho guardato proprio il bilancio del 1960 approvato dalla assemblea ordinaria degli azionisti, il 29 marzo del 1961. Ebbene, sono notizie che dò perché servono alla Regione, sono notizie che dò perché metteranno la Regione nella possibilità di condurre una propria battaglia. Quel bilancio del 1960 venne approvato dalla assemblea ordinaria degli azionisti il 29 marzo del 1961, come prima dissi. Nella parte attiva e passiva, on. Assessore, esso bilancio pareggia con un importo di lire 440.306.230. Sa perché? Perché oltre alle altre voci, che troverà, figura passivi per lire 18.586.342. Questo era il in esso ratei attivi per lire 2.073.923 e ratei bilancio, on. Assessore. Dopo di che mi sono consultato invece gli allegati, quelli che il nostro bollettino ufficiale non pubblica e che lei probabilmente non ha.

Gli allegati portano tutte altre cifre, di diversa consistenza. Negli allegati troviamo alla voce ratei attivi la cifra di 1.728.377 lire, mentre alla voce ratei passivi l'importo tocca 1.406.620 lire. Con queste cifre, allora, il conto patrimoniale come si chiude? Con un totale, si chiude, di 439.960.684 lire, all'attivo; e con 423.126.508 lire al passivo. Il che contraddice il bilancio pubblicato nel bollettino ufficiale della Regione, lo contraddice in pieno, con la scorta dei documenti che il bilancio accompagnano.

E non è finita la sorpresa che a noi può serbare l'allegato quando lo consultiamo. Sempre negli allegati del bilancio 1960 alla voce scorte e manufatti, si possono vedere riportate e il valore delle bottiglie vuote e il valore delle casse vuote. E in questo momento, on. Presidente, deve nascere spontanea in lei una do-

manda, dopo quanto si è visto: perché nell'allegato dei costi industriali, relativo al conto economico, vengono riportati gli stessi valori, per le stesse voci? E perché mai questa collocazione? È una collocazione veramente strana, in quanto le casse e le bottiglie non sono un costo industriale. Infatti si usano sempre, si usano per 7 anni a 4 volte all'anno, come affermano i tecnici della materia, e pertanto fanno parte del capitale fisso. Se lei farà questa indagine si accorgerà allora come il bilancio del 1960 comporti un deficit di 17 milioni e non un attivo di 100.000 lire. Questa è la realtà che traspare non appena si consultano gli allegati che la Regione evidentemente non ha potuto avere a sua disposizione. E perché è stato messo l'attivo di 100.000 lire? È logica la risposta. È stato messo un attivo di 100.000 lire come un espediente tecnico da parte dell'amministratore unico per invogliare i soci a versare i capitali necessari alla Saom per il proprio sviluppo. Ma allora nasce spontanea una domanda, on. Assessore: i nostri revisori dei conti non si sono accorti di questo? E i rappresentanti nostri nel consiglio di amministrazione, non si sono accorti che quando si presentava il bilancio del 1960 la Salvar aveva perso 560 milioni? perché non lo hanno chiesto? perché non lo hanno denunciato alla Regione? Tutti bravi, tutti buoni, tutti candidi.

Dobbiamo arrivare tardi, molto tardi per trovare la prima reazione. Dobbiamo arrivare al dicembre del 1962 per trovare la lettera del nostro rappresentante nel collegio sindacale. Dobbiamo arrivare tardi, in cui si denuncia la situazione, in quella lettera, la situazione Saom, non si denuncia la situazione Salvar. Questo credo sia una cosa che vada valutata, perché quella lettera si è discussa e si è discussa a lungo al comitato provinciale della D.C. di Bolzano, la si è discussa al comitato comunale della D.C. di Merano, ma non si è discussa eviden-

temente in seno all'amministrazione regionale, perché il minimo dei provvedimenti che si poteva prendere era quello di sostituire chi la Regione non aveva tutelato, come invece andava tutelata.

Dovremo arrivare al 1963 prima che i revisori dei conti scrivano: «Ci è parso doveroso rilevare che le svalutazioni operate dal consiglio di amministrazione su talune voci dell'attivo, meritavano maggior adeguamento». Questo troviamo scritto dal collegio dei revisori dei conti. E poi? E poi aspettiamo l'aprile del 1965, prima che la Regione voti contro il bilancio Salvar. E perché vota contro, on. Assessore? Vota contro perché ha bisogno di capire qualche cosa, perché la Regione fino all'aprile del 1965 non aveva capito nulla di quello che avveniva all'interno della società, e non per proprio demerito, ma per demerito di chi la Regione rappresentava. Questa è una realtà di fondo che credo non si possa smentire. Ma per carità, si è dimesso qualcuno dei nostri rappresentanti? No, non han fatto nulla, dopo il voto si son dimessi, on. Assessore, non prima. Le situazioni si affrontano prima, e vediamole queste situazioni di cui loro sono responsabili.

Bilancio Salvar: al 31-12-1963, cosa denuncia di perdita? Esattamente lire 310 milioni e 705.707 lire, debiti verso banche 488 milioni, debiti verso creditori 67.000.000, debiti verso fornitori 2.416.000 per un totale di 558.378.604, il che fa toccare le perdite ad una cifra di 869.084.311 lire.

La Saom invece alla stessa data denuncia perdite per 400.000.000 e debiti per complessivi 562.000.000, il tutto quindi al modico prezzo di lire 962.201.703 lire.

Di sole perdite, allora, abbiamo per le due società, senza parlare dei debiti, una cifra complessiva di lire 710.705.707 lire.

E non è tutto. Esiste infatti il verbale della assemblea Saom, che lei conoscerà, tenuto

in data 16-5-1964. In esso si legge che il capitale sociale della società lo si è portato da 200 a 500 milioni. Chi ha versato questo denaro fresco, da 100 a 500 milioni? Chi ha versato questo denaro fresco? La Salvar evidentemente. E alla data della sottoscrizione i 300 milioni erano già spesi. Quindi la Salvar conferisce denaro per sanare una situazione debitoria già in atto. Nel corso poi della stessa assemblea il capitale sociale venne ridotto da 500 milioni a 100 milioni.

Che cosa si deduce, on. Assessore? Si deduce che ben 400 dei 500 milioni forniti dalla Salvar alla Saom sono andati in acqua. È logico, acqua vendevano, in acqua sono andati a finire i soldi. E sono andati in acqua a copertura perdite. Allora qual'è la conseguenza, on. Assessore? La conseguenza la vedremo nel bilancio del 1964, le due società infatti dovranno portarli in perdita, e ciascuna nel proprio bilancio, questi 400 milioni. Vediamo allora come si tramuta questo ragionamento con il linguaggio delle cifre. Perdita delle due società lire: 710 milioni e 705.707 mila lire al 31-12-1963; perdita Saom, 1964, 400 milioni; perdita Salvar, 1964, 400 milioni; perdita esercizio Salvar, 1964, lire 103 milioni; il tutto ci porta a fine 1964 ad una perdita secca per le due società di lire 1.613.705.707 lire. A ciò si debbono aggiungere i debiti che per la Salvar al 31-12-1963 ammontavano, come si è visto prima, a lire 558 milioni. Abbiamo quindi una perdita secca di 2.172.000.000. E il cons. Ceccon era un ottimista quando parlò di 1.200.000.000 di perdita sul finire della legislatura scorsa! Siamo arrivati a 2.172.000.000. Come perdita, on. Assessore, lei dovrà ammettere che non c'è male. Sono riusciti ad operare bene, celermente, in pochi anni, con il modesto compenso di 8 milioni all'anno. Il nostro consiglio di amministrazione di un collegio dei revisori dei conti, 8 milioni all'anno all'incirca ci costa.

Per amministrare un patrimonio come quello della Salvar e della Saom, non è tanto spendere 8 milioni all'anno. Certo che sono tanti 2.170.000.000 di perdita secca, questo sì. E a proposito del consiglio di amministrazione del collegio dei revisori dei conti, on. Presidente, io vorrei farle presente che gli amici dell'on. ministro alle partecipazioni statali possono starsene a Genova, non è necessario che vengano in trasferta a Merano, e gli amici dell'ente terme possono starsene a Roma, abbiamo validissimi funzionari dello Stato che risiedono nella Regione Trentino-Alto Adige, non c'è bisogno di andarli a prendere da altre parti. E poi i meno validi, molto meno validi rappresentanti della città di Bolzano designati dall'ente nazionale terme, penso su segnalazione del solito on. Berloff, perché non reputo che il commendatore al merito radiofonico Arata, Presidente dell'ente nazionale terme, conosca il signor Ansetta o altri signori della D.C. meranese, anche quelli possono starsene in disparte a curare i loro affari, che hanno molto bisogno della loro attenzione, non certo a rappresentare l'ente terme in questo colossale affare.

E già che ci sono mi preme parlare del miliardo e 200 milioni, che figura nelle relazioni, come patrimonio della società. I 200 milioni, on. Assessore, lei sa dove possono essere collocati rapidissimamente, sono il valore dello stabile, largamente calcolato; e il miliardo? Io mi son chiesto da dove questo miliardo salta fuori. Evidentemente denaro non c'è, denaro non è, il denaro lo hanno speso. Che cosa può essere che costituisce il miliardo? Il terreno? Non può essere che il terreno; è il terreno conferito dalla Regione. È proprietà nostra, la quale aveva assunto un valore convenzionale di 200 milioni all'atto della formazione della società. Chi lo ha portato a un miliardo. C'è un verbale? L'azionista Regione ha condi-

viso la valutazione del miliardo? Quale perito ha proposto la rivalutazione al miliardo? C'è una assemblea dei soci che ha deciso questo? Perché, on. Assessore, se il nostro terreno è stato rivalutato a un miliardo e noi volessimo accettare questa rivalutazione, sia ben chiaro che sono gli altri soci che hanno da versare la quota parte loro spettante in proporzione al nostro valore, per aumentare il capitale sociale, non è la Regione che deve versare 300 e rotti milioni, ma è l'ente terme, è il comune di Merano, è la azienda meranese, e non certamente la Regione.

— Quindi io la prego di voler veramente indagare in questo settore, di volersi rendere conto come mai il miliardo e 200 milioni viene proposto alla società in cui noi siamo presenti.

Non voglio fare nessun discorso sulle responsabilità politiche, perché se questo discorso facessi voi domani non andreste ad Ala alla celebrazione, ma sareste qua ad ascoltare questo discorso. Non voglio parlare della gestione della azienda, perché il risultato del deficit di due miliardi è più che sufficiente a illuminarla. Non voglio parlare di tutte queste cose che sono secondarie, voglio però richiamare la vostra attenzione sul fatto che esiste una vendita nell'interno della Salvar, una vendita con la Recoaro per la società Saom. E anche qui è interessante il discorso. Come è andata questa vendita? È un affare? Noi nulla ne sappiamo, penso di sì che si sia fatto un affare, amo pensarlo, non c'è dubbio anzi vorrei dire che si è fatto un affare. Però sarebbe veramente necessario che la Giunta ci dicesse qualche cosa in merito a questo argomento, io sarei veramente un tantino lieto se qualche cosa potessi sapere. La Recoaro ha pagati i debiti della Saom? E allora ha fatto il minimo che poteva fare, ha sborsato 560 milioni se ha pagato i debiti della Saom. Però non è tutto, perché il discorso qui non si può arrestare, perché e-

sistono le fonti, esiste la concessione, lo sfruttamento dell'acqua, e lo sfruttamento dell'acqua si ha quando esiste una concessione, e la concessione è della Regione che l'ha conferita alla Salvar. Per questa concessione la Recoaro paga qualche cosa alla Salvar? Non lo so, è una domanda che pongo. Ma non è tutto, perché esistono i lavori fatti dalla Salvar per la presa d'acqua, per la condotta dalle fonti allo stabilimento. 300 milioni ha speso la Salvar. Non paga utenza la Recoaro per questi impianti, ne usufruisce gratuitamente? Se così fosse i cittadini di Merano allora pagano l'acqua che adoperano giornalmente e sono meno fortunati della Recoaro che ha pagato soltanto i debiti e la Salvar in questo modo verrebbe ad attuare anch'essa una ulteriore perdita. Dopo di che le dico che nel bilancio della Saom figura ancora un capitale di 100 milioni, il quale è stato svalutato, on. Presidente, a 15 milioni, avendo conservato la Salvar una sola azione di quel capitale di 100 milioni.

Ora io mi domando: quella azione conservata vale 100 milioni o vale 1000 lire, perché se vale 100 milioni il discorso si chiude, se vale 1000 lire, ai 2.173.000.000 perduti dobbiamo aggiungere altri 99.999.000 lire. Quindi la valvola delle perdite non è che sia bloccata, la valvola delle perdite è sempre aperta. È sempre aperta, però gli amministratori che questo hanno causato vi sono sempre, vegeti, belli, là, ai loro posti, nessuno si muove. Verrà adesso a scadere il consiglio di amministrazione, on. Assessore, e io immagino che la Regione vorrà cautelarsi, immagino che la Regione vorrà prendere decisioni che comportino finalmente la possibilità di una tutela da parte sua.

Ed ho finito, con il porgerle una unica indicazione, che penso non vada taciuta e che io ho trovato nel bilancio Salvar — mi sono fatto una esperienza ormai di allegati dei bilan-

ci — nel bilancio Salvar 1964. Per la prima volta ho trovato una voce strana in quel bilancio, non strana perché non si usi o perché non abbia diritto di cittadinanza, per carità, è una voce normale, specialmente nelle aziende industriali, ma una voce che dice «spese impianto società» per 55.818.399 lire. Sono in allarme perché l'unica volta che questa voce ho trovato nel bilancio Saom è stato quando si è sentita l'esigenza e la necessità di vendere la Saom alla Recoaro. Io non vorrei che l'ente terme sentisse, anche per conto nostro, l'esigenza di comperare dalla Regione la Salvar, e imposti i bilanci in questa maniera. Io sono convinto che all'ente terme farebbe piacere estromettere il socio di minoranza, acquistare tutto il terreno, tutto il patrimonio che abbiamo conferito e procedere magari da solo. Sa, quando si procede da soli si coprono tante responsabilità, perché non c'è dubbio che le responsabilità qui dentro non sono soltanto degli amministratori che ci rappresentavano e che non hanno parlato, ma le responsabilità pesanti sono anche dell'ente terme, perché non si accettano i programmi di impianto di aziende nuove e di sviluppo di aziende nuove quando si possiedono tutti i tecnici del ramo, senza indagare sui programmi di sviluppo e sulle impostazioni che i nostri amministratori improvvisati propongono allo Stato. Se lo Stato non si è tutelato ha anche lui la sua parte di responsabilità.

Detto questo, concludo. Ci sarà bisogno, malgrado queste piaghe, di un intervento e di un intervento massiccio da parte della Regione per dotare finalmente la città di Merano di questo stabilimento, che sta diventando l'araba fenice.

Da parte mia, da parte del mio gruppo politico, non si discuterà mai sulla entità dell'intervento e sulla esigenza di questo intervento; Merano deve avere la possibilità di

sviluppo che la natura le conferisce. Intervendiamo, però non è possibile nessun discorso se gli amministratori non vengono cambiati. Non è possibile nessun discorso se coloro, che portano la responsabilità sul piano politico anche di quanto è avvenuto, non lascino il campo a persone che grazie a Dio si spera siano capaci perlomeno di avvertire l'ente che li ha nominati di quello che sta succedendo sul piano economico, sul piano finanziario, all'interno della società.

Con questa speranza, che è una speranza costruttiva e di avvenire e che esaurisce in sé ed assorbe la critica, io mi auguro che l'on. Assessore e l'on. Presidente della Giunta vogliano finalmente, — non è colpa loro se prima non l'han potuto fare, intendiamoci, bisogna anche fidarsi delle persone —, vogliano finalmente impostare il problema termale di Merano sulle basi che fino ad oggi ad esso sono mancate.

PRESIDENTE: La parola al cons. Agostini.

AGOSTINI (P.L.I.): Poche settimane fa io ho presentato un'interpellanza per conoscere, essendo novellino del Consiglio, la storia della Salvar. L'Assessore competente, adducendo pretesti che certamente io allora non ho condiviso, non ha risposto, in parte perché egli disse che la mia interpellanza era poco chiara, in parte perché poteva rispondere, disse, con un semplice no. C'è voluto l'intervento del cons. Ceccon per chiarire un po' quelli che sono i precedenti di questa società, e io ringrazio Ceccon per avermi risposto e per avermi ragguagliato al posto dell'Assessore Avancini. Io aggiungo solo che il resto della storia lo leggeremo spero, anzi sono certo, nella sentenza istruttoria, quando ci sarà. E ricordo ancora che ci sono due colpe da parte

della Giunta: la *culpa in eligendo* e la *culpa in vigilando*, da parte di chi ha mandato a rappresentare la Regione nel consiglio della Salvar.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Avancini.

AVANCINI (Assessore finanze e patrimonio - P.S.D.I.): Veramente è triste mettersi a parlare della Salvar a mezzanotte, anche perché si tratta evidentemente di perdite e da due giorni noi ci stiamo arrabattando per vedere se è possibile incrementare il nostro bilancio, ma certamente con la Salvar non si incrementa.

Il cap. 218 riguarda un impegno di legge, e precisamente la legge regionale 6 novembre 1964, n. 35, per un importo di 213 milioni, di cui noi abbiamo già versato i sei decimi alla Salvar per l'aumento di capitale e precisamente 127.800.000. Il cons. Ceccon mi ha rivolto una precisa domanda, e cioè perché l'amministrazione regionale ha votato contro il bilancio. A questa domanda io ho già risposto alla interpellanza del cons. Agostini, il quale pervicacemente si ostina a dire che io non ho risposto. Io invece ritengo di avere esaurientemente risposto alla sua interpellanza, così come era formulata. La sua interpellanza chiedeva se era vero che la Regione aveva negato la fidejussione alla Salvar e io ho detto: no, non è vero che la Regione ha negato la fidejussione alla Salvar, la Regione ha negato il voto al bilancio della Salvar, ma non la fidejussione. E quindi io ho esaurientemente risposto alla sua interpellanza.

E per rispondere a quello che ha chiesto esplicitamente e precisamente il cons. Ceccon e, accodandosi al cons. Ceccon, ora anche il cons. Agostini, uniformandosi a quello che ha chiesto il cons. Ceccon, penso sia utile che io

legga quanto ebbi a dichiarare nell'assemblea della Salvar del 10 aprile u. s.: « Il rappresentante della Regione dichiara: questo bilancio è stato attentamente esaminato dalla Giunta regionale ed io sono qui con un mandato preciso da parte della Giunta stessa. Dico subito che in seno alla Giunta sono sorte parecchie perplessità per quanto riguarda il bilancio in esame. Io non voglio qui parlare — sono in sede di bilancio Salvar — non voglio qui parlare di eventuali responsabilità passate, perché tutti siamo a conoscenza delle discussioni e delle polemiche che sono state fatte in Consiglio regionale».

Vorrei ricordare al cons. Agostini che della Salvar si sarà parlato in Consiglio regionale almeno 10 volte, e se noi volessimo qui rifare e rileggere tutto quello che è stato detto sulla Salvar in Consiglio regionale, noi non arriveremo all'alba di domani ma arriveremo all'alba di S. Pietro probabilmente, perché sulla Salvar si è parlato per ore e ore e direi per settimane, se si volessero sommare le ore durante le quali si è parlato della Salvar. Quindi io assolutamente non mi sento in questo momento ne ho la documentazione qui sotto mano, perché sarebbero pacchi di documentazione, non mi sento assolutamente di ragguagliare il cons. Agostini su quelle che sono state le discussioni sulla Salvar in seno al Consiglio regionale, ci sono i verbali, e se lo desidera io posso anche cercarli e mandarglieli.

Dunque, discussioni e polemiche che sono state fatte in Consiglio regionale, sulla stampa e altrove, e noi non sappiamo se vi sono responsabilità penali, perché tutta la questione è in mano alla Magistratura, e non è compito nostro rilevare o accertare eventuali responsabilità penali; la Magistratura dovrà decidere in merito, e in attesa di queste decisioni evidentemente noi non possiamo fare nulla.

« Certamente, — dicevo —, sono state commesse leggerezze, che possiamo tutt'ora constatare dalla paurosa situazione debitoria della società ». Mi pare che siano parole chiare, mi pare che si delineino chiari i motivi per cui la Regione ha votato contro il bilancio. Proprio in quei giorni erano avvenuti altri sequestri di registri da parte dell'autorità giudiziaria. « Il fatto che l'autorità giudiziaria si sta interessando della questione è per noi un grave motivo di perplessità. Vorrei precisare che il mio intervento non vuole essere in polemica con l'attuale consiglio di amministrazione, ma devo dire che sono sorte perplessità anche per il presente. La gravissima situazione debitoria non ci può lasciare tranquilli. Il Presidente nella sua relazione dice che la società si è assicurata il proprio riassetto finanziario. Ora non siamo riusciti a capire se l'operazione Recoaro-Saom ha veramente portato alla cancellazione dei debiti e se con l'aumento del capitale già deliberato vi sono le premesse finanziarie per ultimare la costruzione del futuro stabilimento. Così almeno ci fu assicurato una volta ».

Mi pare che basterebbe questo per votare contro un bilancio. « Ricordo perfettamente che ci è stato detto che dopo l'operazione Recoaro-Saom i debiti sarebbero finiti e che con l'aumento del capitale si potevano realizzare le terme con l'aiuto di un mutuo, ma in realtà l'aumento capitale riuscirà solo a saldare i debiti alla fine del 1965 e ci vorrà un grosso mutuo solo per lo stabilimento termale. La frase del Presidente quindi ci sembra troppo poco esplicita per lasciarci tranquilli. Vorremmo avere una relazione più dettagliata, una assicurazione più completa per quanto riguarda l'attività futura, perché io non credo che con 600 milioni si riesca a portare a termine lo stabilimento termale. Riteniamo che occorra di più e molto di più. D'altra parte l'accensione di e-

ventuali mutui graverebbe sul bilancio della Regione e significherebbe per noi ulteriori perdite. Per questi motivi dobbiamo pensare che l'avvenire della Salvar non sia affatto roseo e abbiamo motivo di dubitare che questo stabilimento non si possa realizzare con questi presupposti.

Devo dire che i rappresentanti della Regione hanno sempre manifestato le loro perplessità, da parecchi anni hanno fatto presente per iscritto alcune perplessità, e ciò l'ha confermato anche il cons. Ceccon, alcune perplessità sull'andamento della società.

Il rappresentante della Regione in questo consiglio, che è il prof. Minak mi ha fatto una proposta, che la Giunta non ha ancora esaminato ma per la quale io personalmente sono favorevole, elienare cioè parte del terreno nella Regione a sud delle terme, e il ricavato investirlo nel finanziamento della società. Questo per dire che la Regione non ha affatto intenzione di abbandonare la Salvar di Merano, ma la Regione ha intenzione di vederci chiaro, di avere un programma chiaro, un programma sicuro per la realizzazione delle terme.

Altro motivo di perplessità della Giunta regionale è il dubbio sulle immobilizzazioni di cui ha parlato il cons. Ceccon.

A proposito della fidejussione, alla fine della discussione sul bilancio, facevo la seguente dichiarazione: « Il cons. Avancini in relazione alla fidejussione che avrebbe dovuto prestare la Regione per l'assumendo mutuo concesso dagli istituti di previdenza precisa che la Regione si è trovata e si trova nella impossibilità di dare la fidejussione per motivi di ordine economico. Il nostro è un bilancio rigido che non si presta a movimenti interni, l'abbiamo visto durante la discussione, non eravamo noi in grado di iscrivere in bilancio l'onere per la fidejussione». E il Presidente della Giunta regionale ha scritto una lettera al Pre-

sidente dell'ente terme, invitando l'ente terme ad assumersi tutto l'onere dei 600 milioni per la fidejussione. Siamo ancora in attesa delle decisioni della Presidenza dell'ente terme.

Io ritengo con questo di avere spiegato e di aver giustificato il voto contrario della Regione. Devo ancora aggiungere che noi siamo il socio di minoranza, che il socio di maggioranza è l'ente terme, come è lo Stato naturalmente, e come tale il bilancio è stato egualmente approvato anche con il nostro voto contrario; voto contrario che non voleva avere assolutamente il significato di abbandonare la iniziativa della costruzione delle terme a Merano, ma voleva avere il significato di una chiarificazione all'interno dell'ente terme.

Io sono d'accordo anche con quello che ha detto il cons. Ceccon, che non sarebbe difficile, anche per quanto riguarda lo Stato, l'ente terme, di trovare gli amministratori sul posto per evitare, quando si riunisce il consiglio di amministrazione, il pagamento delle trasferite ed altro. Penso che a questo si potrebbe arrivare.

AGOSTINI (P.L.I.): (*Interrompe*).

AVANCINI (Assessore finanze e patrimonio - P.S.D.I.): Non dipende da noi, dipende dallo Stato, evidentemente non siamo noi che nominiamo gli amministratori dello Stato. Io penso che lei si sia reso conto e abbia capito che noi siamo un socio di minoranza, noi abbiamo circa il 30 per cento delle azioni e non siamo determinanti, non spetta a noi nominare gli amministratori ma spetta all'ente terme.

La questione delle acque Saom-Recoaro non è ancora definita, ma è in corso di definizione. Per quanto ci riguarda noi staremo attenti che non avvengano delle speculazioni. È però difficile pensare che avvengano delle speculazioni in quanto si tratta di un ente di sta-

to, si tratta dell'ente termale di stato. Ma per quanto è in nostra facoltà noi staremo attenti a che non avvengano queste speculazioni, non avvengano degli altri disordini.

Per il resto noi attendiamo il verdetto della Magistratura, che sta esaminando tutti quanti gli incartamenti, sta esaminando i bilanci.

Per quanto riguarda i nostri amministratori, ho già detto che ci hanno fatto presente spesso le loro perplessità, e le dimissioni, che essi hanno rassegnato in seguito al voto contrario della Regione, sono state dalla Giunta regionale respinte.

PRESIDENTE: La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Assessore, su un solo argomento io voglio richiamare la sua attenzione, tutto il resto non mi interessa, ma il fatto che la Regione abbia respinto le dimissioni dei propri rappresentanti mi interessa, perché quei rappresentanti avevano proposto alla Regione di votare il bilancio che la Regione, per quei motivi che lei ha illustrato, ha ritenuto di dover respingere. Quegli amministratori quindi avevano, prima della Regione, votato essi stessi un bilancio che il socio, in rappresentanza del quale essi nel consiglio di amministrazione sedevano, aveva deciso invece di respingere, e mi permetto di richiamare la sua attenzione sul fatto che la prima segnalazione su quanto lì dentro avveniva risale al dicembre del 1962, mentre già nel 1960 si erano determinate tutte le premesse che avrebbero portato alla perdita di 2.170 milioni. Non mi si dica allora, on. Assessore, che i rappresentanti della Regione hanno svolto il compito per cui erano stati indicati, perché se lo avessero fatto io son certo che la

solerzia dell'Assessore alle finanze pro tempore e la solerzia del Presidente della Giunta che era alla ricerca di soldi per il provvedimento anticongiunturale, non sarebbe certamente giunta a permettere che il denaro che avevamo si perdesse in queste operazioni sbagliate. Quindi la responsabilità di quanto è avvenuto ricade sui rappresentanti della Regione. È nobile, generoso, è veramente da romanzo cavalleresco che la Regione difenda chi aveva ritenuto di dover delegare in propria rappresentanza, però questo non c'entra con i bilanci. Questo lo facciamo sul piano della morale, della simpatia, del rapporto umano, qui siamo amministratori. Nessuno di loro signori ha sentito il dovere di dimettersi. Quando l'amministratore unico se ne è andato, on. Assessore, non ci sono state dimissioni, se ne è andato perché la gestione faceva acqua, perché ci si è accorti che il rubinetto delle centinaia di milioni restava aperto. In quel preciso istante non si sono cambiati gli amministratori, in quel preciso istante i responsabili della Salvar, che avevano già perso oltre 600 milioni, sono passati alla Saom, hanno assunto gli stessi incarichi presso la Saom, avevano la doppia retribuzione, nella Saom e nella Salvar; e quali denunce hanno fatto alla Regione? Neppure una, perché se l'avessero fatta la responsabile di questa perdita sarebbe la Regione.

Ora io mi rifiuto di credere che gli amministratori, che rappresentavano il Consiglio regionale, abbiano per trascuratezza causato questa perdita; è mancanza di informazione, questo ha determinato la perdita regionale.

Quindi non posso accettare assolutamente su questo piano la sua risposta e posso dirle che, a costo di fare le battaglie cavalleresche, come prima le ho detto, il problema ritornerà specificatamente, con documentazione che, grazie a Dio, possediamo. E allora vedremo se

questa difesa ad oltranza ha una sua giustificazione anche morale.

PRESIDENTE: La parola al cons. Agostini.

AGOSTINI (P.L.I.): Ho dichiarato prima che la risposta datami dall'Assessore Avancini in sede di interpellanza non mi aveva soddisfatto. Dopo le dichiarazioni rese questa sera dall'Assessore Avancini mi dichiaro ancora una volta insoddisfatto, e dichiaro altresì che trasformerò l'interpellanza in mozione.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il capitolo 218: approvato a maggioranza con 6 voti contrari e 12 astensioni.

Art. 25

È autorizzato il pagamento delle spese ordinarie e straordinarie per l'esercizio finanziario dal 1. gennaio al 31 dicembre 1965 in conformità dell'annesso stato di previsione della spesa.

Pongo in votazione l'art. 25: approvato a maggioranza con 14 astensioni e 3 contrari.

Art. 2

Per il raggiungimento delle finalità previste dal primo comma dell'art. 70 della legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5, è autorizzata per l'esercizio finanziario 1965, la spesa di lire 340 milioni che si iscrive a capitolo n. 19 dell'annesso stato di previsione della spesa, di cui lire 170.000.000 a favore della Provincia di Trento e lire 170.000.000 a favore della Provincia di Bolzano, salvo congruaggio in proporzione al gettito delle entrate tributarie della Regione, ricavato rispettivamente nel territorio delle due Provincie.

Pongo in votazione l'art. 2: approvato con 17 astensioni.

Art. 3

Per le finalità previste dalla legge regionale 1. settembre 1962, n. 18 è autorizzata, per l'esercizio 1965, la complessiva spesa di lire 303 milioni che si iscrive al capitolo n. 64 dell'annesso stato di previsione della spesa, di cui lire 151.500.000 a favore della Provincia di Trento e lire 151.500.000 a favore della Provincia di Bolzano.

La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Zu diesem Kapitel des Haushaltsvoranschlags Stellung zu nehmen, verpflichtet mich die heute abgeführte Diskussion und zwar in der Hauptsache deswegen, weil wir festgestellt haben, daß in dem Haushalt auf verschiedenen Kapiteln der Ausgaben des vorigen Jahres einige Überhänge zugunsten der Provinz Trient vorliegen. Herr Kollege Dalsass hat einige davon aufgezählt und bei verschiedenen dieser Ausgaben kann eher ein Überhang zugunsten der Provinz Trient vermutet werden. Um hier einen gerechten Ausgleich treffen zu können, würde ich einen Vorschlag unterbreiten, für den übrigens ein Präzedenzfall vorhanden ist, nämlich, daß die Provinz Bozen, was die Tierzuchtförderung betrifft, auf dieses Kapitel einen höheren Betrag als die Provinz Trient zugewiesen bekommt. In der Hauptsache deswegen, weil in der Provinz Bozen dringende Maßnahmen über dieses Gesetz vorgesehen sind. Ich erinnere an den Bau der Versteigerungshalle und des Kontumazstalles in Mals, der nicht nur auf genossenschaftlicher Ebene funktionieren wird, sondern auf Verbandsebene. In diesem Zusammenhange erinnere ich auch an eine geplante große Ausstellung der Haflinger Pferde im

Laufe des Jahres 1965. Ich würde mich mit einem verhältnismäßig bescheidenen Überhang zufriedenstellen und in einem Abänderungsantrage einen höheren Betrag von 22 Millionen an die Provinz Bozen vorschlagen. Wenn ich diesen Abänderungsantrag vorlege, dann möchte ich ihn auch insofern begründen, als ich aus der Diskussion über die Zuteilung der Geldmittel der Region für die Revisionen der Genossenschaften eine gewisse Lehre ableite. Von Herrn Regionalratsabgeordneten Odorizzi ist auch vertreten worden, daß es in der Provinz Trient eine wesentlich höhere Zahl an Genossenschaften gäbe, die revidiert werden müßten. Aus diesem Grunde wurde im Art. 4 für die Provinz Trient auch ein größerer Beitrag vorgesehen. Wir haben uns nicht einverstanden erklärt, daß dieser Aufteilungsschlüssel auch im Art. 13 des Haushaltsgesetzes angewendet werde, nämlich bezüglich Kap. 126, wie bereits den Ausführungen meines Kollegen Dr. Dalsass zu entnehmen war. Aber in analoger Anwendung der Grundsätze für die Zuteilung der Geldmittel zu den Revisionen der Genossenschaften möchte ich hinsichtlich dieses meines Vorschlages auch einige Daten vorbringen. Es steht fest, daß die Provinz Bozen über 120.000 Rinder verfügt und die Provinz Trient über 70.000 Rinder, also nur etwas mehr als die Hälfte. Aber noch viel wichtiger scheint mir eine andere Angabe zu sein, nämlich, daß es in der Provinz Bozen 20.000 Herdbuchtiere gibt, die unter steter Kontrolle stehen, während es in der Provinz Trient 5.000 Herdbuchtiere gibt. Also gibt es in der Provinz Bozen viermal so viel Herdbuchtiere als in der Provinz Trient. Diese Geldmittel sind zudem hauptsächlich für Tierzuchtförderungsmaßnahmen vorgesehen. Es muß auch erwähnt werden, daß die Herdbuchführung in der Provinz Bozen von Angestellten der Verbände durchgeführt wird, während in der Provinz

Trient dazu behördliche Beamte, die von der Region aus bezahlt werden, diesen Dienst leisten. Ebenfalls muß erwähnt werden, daß zur Erfüllung der Aufgaben der Tierzuchtförderung in der Provinz Bozen die verschiedenen Verbände über 47 Angestellte verschiedener Stufen verfügen müssen, während der Bedarf in der Provinz Trient bei 10 ausgewiesen ist, von denen 3 von der Region bezahlt werden, also nur 7 zu Lasten der Verbände gehen, d.h. zu Lasten dieser Förderungsmittel. Ich glaube, mit dieser Begründung wohl die Rechtfertigung zu meinem Abänderungsantrag gegeben zu haben und möchte dazu noch erklären, daß, wenn wir dieselben Maßstäbe anwenden würden wie bei der Anzahl der zu revidierenden Genossenschaften, dann würden wir auch einen weit größeren Anteil an diesen Geldmitteln für die Provinz Bozen beanspruchen können, als von uns mit diesem Abänderungsantrage beantragt wird.

(La discussione tenuta oggi mi obbliga a prender posizione su questo capitolo del bilancio di previsione; soprattutto perché abbiamo constatato che in diversi capitoli di spesa del bilancio dello scorso anno ci sono delle eccedenze in favore della Provincia di Trento. Il collega Dalsass ne ha elencate alcune e per diverse di queste spese si può sospettare una differenza a favore della Provincia di Trento. Per poter intraprendere una sanatoria farei una proposta che del resto ha un precedente, cioè che alla Provincia di Bolzano sia assegnata su questo capitolo per l'incremento del patrimonio zootecnico una somma maggiore che alla Provincia di Trento. Ciò soprattutto perché in provincia di Bolzano si prevedono con questa legge urgenti provvedimenti: ricordo la costruzione della sala aste e della stalla di contumacia a Malles, la quale ultima non funzionerà soltanto su piano cooperativo ma anche su piano federativo. A questo proposito ricordo pure la

grande esposizione di cavalli avelignesi in programma per il 1965. Mi accontenterei di uno scarto relativamente modesto e proporrei un emendamento che disponga un maggiore stanziamento di 22 milioni in favore della Provincia di Bolzano. Presentando questo emendamento vorrei motivarlo anche col fatto che io traggo le conclusioni dalla discussione sulla assegnazione dei fondi regionali alla revisione delle cooperative. Il cons. Odorizzi ha sostenuto che in provincia di Trento esiste un numero notevolmente maggiore di cooperative che dovrebbero essere revisionate ed a tale scopo si è previsto nell'art. 4 un fondo maggiore per quella provincia. Noi ci siamo dichiarati contrari a che questo sistema di ripartizione si applichi anche nell'art. 13 della legge sul bilancio, in riferimento cioè al cap. 127, come risulta dalle dichiarazioni del collega dott. Dalsass. Applicando per analogia i principi dell'assegnazione dei fondi alla revisione delle cooperative vorrei presentare alcuni dati sulla mia proposta. È un fatto che la provincia di Bolzano possiede più di 120.000 bovini mentre la provincia di Trento ne ha circa 70.000, solo un po' più della metà. Più importante ancora mi sembra però un altro fatto, e cioè che nella provincia di Bolzano esistono 20.000 bovini iscritti al libro genealogico e tenuti sotto controllo continuo mentre in provincia di Trento i capi iscritti sono 5.000: in provincia di Bolzano i bovini iscritti al libro sono dunque 4 volte di più che in provincia di Trento. I fondi in parola sono previsti soprattutto per misure di incremento dell'allevamento. Va anche accennato che in provincia di Bolzano il libro genealogico è tenuto da impiegati delle federazioni allevatori, mentre in provincia di Trento a tale servizio sono addetti impiegati pagati dalla Regione. Bisogna far notare ancora che per assolvere i compiti relativi all'incremento dell'allevamento in provincia di Bolzano, le

diverse federazioni devono disporre di 47 impiegati di diversi gradi mentre le necessità per la provincia di Trento si fermano a 10, tre dei quali sono pagati dalla Regione: soltanto 7 vanno così a carico delle federazioni cioè di questo fondo di incremento. Credo di avere con ciò giustificato il mio emendamento e vorrei dichiarare ancora che, volendo applicare lo stesso metro che per il numero delle cooperative da sottoporre a revisione, potremmo chiedere per la provincia di Bolzano una quota molto più alta di quella che proponiamo in questa mozione.)

PRESIDENTE: È stato presentato un emendamento a firma Brugger - Steger - Kapfinger, per cui la suddivisione dovrebbe essere di 130 milioni a Trento e 173 milioni a Bolzano.

La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Queste discussioni che riguardano un po' la ripartizione dei fondi sui vari capitoli fra le due Province, possono anche avere un aspetto poco simpatico, perché evidentemente ognuno cerca di difendere una posizione. Io devo ammettere che il cons. Brugger nell'espone la sua tesi, nell'illustrare l'emendamento che ha presentato, ha cercato di giustificare questa diversa ripartizione dei fondi da lui proposta fra la Provincia di Trento e la Provincia di Bolzano.

Tuttavia mi consenta il cons. Brugger di dichiarare che non m'ha convinto, non per amore di tesi evidentemente, ma che non m'ha convinto obiettivamente la motivazione che lui ha posto a base della sua proposta di differenziazione nella divisione dei fondi fra le due Province. Tengo a dire questo: io personalmente non ho una preclusione preconcepita per una diversa ripartizione dei fondi sui singoli

capitoli tra la Provincia di Trento e di Bolzano, perché effettivamente in teoria può verificarsi che per un settore ci siano maggiori bisogni in provincia di Trento e rispettivamente in provincia di Bolzano, comunque bisogni differenziati, alla cui differenziazione potrebbe anche utilmente essere operata una diversificazione di fondi e di ripartizione di fondi.

Questo però è difficilmente ammissibile nel momento in cui si propone una diversificazione di ripartizione dei fondi relativamente ad un singolo settore, senza considerare gli altri, come è il caso proposto per l'art. 3, anche se ha fatto riferimento all'art. 4. Ed intanto comincio col dire che non mi ha convinto il suo ragionamento proprio per la giustificazione che ha voluto porre alla base, considerando la diversa ripartizione che fra la Provincia di Trento e di Bolzano la Giunta propone a proposito dell'art. 4, cioè per quanto riguarda le cooperative. Il caso è estremamente diverso fra l'art. 3 e l'art. 4, perché l'art. 4 fa una ripartizione di fondi non per interventi di natura economica nel settore delle cooperative, ma esclusivamente a pagamento di spese, cioè di un servizio che la federazione delle cooperative svolge per conto della Regione. Ora è evidente che se questo servizio è un servizio pubblico, comunque un servizio attribuito dalla Regione alla federazione per esercitare la sorveglianza sulle cooperative, e se in Provincia di Trento il numero delle cooperative è maggiore e quindi la spesa occorrente per questo servizio è maggiore, è evidente che debba essere commisurato il quantitativo di soldi che la Regione spende a questo titolo, a seconda della quantità del servizio che viene prodotto. Evidentemente in provincia di Trento il servizio è più oneroso che in provincia di Bolzano perché, come lei ha affermato, in provincia di Trento il numero delle cooperative da revisionare è superiore a quello in provincia di Bolzano; ergo, da questo punto di

vista, non è assimilabile l'ipotesi dell'art. 3 con quella dell'art. 4.

In secondo luogo direi che io mi compiaccio con gli amici della provincia di Bolzano che hanno dei programmi notevoli e da un certo punto di vista invidiabili da parte nostra per quanto riguarda la zootecnia, sia per quanto riguarda la mostra mercato e le altre iniziative che l'Assessore Brugger ha enunciato. Noi purtroppo, direi, che non siamo ancora arrivati al punto di poter permetterci iniziative di questo tipo proprio nel settore della zootecnia, e direi proprio che gli argomenti che Brugger ha portato a sostegno della sua tesi sono quelli stessi che io ritengo fondatamente di poter porre a sostegno della tesi inversa. Tesi inversa per modo di dire, perché la tesi mia, con la quale concluderò, è quella di lasciare la ripartizione a metà, perché diversamente è un pochino difficile giustificare.

Il fatto che a Bolzano ci siano 120.000 bovini e che a Trento ce ne siano, lei ha affermato 70.000, ma sono 80.000, rettifico il dato, non è sufficiente, a mio giudizio, e non è paragonabile al fatto che in provincia di Trento ci siano più cooperative da revisionare e in provincia di Bolzano ce ne siano meno, assolutamente. In un certo senso vorrei dire che se il nostro patrimonio zootecnico è sceso dagli oltre 100.000 bovini che avevamo alcuni anni fa, ai 70.000 attuali, è indice che probabilmente l'intervento pubblico a sostegno del settore è stato inferiore alle esigenze, o che comunque la capacità autonoma del settore non è stata tale da poter garantire il mantenimento del patrimonio zootecnico di cui noi disponevamo come Provincia di Trento.

Altro argomento che lei ha addotto è questo: noi in Provincia di Bolzano abbiamo 20 mila capi che sono registrati al libro genealogico e quindi almeno un quinto del nostro patrimonio zootecnico bovino è ormai selezionato

20.000 sui 100.000 o 120.000, se non è un quinto, sarà un sesto. Mentre la Provincia di Trento effettivamente si trova soltanto a quota 5.000, quanto a registro genealogico, cioè quanto a selezione effettuata. Allora lei capisce che, come prima adduceva i bisogni, li adduco anch'io e mi pare che l'argomento serva a sostegno più alla tesi mia che alla tesi sua, e affermo che proprio il fatto che soltanto 5 mila capi sugli 80.000 di cui disponiamo sono selezionati, è indice che dobbiamo ulteriormente insistere in quell'azione che, attraverso la legge regionale, stiamo svolgendo, appunto per cercare di modificare la percentuale del nostro patrimonio bovino, fra la parte selezionata e la parte non selezionata.

L'ulteriore argomento da lei addotto, mi pare che ne avesse già accennato nella discussione in materia di agricoltura quando io la contestavo interrompendo, è questo: la nostra federazione degli allevatori in provincia di Bolzano, federazione privata degli allevatori, ha in forza 47 persone che deve pagare, — e difatti questa legge serve proprio per pagare anche, sia in provincia di Bolzano sia in provincia di Trento, il servizio che la federazione svolge a favore degli allevatori —, mentre in provincia di Trento le forze in carico alla federazione sono 10, di cui 3 pagate dalla Regione. Non sono in grado in questo momento di smentire o di confermare il suo dato, lo accetto perché non sono in grado di dimostrare il contrario. Lei conclude che evidentemente le esigenze della provincia di Bolzano, anche a questo proposito, sono maggiori a quelle della provincia di Trento.

Io in linea teorica posso anche non tentare di smentire questo, ma evidentemente anche lei, Assessore Brugger, capisce che le persone in forza a queste associazioni volontaristiche possono essere 50, come 10, come 5. Direi che non è che si possa commisurare la spesa sul numero delle persone che prestano il servizio,

ma è il numero delle persone che prestano servizio che va obbligatoriamente commisurato alla disponibilità dei mezzi finanziari esistenti. E non c'è dubbio che se la federazione degli allevatori di Trento avesse la possibilità finanziaria, non c'è dubbio che il numero delle persone aumenterebbe. Ma le disponibilità finanziarie odierne non consentono di andare oltre. Quindi anche questo è un paramento che può essere assunto per sostenere una certa tesi ma che può anche non servire.

In secondo luogo direi che la federazione della provincia di Bolzano degli allevatori, senza voler esagerare nella valutazione, ha senz'altro maggiori possibilità autonome, cioè di contribuzione da parte degli allevatori, di quelle che mediamente non esistono in provincia di Trento. Infatti, se noi facciamo una statistica della media dei capi che ogni allevatore in provincia di Bolzano rappresenta — se mi è consentito questo paragone — e facciamo l'analogo calcolo in provincia di Trento, vedremo che la media certamente in provincia di Bolzano è molto superiore alla media della provincia di Trento, perché da noi non è infrequente il caso che un allevatore appartenente alla federazione si è iscritto unicamente perché possiede uno o due capi bovini e probabilmente neanche tutti e due grossi.

Quindi voglio dire che anche la potenzialità economica della classe degli allevatori della provincia di Trento è certamente inferiore alla potenzialità e quindi alle possibilità di contribuzione alla loro associazione volontaria della provincia di Bolzano.

Per queste complessive ragioni io prego l'Assessore Brugger, anche se capisco l'insistenza di avere una certa ripartizione dei fondi in prevalenza in provincia di Bolzano per raggiungere immediatamente determinati obiettivi, che io condivido pienamente, nel campo del potenziamento zootecnico, io prego di considera-

re anche queste valutazioni, di considerare questa situazione della provincia di Trento, per concludere che in un settore — questa valutazione che ora faccio vale tanto per la provincia di Bolzano, come per la provincia di Trento — che in un settore come quello della zootecnia, che per le zone di montagna rappresenta l'unica forma di economia agraria, non venga sottratto in provincia di Trento una sola lira; perché se nel fondovalle dell'Adige ecc. l'economia agricola si articola sulla vitivinicoltura e sulla frutticoltura, nella zona di media ed alta montagna l'unica forma economica dell'agricoltura è proprio la zootecnia, e quindi ogni cura dobbiamo veramente attribuire a questo settore.

Quindi io concludo pregando l'Assessore Brugger, — pur comprendendo determinate ragioni e se i fondi a disposizione fossero superiori potrebbe introdursi anche il discorso di una diversificazione anno per anno, in relazione ai programmi delle singole province, — pregando l'Assessore Brugger che, stando così la situazione, voglia accettare la ripartizione che la Giunta regionale ha proposto.

PRESIDENTE: La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ich kann natürlich die Argumentation des Herrn Präsidenten des Landesausschusses von Trient recht gut verstehen. Denn es ist ihm bestimmt nicht angenehm, mit einem Abänderungsvorschlag zu tun zu haben, der irgendwie auf Kosten der Provinz Trient geht, da diese Beträge ja in die Provinzhaushaltspläne überführt werden. Aber diese Argumentation gibt mehr der von mir vorgebrachten These recht und zwar in erster Linie, was den Vergleich zwischen Revisionsbeiträgen und Förderungsmaßnahmen für Tierzucht angeht. Denn bei den Revisionsaufgaben, bei denen auch die Zahl zugrundegelegt

wird, wird eine Maßnahme regionaler Kompetenz ausgeübt. Bei der Kontrolle der Herdbuchtiere handelt es sich jedoch um eine Maßnahme, die durch die Verbände und deren Personal ausgeübt wird und die in der primären Kompetenz der Region liegt. Also sind auch diese Maßnahmen, für welche hier die Geldmittel ausgegeben werden, zum wesentlichen Teil in Durchführung präziser regionaler Befugnisse getroffen worden, d.h. jener der Förderung der Tierzucht. Wenn von der Anzahl der Tiere überhaupt abgesehen werden soll — denn dieser Vergleich des Gesamtrinderbestandes beider Provinzen wird vom Herrn Präsidenten Kessler nicht als tauglich befunden —, so bin ich gerne bereit, auf sachlichere Argumente zurückzugreifen, nämlich auf die Zahl der Herdbuchtiere. Über jedes Herdbuchtier müssen gewisse Kontrollen und gewisse Eintragungen vorgenommen werden. Alle diese Kontrollen und Eintragungen werden in der Provinz Bozen von Angestellten vorgenommen, welche aus diesen Tierzuchtförderungsmitteln über die Verbände entlohnt werden. Dies ist in Trient nicht der Fall, denn dort wird das Herdbuch von rein behördlichen Beamten geführt. Also sind wir hier bei der Durchführung der gleichen öffentlichen Dienste, für die die Region zuständig ist, wie es beim Revisor der Genossenschaften der Fall ist. Dies, glaube ich, muß hier festgehalten werden. Zugegeben, daß wie der Herr Präsident des Landesausschusses Trient erklärt — ich kann ihm das nicht widerlegen —, in Trient die Ergebnisse der Tierzuchtförderung vielleicht noch nicht gerade so sind, wie in der Provinz Bozen. Ich mache aber in dieser Hinsicht auf bereits vergangene Tatsachen aufmerksam. Im vergangenen Jahr konnte es sich die Provinz Bozen nicht leisten, irgendeinen Betrag aus den Tierzuchtförderungsmitteln für andere Initiativen abzuzweigen, wie dies in Trient der Fall gewesen ist.

Sicherlich wurden diese Beträge dann im Laufe des Jahres wieder aufgefüllt; aber bei uns wartet man bereits seit einiger Zeit dringendst auf die Zuteilung dieser Mittel an die Verbände. Die Tatsache, daß wir uns nicht leisten konnten, von diesen Mitteln nur 1.000 Lire für einen anderen Zweck abzuweigen, während dem Trient sich das leisten konnte, beweist, daß bei uns der Einsatz dieser Mittel wenigstens gleich dringlich ist, — ich glaube sogar dringlicher. Aber es kommt noch etwas dazu, wenn wir jetzt die Provinzverhältnisse von Trient und Bozen miteinander vergleichen. Mir ist nicht bekannt, daß zur Sanierung der Viehbestände die Provinz in Trient hohe Geldbeträge auswerfen muß, um zurechtzukommen. In der Provinz Bozen wird das getan. Die Provinz Bozen muß zusätzlich 150 Millionen Lire für Seuchenbekämpfung verwenden. In der Provinz Bozen müssen 50 Millionen auf Art. 17 des Grünen Planes zusätzlich zur Seuchenbekämpfung herangezogen werden. Gleichzeitig muß die Tierzuchtförderung betrieben werden. Solange wir feststellen können, daß in der Provinz Trient dieses Bedürfnis zur Gesundung des Viehbestandes — und nicht nur zur Erzielung eines guten Viehtypes — nicht besteht, müssen wir annehmen, daß die Bedürfnisse bei uns wesentlich höher sind. Und wenn die Provinz nicht unbedingt hätte ihr Geld zur Verfügung stellen müssen, sie hätte es ganz bestimmt nicht getan, denn die finanziellen Verhältnisse der Provinz Bozen sind genauso schlecht wie die der Provinz Trient.

(Interruzione).

Das nützt nichts, geben auch Sie Geld der Provinz und tun Sie das, was wir tun! Es geht nicht, wenn Sie jetzt sagen, wir warten nur auf die Region. Wir müssen uns selbst helfen, weil die regionalen Mittel nicht ausreichen. Aber ich gehe noch auf einen weiteren Beweis ein. Wir können aus diesen Geld-

mitteln bestimmte Ankaufsprämien für Zuchttiere geben. Vergleichen wir einmal die Höhe dieser Ankaufsprämien, die in der Provinz Bozen gegeben werden können, mit der Höhe der Ankaufsprämien, die in der Provinz Trient für den Erwerb von erlesenem Zuchtvieh gegeben werden können. Nicht, daß man hier erklärt, die Bauern in Bozen seien wohlhabender als die Bauern im Trentino. Wir haben einen großen Teil unserer Bergbauern genauso bedürftig und genauso arm, wie im Trentino und können ihnen nur die Hälfte der Ankaufsprämien geben, wie sie in der Provinz Trient gang und gäbe sind. Der Unterschied in der Behandlung der Bauern in der Provinz Bozen gegenüber denen der Provinz Trient spricht sich herum. Und weil sich das herumspricht werden die Südtiroler Bauern unzufrieden sein, wenn sie feststellen, daß man im Trentino weit höhere Ankaufsprämien geben kann als in Südtirol, wobei noch die gesamten Spesen der Milchkontrollen in Südtirol durch die Verbände übernommen werden. Aus diesen Gründen muß ich wirklich ernstlich darum ersuchen, man möge hier den gleichen Maßstab anwenden, nach dem es möglich ist, für die Provinz Trient höhere Beträge vorzusehen. Die Grundlagen sind hier. Ich gehe ja nicht auf einen Aufteilungsschlüssel ein und sage zum Beispiel 20.000 Herdbuchtiere in Bozen zu 5.000 Herdbuchtieren in Trient oder soundsoviele Zuchtgenossenschaften in Bozen gegenüber soundsovielen Zuchtgenossenschaften in Trient. Ich mache keinen derartigen Vergleich; ich deute nur an, daß hier eine höhere Zuteilung für Bozen notwendig und gerecht ist und verlange auch nicht mehr als diese 22 Millionen, um diesen Unterschied auszugleichen.

(Naturalmente posso capire benissimo la argomentazione del Presidente della Giunta provinciale di Trento; infatti non gli sarà certo gradito aver a che fare con una proposta di

emendamento che in un certo qual modo si risolve a sfavore della provincia di Trento dato che i fondi passano ai bilanci delle Province. Tale argomentazione però dà ancor più ragione alla tesi da me sostenuta ed esattamente per quanto riguarda soprattutto il raffronto fra i contributi per le revisioni delle cooperative e le misure per l'incremento dell'allevamento del bestiame. Infatti con i compiti di revisione, basati anche sul numero delle cooperative, si esercita una competenza regionale: per il controllo dei capi iscritti al libro genealogico il compito è esercitato dalle federazioni e dal loro personale ma rientra nelle competenze primarie della Regione. Dunque anche i provvedimenti per cui si stanziavano qui dei fondi sono stati presi per la maggior parte in applicazione di precise competenze regionali, cioè di quelle riguardanti l'incremento dell'allevamento. A parte il numero dei capi — infatti il Presidente Kessler considera non pertinente tale paragone tra i patrimoni zootecnici delle due province — sono disposto a portare argomenti più concreti, cioè il numero dei bovini iscritti al libro genealogico. Ogni capo selezionato deve essere sottoposto a determinati controlli ed i dati relativi registrati. Tutti questi controlli e registrazioni sono fatti in provincia di Bolzano da impiegati pagati dalle federazioni allevatori con i fondi destinati all'incremento del patrimonio zootecnico, mentre a Trento il libro genealogico viene condotto da impiegati dell'amministrazione pubblica. Si tratta dunque degli stessi servizi pubblici di competenza della Regione come nel caso della revisione delle cooperative e credo che ciò vada constatato in questa sede. Ammetto, come ha dichiarato il Presidente della Giunta provinciale trentina, ed in questo non posso contraddirlo, che nel Trentino i risultati dell'incremento del patrimonio zootecnico non sono forse all'altezza di quelli della provincia di Bolzano. A tale proposito vorrei però atti-

rare l'attenzione su fatti che appartengono ormai al passato. L'anno scorso la Provincia di Bolzano non si è potuta permettere di sottrarre nulla ai fondi per l'incremento dell'allevamento in favore di altre iniziative, come è stata in grado di fare la Provincia di Trento. Senz'altro tali somme sono state poi rimborsate nel corso dell'anno: da noi però si aspetta già da parecchio tempo con urgenza l'assegnazione di questi mezzi alle federazioni allevatori. Il fatto che non ci siamo potuti permettere di stornare dai fondi nemmeno 1000 lire per un'altro scopo dimostra che da noi il loro impiego è almeno altrettanto pressante, se non di più. Confrontando la situazione in provincia di Trento con quella in provincia di Bolzano c'è però qualcos'altro da aggiungere. Non sono a conoscenza del fatto che la Provincia di Trento debba spendere grosse somme per il risanamento del bestiame; in provincia di Bolzano invece questo si fa, noi dobbiamo spendere 150 milioni di lire in più per la lotta alle epizootie. In provincia di Bolzano è necessario stanziare 50 milioni aggiuntivi sull'art. 17 del Piano Verde per la lotta alle epizootie e contemporaneamente bisogna incrementare il patrimonio zootecnico. Finché possiamo constatare che in provincia di Trento non esistono tali esigenze di risanamento del bestiame, e non soltanto per raggiungere un buon tipo di bestiame, dobbiamo ritenere le nostre esigenze notevolmente maggiori. Se la Provincia non fosse stata costretta a mettere a disposizione il proprio denaro non lo avrebbe fatto senz'altro poiché la situazione finanziaria della Provincia di Bolzano è altrettanto cattiva di quella della Provincia di Trento).

(Interruzione).

(Questo non serve, stanziare anche voi denaro della Provincia e fate come noi! Non è giusto che diciate ora di aspettare solo la Regione: noi dobbiamo arrangiarci perché i fondi

regionali non sono sufficienti. Un'altra dimostrazione: noi siamo in grado di dare, con questi fondi, determinati premi di acquisto per il bestiame da allevamento. Confrontiamo ora l'ammontare dei premi che siamo in grado di dare in Provincia di Bolzano con quello dei premi che si possono assegnare in Provincia di Trento per l'acquisto di bestiame selezionato da allevamento. Non mi si dica ora che i contadini dell'Alto Adige sono più agiati di quelli del Trentino. La maggior parte di essi è altrettanto povera e bisognosa dai contadini trentini e noi siamo in grado di assegnar loro soltanto dei premi d'acquisto che sono la metà di quelli comunemente assegnati nel Trentino. Questa differenza di trattamento fra i contadini delle due province viene risaputa ed i contadini sudtirolesi saranno insoddisfatti appunto constatando che nel Trentino si possono assegnare premi d'acquisto superiori di molto a quelli dell'Alto Adige, mentre in Alto Adige le federazioni sostengono tutte le spese per il controllo della produzione lattiera. Per tutte queste ragioni devo chiedere seriamente che si applichi qui lo stesso metro con cui è possibile prevedere contributi maggiori per la provincia di Trento. La base è questa. Dicendo per esempio che a Bolzano sono 20.000 i capi iscritti al libro genealogico mentre a Trento sono 5.000 o affermando che le cooperative allevatori sono tante a Bolzano e tante a Trento, non mi riferisco ad un sistema di ripartizione, nè faccio paragoni: accenno soltanto al fatto che un'assegnazione maggiore per la provincia di Bolzano è in questo caso necessaria e giusta e non chiedo che questi 22 milioni per pareggiare la differenza).

PRESIDENTE: La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Qui, signor Presi-

dente, ci sono due questioni, una di merito e una di principio. Sulla questione di merito io confesso che non intendo entrare, anche perché mi mancano gli elementi di valutazione. Mi mancano gli elementi di valutazione nel senso che non conosco con esattezza quali siano i reali bisogni e le reali necessità di stanziamenti per questo tema nella provincia di Bolzano e nella provincia di Trento.

C'è però una questione di principio sulla quale mi piace soffermarmi. Innanzi tutto devo fare questa considerazione: che quelle che sembrano le soluzioni più semplici e le soluzioni più comode, a distanza di anni sono quelle che si rivelano le meno facili e le meno comode. In questo giudizio io debbo obiettivamente coinvolgere tanto la D.C. quanto la S.V.P., perché fin dall'inizio dell'autonomia, nonostante siano state levate da più parti le obiezioni a questo sistema, ambedue hanno ritenuto comodo e facile procedere alla divisione a metà e a metà dei fondi della Regione. Più volte, anche quando non eravamo rappresentati in questa assemblea regionale, come liberali abbiamo sollevato l'obiezione che non era un sistema giusto, e che non si poteva dare a metà e a metà, prescindendo da quelli che sono i bisogni e da quelle che sono le necessità. A volte avevamo sollevato questa obiezione in difesa dei bisogni e delle necessità della provincia di Trento, a volte l'avevamo anche sollevata in difesa dei bisogni e delle necessità della provincia di Bolzano. A lungo andare — e oggi lo constatiamo per la seconda, per la terza, per la quinta volta — questo sistema facilistico rivela tutte le sue difficoltà. È stato un sistema adottato di comune accordo fin dall'inizio, e adesso un po' di questo sistema si trovano prigionieri sia gli uni, sia gli altri, che tale sistema hanno voluto instaurare e hanno poi successivamente mantenuto.

Però, indipendentemente dalla valutazio-

ne che in questo momento, lo confesso, ci sfugge e non possiamo giudicare, di quello che è il merito della questione, noi crediamo di dover appoggiare la richiesta della S.V.P. per una questione di principio. Dichiariamo però che, nello stesso momento in cui appoggiamo questa richiesta in questo determinato settore, siamo pronti poi ad avanzarla anche per altri settori, che eventualmente vadano a beneficio di necessità e bisogni della provincia di Trento. Ma appoggiamo in questo settore la richiesta della S.V.P., per una questione di principio, perché riteniamo, come abbiamo sempre ritenuto, ingiusto e non corrispondente alle necessità delle popolazioni e del paese, il criterio della divisione a metà.

Crediamo di poter aderire, così, forse anche superficialmente, io non lo nego, perché tutti i dati della questione ci sfuggono, di poter aderire alle giustificazioni che ha dato il capogruppo della S.V.P. per una richiesta di un aumento della parte riguardante la provincia di Bolzano, e l'affermiamo proprio per rompere il principio della divisione meccanica e aritmetica del 50%.

PRESIDENTE: La parola al cons. Brugger.

È già la terza volta.

BRUGGER (S.V.P.): Non è la terza volta. Bitte, darf ich erklären? Ich habe zuerst meinen Abänderungsantrag erläutert; dann habe ich zum Abänderungsantrag Stellung genommen und jetzt bin ich zum zweiten Mal daran.

(Prego, posso spiegare? Prima ho illustrato la mia proposta di emendamento, poi ho preso posizione sull'emendamento ed ora parlo per la seconda volta).

PRESIDENTE: Non può parlare per la terza volta in base al regolamento.

BRUGGER (S.V.P.): Das erste Mal habe ich zum Kapitel gesprochen.

(La prima volta ho preso la parola sul capitolo).

PRESIDENTE: Sì, ha la parola.

BRUGGER (S.V.P.): Ich wollte kurz zu den Darlegungen des Herrn Regionalratsabgeordneten Corsini Stellung nehmen und zwar in dem Sinne, daß wir auch aus den heutigen Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln feststellen konnten, daß wir — wenn wir die Gesamtsummen ziehen — bei der Hälfte-Hälfte-Teilung wahrscheinlich um einiges gegenüber der Provinz Trient zu kurz kommen. Herr Kollege Dalsass hat einige Kapitel aufgeführt, bei denen er feststellen konnte, daß es nicht immer genau Hälfte zur Hälfte geht, wie wir bis jetzt immer gewünscht haben. Sofern von diesem Grundsatz abgegangen wird, sollten diese Abweichungen nicht die Regel sein. Die Gesamtsumme der Zuteilungen auf die einzelnen Kapitel der Bilanz müßte am Ende der Hälfte-Hälfte-Formel entsprechen. Hierbei müssen wir schon unbedingt bleiben. Die Abweichungen von den Beträgen Hälfte zur Hälfte sollten eine Ausnahme bleiben. So wie es bei Art. 4 schon seit mehreren Jahren eine Ausnahme ist, darf ich wünschen, daß diese Ausnahme mit ähnlichen und gleich stichhaltigen Begründungen auch bei Art. 3 beachtet wird. Wir haben den Präzedenzfall nicht geschaffen. Weil er nun besteht, müssen wir auf Grund dieses Präzedenzfalles auch unsere Forderungen stellen, wobei ich ohne weiteres zugebe, daß in Ausnahmefällen von der starren 50 : 50-Einteilung abgewichen werden kann, bei der Summierung der Gesamtbeträge des ganzen Haushaltes dann aber schon 50 : 50 herauskommen müßte. Wir haben auch schon mehrere Fälle gehabt. Wir wollen nicht an diese kleinen Geplänkel von gestern, die über

den Kollegen Zelger abgeführt worden sind, erinnern. Aber es scheint, daß wir schon noch einiges zu überprüfen hätten; wir müßten jedenfalls einmal wissen, wieviel insgesamt der Provinz Bozen nach der 50 zu 50 Formel zugeteilt worden ist. So wie wir aus der Generaldebatte die Lehre gezogen haben, glaube ich, daß wir in eine Zeit hineinkommen, in der wir uns gegenseitig den guten Willen beweisen müssen. Jetzt ist die Zeit dazu gekommen.

(Volevo prendere posizione in breve sull'esposizione del cons. Corsini ed esattamente nel senso che anche dalle diverse dichiarazioni fatte oggi sui diversi capitoli abbiamo potuto constatare che, tirando le somme, probabilmente in questa divisione a metà e metà ci rimettiamo qualcosa in favore della provincia di Trento. Il collega Dalsass ha citato alcuni capitoli in cui si può constatare una ripartizione che non rispetta il principio delle due metà uguali, da noi finora sempre auspicato. Se si deroga da questo principio, tali deroghe non dovrebbero diventare una regola: la somma totale delle assegnazioni sui vari capitoli del bilancio dovrebbe rispettare alla fine la formula delle due metà, a cui dobbiamo assolutamente attenerci. Le deroghe alla suddivisione metà e metà dovrebbero rimanere eccezione: come già da anni si fa un'eccezione all'art. 4, desidererei che se ne prenda in considerazione una anche per il cap. 3 con analoghe ed altrettanto valide causali. Non siamo stati noi a creare il precedente, ma poiché esso ormai esiste dobbiamo in base ad esso avanzare le nostre richieste, ammettendo senz'altro che in casi eccezionali si possa derogare da una stretta divisione a metà. Il totale di tutti i capitoli del bilancio deve dare però un risultato di 50 a 50. I casi sono stati parecchi: non vogliamo ricordare le scaramucce di ieri condotte dal collega Zelger, sembra però che avremmo ancora parecchio da verificare. Ad ogni modo dovremmo

sapere una volta per tutte quanto è stato assegnato complessivamente alla Provincia di Bolzano in base alla formula del 50 a 50. Da quanto abbiamo imparato dalla discussione generale, credo che ormai stiamo arrivando ad un periodo in cui la buona volontà reciproca andrà dimostrata. Ormai è arrivato il tempo di farlo).

PRESIDENTE: La parola all'Assessore.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Io vorrei anche giustificare la ripartizione metà e metà che si è avuta per questo articolo. Essa risponde innanzi tutto a un criterio che è stato adottato da tanto tempo e cioè quello di dividere i fondi al 50% all'una e all'altra provincia, prassi e metodo che indubbiamente può presentare anche degli inconvenienti, che può presentare anche dei lati negativi, ma che presenta, come tutti i problemi, anche degli aspetti di carattere positivo, che non debbono essere sottovalutati.

Per entrare nel merito di questa ripartizione a metà, io ritengo di poter senz'altro condividere alcune osservazioni che sono state fatte. Effettivamente la situazione in provincia di Bolzano presenta un maggior numero di capi di bestiame e presenta quindi anche problemi di carattere organizzativo, superiori a quelli che possono essere, ad esempio, nella provincia di Trento. Ma noi dobbiamo considerare che in provincia di Trento vi è una situazione di differenza tale, anche dal punto di vista organizzativo, che richiede una maggiore disponibilità di fondi, anche se il numero di capi di bestiame è inferiore.

Ora, in provincia di Trento abbiamo una attività promozionale, una attività di sensibilizzazione, una attività di organizzazione delle forze degli allevatori, che indubbiamente presenta delle esigenze anche di ordine finanziario,

che possono, a mio giudizio, essere messe sullo stesso piano di parità con quelle richieste per la organizzazione degli allevatori in provincia di Bolzano.

Quindi, se da una parte vi è una situazione con un numero maggiore di capi di bestiame, e dall'altra invece una situazione con minore numero di capi di bestiame, abbiamo però esigenze di carattere organizzativo per soddisfare a quella che è un'attività promozionale maggiore nella provincia che si trova in situazione inferiore rispetto all'altra, che giustificano questa ripartizione a metà del fondo messo a disposizione.

Quindi io direi di lasciare le cose così almeno per questo esercizio, poi si vedrà.

Vorrei dire anche al cons. Brugger che il presentare un emendamento all'ultimo momento su questo tema . . .

BRUGGER (S.V.P.): L'art. 4 e l'art. 13 mi hanno dato la motivazione.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Sì, ma, cons. Brugger, della presentazione di questo emendamento ne ho sentito parlare solo questa sera, quindi indubbiamente noi ci troviamo impreparati a considerare la giustezza o meno della ripartizione diversa che viene proposta fra le due province. Vorrei pregare i consiglieri della provincia di Bolzano di voler tener conto di questa situazione e di considerare la opportunità, almeno per questo bilancio, di lasciare immutata la proposta fatta dalla Giunta.

PRESIDENTE: Altri prendono la parola? Nessuno. Allora pongo in votazione l'emendamento che dice: 130 milioni a favore della provincia di Trento e 173 milioni a favore della provincia di Bolzano: respinto con 24 contrari e 17 favorevoli.

Pongo in votazione l'art. 3: approvato a maggioranza con 16 voti contrari, 1 astensione.

Art. 4

Per le finalità previste dagli articoli 4 e 8 della legge regionale 14 febbraio 1964, n. 8, recante provvidenze a favore della cooperazione, è autorizzata per l'esercizio finanziario 1965 la spesa di lire 20 milioni, che si iscrive al capitolo 66 dell'annesso stato di previsione della spesa.

A carico dello stanziamento sopra indicato sono disposte le seguenti assegnazioni:

— a favore della Provincia di Trento lire 13.500.000;

— a favore della Provincia di Bolzano lire 6.500.000.

La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Nur ganz kurz, damit nicht zu viel Zeit verloren geht. Ich muß sagen, daß die hier ins Feld geführten Argumente, nach denen in der Provinz Trient viel mehr Genossenschaften zu revidieren sind als in der Provinz Bozen und somit auch der größere Bedarf vorhanden ist, uns ohne weiteres überzeugt haben. Deswegen sind wir für diese differenzierte Aufteilung der Beiträge Bozen-Trient.

(In breve, per non perdere troppo tempo. Devo dire che gli argomenti accampati qui, secondo i quali in provincia di Trento le cooperative da sottoporre a revisione sono molte di più che in provincia di Bolzano e con ciò le esigenze sono maggiori, ci hanno convinto senz'altro. Siamo perciò favorevoli a questa ripartizione differenziata dei contributi fra Bolzano e Trento).

PRESIDENTE: Pongo in votazione lo art. 4: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

Art. 5

Per le finalità previste dall'art. 3 della legge regionale 21 gennaio 1963, n. 2 è autorizzata a carico dell'esercizio finanziario 1965 la spesa di lire 55 milioni che si iscrive al capitolo n. 88 dell'annesso stato di previsione della spesa.

A carico dello stanziamento suddetto sono disposte le seguenti assegnazioni:

— a favore della Provincia di Trento
lire 27.500.000

— a favore della Provincia di Bolzano
lire 27.500.00.

Pongo in votazione l'art. 5: approvato a maggioranza con 15 astensioni.

Art. 6

Sul limite di impegno di lire 65 milioni autorizzato per l'esercizio finanziario 1965 con l'articolo 8 della legge regionale 19 febbraio 1964, n. 10, recante provvidenze per promuovere e potenziare gli impianti delle cooperative agricole, sono disposte le seguenti assegnazioni che fanno carico al capitolo n. 97 dell'annesso stato di previsione della spesa:

— a favore della Provincia di Trento
lire 32.500.000

— a favore della Provincia di Bolzano
lire 32.500.000

Per effetto di quanto disposto nel comma precedente, sullo stanziamento di lire 110 milioni iscritto al capitolo predetto vengono autorizzate le assegnazioni di lire 55 milioni a favore della Provincia di Trento e di lire 55 milioni a favore della Provincia di Bolzano.

Pongo in votazione l'art. 6: approvato a maggioranza con 13 astensioni.

Art. 7

Sul limite di impegno di lire 65 milioni autorizzato per l'esercizio finanziario 1965 con l'articolo 7 della legge regionale 10 febbraio 1964, n. 6, recante provvidenze per promuovere e potenziare l'irrigazione, sono disposte le seguenti assegnazioni che fanno carico al capitolo n. 100 dell'annesso stato di previsione della spesa:

— a favore della Provincia di Trento
lire 32.500.000

— a favore della Provincia di Bolzano
lire 32.500.000

Per effetto di quanto disposto nel comma precedente, sullo stanziamento di lire 110 milioni iscritto al capitolo predetto vengono autorizzate le assegnazioni di lire 55 milioni a favore della Provincia di Trento e di lire 55 milioni a favore della Provincia di Bolzano.

Pongo in votazione l'art. 7: approvato a maggioranza con 15 astensioni.

Art. 8

Per le finalità previste dalla legge regionale 17 marzo 1964, n. 16, recante provvidenze per il funzionamento dei consorzi antigrandine, è autorizzata per l'esercizio 1965 la spesa di lire 20 milioni, che si iscrive al cap. n. 102 dell'annesso stato di previsione della spesa.

A carico dello stanziamento sopra indicato sono disposte le seguenti assegnazioni:

— a favore della Provincia di Trento
lire 10.000.000

— a favore della Provincia di Bolzano
lire 10.000.000

Pongo in votazione l'art. 8: approvato a maggioranza con 12 astensioni.

Art. 9

Per la concessione del concorso sui mutui di miglioramento fondiario di cui all'art. 9 della legge 2 giugno 1961, n. 454, è autorizzato nell'esercizio finanziario 1965 il limite di impegno di lire 10 milioni (capitolo n. 106).

Pongo in votazione l'art. 9: approvato a maggioranza con 12 astensioni.

Art. 10

Per la concessione del concorso sui mutui di miglioramento fondiario di cui all'articolo 9 della legge 2 giugno 1961, n. 454 ed all'articolo 4 della legge 23 maggio 1964, n. 404, è autorizzato nell'esercizio finanziario 1965 il limite d'impegno di lire 40 milioni (capitolo n. 107).

Pongo in votazione l'art. 10: approvato a maggioranza con 14 astensioni.

Art. 11

Sono autorizzati nell'esercizio finanziario 1965 il limite di impegno di lire 20 milioni per la concessione del concorso sui mutui e prestiti previsti dalla lettera a) primo comma dell'articolo 16 della legge 2 giugno 1961, n. 454 e il limite di impegno di lire 12 milioni per la concessione del concorso previsto dalla lettera b) primo comma dello stesso articolo (capitoli n. 114 e n. 115).

Pongo in votazione l'art. 11: approvato a maggioranza con 1 contrario e 13 astensioni.

Art. 12

Per la concessione del concorso sui mutui di cui all'articolo 27 secondo comma della legge 2 giugno 1961, n. 454, è autorizzato nell'e-

sercizio 1965 il limite di impegno di lire 10 milioni (capitolo n. 124).

Pongo in votazione l'art. 12: approvato a maggioranza con 13 astensioni.

Art. 13

Per le finalità previste dagli articoli n. 1, n. 2 e n. 6 della legge regionale 14 febbraio 1964, n. 8, recante provvidenze a favore della cooperazione, è autorizzata per l'esercizio finanziario 1965 la complessiva spesa di lire 35 milioni, che si iscrive per lire 7 milioni al capitolo n. 125 e per lire 28 milioni al capitolo n. 126 dell'annesso stato di previsione della spesa.

A carico degli stanziamenti sopra indicati sono disposte le seguenti assegnazioni:

Cap. 125 — a favore della Provincia di Trento lire 3.500.000

— a favore della Provincia di Bolzano lire 3.500.000

Cap. 126 — a favore della Provincia di Trento lire 16.000.000

— a favore della Provincia di Bolzano lire 12.000.000

C'è un emendamento a firma Dalsass - Steger - Unterpertinger: « Al cap. 126 prevedere la ripartizione: 14 milioni a Bolzano e 14 milioni a Trento » anziché « 16 a Bolzano e 12 a Trento ».

La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Ich werde ganz kurz sein. Ich habe bereits zum Kap. 126 hinsichtlich der 28 Millionen das Wort ergriffen und habe meinen Standpunkt dargelegt. Dieser Betrag müßte Hälfte zur Hälfte aufgeteilt werden. Ich habe auch begründet, daß hier nicht die gleichen Gründe zutreffen wie bei Art. 4,

wo wir dies ohne weiteres eingesehen haben. Es dreht sich um den Art. 6 des Genossenschaftsförderungsgesetzes. Wir haben also 14 zu 14 vertreten. Nun aber habe ich vom Präsidenten des Regionalausschusses gehört, daß er das nicht einsieht und daß er für die bereits vorgeschlagene Aufteilung ist. Bisher haben wir leider feststellen müssen, daß man für die Provinz Trient sehr viel übrig hat, für die Provinz Bozen aber sehr wenig. Den Daten, die ich bereits einmal vorgetragen und mit denen ich bewiesen habe, daß im Jahre 1964 die Provinz Trient viel mehr bekommen hat als die Provinz Bozen, möchte ich noch 2 Kapitel hinzufügen: das Kap. 85, wo 93 Millionen ausgegeben worden sind, davon über 80 Millionen für die Provinz Trient. Dann möchte ich noch an das Gesetz erinnern, mit dem die Schulungsbaustellen finanziert wurden. Es sind nur 50 Millionen vorgesehen gewesen, davon wurden 37,5 in der Provinz Trient ausgegeben und 12,5 in der Provinz Bozen. Das sind zusätzliche Daten, um zu beweisen, daß man für die Provinz Trient sehr viel übrig hatte und für die Provinz Bozen sehr wenig, — siehe Antrag Kollege Dr. Brugger. Man hat also nicht im Sinne, den guten Willen zu zeigen, auf den man sich immer wieder berufen hat. Der gute Willen ist meines Erachtens bis heute nur ein Lippenbekenntnis geblieben. In der Tat wurde er aber nie bewiesen. Nachdem ich bereits den Gedankengang des Präsidenten in puncto Art. 13 vorher kennengelernt habe, möchte ich den Regionalrat nicht nochmals mit einer Abstimmung belästigen und ziehe deshalb den Antrag zurück.

(Sarò brevissimo. Ho già preso la parola sui 28 milioni del cap. 126 ed ho esposto il mio punto di vista cioè che tale somma dovrebbe essere divisa in due metà uguali. Ho altresì fatto notare che in questo caso mancano le ragioni esistenti per l'art. 4 e che abbiamo

ammesso senz'altro. Si tratta qui dell'art. 6 della legge sull'incremento delle cooperative: noi abbiamo sostenuto una divisione consistente in 14 milioni per provincia. Ho sentito che il Presidente della Giunta regionale non approva e sostiene la ripartizione proposta precedentemente. Finora abbiamo purtroppo dovuto constatare che per la provincia di Trento si ha molta comprensione, per la provincia di Bolzano invece molto poca.

Ai dati che ho citati una volta e con cui ho dimostrato che nel 1964 la Provincia di Trento ha ricevuto molto di più che la Provincia di Bolzano, vorrei aggiungere ancora due capitoli: il cap. 85 con una spesa di 93 milioni, di cui più di 80 alla Provincia di Trento, e la legge con cui si sono finanziati i cantieri-scuola. Per questa si erano previsti soltanto 50 milioni, di cui 37,5 sono stati spesi in provincia di Trento e 12,5 in provincia di Bolzano. Questi sono dati aggiuntivi per dimostrare che per la provincia di Trento si è avuta molta comprensione e per la provincia di Bolzano molto poca, vedi la proposta del dott. Brugger. Non si ha dunque intenzione di dimostrare quella buona volontà a cui si fa sempre appello. La buona volontà è a parer mio fino ad oggi rimasta una pura professione formale in pratica mai dimostrata. Poiché questa volta sono venuto in anticipo a conoscenza del ragionamento del Presidente sull'art. 13, non vorrei disturbare il Consiglio con un'altra votazione e ritiro perciò la proposta).

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'articolo 13: approvato a maggioranza con 14 voti contrari e 4 astensioni.

Art. 14

Sullo stanziamento di lire 35 milioni autorizzato per l'esercizio finanziario 1965 con l'articolo 11 della legge regionale 27 febbraio

1964, n. 15, per la concessione di contributi per la costruzione di magazzini commerciali, sono disposte le seguenti assegnazioni che fanno carico al capitolo n. 150 dell'annesso stato di previsione della spesa:

— a favore della Provincia di Trento
lire 17.500.000

— a favore della Provincia di Bolzano
lire 17.500.000

Pongo in votazione l'art. 14: approvato a maggioranza con 8 astensioni e 3 voti contrari.

Art. 15

Per effetto delle assegnazioni disposte a favore delle Province di Trento e di Bolzano con l'articolo 8 della legge regionale 24 luglio 1963, n. 21 sui limiti di impegno autorizzati con l'articolo 9 della legge regionale medesima a carico degli esercizi finanziari 1963 e 1964, sono disposte le seguenti assegnazioni sullo stanziamento di lire 150 milioni iscritto al capitolo n. 153 dell'annesso stato di previsione della spesa:

— a favore della Provincia di Trento
lire 75.000.000

— a favore della Provincia di Bolzano
lire 75.000.000

Pongo in votazione l'art. 15: approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 12 astensioni.

Art. 16

Sul limite di impegno di lire 50 milioni autorizzato per l'esercizio finanziario 1965 con l'articolo 9 della legge regionale 1 luglio 1963, n. 19, per la concessione di contributi per la realizzazione di impianti turistico-sportivi, sono disposte le assegnazioni di lire 25 milioni

a favore della Provincia di Trento e lire 25 milioni a favore della Provincia di Bolzano.

Per effetto di quanto disposto nel comma precedente, sullo stanziamento di lire 100 milioni iscritto al capitolo n. 159 dell'annesso stato di previsione della spesa vengono autorizzate le seguenti assegnazioni:

— a favore della Provincia di Trento
lire 50.000.000

— a favore della Provincia di Bolzano
lire 50.000.000

Pongo in votazione l'art. 16: approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 13 astensioni.

Art. 17

Per le finalità previste dalle leggi regionali 14 agosto 1956, n. 9 e 18 gennaio 1962, n. 5 concernenti provvidenze a favore del patrimonio alpinistico regionale, è autorizzata per lo esercizio finanziario 1965 la spesa di lire 38 milioni che si iscrive al capitolo n. 160 della parte passiva del bilancio, di cui lire 19 milioni per iniziative da attuarsi in provincia di Trento e lire 19 milioni per iniziative da attuarsi in provincia di Bolzano.

Pongo in votazione l'art. 17: approvato a maggioranza con 16 astensioni.

Art. 18

Sul limite di impegno di lire 30 milioni autorizzato per l'esercizio finanziario 1965 con l'articolo 13 della legge regionale 10 febbraio 1964, n. 7, recante provvidenze per la costruzione, l'ammodernamento e la trasformazione di impianti funicolari aerei, sono disposte le assegnazioni di lire 15 milioni a favore della Provincia di Trento e di lire 15 milioni a favore della Provincia di Bolzano.

Per effetto di quanto disposto nel comma precedente, sullo stanziamento di lire 70 milioni iscritto al capitolo n. 169 dell'annesso stato di previsione della spesa vengono disposte le seguenti assegnazioni:

— a favore della Provincia di Trento
lire 40.000.000

— a favore della Provincia di Bolzano
lire 30.000.000

Pongo in votazione l'art. 18: approvato a maggioranza con 4 voti contrari e 11 astensioni.

Art. 19

Sul limite di impegno di lire 140 milioni, autorizzato per l'esercizio finanziario 1965 con l'articolo 16 della legge regionale 1 luglio 1963, n. 17, per la concessione di contributi per l'esecuzione di opere pubbliche a sensi dell'articolo 1 primo comma, della legge regionale medesima, sono disposte le assegnazioni di lire 70 milioni a favore della Provincia di Trento e lire 70 milioni a favore della Provincia di Bolzano.

Per effetto di quanto disposto nel comma precedente, sullo stanziamento di lire 630 milioni iscritto al capitolo n. 175 dell'annesso stato di previsione della spesa vengono disposte le seguenti assegnazioni:

— a favore della Provincia di Trento
lire 315.000.000

— a favore della Provincia di Bolzano
lire 315.000.000

Pongo in votazione l'art. 19: approvato a maggioranza con 14 astensioni.

Art. 20

Sullo stanziamento di lire 170 milioni autorizzato per l'esercizio finanziario 1965 con

l'articolo 18 della legge regionale 1 luglio 1963, n. 17, per la concessione di contributi in conto capitale a favore dei comuni deficitari, per l'esecuzione di opere pubbliche a sensi dell'articolo 1 secondo comma e dell'articolo 6 della legge regionale medesima, sono disposte le seguenti assegnazioni che fanno carico al capitolo n. 176 dell'annesso stato di previsione della spesa:

— a favore della Provincia di Trento
lire 85.000.000

— a favore della Provincia di Bolzano
lire 85.000.000

Pongo in votazione l'art. 20: approvato a maggioranza con 13 astensioni.

Art. 21

Sullo stanziamento di lire 200 milioni autorizzato per l'esercizio 1965 con l'art. n. 17 della legge regionale 1 luglio 1963, n. 17 per la concessione di contributi nella misura massima del 50 per cento a sensi della legge regionale 30 maggio 1951, n. 3, sono disposte le seguenti assegnazioni che fanno carico al capitolo n. 177 dell'annesso stato di previsione della spesa:

— a favore della Provincia di Trento
lire 100.000.000

— a favore della Provincia di Bolzano
lire 100.000.000

Pongo in votazione l'art. 21: approvato a maggioranza con 14 astensioni.

Art. 22

Per la concessione di contributi ad integrazione dei bilanci dei Comuni è autorizzata, per l'anno finanziario 1965, a sensi dell'articolo 3 della legge regionale 31 ottobre 1964,

n. 34 la spesa di lire 190 milioni, di cui lire a favore dei comuni della Provincia di Trento e lire a favore dei comuni della Provincia di Bolzano (capitolo n. 189).

La parola all'Assessore.

FRONZA (Assessore enti locali - D.C.): Faccio una proposta a nome della Giunta, di fare la stessa ripartizione dell'anno scorso, cioè 100 milioni a favore della provincia di Trento e 90 a favore della provincia di Bolzano; questa richiesta è motivata dal fatto che il totale dei disavanzi economici per la provincia di Trento sono per un totale di 1.089.000.000 e per la provincia di Bolzano 438.000.000

PRESIDENTE: È stato presentato un emendamento a firma Corsini - Ceccon - Sembenotti, che propone: alla provincia di Trento 110 milioni e alla provincia di Bolzano 80 milioni.

La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente, questo è il banco di prova di quanto avevamo detto precedentemente. Noi nel precedente intervento, a proposito del capitolo riguardante la zootecnia avevamo sostenuto il principio che si deve dare in corrispondenza a quelle che sono le effettive necessità. Mi pare che nessuno dubiti e nessuno possa contestare, con maggior certezza ancora di quello che è stato fatto nel settore della zootecnia, che il numero dei comuni deficitari in provincia di Trento e il volume del deficit dei comuni deficitari sia enormemente più rilevante di quanto accade in provincia di Bolzano.

Adesso io invito la D.C. che si è scandalizzata prima per il fatto che noi abbiamo

votato a favore dell'emendamento della S.V.P., a tirarne le conseguenze.

PRESIDENTE: La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Devo rispondere all'invito, che è quasi una sfida, del cons. Corsini che rivolge alla D.C. Trento di rispondere. Evidentemente il cons. Corsini, secondo una certa mentalità che del resto conosciamo, apprezzabilissima per certi aspetti, molto logica, filosofica, di formazione veramente...

CORSINI (P.L.I.): Coerente.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): ... Non dico questo, lo vedremo alla fine. Tuttavia ritengo che qualche volta veramente sia più sofisma, a mio giudizio, che logica. Prima il cons. Corsini ha ritenuto, per esempio, che l'argomentazione o la serie di argomentazioni che io ho svolto a favore di una certa tesi sulla zootecnia, significasse che io sostenessi che bisogna dare secondo le necessità e che le necessità fossero pari in provincia di Trento e di Bolzano per quanto riguarda la zootecnia, perché ho concluso sostenendo la tesi della Giunta che era quella di una ripartizione a metà. Ma io non ho sostenuto tuttavia che le esigenze, per quanto riguarda la zootecnia, fossero esattamente uguali in provincia di Trento e in provincia di Bolzano. Ho detto che nella situazione, che praticamente esiste, e dato il limite dei fondi che esistono, la proposta della Giunta pareva la più equa, ma soprattutto pareva alla provincia di Trento di non poter rinunciare neanche a una lira su quel fondo, non tanto perché non si ritenesse giustificate le richieste che il cons. Brugger aveva fatto, e ciò l'ho detto almeno due volte, ma perché ritenevo

e argomentavo che in un settore come quello della zootecnia bisognerebbe che fondi ce ne fossero molti di più, per poter fare una divisione teoricamente commisurata sulle esigenze. Ma quando i fondi a disposizione non soddisfano né il livello di esigenze della provincia di Trento né quello della provincia di Bolzano, che teoricamente possono essere uguali o distinte, dicevo che in un settore così importante per l'economia nostra come loro, l'unica regola che ci può in qualche modo accontentare è quella di dire: dividiamo la miseria a metà.

Ora qui vale lo stesso discorso, perché io ho ammesso che in linea teorica io non ho una pregiudiziale avversione o io non rifiuto a priori un discorso generale su una ripartizione diversa da quella del 50% e il discorso va fatto in senso globale su tutte le ripartizioni. Non per fare polemica, ma penso sia difficile fare in tempo questa sera, ma vorrei tranquillizzare un pochino l'Assessore Brugger, nel senso che se da qualche parte può darsi che sia . . .

DALSASS (S.V.P.): Si vedrà col voto.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): No, ho detto che tento, anche se non ho molte speranze, questo d'accordo, ma comunque prendetelo almeno come un contributo di obiettività. Prendetelo come volete allora, io comunque sono libero di fare una valutazione e sono libero di ricordarvi che se oggi trovate i 10 milioni in più o chiedete i 10 milioni in più sulla zootecnia, ricordatevi la legge, sempre a favore dell'agricoltura, che riguardava gli impianti antibrina, che è di 3 o 4 anni fa! Esattamente un miliardo che è andato quasi totalmente in provincia di Bolzano, e senza scandalo della provincia di Trento!

(Interruzioni)

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Scusate signori, per quanto riguarda i conti complessivi, è un discorso che ripetiamo tutti gli anni. Mi dispiace, non volevo entrare in polemica, io volevo discutere proprio così, perché se vogliamo fare il tiro alla fune su argomenti come questi evidentemente lo possiamo fare ma non ritengo che sia dignitoso né per quelli della provincia di Trento né per quelli della provincia di Bolzano il farlo. Se si vuole una contabilità generale, se si vuole una contabilità su tutto il settore per vedere se la provincia di Trento ha mangiato addosso alla provincia di Bolzano, per quanto personalmente mi riguarda —, ed è la terza volta che io lo dico in Consiglio regionale, di fronte alle richieste di Benedikter dell'anno scorso e dell'altro anno —, per quanto mi riguarda io sono sempre contento. Tuttavia non si può, a mio giudizio, impostare il problema su un singolo capitolo, perché su un singolo capitolo possiamo avere vantaggi noi, su altri capitoli è certo che avete vantaggi voi, e ripeto l'esempio che ho fatto dove non ci siamo affatto scandalizzati, perché noi non riteniamo di dover allineare la situazione delle due province sul livello minimo. Ed è per questo che abbiamo accettato leggi che portavano ulteriormente avanti la vostra agricoltura e ritenevamo che fosse giusto, anche se la nostra agricoltura non era in grado di accedere a quelle determinate leggi, perché la situazione economica era tale da non poter neanche beneficiare delle leggi di intervento. Però, ripeto, questo non ha mai rappresentato scandalo per la provincia di Trento.

Guardi, cons. Brugger, cerco di argomentare così, è inutile che facciamo colloqui perché è un po' difficile che ci intendiamo questa sera, ma comunque per rispondere ancora alle argomentazioni del cons. Corsini, dirò — anche questo: che non è la prima volta che il

Consiglio regionale si trova a fare una diversa ripartizione dei fondi relativamente ai bilanci deficitari, perché è autentico anche qui che il numero dei comuni, non solo, che la popolazione della provincia di Trento, che la situazione di bilancio obiettiva, che la capacità contributiva dei comuni della provincia di Trento è parecchio diversa di quella della provincia di Bolzano.

(Interruzioni)

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): No, scusi, perché se noi dovessimo accettare questo concetto la sua ripartizione proposta di 110 a 80 non corrisponderebbe assolutamente alla proporzione che esiste fra la situazione dei comuni della provincia di Trento e quelli della provincia di Bolzano. E allora la logica, la coerenza non esiste più, perché la mediazione e la transazione si basa sul buon senso ma non si basa su un ragionamento perfettamente logico che parte da una premessa e arriva necessariamente a una unica conclusione. Ecco quindi che la coerenza, anche la sua, va a finire nella transazione. Cosa che non si può fare diversamente. Resto coerente a quello che ho detto, che in una situazione in cui in senso assoluto non c'è la possibilità di affrontare le esigenze effettivamente presenti nelle due provincie, — scusi cons. Corsini, può essere sbagliato il mio ragionamento —, in una situazione obiettiva, dove non si possono soddisfare le esigenze intere delle due Provincie, occorre che il nostro organo trovi una linea intermedia, che certamente può essere un po' su o può essere un po' giù, ed è opinabile quale possa essere il limite esatto. Noi diciamo che una proposta che tenga conto delle esigenze dell'uno e delle esigenze dell'altro e che tenga conto di non fare una eccessiva disparità fra una provincia e l'altra, può essere quella della

Giunta regionale. E oltretutto, non ha il pregio della originalità come proposta di ripartizione, perché grosso modo tutti gli anni la differenza fra una provincia e l'altra varia, — ho sempre voluto interessarmi di questo capitolo da quando sono qui —, varia fra i 10 e i 15 milioni, senza che ci sia stato neanche da parte della provincia di Bolzano eccessive recriminazioni a questo titolo.

Quindi mi pare di poter concludere, senza contraddire nulla, poiché la riserva iniziale di un discorso totalmente diverso ma che se mai deve essere fatta globalmente e non su un capitolo sì e su un capitolo no, questa riserva l'abbiamo fatta, mi pare di poter concludere accettando la proposta della Giunta regionale, anche se per la provincia di Trento evidentemente sarebbe migliore la proposta dell'emendamento. Mi rendo conto però della legittimità dell'emendamento, ma in quanto siamo e consiglieri provinciali e consiglieri regionali anche noi dobbiamo fare uno sforzo di mediazione delle posizioni.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'emendamento che propone 110 milioni a Trento e 80 milioni a Bolzano: è respinto con 20 contrari, 4 favorevoli e 10 astensioni.

Pongo in votazione l'art. 22: approvato a maggioranza con 12 astensioni.

Art. 23

Ai sensi dell'art. 9 della legge regionale 25 agosto 1962, n. 14 concernente norme di integrazione alle provvidenze statali per ciechi civili, è autorizzata per l'esercizio finanziario 1965 la spesa di lire 78 milioni di cui lire 53 milioni a favore della Provincia di Trento e lire 25 milioni a favore della Provincia di Bolzano (capitolo n. 212).

Pongo in votazione l'art. 23: approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 15 astensioni.

Art. 24

Per l'esercizio finanziario 1965 le somme che si scrivono in forza di disposizioni legislative sono fissate nell'importo autorizzato con lo stato di previsione della spesa per l'anno finanziario medesimo, giusta l'allegato n. 1.

Pongo in votazione l'art. 24: approvato a maggioranza con 14 astensioni.

L'art. 25 l'abbiamo già approvato.

Art. 26

La facoltà di assumere impegni a carico dei capitoli di spesa n. 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 137, 138, 140, 156, 220, 222 e 225 dell'esercizio finanziario 1965 è subordinata allo accertamento sui corrispondenti capitoli dell'entrata di una somma non inferiore all'ammontare degli impegni da assumere.

Pongo in votazione l'art. 26: approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 16 astensioni.

Art. 27

I capitoli di spesa a favore dei quali è data facoltà di inscrivere somme con decreti da emanare in applicazione degli articoli 22 e 23 della legge regionale 24 settembre 1951, n. 17 sulla contabilità generale della Regione, sono quelli riportati nell'annesso elenco n. 1.

Pongo in votazione l'art. 27: approvato a maggioranza con 11 astensioni.

Art. 28

I capitoli di spesa a favore dei quali è data facoltà di inscrivere somme con decreti da emanare in applicazione del secondo comma dell'articolo 41 del regio decreto 18 novembre 1923, n. 2440, sono quelli riportati nell'annesso elenco n. 2.

Il decreto con il quale si dispone l'iscrizione di somme è emanato dal Presidente della Giunta regionale su proposta dell'Assessore alle finanze, sentita la Giunta medesima.

Pongo in votazione l'art. 28: approvato a maggioranza con 14 astensioni.

Art. 29

I residui risultanti al 1. gennaio 1965 sui capitoli aggiunti allo stato di previsione della spesa per l'esercizio 1965, soppressi nel corso dell'esercizio in seguito alla istituzione di capitoli di competenza aventi lo stesso oggetto, si intendono trasferiti a questi capitoli. I titoli di pagamento già emessi sugli stessi capitoli aggiunti si intendono tratti a carico dei corrispondenti capitoli di nuova istituzione.

Pongo in votazione l'art. 29: approvato a maggioranza con 16 astensioni.

Art. 30

All'inizio dell'esercizio finanziario 1965, il Presidente della Giunta regionale provvederà con propri decreti, sentita la Giunta medesima, a ripartire in articoli le somme stanziare sui capitoli n. 74, 101, 157, 158, 160 e 170 iscritti nello stato di previsione della spesa.

Pongo in votazione l'art. 30: approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 16 astensioni.

Art. 31

È approvato il bilancio della Cassa regionale antincendi per l'esercizio finanziario 1965, allegato al bilancio della Regione.

Pongo in votazione l'art. 31: approvato a maggioranza con 4 voti contrari e 16 astensioni.

Art. 32

È approvato l'unito riepilogo da cui risulta l'insieme della entrata e della spesa previste per l'esercizio finanziario dal 1. gennaio al 31 dicembre 1965.

RIEPILOGO

ENTRATE E SPESE EFFETTIVE

<i>Entrata</i>	L. 15.972.750.000
<i>Spesa</i>	L. 15.276.012.119
	<hr/>
<i>Avanzo effettivo</i>	L. 696.737.881
	<hr/> <hr/>

MOVIMENTO DI CAPITALI

<i>Entrata</i>	L. 680.000.000
<i>Spesa</i>	L. 1.376.737.881
	<hr/>
<i>Disavanzo</i>	L. 696.737.881
	<hr/> <hr/>

RIASSUNTO GENERALE

<i>Entrata</i>	L. 16.652.750.000
<i>Spesa</i>	L. 16.652.750.000
	<hr/>
	<hr/> <hr/>

Prima della votazione iniziano le dichiarazioni di voto. Faccio presente che in base all'art. 93 la dichiarazione di voto non può superare i 10 minuti.

Chi chiede la parola? La parola al cons. Carbonari.

CARBONARI (A.C.A.): Io mi astengo dalla votazione sul bilancio globale, poiché il bilancio non presenta i caratteri di una amministrazione esemplare.

PRESIDENTE: La parola al cons. de Carneri.

de CARNERI (P.C.I.): Signor Presidente, signori colleghi, io penso che gli interventi svolti dal gruppo comunista in sede di discussione generale sul bilancio e rispettivamente gli interventi svolti in sede di discussione articolata, mi esimono dal ricapitolare qui i motivi della opposizione nostra nei confronti della Giunta, e naturalmente del bilancio che la Giunta emana.

Quindi, senza procedere oltre, preannuncio semplicemente che il nostro voto sarà contrario, come era d'altra parte ovvio fin dall'inizio dell'esame del bilancio.

PRESIDENTE: La parola al cons. Sembenotti.

SEMBENOTTI (P.P.T.T.): Il gruppo consiliare del P.P.T.T., ha preso atto delle impostazioni, delle dichiarazioni e degli impegni assunti dal governo regionale delle relazioni del signor Presidente della Giunta regionale, e nelle situazioni scaturite durante la discussione del bilancio per l'esercizio 1965 dai vari componenti la Giunta, ed emette giudizio di sintesi positivo sulla validità degli svariati problemi trattati dalla Giunta in sede di replica a nostre precise richieste e prese di posizione, sia negli interventi sui capitoli di entrata e di spesa, sia negli ordini del giorno proposti e in parte approvati dal Consiglio.

Considerato però che certi temi da noi avanzati assieme ad altri gruppi consiliari, ad esempio la richiesta dello sportello della cassa rurale di Trento, tendenti all'ottenimento di riconoscimenti e il rispetto sul piano pratico dei principi dell'autonomia e della democrazia, non sono stati accolti da alcuni gruppi politici presenti in Giunta; tenuto presente ancora che per quanto riguarda il tema da noi svolto in sede di discussione generale del bilancio relativamente alla politica regionale in fatto di autonomia ed autosufficienza finanziaria, non ci sono state date assicurazioni soddisfacenti, se si eccettua l'approvazione dell'ordine del giorno relativo all'impegno del Presidente a relazionare preventivamente sulle trattative dell'art. 60; pur considerato che il bilancio tecnico non ha avuto grandi spostamenti nei confronti di quello elaborato provvisoriamente dalla Giunta, della quale noi stessi facevamo parte, dichiariamo di deporre scheda negativa nell'urna.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente, il gruppo liberale, a conclusione della discussione generale ed articolata del bilancio di previsione 1965, discussione alla quale ritiene di aver dato ampio contributo critico e costruttivo, sia in sede di commissione legislativa sia in aula, esprime ora il suo giudizio complessivo e la motivazione del suo voto. Non essendo sufficientemente emersa la particolare necessità od opportunità, in relazione alle esigenze politico-economiche del Trentino - Alto Adige, della formazione di una Giunta di centro-sinistra, la ritiene mera ed uniforme ripetizione della formula adottata per il governo centrale e mantiene nei confronti del governo

regionale la stessa opposizione che sostiene nei confronti del governo centrale. Infatti, per volontà di ripetere a Trento quanto si è fatto a Roma, si sono disattese le indicazioni pervenute dalle recenti elezioni regionali, le quali hanno segnato un rilevante regresso della D.C., un forte regresso del P.S.I., un lieve aumento del P.S.D.I., un forte aumento del P.L.I., rivelando con ciò e con la presenza di forze nuove e di nuove articolazioni interne ai tradizionali schieramenti, una volontà dell'elettorato diversa da quella di cui la nuova Giunta è espressione. Nella realtà infatti la nuova Giunta regionale non dispone neppure di una maggioranza effettiva, dato che uno dei suoi stessi componenti, in rappresentanza del gruppo linguistico tedesco, ha formalmente dichiarato in quest'aula di sedere al governo regionale solo per adempimento ad una norma statutaria, non per concordanza col programma e il colore politico della Giunta stessa. Aggiungasi che i partiti del centro-sinistra, D.C., P.S.I., P.S.D.I., che nella passata legislatura avrebbero avuto, sommati assieme, la maggioranza assoluta, in questa legislatura l'hanno perduta, proprio per volontà dell'elettorato. Il gruppo liberale non può perciò riconoscere all'attuale Giunta che il carattere di un governo di necessità e di transizione, ben lontano da quella capacità di sicura rappresentanza della maggioranza del paese, che è indispensabile sul piano costituzionale e sul piano morale ad ogni governo vero ed efficiente.

In questa sua condizione di non maggioranza la coalizione dei partiti di centro-sinistra non ha avuto né la forza né la possibilità di aprire e concludere un colloquio chiarificatore con la S.V.P., dalla quale ha ottenuto un lasciapassare non impegnativo, sempre aleatorio, che espone la Giunta a doversi comportare per la sua continuità di vita in modo subordinato

alla S.V.P. In tal modo possono sempre essere compromessi i legittimi interessi del gruppo linguistico italiano, anche perché la Giunta di centro-sinistra nel suo splendido isolamento non ha cercato, neppure per questi temi specifici, di aprirsi al colloquio e all'appoggio di altri gruppi consiliari. In conclusione la stessa S.V.P., per esplicita dichiarazione del suo capogruppo, non ha giudicato necessario il centro-sinistra in Regione, non ritiene che siano migliorati i rapporti tra i gruppi linguistici, non ha mutato atteggiamento né nei confronti dell'ente Regione né nei confronti della Giunta.

Tutta la politica regionale sul tema essenziale dei rapporti tra i gruppi etnici, della soluzione delle questioni concernenti l'applicazione e la riforma dello statuto, pur in mezzo a dichiarazioni di principio e di affermata buona volontà, non ha segnato di nuovo che il preannuncio della presentazione di un voto, che, auguriamoci, non abbia a fare la fine di tutti o quasi tutti gli altri voti.

In questo modo la nuova Giunta si è sottratta ad un giudizio tempestivo sulla sua politica, in riguardo al problema principale della nostra autonomia e ha rinviato ad altro tempo la discussione della stessa. E ciò al gruppo liberale sembra un altro elemento negativo.

Di contro al temporeggiare della Giunta in materia di sì grande importanza, vi è stata di pregevole e di positiva una nuova e più franca espressione di intendimenti e volontà buone da parte del Consiglio regionale, per iniziative e per contributo di più parti, massimamente degli indirizzi nuovi nei due partiti di maggioranza relativa nel Trentino e nell'Alto Adige ed anche della parte politica che chi parla qui rappresenta. Ma ciò è merito del Consiglio e non della Giunta, e a tale proposito non possiamo non ricordare che una voce, almeno in parte nuova, si è levata dai banchi

della S.V.P., sia dalle forze nuove che essa ha espresso, sia anche da parte dello stesso capogruppo, il quale almeno ha aperto uno spiraglio alla ripresa di un dialogo, il che non può essere che buon auspicio per il futuro.

La nostra richiesta, formalmente avanzata, di restituire l'iniziativa totale per la soluzione della vertenza altoatesina al parlamento non è stata rifiutata, non è stata sottovalutata ma non ha avuto neppure un esplicito accoglimento della Giunta.

Se veniamo agli aspetti della politica economica, dobbiamo rilevare che l'accordo interpartitico di centro-sinistra e le dichiarazioni programmatiche dell'on. Presidente della Giunta, rinviano ogni provvedimento anticongiunturale ad atti legislativi e ad interventi finanziari successivi, senza determinarne indirizzo e volume.

In questo modo è impossibile dare un giudizio positivo sulle intenzioni e capacità della Giunta ad affrontare efficacemente una situazione di recessione economica, che non incide ormai soltanto sul reddito delle intraprese private e pubbliche, ma colpisce con la disoccupazione e la sottoccupazione i lavoratori in ogni settore.

L'impostazione del bilancio resta come quella tradizionale, che si è rivelata insufficiente di fronte alle necessità del momento e i programmi di Giunta non presentano a tutt'oggi nulla di nuovo e di positivo, e quando avanzano proposte ed intendimenti nuovi essi risolvono nell'addensare nuove preoccupazioni a carico dell'iniziativa privata e degli enti pubblici locali, con conseguente inevitabile ulteriore turbamento e sfiducia.

L'accordo interpartitico e le dichiarazioni rese dall'on. Presidente della Giunta e dagli on. Assessori, lasciano intendere che così la Giunta non solo non prevede di restituire

a criteri di economicità di gestione aziende e settori patrimoniali della Regione, evitando così almeno per il futuro ulteriore dilapidazione di pubblico danaro, ma si appresta anzi ad istituire nuove aziende regionali, tali nella forma e nella sostanza, che per primo compito e risultato non avrebbero che quello di assorbire e mascherare in un deficit maggiore i deficit già accumulati da altre aziende di fatto pubbliche.

Il gruppo liberale ritiene inoltre che le speranze poste da questa Giunta regionale nella programmazione regionale, siano vane se sincere, altrimenti siano solo cortine fumogene, dietro le quali nascondere l'incapacità di intervento immediato nella difficile congiuntura attuale.

La programmazione, come normale strumento di lavoro, è accettata serenamente dal gruppo liberale, il quale ha dato anche nel passato dimostrazione di averla voluta adottare di propria iniziativa. Ma la programmazione come medicina miracolistica, riteniamo noi, non ha senso e comunque non è nella potestà della Regione ed è in ogni modo subordinata alla programmazione statale e ai poteri delle Province in materia di urbanistica.

Il gruppo liberale inoltre dichiara esplicitamente che non può nutrire alcuna fiducia in una Giunta, che limita la sua volontà di colloquio e accettazione del prezioso contributo che le minoranze danno in ogni sistema parlamentare rappresentativo, ad assicurare le minoranze stesse, che potranno portare acqua con gli orecchi al vaso della maggioranza e che avranno rappresentanza negli uffici del legislativo.

In conclusione, per tutti questi motivi e per gli altri espressi nel corso della discussione, il gruppo liberale dichiara che darà voto

contrario al bilancio di previsione presentato da codesta on. Giunta regionale.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Vinante.

VINANTE (P.S.I.): Il dibattito sul bilancio 1965 che, per la verità, si è svolto in un clima abbastanza disteso e abbastanza sereno, senza, tolto qualche eccezione, arrivare a punti di esasperata polemica, ha presentato la discussione e gli argomenti su un piano di responsabilità e su un piano di sensibilità. Con questo non si può certo affermare che ci sia stata una manifestazione di riconoscimento e di plauso, tanto nei confronti del programma concordato, quanto nella coalizione di governo di centro-sinistra. Non poteva essere diversamente, e anzi i maggiori strali sono proprio stati rivolti alla formula di governo, che per certi movimenti politici rappresenta la causa di ogni male e soprattutto per la presenza del P.S.I. nella Giunta regionale e provinciale.

Noi siamo ormai abituati a queste forme morbose di accusa, che non ci toccano in quanto se male c'è, o non è dimostrato che si possa attribuire alla formula di centro-sinistra, oppure non si può dimostrare se i provvedimenti emanati dal governo di centro-sinistra abbiano perlomeno diminuito le conseguenze negative della politica economica e sociale.

Nella nostra Provincia, e qui non è il caso di ripetere le varie fasi delle trattative, né di scoprire la luna nel pozzo, riconosciamo che le trattative sono state lunghe e in qualche caso faticose, perché forse mancava l'entusiasmo e la convinzione assoluta e profonda della utilità della creazione del centro-sinistra. Le trattative però, man mano che si sono adentrate nell'esame dei molteplici problemi, hanno creato un senso di maggiore fiducia nel-

la sussistenza delle condizioni per attuare una volontà politica e una capacità programmatica al fine di raggiungere l'obiettivo di una società sempre più giusta e umana, con una ampia e ricca vita democratica, quale è stata nel fermo proposito dei tre partiti. Si è stipulato un accordo tripartitico, che non rappresenta certo il meglio delle possibilità e delle volontà dei vari movimenti politici; non è certo un programma socialista, un programma democristiano, ma è un programma concordato, dove i punti di congiunzione delle varie volontà hanno costituito dei compromessi.

Ma la storia ci insegna che non sono i patti e i trattati che garantiscano la piena e fedele applicazione degli accordi, ma la volontà dei contraenti, la serietà e la lealtà di coloro che dovranno interpretare e attuare gli accordi, che potranno fornire questa garanzia. Infatti le delegazioni dei vari partiti, se non sono entrati nell'intimo dei molteplici problemi, se non hanno esteso nei loro minuti particolari le formulazioni sugli argomenti concordati, è appunto per affidare con fiducia agli interpreti responsabili degli organi regionali e provinciali il delicato compito e la responsabilità di valorizzare il governo di centro-sinistra o di farlo fallire.

Il P.S.I. ha preso la sua decisione con senso di responsabilità e con fiducia, senza avere la pretesa di risolvere i problemi che gli stanno a cuore nella maniera più brillante, ma convinto di contribuire in maniera decisa alle soluzioni dei problemi nel miglior modo possibile, in favore soprattutto dei lavoratori e delle classi meno abbienti e della collettività in genere. Non possiamo certo suonare la marcia trionfale o gridare alla vittoria, ci vuole un certo periodo di tempo per poter avere elemento di giudizio valido a trarne una conclusione.

Come è stato detto nella relazione, gli obiettivi fondamentali perseguiti dai tre partiti e assunti dalla Giunta sono: dare alla Regione un governo stabile ed efficiente; svolgere un ruolo attivo di difesa e di sviluppo degli istituti autonomistici; attuare una politica economica-sociale adeguata alle esigenze attuali e intesa al progresso di tutti i gruppi e categorie sociali; rafforzare le istituzioni democratiche nel pieno esercizio della democrazia politica e sociale; svolgere un ruolo di attiva presenza in ordine alla definitiva soluzione della questione altoatesina, al fine di migliorare le condizioni di convivenza nell'ambito regionale.

Questo è stato il programma che ha indirizzato, sia nell'esposizione del Presidente della Giunta, sia negli accordi interpartitici. Dei vari interventi nessun riconoscimento né sul programma, né sulla volontà di arrivare alla soluzione dei vari problemi che sono stati inseriti nel programma, nessuna volontà di attesa. L'atteggiamento dei determinati partiti è stato decisamente negativo, decisamente polemico. Soprattutto da parte del P.L.I., che anche in questo momento, nella lettura della sua dichiarazione di voto si è dichiarato contrario, non soltanto per la mancanza di un programma che possa essere accettato dal P.L.I., ma perché in Regione è stato costituito il centro-sinistra che, secondo l'espressione del P.L.I., è stato costituito non con la volontà di affrontare realmente un programma di natura sociale, ma per riportare in Regione la formula esistente a Roma.

Nei vari interventi che sono stati fatti noi abbiamo notato una esasperata volontà di critica, soprattutto da parte di quei movimenti di quei consiglieri, che non ricordano la loro presenza in Giunta, non ricordano che nulla di nuovo e nulla di meglio si è verificato nel periodo in cui erano presenti in Giunta. Ho cer

cato di appuntare i vari interventi che sono stati fatti dagli oratori, ma penso che, data l'ora tarda, io debba concludere questa mia dichiarazione di voto, tralasciando le citazioni che sono state fatte, e cercando di sintetizzare e controbattere quelle affermazioni, che non hanno alcun fondamento di verità ma solo natura polemica.

Mantenendo quindi la parola, concluderò con il dichiarare che per il nostro partito la programmazione presenta l'impegno più importante, sul quale poniamo la massima fiducia, la massima speranza, ed è un po' il banco di prova di questa Giunta di centro-sinistra. Uno degli argomenti, che ha creato nel P.S.I. una fiducia per un sicuro sviluppo economico ordinato e sul quale abbiamo posto la nostra attenzione, è l'impegno da parte dei partiti della coalizione di considerare assoluta la necessità della programmazione.

Il programma intende porre un rimedio alle gravi lacune di squilibrio che si sono verificate negli anni del rapido sviluppo economico, squilibri di natura settoriale, territoriale e sociale. La formulazione e la realizzazione del programma nazionale vede nella Regione l'organismo territoriale il più importante, il livello di governo regionale sembra essere il livello di governo ottimo per raccogliere le esigenze e le aspirazioni locali, da portare a livello nazionale, tramite i piani di sviluppo regionale.

Concludendo, a nome del gruppo del P.S.I. dichiaro che rimane nostra convinzione la necessità di raggiungere tutti i traguardi stabiliti dall'accordo interpartitico, e se questo non avvenisse per causa dovuta a mancanza di volontà o trascuratezza, sono convinto che il P.S.I. saprà trarne le dovute conseguenze, compresa quella di uscita del gruppo dal centro-sinistra.

Dichiaro, a nome del gruppo, che voteremo a favore del bilancio in discussione, perché anche se rappresenta un'impostazione fatta dalla precedente Giunta, pur tuttavia mette a disposizione di questa Giunta fondi, che consentiranno di affrontare problemi che sono strettamente legati a specifiche leggi, fondi che, variati nella loro entità con variazioni di bilancio, consentiranno di affrontare una nuova politica economica e sociale da parte di questa Giunta.

PRESIDENTE: La parola al cons. Ceccon per la sua dichiarazione di voto.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Presidente, sono le 2.10... Dico: No.

PRESIDENTE: La parola al cons. Tanas.

TANAS (P.S.D.I.): Nonostante siano le 2.11 in questo momento, signor Presidente e signori consiglieri, brevissime considerazioni a nome del gruppo del P.S.D.I. desidero farle. Siamo arrivati in effetti all'atto conclusivo della discussione di questo dibattito, siamo arrivati alla votazione del bilancio, e questa è la prima manifestazione di una volontà politica, perché questa è la prima volta che i partiti che hanno dato vita al centro-sinistra voteranno assieme l'atto che è per noi l'atto fondamentale, non per noi socialdemocratici ma per tutti noi consiglieri, l'atto fondamentale di vita della nostra Regione. Non mi soffermerò sui vari capitoli del bilancio, dirò soltanto che consideriamo questo bilancio quasi provvisorio, in quanto è stata annunciata una variazione di bilancio e sulla variazione faremo anche delle proposte. Ci sono delle proposte che noi possiamo annunciare, come quella sulla legge regionale 31, sull'applicazione dell'art. 14, ma

saranno argomenti che senz'altro tratteremo in sede più appropriata e non in questa.

Io vorrei non soffermarmi sul bilancio, bensì su quello che, secondo noi, è il valore politico di questa formula politica che ha dato inizio all'attuale governo regionale. Abbiamo il centro-sinistra in Regione. È stato da qualcuno definito un avvenimento storico. Io credo che il giudizio non sia azzardato. L'incontro fra i tre partiti, il partito della D.C., il P.S.I., il P.S.D.I., non è un incontro occasionale, ma è un incontro reale, un incontro convinto, è un incontro cioè fra forze politiche che puntano al progresso economico, al progresso sociale, al progresso politico della nostra comunità. È una avanzata sociale soprattutto a favore di quella parte della popolazione che ne ha più bisogno. È inutile che vi sottolinei quelli che sono gli altri obiettivi del centro-sinistra, quale quello della difesa e della valorizzazione dell'autonomia, della programmazione economica, della pacifica convivenza fra i due gruppi etnici. Discussioni a parte, che sono avvenute proprio nell'ultima fase, direi quasi mucche a parte, cons. Brugger, ma una pacifica convivenza l'abbiamo raggiunta in parte, e allora io mi richiamo semplicemente a quello che è stato un altro tono dell'incontro che abbiamo avuto fra i 3 partiti che danno vita al governo regionale e il vostro partito, in un'altra sede e su argomenti senz'altro più sostanziosi ed importanti che non quello delle mucche della nostra Regione: si chiama, appunto, argomento della programmazione. Là lo abbiamo trovato l'accordo sull'azione che dobbiamo svolgere in sede governativa. Quindi sono convinto che questo è senz'altro, come è stato già sottolineato durante la discussione generale, un fatto positivo.

E, dato che ho la parola, io non voglio aggiungere nessun appello, — l'ho fatto altre

volte ed è stato logicamente non ascoltato —, nessun appello ai colleghi della S.V.P., soprattutto di questo raggruppamento di maggioranza del gruppo etnico tedesco, però io vorrei dire ai colleghi della S.V.P. di non dimenticare che qualche cosa di nuovo c'è nel governo regionale, qualche cosa di nuovo c'è nel gruppo etnico tedesco, ma soprattutto qualche cosa di nuovo c'è nello stesso gruppo della S.V.P. E questi per noi sono fatti positivi che vanno tenuti in considerazione.

Io quindi chiudo, signori consiglieri, manifestando la nostra soddisfazione per l'accordo politico raggiunto dai tre partiti. Quindi la nostra non è un'approvazione formale ma è un'approvazione convinta, un'approvazione leale, un'approvazione cosciente sulla importanza di questo accordo politico. Il gruppo del P.S.D.I. nell'annunciare il suo voto favorevole al bilancio, annuncia anche la fiducia completa nella capacità operativa della Giunta di centro-sinistra.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Kessler.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Signori consiglieri, durante la discussione di questo bilancio, sia quella generale sia quella articolata, io personalmente non ho preso molto tempo al Consiglio regionale, purtroppo, se non forse in questo ultimissimo scorcio di discussione. Tuttavia ho seguito l'andamento della discussione, le varie posizioni, sia in sede di discussione generale sia in sede di discussione articolata. Direi che già da parte di molti rappresentanti del gruppo di maggioranza relativa in Consiglio regionale è stata precisata la posizione nostra, e da questo punto di vista potrebbe anche essere superflua la mia dichiarazione di voto, che annuncia il voto fa-

vorevole del nostro gruppo a questo bilancio. Tuttavia desidero puntualizzare, o mi pare opportuno puntualizzare almeno un qualche punto che ha caratterizzato la discussione generale e che si pone come elemento di valutazione globale, a mio giudizio, della situazione attuale.

Prima tuttavia, e quasi in via pregiudiziale, un po' a titolo personale questo, non rinuncio neanche questa volta a dire ancora una parola circa le procedure che la nostra assemblea segue per la discussione dei bilanci. Io ritengo che una volta di più dovremmo esserci convinti, dopo la discussione di questo bilancio regionale, che le nostre procedure vanno in qualche modo riviste, perché non credo che possiamo tutti essere d'accordo che sia indispensabile o che sia necessario o che sia anche del tutto utile tutto il tempo che noi abbiamo impiegato per la discussione del bilancio regionale, attraverso le varie fasi in sede di commissione e in sede di Consiglio. Direi che un po' la deficienza della procedura, a mio giudizio almeno, è provata anche dal fatto che in sede di discussione generale mi pare che l'argomento che ha tenuto banco, se così posso dire, è sempre stato quello politico della questione dell'Alto Adige, mentre non si è avuto un approfondimento organico su quello che è l'aspetto finanziario ed economico del bilancio, e questo evidentemente ancora meno è potuto avvenire ed è avvenuto sulla discussione articolata, che, per propria natura, porta a discussioni anche approfondite su determinati specifici temi, ma che evidentemente difficilmente riesce a dare un quadro e quindi una valutazione organica a questi aspetti più amministrativi del bilancio.

Evidentemente l'argomento che più ha tenuto attiva in un certo senso la discussione anche per questa volta, e direi questa volta a preferenza di altre, è stata la formula nuova

politica con la quale la Giunta si è presentata. Era certo, anche prima della discussione, che le posizioni di alcuni schieramenti politici erano, sono e saranno definitivamente, vorrei dire preconcretamente, ma comunque decisamente contrarie a questa formula. Ed evidentemente nessuno di noi, che partecipiamo a questa maggioranza, ce ne scandalizziamo. Direi però, se mi è consentito, in contrasto evidentemente con coloro che sostengono questa tesi, che l'incontro che è avvenuto nella sede politica fra i partiti che compongono l'attuale Giunta, ha superato, a nostro giudizio, in senso assolutamente positivo, la prova di questa prima, generale discussione su tutta l'impostazione e politica e amministrativa della nostra Regione; e direi che ha superato positivamente la prova su diversi fronti, innanzitutto proprio sul fronte politico. Perché io dico che se non si parte da una valutazione preconcreta e da una scelta politica che, come tale, è suffragata da tesi generali ma meno precisamente giustificata dalla situazione nostra, dico che sul piano politico nessuna alternativa è stata proposta o ha potuto essere proposta su una seria e concreta alternativa politica da parte di coloro che non condividono questo tipo di formula.

Abbiamo sentito ora nella dichiarazione del rappresentante del P.L.I. delle valutazioni, a giustificazione della sua avversione alla formula, ricercate nelle elezioni, nella volontà popolare ecc.

Io dico e concludo: nessuna alternativa politica seria è stata qui presentata. Già questo mi pare che giustifichi l'azione di coloro che hanno desiderato e che hanno scelto questa formula. Nessuna alternativa neanche è pervenuta da parte delle opposizioni alla impostazione, se così vogliamo chiamarla, amministrativa, ma vorrei dire finanziaria ed economica, che la Giunta ha dato al bilancio, che qui è

stato presentato.

Critiche sono venute, proposte singole anche sono venute e di spostamenti di fondi o di diverse impostazioni di alcuni temi, ma una alternativa di impostazione abbastanza larga o comunque tale da poter essere presa seriamente in considerazione, neanche da questo punto di vista, pare a me, sia venuta durante la discussione di questo bilancio.

Anche sul fronte etnico, per capirci, direi che la prova che ha affrontato su questo terreno la Giunta sia stata superata in senso positivo per questo motivo: questa Giunta ha dichiarato all'atto della sua formazione, — e l'hanno dichiarato documentatamente i partiti nel loro accordo interpartitico —, che la sua posizione rispetto al problema etnico e quindi ai rappresentanti delle forze politiche di lingua tedesca, voleva essere una posizione non ostile, voleva essere una posizione il più possibile vicina a quelle che potevano essere le esigenze, che sappiamo insoddisfatte, da parte della S.V.P.

Mi pare che le dichiarazioni che il capogruppo della S.V.P. in sede di discussione generale ha reso, siano state tali da confermare, vorrei dire da parte di coloro ai quali evidentemente può avvenire la conferma o la non conferma, che un atteggiamento di benevola attesa nei confronti dell'operato di questa Giunta, sia la riprova positiva che l'atteggiamento e le volontà a suo tempo dichiarate dalla Giunta e dai partiti siano state effettivamente tali.

E da questo punto di vista mi sia consentito di dire che non mi pare che sia un isolamento, uno splendido isolamento quello di questa Giunta regionale, anzi per un certo aspetto vorrei dire che forse nessuna Giunta regionale fino a questo momento ha potuto godere di una situazione così ampia di non isolamento come questa.

Per quanto riguarda poi il problema fondamentale evidentemente, che è quello della convivenza, pare a me che la discussione generale, da parte di tutti direi, non la limito evidentemente ai rappresentanti della maggioranza, sia stata matura e sia stata anche fruttuosa.

CORSINI (P.L.I.): Da parte del Consiglio.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Ho detto da parte di tutti, e ho precisato che non intendo appunto mettere i rappresentanti della maggioranza da una parte e i rappresentanti della minoranza dall'altra. Quindi mi pare che può accettare anche lei questa precisazione. Non solo, vorrei dire che proprio sul fronte interno si può ricavare l'impressione che le divergenze e i contrasti siano meno acuti di quelli che possono apparire sul fronte esterno della vicenda e della cosiddetta « questione Alto Adige ».

Vorrei dire che il tono stesso della discussione, così come si è svolta anche da parte dei rappresentanti di lingua tedesca sia da ritenersi positivo.

Vorrei dire ancora che su alcuni temi, qualcuno l'ha già citato il collega Tanas prima di me, c'è stato un passo avanti notevole rispetto a situazioni preesistenti.

Io desidererei a questo punto, e mi rivolgo amichevolmente agli amici di lingua tedesca, alla S.V.P., desidererei che proprio la discussione in un certo senso un pochino accesa, però non tuttavia polemica da parte di nessuno, che ha caratterizzato questo ultimo scorcio della nostra discussione, possa avere modificato, possa rendere meno pertinenti le dichiarazioni che io a questo proposito ho fatto. Finisco subito signor Presidente non ho preso parte alla discussione durante due mesi . . .

CORSINI (P.L.I.): Chiedo altri 5 minuti per il mio gruppo.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): A questo proposito io desideravo molto pacatamente dire ai colleghi di lingua tedesca che per quanto riguarda, affermazione che ho fatto prima e ritengo sia condivisa dalla Giunta regionale, che per quanto riguarda gli aspetti di natura finanziaria non saranno certamente quelli che impediscono fra di noi un'intesa, anche se fra di noi discutiamo.

Per quanto riguarda la provincia di Trento, — parlo a titolo personale perché non posso parlare ad altro titolo, ma ritengo di interpretare il pensiero della Giunta, se mi è consentito e se non vengo smentito credo di poterlo fare, se si vuole un esame globale finanziario anche sul passato per verificare se o l'una o l'altra delle due Province abbiano avuto trattamenti preferenziali, noi siamo d'accordo che venga fatto e se ci sono da effettuare delle compensazioni siamo d'accordo che queste compensazioni siano fatte. Credo comunque di poter dire a nome di tutti che non saranno certamente questioni di natura finanziaria e di questa entità che potranno ostacolare la possibilità di accordo.

Volevo accennare rapidissimamente alla programmazione economica e dire che l'accordo che è intervenuto fra la Giunta regionale e le due Giunte provinciali per quanto riguarda il metodo da seguire nella programmazione per integrare le competenze della Regione in materia economica, le competenze urbanistiche delle Province e l'accordo intervenuto fra la Regione e le due Province di presentarsi d'ora in avanti insieme a Roma per discutere e per sostenere globalmente le ragioni e della Regione e delle due Province, nei confronti del Governo, è veramente uno dei fatti nuovi che vanno

messi all'attivo della discussione e di questa formula.

Nel mentre dichiaro che noi voteremo a favore di questa Giunta, di questa formula e di questo bilancio, voglio dire che la discussione avvenuta questa volta ha dato ulteriormente la dimostrazione della validità dello strumento autonomistico nel quale viviamo. Si è discusso, ci siamo ancora una volta trovati a dire le nostre posizioni vicendevoli, su molte delle quali si può consentire, su molte delle quali si può anche non consentire, comunque è stato un utile elemento di incontro. Vogliamo sollecitare la Giunta a proseguire sul programma e sul lavoro ed ha enunciato e vogliamo assicurarla che da parte nostra non mancherà la attiva solidarietà sul cammino del lavoro intrapreso.

PRESIDENTE: La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ich wollte zu dieser Abstimmung keine Erklärung mehr abgeben. Denn Sie können versichert sein, daß besonders ich und meine Fraktion vom heutigen Verhalten der Regierungspartei sehr überrascht sind. Wir hatten Hoffnungen, weil anerkannt werden muß, daß alle drei Körperschaften sich darüber einig geworden waren hinsichtlich der Programmierung gemeinsame Vorkehrungen zu treffen. Wir müssen anerkennen, daß Schritte unternommen worden sind, um den Vermögensausgleich zwischen Trient und Bozen zustandezubekommen. In der Generaldebatte haben wir auch gehört, man sei bestrebt umzudenken und daß die Frage des Zusammenlebens der Volksgruppen eine psychologische Frage wäre. Wir haben von Integration und auch von Toleranz gehört. Meine Erklärungen habe ich damals auf eigene Faust

und der guten Hoffnung abgegeben, daß wir weiterkämen, denn ich hatte vorher meine Gruppe nicht darüber unterrichtet, was ich erklären würde. Mir wurde nahegelegt, mißtrauisch zu bleiben und den Beweis dieses guten Willens abzuwarten. Anlässlich dieser Erklärung zur Stimmabgabe muß ich sagen, daß es tatsächlich so ist, daß man wohl Worte hören kann, einem aber der Glaube fehlen muß, wenn man nach all dem feststellen muß, was uns die heutige und die gestrige Diskussion gebracht hat. Die verlangten 22 Millionen Lire wären fürwahr dieses Beweises wert gewesen und wir hätten nicht mehr verlangt, um endlich einen Beweis zu haben, daß der gute Wille vorhanden ist. Deshalb die große Enttäuschung und die Erkenntnis, daß, wenn Trient will, in der Region sich der Wille des Trentino durchsetzt! Aus dieser Erkenntnis und aus dieser tiefen Enttäuschung, die in erster Linie ich persönlich aus dem Verhalten des Regionalausschusses am heutigen Tage erfahren mußte, wird unsere Gruppe gegen die Bilanz stimmen.

(Questa volta non avevo intenzione di fare una dichiarazione di voto: infatti potete essere sicuri che specialmente io ed il mio gruppo siamo molto sorpresi dell'attuale comportamento del partito al governo. Avevamo delle speranze, perché bisogna riconoscere che tutt'e tre gli enti si erano accordati per prendere misure comuni riguardo alla programmazione, e dobbiamo riconoscere che si sono fatti dei passi per realizzare una sanatoria negli investimenti patrimoniali fra Trento e Bolzano. In discussione generale abbiamo anche sentito che ci si sforzerebbe di modificare il proprio punto di vista e che il problema della convivenza dei gruppi etnici sarebbe un problema psicologico. Abbiamo sentito parlare di integrazione ed anche di tolleranza. Le mie dichia-

razioni le ho fatte senza informare il mio gruppo di quanto avrei detto a titolo personale e nella speranza che saremmo andati avanti. Mi è stato raccomandato di continuare a diffidare e di aspettare le prove di questa buona volontà. In questa dichiarazione di voto devo riconoscere che effettivamente è così: si possono sentire parole ma la fiducia dovrà venire meno dovendo constatare che cosa abbia portato la discussione di ieri e di oggi. Per i 22 milioni richiesti sarebbe valso la pena di darci una dimostrazione e noi non avremmo chiesto di più per avere finalmente una prova che la buona volontà esiste. Di qui la nostra grande delusione e la constatazione che quando Trento vuole qualcosa, la volontà dei trentini in Regione si afferma sempre. In tale constatazione ed in tale profonda delusione che ho sofferto personalmente per l'atteggiamento odierno della Giunta regionale il nostro gruppo voterà contro il presente bilancio).

PRESIDENTE: Metto in votazione l'articolo 32; approvato con 26 favorevoli, 20 contrari e 1 astensione.

Passiamo alla votazione segreta e distinta per Province.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:

Provincia di Trento: 27 votanti - 21 favorevoli, 5 contrari, 1 scheda bianca.

Provincia di Bolzano: 20 votanti - 5 favorevoli, 15 contrari.

La seduta è tolta.

(Ore 2,45)